

**Antragheft an den Parteitag vom 30./31. Oktober
zum zweiten Entwurf des Parteiprogramms**

a) abgelehnte „alte“ Anträge der ersten Runde

**(bis am 31. Juli 2010 eingereichte Anträge
zum Entwurf des Parteiprogramms vom 26. März 2010)**

b) Anträge der Delegierten in der zweiten Runde

**(bis am 11. Oktober 2010 eingereichte Anträge
zum Entwurf des Parteiprogramms vom 10. September 2010)**

**Mit den Stellungnahmen der Geschäftsleitung
vom 20. August bzw. vom 22. Oktober 2010**

**Tischvorlage an die Delegierten
und den Parteitag in Lausanne**

Parteiprogramm: Gestaltung der Diskussion am Parteitag

Das vorliegende Antragsheft enthält

- „alte“ Anträge, welche die Sektionen und weitere antragberechtigte Organe fristgerecht bis am 31. Juli 2010 eingereicht haben und welche die Geschäftsleitung am 20. August zur Ablehnung empfahl und welche daher in der neuen Fassung des Programms nicht enthalten sind
- alle „neuen“ Anträge, welche die Delegierten fristgerecht bis zum 11. Oktober 2010 eingereicht haben und sich auf den Programmentwurf vom 10. September 2010 beziehen.

Das integrale Antragheft mit allen Anträgen aus der ersten Runde sowie ein Beiheft mit weiteren – teilweise sehr ausführlichen – Stellungnahmen von nicht antragberechtigten Personen und Gruppen hat die Geschäftsleitung am 14. September 2010 ins Internet gestellt (siehe www.spschweiz.ch/parteiprogramm).

Die von der Geschäftsleitung angenommenen oder modifiziert angenommenen Anträge aus der ersten Runde sind im neuen Entwurf des Parteiprogramms vom 10. September 2010 berücksichtigt. Die Neuerungen wurden soweit als möglich kursiv geschrieben. Die rund 850 angenommenen sowie modifiziert angenommenen Anträge der ersten Runde wurden gleichzeitig abgeschrieben. Sie werden als umgesetzt betrachtet.

Der Parteitag vom 30./31. Oktober 2010 in Lausanne entscheidet noch sowohl über die zur Ablehnung empfohlenen Anträge der ersten Runde als auch über alle Anträge der zweiten Runde. Die Diskussion am Parteitag wird auf der Basis des neuen Programmentwurfs vom 10. September geführt.

Damit die Diskussion am Parteitag auch zu einem Abschluss kommt, wird die Geschäftsleitung zwei Ordnungsanträge vorschlagen, über welche zu Beginn der Diskussion abgestimmt wird.

Inhaltsverzeichnis

Parteiprogramm: Gestaltung der Diskussion am Parteitag.....	2
Allgemeine Bemerkungen zum Eintreten.....	6
Eintretensdebatte: Rückweisungsanträge und Ordnungsanträge zum weiteren Vorgehen ...	8
Anträge zum Titelblatt, Vorwort und „Aufbau und Gliederung“	16
ANTRÄGE ZU „I. DIE ZEIT, IN DER WIR LEBEN“	18
Anträge zu „1. Neoliberale Offensive und zwei Gesichter der Globalisierung“	18
Anträge zu „2. Klimawandel und Umweltzerstörung als Herausforderung“	22
Anträge zu „3. Europäische Integration am Scheideweg“	24
Anträge zu „4. Gesellschaftliche Umbrüche“	27
Anträge zu „5. Die Hinterlassenschaft der kapitalistischen Weltordnung“	33
Anträge für ein neues 6. Kapitel.....	36
ANTRÄGE ZU „II. UNSERE GRUNDWERTE FREIHEIT – GERECHTIGKEIT – SOLIDARITÄT“	39
ANTRÄGE ZU „III. UNSERE VISION – DIE WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE“	46
Anträge zum Begriff des „Demokratischen Sozialismus“ und zum Begriff der „Überwindung des Kapitalismus“	46
Weitere Anträge zu „III. Unsere Vision“ und „1. Die Demokratisierung der Wirtschaft“	50
Anträge zu „2. Eine neue Eigentumsordnung und ein neues Bodenrecht“	57
Anträge zu „3. Eine alle einschliessende Gesellschaftsordnung“	59
Anträge zu „4. Eine gerechte und friedliche Weltordnung“	61
Anträge zu „5. Nachhaltige Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen“	63
Antrag für neues, 6. Kapitel.....	65
ANTRÄGE ZU "IV. UNSER WEG"	66
"1. Mit Sozialpolitik unsere Lebensqualität verbessern".....	66
Anträge zu "a. Den Sozialstaat um die vorsorgende Sozialpolitik ergänzen".....	66
<i>Anträge für neuen Punkt</i>	70
Anträge zu "b. Umverteilung und soziale Sicherheit".....	71
<i>Anträge zu 1. Allgemeine Erwerbsversicherung</i>	71

<i>Anträge für eine Volkspension und den Bruch mit dem 3-Säulen-System</i>	72
<i>Anträge für ein erwerbsloses Grundeinkommen für alle</i>	73
<i>Anträge zu 2. Ausrichtung an Demografie</i>	75
<i>Anträge zu 3. Arbeitsmarktintegration wenig Qualifizierter</i>	76
<i>Anträge zu 4. Steuerpolitik</i>	76
<i>Anträge zu 5. Gemeinschaftsbezogene Freiwilligenarbeit</i>	76
Anträge zu "c. Eine für alle zugängliche, qualitativ gute Gesundheitsversorgung"	77
Anträge zu „2. Mit Bildung, Forschung und Kultur die Zukunft gestalten“	79
Anträge zu „a. Mehr und bessere Bildung für alle“	79
Anträge zu "b. Zukunftstechnologien im Dienste der Menschen fördern"	81
<i>Anträge zu 1. Entwicklung im Bereich Wissenschaft/Technologie</i>	81
<i>Anträge zu 2. Dynamische Entwicklung im Bereich Wissenschaft/Technologie</i>	82
<i>Anträge zu 5. Schutz des geistigen Eigentums</i>	83
<i>Anträge für neuen Punkt</i>	83
Anträge zu "c. Die Kultur im digitalen Zeitalter fördern und vor dem Markt schützen"	84
<i>Anträge zu 1. Geistes- und Sozialwissenschaften und zu 2. Urteilsfähigkeit und Verantwortung</i>	84
<i>Anträge zu 4. Säkularismus</i>	85
<i>Anträge zu 6. Medienpolitik</i>	86
<i>Anträge zu 8. Urheberrecht</i>	87
Anträge zu "3. Die Demokratie und den Rechtsstaat stärken"	87
Anträge zu "a. Die Demokratie weiter entwickeln"	87
<i>Anträge zu 1. Parteienfinanzierung</i>	89
<i>Anträge zu 2. Verfeinerung der direktdemokratischen Instrumente</i>	89
<i>Anträge zu 3. Ausweitung Stimm- und Wahlrecht</i>	90
<i>Anträge zu 5.: Demokratiedefizit von internationalen Institutionen</i>	93
Anträge zu " b. Rechtsstaatlichkeit stärken und Föderalismus erneuern "	94
<i>Anträge zu 2. Gebietsreform</i>	94
<i>Anträge zu 3. Verfassungsgerichtsbarkeit</i>	94
<i>Anträge für neue Punkte</i>	95
Anträge zu "c. Für eine aktive Integrations- und Nicht-Diskriminierungspolitik"	98
<i>Anträge zu 1. Integrationspolitik</i>	99
<i>Anträge zu 4. Migration</i>	100
Anträge zu "4. Für starke staatliche Strukturen in Europa und weltweit"	100
Anträge zu "a. Die europäische Integration sozial und demokratisch voranbringen"	100
<i>Anträge zu 1. Beitrittsverhandlungen</i>	102
Anträge zu "b. Weltweit die soziale, ökologische und demokratische Entwicklung fördern" ..	105
<i>Anträge zu 2. Fairer Handel</i>	105
<i>Anträge zu 3. Milleniums-Entwicklungsziele</i>	106
<i>Anträge für neuen Punkt</i>	106
Anträge zu "c. Für eine solidarische Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz"	108
<i>Anträge zu 3. Menschenrechtspolitik</i>	110
<i>Anträge zu 5. Massiver Ab- und Umbau oder Abschaffung der Armee</i>	110
<i>Anträge zu 6. Ersatz der Wehrpflicht durch ein freiwilliges Rekrutierungssystem – oder bildet die Allgemeine Dienstpflicht eine Alternative?</i>	113
<i>Anträge zu 7. Zivildienst</i>	119

d. Anträge zu „d. Öffentliche Sicherheit für alle“.....	123
<i>Anträge zu 1. Vorrang von präventiven vor repressiven Massnahmen</i>	123
<i>Anträge zu 2. Unteilbarkeit von Sicherheit – gegen Ausgrenzung</i>	123
<i>Anträge zu 3. Schutz vor Waffengewalt</i>	123
<i>Anträge zu 4. Kantonale Polizeihoheit</i>	123
<i>Anträge zu 5. Zivilschutz</i>	124
Anträge zu "5. Für eine zukunftsfähige Wirtschaft im Dienste aller Menschen"	125
Anträge zu "a. Für soziale und ökologische Leitplanken der Marktwirtschaft".....	125
<i>Anträge zu 2. Sozial-ökologische Marktwirtschaft</i>	129
<i>Anträge zu 3. Soziale KMU stärken</i>	129
<i>Anträge zu 4 Steuerpolitik</i>	129
<i>Anträge zu 5. Regulierung der Finanzmärkte</i>	129
<i>Anträge zu 6. Too big to fail Problematik</i>	130
<i>Anträge zu 7. Landwirtschaftspolitik</i>	130
<i>Anträge zu 8. Nationalbankpolitik</i>	132
<i>Anträge für neuen Punkt</i>	133
Anträge zu "b. Für einen starken Service public".....	134
Anträge zu "c. Gerechte Arbeitsbedingungen in verändertem Umfeld durchsetzen".....	136
<i>Anträge zu 1. Teilhabe am Produktivitätsfortschritt</i>	138
<i>Anträge zu 3. Für mehr Sicherheit in einem flexiblen Arbeitsmarkt</i>	139
<i>Anträge zu 4. Kündigungsschutz</i>	140
<i>Anträge zu 5. Recht auf berufliche Aus- und Weiterbildung</i>	141
<i>Anträge zu 6. Personenfreizügigkeit</i>	142
<i>Anträge zu 7. Prekarisierung</i>	142
Anträge zu "6. Der Nachhaltigkeit zum Durchbruch verhelfen"	142
Anträge zu "a. Für einen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt".....	143
<i>Anträge zu 3. Internalisierung externer Kosten</i>	143
<i>Anträge für neuen Punkt</i>	144
Anträge zu "b. Für erneuerbare Energien und eine konsequente Klimapolitik".....	145
<i>Anträge zu 4. Gegen heutige Hauptenergieträger Erdöl, Erdgas und Uran</i>	145
Anträge zu "c. Die Nachhaltigkeit der Mobilität erhöhen".....	146
Anträge zu "d. Für eine nachhaltige Raumplanung und ein Recht auf Wohnen".....	147
Anträge zu "7. Mit der Gleichstellung von Frau und Mann eine gerechte und soziale Gesellschaft verwirklichen".....	148
Anträge zu "c. Den Sexismus überwinden – auch im Kopf".....	148
Anträge zu "Schlusswort"	149

Allgemeine Bemerkungen zum Eintreten

Stefan Ryser, SP Langenthal

Umfang: Nach wie vor zu umfangreich.

Schreibstil: Nach wie vor zu kompliziert geschrieben.

Empfänger dieses Werkes: Ich bin überzeugt, dass der grösste Teil der Empfänger dieses Dokument weder lesen noch studieren wird. Es wird vermutlich ein Staubfänger werden.

Peter Zuber, SP Wetzikon

Eintreten oder nicht?

Im Juli hätten wir eine Verlängerung der Vernehmlassungsfrist noch begrüsst, damit die Debatte über das Programm ausgiebiger – oder bei uns überhaupt – geführt werden kann. Heute nicht mehr, obschon die Forderung nach einer Verschiebung des Entscheides u.a. von namhaften Genossen wie Willy Spieler gestellt wird. Jetzt, wo der Entscheidungs-Parteitag aufgegleist ist, würde eine Rückweisung öffentlich als Fiasko ausgelegt; wie soll eine Partei die Schweiz regieren und das Volk vertreten, die nicht einmal in der Lage ist, sich selbst ein Programm zu geben?

Wir sollen vielmehr das Programm, mit seinen teils kontroversen Inhalten, als Spiegel unserer heutigen lebendigen Partei akzeptieren. Wir können stolz sein, dass wir uns ein Parteiprogramm mit klaren Orientierungen geben, und uns auch nicht scheuen, es mit unserer unbequemen Basis öffentlich zu diskutieren. Die Grundwerte unserer Partei sind erkennbar, sie stützen unsere Hoffnung auf eine bessere Welt und damit lässt sich vors Volk treten und regieren.

Das Parteiprogramm sei die Verfassung der Partei, wurde gesagt. Wohlan! Eine Verfassung lebt, wenn sie diskutiert, immer wieder in Frage gestellt und jedes Mal revidiert wird, wenn wir zu neuen Erkenntnissen kommen. Also lassen wir unsere Verfassung nach dem Parteitag von Lausanne nicht in der Schublade verschwinden, sondern lassen wir sie auf dem Tisch und im Gespräch und scheuen wir uns nicht, den einen oder anderen Punkt daraus bei nächster sich bietender Gelegenheit demokratisch anzupassen.

Wir unterstützen „Eintreten“ im vollen Bewusstsein, dass:

- das vorliegende Programm viel zu lang ist und kaum je gelesen werden dürfte.
- spitzfindige Leser und/oder politische Gegner in den Details Widersprüche und Ungereimtheiten entdecken und genüsslich ausbreiten könnten.

Esther Burkhardt Modena, SP Affoltern am Albis

Eine Gruppe von Mitgliedern der Sektion Affoltern a.A. hat am 6. Oktober die Fassung des Parteiprogramms vom 10. September diskutiert. Wir haben einerseits von der Annahme bzw. Ablehnung unserer Sektions-Anträge Kenntnis genommen und einzelne – nicht angenommene – Anträge nochmals kritisch hinterfragt. Andererseits haben wir auch einzelne wesentliche inhaltliche Änderungen und Ergänzungen diskutiert.

Wir anerkennen die grosse Leistung der Parteileitung im Versuch, der Flut von Anträgen Herr zu werden. Wir danken für die Berücksichtigung einzelner unserer Anträge oder von Teilen davon. Wesentliche Erweiterungen des Programms um Postulate zur Gleichberechtigung der Geschlechter und Klimapolitik begrüssen wir. Wir können das jetzt vorliegende Programm akzeptieren als innerparteiliche Diskussionsgrundlage. Es sollte aber dringend sprachlich/redaktionell noch überarbeitet und von schwer verständlichem Fachjargon befreit werden.

Benedikt Knobel, Politischer Sekretär der SP Thurgau

Die SP Thurgau hat den zweiten Entwurf des neuen Parteiprogramms studiert und stellt mit Freude fest, dass es erheblich verbessert wurde und sogar ganze Sätze unserer Vorschläge übernommen wurden. Dennoch möchten wir nochmals einige Vorschläge zu diskutieren geben. Ihr findet sie untenstehend.

Grundsätzlich ist uns vor allem eines wichtig: Es soll zwei Fassungen des Parteiprogramms geben. Eine ausführlich, grundsätzlich – so wie die vorliegende Fassung des Entwurfs, eine andere, zweite soll konkret, stark auf die wichtigsten Anliegen gekürzt und prägnant daherkommen. So würde die ausführlichere Variante den Background für unsere Politik bilden, die gekürzte Variante eine Art Werbebroschüre mit den genauen Vorstellungen und Zielen unsere Politik darstellen!

Die SP Thurgau bedankt sich für den Vorschlag der GL, hofft, dass ihre Anmerkungen im weiteren Verlauf der Überarbeitung berücksichtigt werden und freut sich auf den kommenden Parteitag.

Jacques Dubochet, PS Morges

Le programme que le PS élabore doit éclairer notre réflexion et notre action à l'horizon d'une génération (25 ans ?). La démarche est fondamentale et ambitieuse. Très justement, le Programme est sans ambiguïté sur nos valeurs fondamentales, Liberté, Justice et Solidarité. Sur cette base, il ne laisse de côté aucun des grands problèmes de notre monde. Bravo !

Pourtant, le PS étant un grand parti, riche et divers, le programme résulte forcément de compromis. À mon avis, beaucoup trop. Le monde a des problèmes gigantesques ; la domination du fric qui écrase les valeurs humanistes et son corolaire, l'impossible croissance qui nous envoie dans le mur, plein gaz, la pauvreté des uns et la richesse des autres, la dégradation de l'environnement, les « progrès techniques » qui nous dépassent, la popularisation des armes de destruction massive, et j'en passe. Nous ne pouvons pas attendre 25 ans pour construire de vraies solutions. Notre programme s'y engage-t-il ? Certainement pas suffisamment. Pourtant, des solutions sont imaginables. Par exemple:

— Économie : à Bretton Woods en 1944, Keynes, à la tête de la délégation anglaise proposait un système qui aurait fait que l'argent des pays riches ne puisse être qu'un outil d'aide aux moins riches et non l'arme de domination des forts sur ceux qui le sont moins. Il aurait du même coup pavé la voie vers une économie qui ne soit pas tributaire de cette tragique nécessité de croissance. Les Américains avaient un autre projet. Ils l'ont fait passer. C'est à ça que nous en sommes restés. Dommage!

— Chômage : l'homme est capable de produire plus que ce dont il a besoin (c'est d'ailleurs un problème en soi; voir les stupides 4x4) et ceci, avec de moins en moins de travailleurs. Le problème à résoudre n'est donc pas le chômage, mais le partage des biens. Là encore des solutions ont été pensées. Par exemple l'allocation universelle de vie.

— Etc. J'ai une liste plus exhaustive et pour chaque rubrique, divers éléments de solutions (que je n'ai pas inventé). Ne rétorquons pas qu'il s'agit d'utopies rêveuses et irréalistes. L'enracinement des problèmes dans lesquels nous nous débattons nécessite des changements majeurs. Les grands progrès de l'histoire ont tous commencé par des utopies. Qui d'autre que le PS peut, chez nous, dans la génération à venir, dire les nouvelles utopies et conduire à leurs réalisations ?

Eintretensdebatte: Rückweisungsanträge und Ordnungsanträge zum weiteren Vorgehen

A-1 Willy Spieler SP Zürich 2; Martin Nobs SP Zürich 7; und weitere *)

Rückweisungsantrag zum Zweiten Programmentwurf

Der Parteitag dankt der Geschäftsleitung für den Zweiten Programmentwurf vom 20. August 2010 und anerkennt den grossen Einsatz, den die GL und das Zentralsekretariat innert kürzester Frist geleistet haben. Entwurf (PE) und Integrales Antragheft (IAH) eignen sich als Grundlage für die parteiinterne Diskussion, die aber zwischen den unterschiedlichen, oft gegensätzlichen Positionen erst noch geführt werden muss. Das Ziel soll ein überarbeiteter Entwurf sein, der breit abgestützt, aber auch kürzer, lesbarer und kohärenter ist. In diesem Sinne weist der Parteitag den Entwurf zurück an die GL mit den folgenden Auflagen:

Die GL wird ersucht, den Entwurf so zu überarbeiten, dass er,

1. kurz lesbar und frei von Widersprüchen ist
2. die Vision Wirtschaftsdemokratie konkretisiert und Wege zu ihrer Verwirklichung, insbesondere auch den Zusammenhang zwischen Demokratisierung und ökologischem Umbau der Wirtschaft aufzeigt
3. für die Umsetzung des Programms die verantwortlichen Gremien und Gefässe (SPS, Kantonalparteien, Sektionen; Wirtschaftskonzepte und andere Positionspapiere) bezeichnet, aber auch die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen als Bündnispartner einbezieht.

Dabei ein Vorgehen zu wählen, das

4. den antragberechtigten Organen und der weiteren Parteibasis genügend Zeit lässt, um dem „Schlusswort“ des Entwurfs zu entsprechen: „Das beste Parteiprogramm nützt nichts, wenn darüber nicht breit diskutiert [...] wird“ (PE 55).
5. einen gesamtschweizerischen Programmkongress oder regionale Programmkongresse und allenfalls weitere Diskussionsmöglichkeiten (Arbeitsgruppen usw.) vorsieht, die geeignet sind, zwischen den kontroversen Positionen, wie sie aus den Anträgen zum Zweiten Programmentwurf hervorgehen, zu vermitteln, damit der Programmprozess sich zu einem Integrationsprozess für die Partei entwickelt.
6. ein gut formuliertes Programm hervorbringt, zu dem vielleicht auch der eine oder die andere unserer SchriftstellerInnen beitragen könnte.

Vorgängig soll der Parteitag vom 30./31. Oktober 2010 Gelegenheit erhalten

7. über wichtige kontroverse Themen zu beraten wie: Europäische Union; Unsere ‚Internationale‘; Ökologie: von Instrumentarien für den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft (z.B. Zukunftsrat) bis zu individuellen Verhaltensänderungen; Service public; Soziale Marktwirtschaft; Landwirtschaftspolitik; KMU in der Wirtschaftsdemokratie; Sorge- und Gemeinwohlarbeit; Garantiertes Mindesteinkommen; Friedens- und Sicherheitspolitik; Überwindung des Kapitalismus und demokratischer Sozialismus.

Begründung:

Zu 1. Der vorliegende Programmentwurf ist zu lang geraten. Die GL stellt daher „eine Kurzfassung“ durch das Zentralsekretariat in Aussicht (IAH 39). Eine Kurzfassung ist aber nicht einfach eine kürzere, sondern auch eine neu gewichtete Fassung. Angesichts der Bedeutung dieser Kurzfassung für die Kommunikation des Programms nach innen und aussen, ist dieses Vorgehen problematisch. Es braucht nicht die Kurzfassung eines langen Programms, sondern ein Programm, das sich durch Kürze auszeichnet. Hinzu kommen unsorgfältige Formulierungen, entbehrliche Fremdwörter und Wiederholungen, die der Les-

barkeit des Entwurfs abträglich sind. Er enthält auch Widersprüche, zum Beispiel betreffend Überwindung des Kapitalismus, Einschätzung der EU, neue Bodenpolitik etc.

Zu 2. Gemäss Vorwort soll Kapitel IV. Unser Weg „grössere und kleinere Schritte“ aufzeigen, „wie wir eine künftige Wirtschaftsdemokratie in bestimmten Bereichen schon heute vorwegnehmen“ (PE ii). Leider enthält Kapitel IV keine derartigen Schritte. Vor allem fehlen:

- die Mitbestimmung für die im Service public, in seinen Unternehmen und Verwaltungen, Beschäftigten (PE 15)
- Vorschläge, wie die Genossenschaften (auch Wohnbaugenossenschaften) zu fördern sind (PE 15f., 52)
- der Zusammenhang zwischen Wirtschaftsdemokratie und ökologischem Umbau der Wirtschaft.

Zu 3. Das Vorwort vergleicht das Parteiprogramm mit einer „Verfassung“ (PE i). Eine Verfassung enthält aber auch Antworten auf die Frage, welchen Organen welche Aufgaben obliegen. Zu denken wäre

- an eine periodische Überprüfung von Aktualität und Umsetzung der Programmpunkte durch eine Delegiertenversammlung
- an die Überprüfung der Programmverträglichkeit von Aktions- und Legislaturprogrammen, Positionspapieren und Rechenschaftsberichten der Parteigremien
- an die Umsetzung ‚unseres Wegs‘ zu Wirtschaftsdemokratie und ökologischem Umbau durch periodisch zu erstellende Wirtschaftskonzepte
- an Volksinitiativen, die einzelnen Programmpunkten zu besonderer politischer Relevanz verhelfen.

Was fehlt, ist sodann die Zusammenarbeit mit ‚Bündnispartnern‘ von den Gewerkschaften bis zu den sozialen Bewegungen.

Zu 4 – 6: Es handelt sich um Vorschläge, wie der fruchtbar begonnene Programmprozess sich zu einem echten Integrationsprozess für die Partei entwickeln könnte.

Zu 7: Der Parteitag soll die wichtigsten Fragen der Revision gleichwohl diskutieren können, aber nicht im Rahmen einer aufwändigen Detailberatung, sondern im Sinne inhaltlicher Auflagen für die Rückweisung und damit vermehrter Orientierungssicherheit bei der Überarbeitung des Entwurfs.

**) Mitunterzeichnete Parteitagsdelegierte und Parteimitglieder: Jacqueline Badran, SP Zürich 7&8, François Baer, SP Zürich 10, Linda Bär, SP Zürich 11, Andreas Burger, SP Zürich 6, Tom Cassee, SP Zürich 3, David Gallusser, SP Zürich 4 (unterschreibt als Parteimitglied), Andreas Gross, SP Zürich 7&8, Werner Kallenberger, SP Zürich 7&8, Andrea Kennel, SP Dübendorf, Hans Kissling, SP Zürich 7&8 (unterschreibt als Parteimitglied), Sibylle Marti, SP Zürich 3, Bruno Meili, SP Zürich 6, Martin Nobs, SP Zürich 7&8, Daniela Oertle, SP Zürich 5, Jon Pult, SP Kanton Graubünden, Sonja Rüegg, SP Gossau, Kurt Seifert, SP Winterthur, Wolf Stettler, SP Zürich 3, Jean-Daniel Strub, SP Zürich 7&8, Thomas Sutter, SP Zürich 4, Marcel Tobler, SP Zürich 4, Ruedi Tobler, SP Appenzell Ausserrhoden, Stefan Wigger, SP Appenzell Ausserrhoden, Rebekka Wyler, SP Zürich 3, Sabine Ziegler, SP Zürich 2, Adrian Zimmermann, SP Bern-Süd.*

Sowie alle Delegierte der JUSO Schweiz: Cédric Wermuth, Monika Simmler, Mattea Meyer, Tanja Walliser, Sarah Wyss, Kristina Schüpbach, Dominik Fitze, Adrian Mangold, Paco Krummenacher, Christian Joss, Julien Clement Waeber, Benjamin von Wyl, Nora Scheel, Bettina Leinundgut, Seraina Fürer, Michaela Peisino.

A-2 (= alt-A-1) : JUSO

Wir beantragen die vollständige Überarbeitung des vorliegenden Entwurfes. Der ursprüngliche Zeitplan soll so angepasst werden, dass das Programm frühestens an der ersten Delegiertenversammlung nach dem Parteitag vom 30.10. 2010 verabschiedet wird.

Begründung: Der Entwurf nach an verschiedenen Schwächen und Widersprüchen, die nur durch eine grundlegende Überarbeitung zu beheben sind. Zusammengefasst stellen wir

vier grundlegende Schwächen fest. Dem Entwurf fehlt eine wirkliche Analyse des Kapitalismus und eine entsprechende Kritik. Die Transformation der kapitalistischen Hegemonie hin zum Neoliberalismus seit dem 82er Programm wird nicht oder nur ungenügend analysiert. Dem Programm fehlt eine kohärente, umfassende Vision für eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus. Die Wirtschaftsdemokratie ist dabei ein wichtiger Teil, allerdings lange nicht alles. Dem Kapitalismus sollte deshalb der Begriff des "demokratischen Sozialismus" oder der "radikalen Demokratie" entgegengesetzt werden. Dem Entwurf fehlen gänzlich Aussagen zur Strategie der Partei und eine kritische Würdigung des bisher Erreichten. Der Zeitplan erweist sich für eine echte Diskussion als zu ambitioniert

Anpassung des Zeitplans: Ziel unseres Antrages ist nicht nur die qualitative Verbesserung des Programms, sondern auch die einsetzenden Diskussionen darum zu verlängern, zu intensivieren und weitere Kreise in unserer Partei und innerhalb der Linken mit einzubeziehen. Diesem Anspruch wird die bisherige Programmdebatte nicht gerecht.

Es scheint unklar, welche Rolle das Parteiprogramm spielen soll. Wir sind der Meinung, es soll die Grundlage für die tägliche Realpolitik liefern. Das hiesse, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den nächsten 30 Jahren unsere Politik primär mit den Forderungen und Visionen des Parteiprogramms gestalten. Denn wir machen uns unglaublich unwürdig, wenn wir eine Vision formulieren, aber nichts für ihre Umsetzung ein. Dafür ist aber der innerparteiliche Diskussionsprozess enorm wichtig. Dieser Prozess ist bisher kaum vorhanden. Damit das Parteiprogramm nicht zum Papiertiger verkommt, muss er von der SP Schweiz gefördert und unterstützt werden.

Die Revision des Parteiprogramms darf nicht aus Zeitgründen zu einer Haurückübung verkommen. Sie soll vor allem unsere grundlegenden Werte und Visionen klären. Anschließend soll auf dieser Grundlage ein konkretes Arbeitsprogramm für die kommenden Jahrzehnte erarbeitet werden („Unser Weg zu einem demokratischen Sozialismus“). Wir wünschen uns von der Geschäftsleitung konkrete Vorschläge dazu.

A-3 Michael Müller SP Bern Altstadt Verfahrens-Antrag, anstelle der modifiziert angenommenen Grundsatz-Anträge alt-A-26, alt-A-28, alt-A-42 und alt-A-973

Ordnungsantrag: Kurzfassung gehört nochmals vor den Parteitag oder die DV

Antrag: Die Anträge alt-A-2 der SP Bischofzell und alt-A-4 der SP Lengnau sind anzunehmen, aber nicht abzuschreiben.

Begründung: Eine Kurzfassung des Parteiprogramms ist nicht „tägliche Parteiarbeit“, nicht einfach ein „kommunikatives Umsetzen“ bei dem „das Zentralsekretariat Hilfestellungen leisten“ wird. Eine Kurzfassung ist durch die SP Schweiz auszuarbeiten und der Delegiertenversammlung zur Verabschiedung vorzulegen.

A-4 Monika Simmler, JUSO Schweiz

Ordnungsantrag: Kurzfassung und 10-Punkte-Programm zur Umsetzung gehören nochmals vor den Parteitag oder die DV

Im Anschluss an die Diskussion zum Parteiprogramm erarbeitet die Geschäftsleitung eine kondensierte Fassung. Diese Fassung enthält die zentralen Punkte aus dem Programm sowie einen konkreten 10-Punkte-Plan zur Umsetzung des Programms in den nächsten 10-20 Jahren. Beide Dokumente werden der Delegiertenversammlung oder einem Parteitag zur Diskussion und Genehmigung vorgelegt.

Begründung: Das vorliegende Programm wird voraussichtlich zu lange sein, um es an Interessierte zu geben oder wirklich sinnvoll damit zu arbeiten. Das sind allerdings die beiden wichtigsten Arbeitsfelder, wo das Programm eingesetzt werden sollte. Die Geschäftsleitung

hat bereits angekündigt, eine Zusammenfassung vorlegen zu wollen. Diese Zusammenfassung wird selber aber wieder eine politische Gewichtung vornehmen müssen. Dieser Entscheidung sollte von der Parteibasis gefällt werden.

Eine Vision – in welcher Form auch immer sie im Programm schlussendlich stehen bleibt – ist nur dann etwas wert, wenn wir in der täglichen „Realpolitik“ an ihrer Umsetzung arbeiten. Das vorliegende Programm liefert keine Antwort auf die Frage, wie wir das tun. Ein 10-Punkte-Programm könnte der Parteiarbeit ein klares Gesicht und eine langfristige strategische Grundlage bieten. Ein solcher Plan soll die zentralen Handlungsfelder sozialdemokratischer Politik und konkrete Projekte festlegen.

A-5 Peter Zuber, SP Wetzikon

Für eine nach dem Parteitag erstellte Kurzfassung

Vom genehmigten Parteiprogramm wird eine Kurzfassung von wenigen Seiten erstellt, die vor allem die „Fixsterne“, die Visionen und die Antworten auf die brennenden Fragen unserer Zeit enthalten. Markante Sätze – es hat deren viele im heutigen Text! – werden hervorgehoben und im besten Sinn plakativ verwendet, in einer Plakat- oder Inseratenkampagne vor den nächsten Wahlen.

Zwei Vertreter der SP Wetzikon hatten am 28. September im Club 2011 Gelegenheit, Hans-Jürg Fehr diesen Antrag mündlich darzulegen. Er erklärte sich bereit, dazu Hand zu bieten, allerdings erst nach Annahme des Parteiprogramms in Lausanne.

A-6 Esther Burkhardt, SP Affoltern am Albis (Rückkommen alt-A-29)

Rückkommensantrag: Es braucht eine Kurzfassung

Unserem Antrag zur Struktur des Parteiprogramms wurde nicht Genüge getan. Wir wünschen uns ein Programm, das auf prägnante Grundsätze herunter gebrochen wird, dies im Teil „Visionen“ und im Teil „Unser Weg“. Im unabdingbaren Teil „Grundwerte“ sollen diese affirmativ und knapp skizziert werden. Historische Rückblenden, Aufzählung von Verdiensten der Partei und Gewerkschaften, weiterreichende Analysen, Überlegungen und Positionsbezüge gehören in einen Begleittext.

A-7 Descombes-Della Schiava Vanda, SP Köniz

Antrag: Es braucht eine Kurzfassung

Die Struktur des Parteiprogramm erachtet die SP Köniz als gut. Es soll jedoch kürzer und weniger detailliert, sondern prägnanter verfasst werden.

Begründung: Ein Parteiprogramm muss hohen Erwartungen genügen. Es ist quasi die Verfassung der Partei und darf somit nicht zu detailliert sein. Es muss verständlich daher kommen und den Kriterien für eine gute Lesbarkeit genügen. Dazu gehört auch, dass keine Begriffe verwendet werden, welche nicht im Alltags-Sprachgebrauch verwendet werden. Auch muss es für die Präsentation nach aussen geeignet sein, um die Partei bei der interessierten Öffentlichkeit zu präsentieren. Da das Programm noch Mängel bezüglich der erwähnten Punkte aufweist, soll es mit einem diesbezüglichen Auftrag überarbeitet werden.

A-8 : Lecoultre Richard, PS Rolle

Commentaires sur le nouveau programme du parti socialiste suisse

- Félicitations à Jürg Fehr pour son travail fouillé et éclectique, ainsi qu'aux traducteurs dont la besogne est si difficile.

- Défauts : pour un lecteur moyen, l'ouvrage est trop long, trop littéraire, donc d'aspect difficile à assimiler, et peu attrayant.
- Il manque de propositions concrètes sur l'amélioration de la sécurité, de la justice, et ne mentionne nulle part les devoirs des citoyens.

Propositions :

- Présentation: il faudrait aussi fournir une version abrégée et illustrée, avec des phrases en **caractères gras**, ou en *italiques*, et, en caractères plus petits, l'enrichir de statistiques, de diagrammes, et même de dessins humoristiques, de manière à le rendre plus attrayant et plus facile à comprendre.
- Contenu : rappel des conquêtes socialistes en Suisse : assurance vieillesse en 1948, vote des femmes, assurance maternité, etc
- Rappel de la mauvaise foi des adversaires (affiche contre l'assurance vieillesse), du coût de leur opposition (plus de cinquante ans d'attente jusqu'à l'assurance maternité),
- Illustrer la différence croissante entre les rémunérations des dirigeants et des ouvriers.
- Mieux illustrer ce que la « loi du marché » signifie vraiment pour la population laborieuse, les PME, avec des exemples bien criants.
- Bien spécifier si les socialistes veulent remplacer le capitalisme ou simplement l'aménager, pourquoi et comment.
- Le parti insiste sur la notion de justice. Or, le fonctionnement de la justice suisse est une catastrophe : il est scandaleux qu'un petit malfrat mineur doive attendre près d'une année avant d'être jugé. A quoi a servi l'affaire Polanski ? Sans oublier nos grands escrocs qui reçoivent des indemnités (Swissair). Exiger une réforme rapide.
- La notion de devoir est absente du programme. La stabilité et la prospérité du pays ne sont-elles pas dues aussi au sens du devoir des habitants ? En Suisse, le devoir ne se limite pas au service militaire ; il convient d'insister sur les devoirs civiques : s'informer, voter, élire, payer ses impôts, respecter les lois, soutenir ceux qui exercent des charges officielles, protéger la nature, ...

A-9 (= alt-A-363) : JUSO: Zu "IV. Unser Weg", streichen

Der vierte Teil müsste aus der Logik des Aufbaus des Textes aufzeigen, wie unsere Vision konkret umgesetzt werden kann. Doch anstelle dessen besteht das Kapitel vor allem aus einer eher beliebigen Auswahl von Forderungen, denen der Zusammenhang zu den vorherigen Teilen fehlt. Ausserdem entsteht der Eindruck, der Forderungskatalog erhebe den Anspruch auf Vollständigkeit, den er aber in keiner Weise erfüllen kann. Der IV. Teil wird dem Anspruch, eine realpolitische Alternative zum herrschen Neoliberalismus zu bieten nicht gerecht. Im Gegenteil: An vielen Stellen, so beispielsweise zum Sozialstaat, übernimmt das Papier sogar neoliberale Konzepte. Es soll hier nicht weiter auf einzelne, kritikwürdige Punkte aus dem vierten Kapitel eingegangen werden, da wir es als Ganzes ablehnen. Wir schlagen vor, im Parteiprogramm gänzlich auf diesen vierten Teil zu verzichten und stattdessen nach Abschluss der Programmdebatte ein konkretes Arbeitsprogramm zur Umsetzung unserer Vision zu erarbeiten. Siehe dazu auch den letzten Punkt „Anpassung des Zeitplans“.

A-10 (= alt-A-43a) : Parti socialiste de la ville de Fribourg

Supprimer les 3 premières parties, pp 5 à 24 :

I Les temps modernes

II Nos valeurs fondamentales

III Notre vision

Et les mettre en annexe

Motif : conserver pour le programme lui-même seulement la partie « Notre voie » et mettre en annexe toute la partie historique précédente. Elle est très intéressante, mais pas forcément pour s'adresser directement aux électeurs et électrices qui veulent surtout savoir la vision du parti.

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

- **Rückweisungsanträge A-1 und A-2 (=alt-A-1): Ablehnen.**
- **Ordnungs- und Rückkommensanträge A-3 bis A-7: Annehmen.**
- **A-8: Modifiziert annehmen.**
- **A-9 (=alt-A-363) und A-10 (=alt-A-43a) : Ablehnen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung freut sich ausserordentlich, in welchem breitem Mass die Partei auf allen Ebenen von Genf bis Romanshorn und von Basel bis Chiasso die Gelegenheit nutzte, eine äusserst breite Programmdebatte zu führen. Die 2004 lancierte Programmdiskussion, die sich zuerst mit der Klarheit der Analyse beschäftigte, hat viel bewegt. Das Ringen um das neue Parteiprogramm hat seither stark an Intensität zugelegt. Der am 26. März 2010 von der GL verabschiedete erste Programmentwurf wurde in den Sektionen und übrigen antragberechtigten Organen intensiv diskutiert. Die mehrmonatige Antragsfrist bis zum 31. Juli wurde äusserst rege benutzt. Fast 1000 Anträge und Hunderte von weiteren Kommentaren wurden eingereicht. Sie flossen alle in den zweiten Entwurf vom 10. September ein. Wie stark es gelang, im neuen Entwurf die Rückmeldungen zu berücksichtigen, zeigt die geringe Anzahl von Rückkommensanträgen der Delegierten auf die fast 850 als angenommen abgeschriebenen Anträge. Und wie rege erneut diskutiert wurde, zeigen die zahlreichen neuen Anträge zum zweiten Entwurf.

Die Fülle der damit zu Tage geförderten Überlegungen erfüllt die Geschäftsleitung mit grossem Stolz. Keine andere Partei als die SP ist in der Lage, derart in die Tiefe gehende Debatten zu führen. Gleichzeitig stellt die Geschäftsleitung fest, dass verschiedene Themen in der Partei selbstverständlich unterschiedlich beurteilt werden. Die Geschäftsleitung ist aber der Ansicht, dass die Kontroversen nun auf dem Tisch liegen. Das vorliegende, dicke Antragheft enthält praktisch zu jeder strittigen Frage einen oder mehrere Anträge. Diese Kontroversen müssen nun ausgetragen und auch entschieden werden.

Es geht nur noch ein Jahr bis zu den nationalen Wahlen 2011. Für die Geschäftsleitung ist es sehr wichtig, dass der Lausanner Parteitag die grundlegenden Positionen unserer Partei klärt. Die Bevölkerung muss wissen, woran sie mit der SP ist und wofür die SP steht. Sie muss wissen, ob die zentrale Vision der SP die Wirtschaftsdemokratie ist oder ob sie etwas anderes anstrebt; ob die SP die Armee abschaffen will oder nicht; und wie sie es mit dem EU-Beitrittsziel hält. Die vorliegenden Anträge machen ausreichend klar, dass es zu diesen und auch weiteren Fragen in der Partei verschiedene Meinungen gibt. Die Meinungen sind inzwischen weitgehend gemacht. Nach gewalteter Diskussion ist der Lausanner Parteitag ohne weiteres in der Lage, verbindliche Entscheide zu treffen. Das soll er auch tun. Eine Rückweisung des Programmentwurfs an die Geschäftsleitung macht da keinen Sinn.

Gleichzeitig möchte die Geschäftsleitung den Verfassern und Verfasserinnen des sehr sorgfältig formulierten und begründeten Rückweisungsantrages **A-1** danken. Er enthält eine Fülle von Anregungen, welche die Geschäftsleitung sehr gerne entgegennimmt und sich für deren Umsetzung einsetzen will:

1. Die Geschäftsleitung greift gerne das Anliegen von **A-1 Ziffern 1 und 6** und der Anträge **A-3 bis A-7** auf, vom Parteiprogramm eine kurz lesbare, auf die Grundsätze herunter gebrochene und widerspruchsfreie **Kurzfassung** zu erstellen. Die Geschäftsleitung ist auch bereit, diese Kurzfassung **nochmals dem Parteitag vorzulegen**. Dies wird konkret am ausserordentlichen Wahlparteitag vom 26. März 2011 in Zürich der Fall sein. Diese Kurzfassung wird, wie dies **A-4** anregt, auch von einem **10-Punkte-Programm zur Umsetzung** begleitet sein.
2. Aufgegriffen wird auch das Anliegen von **A-1 Begründung zu 3**, die Aktualität und die Umsetzung der Programmpunkte **periodisch durch die Parteigremien überprüfen** zu lassen und für die Programmverträglichkeit von Aktions- und Legislaturprogrammen und weiteren Positionspapieren der Partei besorgt zu sein. Namentlich wird die Geschäftsleitung regelmässig – beispielsweise jeweils an den ordentlichen Parteitagen – Rechenschaft über die Umsetzung des Parteiprogramms vorlegen und die nächsten Schritte zu dessen Konkretisierung und Umsetzung definieren. Eine erste solche Überprüfung soll sicher **am nächsten ordentlichen Parteitag 2012** stattfinden.

Auch diese beiden Schritte setzen aber voraus, dass der Lausanner Parteitag das neue Parteiprogramm verabschiedet und nicht an die Geschäftsleitung zurückweist. Wir brauchen nun wieder festen Boden unter den Füßen, damit wir mit sicherem Tritt weiter gehen können. Dies erfolgt durchaus im Wissen, dass das vorliegende Parteiprogramm die Marschrichtung nicht für die Ewigkeit festlegt. Es ist für die Geschäftsleitung sehr wichtig, dass es **nicht erneut drei Jahrzehnte** dauert, bis sich die SP wiederum ein neues Parteiprogramm geben wird.

Gerne nimmt die Geschäftsleitung auch zu den **übrigen Anliegen** von **A-1** Stellung:

Das Anliegen von **A-1 Ziffer 2** betrachtet die GL als erfüllt: Die Vision Wirtschaftsdemokratie ist im zweiten Entwurf des Parteiprogramms stärker mit Inhalt gefüllt als im ersten, wichtige Ergänzungen empfiehlt die GL in diesem Antragsheft zur Annahme. Die weitere Konkretisierung, Umsetzung und Auslotung von Wechselwirkungen gehört nicht ins Parteiprogramm, sondern ist Aufgabe der politischen Arbeit unserer Partei in den nächsten Jahren.

Das Gleiche gilt für das Anliegen von **A-1 Ziffer 3 und 4**: Dass die SP für die Umsetzung ein breites Bündnis mit Gewerkschaften und weiteren Bewegungen der Zivilgesellschaft eingehen will, geht aus dem Schlusswort des Parteiprogramms hervor. Dieses wird gestützt auf **A-385** nochmals ergänzt. Wer innerhalb der Partei konkret für die Umsetzung verantwortlich ist, will die Geschäftsleitung nicht bis ins letzte Detail im Parteiprogramm festlegen. Das kann – im Rahmen der statutarischen Kompetenzordnung – den zukünftigen Diskussionen und Verhandlungen mit Bündnispartnern überlassen werden.

Dem Anliegen von **A-1 Ziffer 5** wurde nach Einschätzung der GL durch die 2004 lancierte Programmdebatte und dem Vorgehen in zwei Lesungen in der aktuellen Schlussphase bereits Rechnung getragen. Die SP sollte sich nicht länger als sinnvoll mit sich selber beschäftigen und ihre knappen Ressourcen vorab für die Durchsetzung ihrer Anliegen einsetzen.

Dem Anliegen von **A-1 in Ziffer 7** wird nach Auffassung der Geschäftsleitung mit der Ablehnung des Rückweisungsantrages besser entsprochen als mit dessen Annahme. Die jetzt vorliegenden 385 Anträge – davon 224 neue Anträge von Delegierten und 161 „alte“ Anträge aus der ersten Runde, welche die GL zur Ablehnung empfiehlt – ermöglichen dem Parteitag, sämtliche in Ziffer 7 erwähnten Diskussionen qualifiziert zu führen. Die Geschäftsleitung will aber weiter gehen als der Rückweisungsantrag und dem Parteitag das Recht

belassen, nach der Debatte dann auch verbindliche Entscheide zu fällen. Konkret werden die in Ziffer 7 aufgelisteten Grundsatzdiskussionen anhand folgender Anträge geführt:

- Europäische Union (mit der Diskussion über **A-249 bis A-260**);
- Unsere ‚Internationale‘ (mit der Diskussion über die Anträge für ein neues Kapitel 6, **A-63 bis A-66**);
- Ökologie: von Instrumentarien für den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft (z.B. Zukunftsrat) bis zu individuellen Verhaltensänderungen (mit der Diskussion über KMU, Service public, Sozialversicherungen usw. sowie über **A-130 bis A-137**. Dabei ist anzumerken, dass die Anträge **alt-A-605 bis alt-A-610** abgeschrieben wurden und niemand Rückkommen auf diese Abschreibung beantragte. Es wird somit voraussichtlich keine Diskussion über den Zukunftsrat geben);
- Service public (mit der Diskussion über **A-99, A-101, A-102 und A-336 bis A-346**);
- Soziale Marktwirtschaft (mit der Diskussion über **A-311 bis A-320**);
- Landwirtschaftspolitik (mit der Diskussion über **A-114 und A-327 bis A-331**);
- KMU in der Wirtschaftsdemokratie (mit der Diskussion über **A-103, A-117 und A-322**);
- Sorge- und Gemeinwohlarbeit (mit der Diskussion über **A-351 bis A-353**);
- Garantiertes Mindesteinkommen (mit der Diskussion über **A-156 bis A-161**);
- Friedens- und Sicherheitspolitik (mit der Diskussion über **A-266 bis A-302**);
- Überwindung des Kapitalismus und demokratischer Sozialismus (mit der Diskussion über **A-14, A-15, A-78 und A-87 bis A-97**).

Kurz: All die vom Rückweisungsantrag in Ziffer 7 angemahnten Themen werden wir am Parteitag ohnehin diskutieren. Die Geschäftsleitung will jedoch, dass der Parteitag nach den Diskussionen auch definitiv entscheiden kann und soll. Eine Rückweisung des gesamten Programmentwurfs an die Geschäftsleitung würde dies verhindern.

Hinzu kommt, dass neben den in Ziffer 7 erwähnten Themen zahlreiche weitere Anträge zu anderen Themen vorliegen. So liegen beispielsweise auch zur neuen Eigentumsordnung und einem neuen Bodenrecht zahlreiche Anträge vor (**A-116 bis A-120**). Der Rückweisungsantrag würde verhindern, dass über diese und all die anderen Anträge diskutiert werden könnte. Das will die Geschäftsleitung nicht. Wer den Rückweisungsantrag ablehnt, ermöglicht, dass der Lausanner Parteitag sämtliche Anträge diskutieren und entscheiden kann.

Gerne begründet die Geschäftsleitung auch noch ihre Abstimmungsempfehlung zu den **übrigen Anträgen A-8 bis A-10 zum Eintreten**.

Die meisten Anliegen von **A-8** wurden bereits umgesetzt oder werden anlässlich der Debatte über dieses Antragsheft geklärt: die Erinnerung an die Erfolge der SP; die sich öffnende Lohnschere; der Wandel des Arbeitsmarktes und dessen Folgen; dass wir nicht allein von Rechten, sondern auch von Pflichten sprechen; die Notwendigkeit, im Parteiprogramm zu klären, ob die SP nun für die Überwindung des Kapitalismus ist oder für dessen Zähmung. **A-9 (= alt-A-43a)** und **A-10 (=alt-A-363)** werden zur Ablehnung empfohlen. Offensichtlich liegen verschiedene Bedürfnisse vor. **A-9** will Teil IV „Unser Weg“ gänzlich streichen, während **A-10** das neue Parteiprogramm im Wesentlichen genau aus diesem Teil IV gestalten und die Teile I bis III in einen Anhang verbannen möchte. Die Geschäftsleitung wählt sozusagen den Mittelweg und hält grundsätzlich am vierteiligen Parteiprogramm-Entwurf fest. Einzelne Anliegen von **A-9** sind im Übrigen im zweiten Entwurf des Parteiprogramms berücksichtigt worden. Namentlich werden die Vision (Kapitel III) und deren Umsetzung (Kapitel IV) hier wesentlich stärker als in der Fassung vom 26. März aufeinander bezogen.

Anträge zum Titelblatt, Vorwort und „Aufbau und Gliederung“

A-11 Descombes-Della Schiava Vanda, SP Köniz, Titel

Dem Parteiprogramm ist ein einprägsamer Titel zu geben und auf der Frontseite des Programmes aufzudrucken. Die SP Köniz schlägt vor: „Für eine ökologisch-soziale Wirtschaftsdemokratie“.

Begründung: Das Parteiprogramm soll nach Meinung der SP Köniz einprägsamer und einfacher werden. Deshalb braucht das Programm auch einen Titel, der das Programm gut wiedergibt. Darin sollten die drei wichtigsten Kernanliegen der SP abgedeckt sein: Das Sichern der sozialen Sicherheit, der ökologische Umbau der Gesellschaft und die Demokratisierung der Wirtschaft. Der Titel „Für eine ökologisch-soziale Wirtschaftsdemokratie“ trifft nach Meinung der SP Köniz diese Kernanliegen.

A-12 Romain Felli, PS Vaudois Préface, 1er paragraphe, 3 premières lignes

Remplacer la première phrase par « Le monde entier est en proie à une crise profonde, qui n'est pas seulement celle de la finance, mais découle d'un système économique fondé sur la poursuite du profit et indifférent aux êtres humains ».

Motif : Débuter en parlant d'érosion de valeurs qu'on explique pas et de « concepts politiques » qu'on ne nomme pas n'est pas une bonne entrée en matière. Nous serons plus clair en expliquant que la crise actuelle n'est pas seulement celle de la finance mais du système économique actuel.

A-13 Monika Simmler, JUSO Schweiz, Seite i, Zeile 6

Ergänzen: [...] zugunsten einer *freien*, solidarischen und gerechten Gesellschaft [...]

Begründung: Ziel der Sozialdemokratie ist eine Auflösung der Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse. In einer sozialdemokratischen Gesellschaft sollten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit bestmöglich verwirklicht sein und der Idee nach absolut sein.

A-14 Arnaud Thiéry, PS Vaudois, Préface, 1er paragraphe, 6 lignes avant la fin

Reformuler la phrase: « Notre combat, c'est la justice sociale et l'emploi, la transformation écologique de l'économie, l'égalité des chances pour toutes et tous et non pas la multiplication des privilèges pour quelques-uns » en: « Notre combat, c'est le socialisme démocratique, dont les valeurs essentielles sont la justice sociale et l'égalité de toutes et tous. Au lieu de multiplier les privilèges pour quelques-uns, nous voulons assurer l'emploi, la transformation écologique de l'économie, et la démocratie politique et économique. »

Motif: Il est réducteur de présenter notre combat comme celui de l'emploi et de la transformation écologique de la société. Le présent programme promeut des valeurs fondamentales comme la justice sociale et l'égalité, et met en avant la nécessaire démocratie économique et politique. Nous voulons le souligner dès la préface, en mettant l'accent sur le socialisme démocratique.

A-15 Monika Simmler, JUSO Schweiz, Seite i, Zeile 10

~~Streichen: Wir setzen uns für soziale Gerechtigkeit, neue Arbeitsplätze und einen ökologischen Umbau der Wirtschaft ein.~~

Ersetzen: *Wir kämpfen für eine Schweiz, die mit Kapitalismus und Neoliberalismus bricht und den demokratischen Sozialismus und somit soziale Gerechtigkeit, das Recht auf Arbeit und ökologisches Wirtschaften verwirklicht.*

Begründung: Die SP kämpft für eine Ordnung die über den Kapitalismus hinausgeht. Denn die kapitalistische Weltherrschaft verursacht Ausbeutung, Ungerechtigkeit und Unfreiheit. Den Anspruch der SP auf eine andere, eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaftsordnung muss im Parteiprogramm auch explizit festgehalten werden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

- **A-11: Modifiziert annehmen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung greift die Anregung von **A-11** gerne auf. Die soziale Frage gehört aber an die erste Stelle. Als Titel des neuen Parteiprogramms wird deshalb vorgeschlagen: „Für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie“

- **A-12: Modifiziert annehmen.**

Begründung: Dieser Antrag betrifft nur die Übersetzung ins Französische. Die Geschäftsleitung schlägt vor, den ersten Satz des Vorwortes näher am Deutschen wie folgt zu übersetzen: „Le monde entier est en proie à une crise profonde de la finance et de l'économie, qui trouve son origine dans des concepts politiques indifférents à l'humain et dans une érosion des valeurs.“

- **A-13: Annehmen.**

Begründung: Die Ergänzung, dass die SP zusätzlich zu einer solidarischen und gerechten Gesellschaft auch eine freie Gesellschaft anstrebt, wird von der Geschäftsleitung begrüsst.

- **A-14 und A-15: Ordnungsantrag: Diskussion im Zusammenhang mit dem Visionenkapitel führen und dort entscheiden**

Begründung: Die Geschäftsleitung schlägt vor, die Diskussion über die Einfügung oder den Verzicht auf Begriffe wie den „Demokratischen Sozialismus“ und den „Bruch mit dem Kapitalismus“ nicht hier im Vorwort zu führen, sondern im Rahmen der Diskussion über den neuen von der Geschäftsleitung vorgeschlagenen Begriff der „Wirtschaftsdemokratie“ im Visionenkapitel III, und auch dort zu entscheiden. Je nach Ausgang werden selbstverständlich auch hier im Vorwort die beantragten begrifflichen Änderungen durchgeführt. Siehe auch die Stellungnahme der Geschäftsleitung zu **A-87 bis A-97 (inkl. Stellungnahme zu A-14, A-15 und A-78)**.

Anträge zu „I. Die Zeit, in der wir leben“

A-16 Renatus Beck, SP Bümpliz/Bethlehem I, Seiten 1–10

Dieser analytische Teil soll in der geplanten Kurzfassung möglichst stark zusammengefasst werden (v.a. Konzentration auf die Nennung der fünf grössten aktuellen Einflussfaktoren).

Begründung: Die Kurzfassung soll diese Bezeichnung wirklich verdienen, und da interessieren (namentlich die Noch-Nicht-Mitglieder) in erster Linie die nachfolgenden Kapitel II bis IV.

A-17 Thomas Gentil, PS Fribourg-Ville,

A la page 1, sous le premier chapitre « les temps modernes » il est fait mention de « quatre évolutions ». Celles-ci sont ensuite énumérées. Le lecteur s'attend à trouver 4 sous-chapitres, or il y'en a 5 (« L'héritage de l'ordre mondial capitaliste »). Il faudrait faire mention du chapitre 5 également dans la partie introductive.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-16 und A-17: Annehmen.

Anträge zu „1. Neoliberale Offensive und zwei Gesichter der Globalisierung“

A-18 Monika Simmler, JUSO Schweiz, I, 1, Absatz 1, Seite 1

Einfügen: *Auch mehr als 200 Jahre nach seiner Entstehung haben Kapitalismus und die damit verbundenen Gesellschaftsordnung weiter Bestand. Redaktionell: Nächster Satz: [...] die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Konzepte aber grundlegend verändert.*

Begründung: Die festgehaltenen Entwicklungen der Gesellschaft im Zuge der neoliberalen Revolution sind zwar grundsätzlich richtig. Trotzdem muss der Fortbestand des Kapitalismus im Analyseteil festgehalten werden.

A-19 Monika Simmler, JUSO Schweiz, I, 1, Absatz 1, letzter Satz, Seite 1

Ergänzen: Gleichzeitig verschieben sich die Machtverhältnisse zugunsten einiger weniger Besitzender und Herrschender.

Begründung: Die Profiteure der neoliberalen Revolution müssen klar benannt werden.

A-20 Monika Simmler, JUSO Schweiz, I, 1, Absatz 2, Zeile 5, Seite 1

Streichen: Die Regierungen ... vorangetrieben.

Ersetzen: *Die Regierungen mächtiger westlicher Staaten wie die USA und Grossbritannien, die sich ganz der neoliberalen Ideologie des Staatsabbaus und Privatisierens, der Deregulierung der Märkte und der Liberalisierung verschrieben hatten, haben sie bewusst vorangetrieben.*

Begründung: Die drei Haupthandlungsfelder des Neoliberalismus sind klar privatisieren, liberalisieren und deregulieren. Dies muss im Analyseteil gesagt werden.

A-21 Romain Felli, PS Vaudois, I, 1, avant-dernier paragraphe, page 1,

Modifier les deux dernières phrases comme suit : « Cette évolution a été favorisée par le passage des anciens pays communistes de l'Europe de l'Est et de la Chine au capitalisme et délibérément encouragée par les gouvernements néolibéraux des pays industrialisés d'Europe, d'Amérique du Nord et d'Asie, apôtres de l'idéologie du profit maximal, du moins d'Etat et de la dérégulation des marchés. Mais cette globalisation néolibérale a aussi été promue par les gouvernements des pays du Sud, et notamment ceux qui, à l'instar de la Chine, combinent un régime politique autoritaire avec une économie capitaliste. »

Motif : il ne faut pas attribuer aux "pays" ce qui relève des politiques menées par les gouvernements néolibéraux. Il serait en outre réducteur de limiter la tendance néolibérale aux Etats-Unis et à la Grande-Bretagne.

A-22 Romain Felli, PS Vaudois, I, 1, dernier paragraphe, page 1,

« Ainsi la globalisation néolibérale, et les politiques de dérégulation économique, ne sont pas seulement une victoire des marchés contre les Etats, mais ont été provoquées volontairement par des gouvernements néolibéraux cherchant à favoriser les détenteurs du capital au détriment des salariés. En promouvant la libéralisation des flux de capitaux, et la concurrence fiscale, ils ont mis sous pression l'Etat social et les salariés. En même temps, ces gouvernements ont promu des politiques xénophobes (en matière d'asile et de migration, notamment) afin de détourner la colère des "perdants" de la globalisation contre les plus faibles de la société. »

Motif : il ne faudrait pas laisser croire que le rapport entre capital et Etat est un jeu à somme nulle. Au contraire, les Etats sont responsables aussi des développements de la globalisation. C'est important car ce que les Etats ont fait, ils peuvent, partiellement le défaire. Il n'y a donc pas de fatalité de la globalisation néolibérale. Il est faux d'expliquer la globalisation par l'absence de règles internationales. Celle-ci s'explique bien plus par le fait que les Etats ont en effet choisi d'opérer ensemble une dérégulation.

A-23 Monika Simmler, JUSO Schweiz, I, 1, Absatz 2, Seite 2

Streichen: Zwar profitieren ... wie der Schweiz:

Ersetzen: *Die Globalisierung geht zulasten der lohnabhängigen und besitzlosen Klassen. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung profitiert von ihr – auch in der Schweiz. Gleichzeitig hat die Globalisierung aber massive Auswirkungen auf die Volkswirtschaften der Nationalstaaten:*

Begründung: Im Sozialdemokratischen Verständnis gibt per se keine Gewinner- und Verliererländer der Globalisierung. Unser Fokus liegt auf den Menschen, die unter der Globalisierung zu leiden haben, oder von ihr profitieren – und zwar weltweit. Dass die Globalisierung aber Auswirkungen auf die Volkswirtschaften der Nationalstaaten hat, versteht sich von selbst, ist aber eine andere Perspektive.

A-24 Monika Simmler, JUSO Schweiz, I,1, Absatz 4,2. Zeile, Seite 2

Streichen: ~~Es gibt auch – wenn auch noch viel zu wenig – den fairen Handel, der Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern eine Chance bietet.~~

Begründung: Fairer Handel ist zwar ein voluntaristisches Mittel einiger Gutbetuchter die Ausbeutung durch die Globalisierung in den Herkunftsländern zu mildern. Die durch die Globalisierung entstehende Ausbeutung beseitigt sie aber nicht – zementiert sie im Gegenteil noch.

A-25 Monika Simmler, JUSO Schweiz, I, 1, Absatz 2, Seite 3

Streichen: Das 21. Jahrhundert ... zu machen.

Ersetzen: *Das 21. Jahrhundert kann aber auch ein Jahrhundert des gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Fortschritts werden. Dann nämlich, wenn es gelingt, die Globalisierung zu demokratisieren, Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse zu beseitigen und sie international in eine sozialdemokratische Ordnung einpassen. Damit machen wir ihr den Kampf gegen Gewalt und Repression, Hunger, Armut, Seuchen, Analphabetismus und Naturzerstörung zur Aufgabe.*

Begründung: Erst durch eine von den ökonomischen Strukturen her neue, sozialdemokratische Globalisierung, schaffen wir es, sie zum Nutzen aller zu verändern. Ausbeutung der Arbeit und der Natur, Ignoranz gegenüber Leid und Armut sind der kapitalistischen Globalisierung inhärent.

A-26 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, I, 1, deuxième paragraphe, page 3

Biffer le paragraphe « Le 21ème siècle risque de devenir...droits humains ».

Motif: ce paragraphe est inutile en plus d'être mal placé. Il mélange sous un ton apocalyptique des éléments de tout le chapitre.

A-27 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, I, 1, troisième paragraphe, page 3

Remplacer « rendre plus sociale et plus écologique » par « rendre sociale et écologique ».

Motif: en l'état, la globalisation n'est ni sociale, ni écologique.

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

- **A-18: Ablehnen.**

Begründung: Der Antrag der Juso legt nahe, dass wir es seit 200 Jahren stets mit derselben Gesellschaftsordnung zu tun haben. Die Geschäftsleitung ist der Meinung, dass die heutige Gesellschaft kaum mehr etwas gemeinsam hat mit jener in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Wann genau die Anfänge des Kapitalismus sind, ist zudem umstritten. Diese Fragen können und sollen aber im Parteiprogramm offen gelassen werden. Das Programm fokussiert mit dem Beschrieb der letzten Jahrzehnte auf eine Zeitspanne, die dem bewussten Erleben der heutigen Menschen zugänglich ist und auch an das letzte Parteiprogramm der SP Schweiz anschliesst. Es überlässt die länger zurückliegende Geschichtsschreibung lieber der wissenschaftlichen Diskussion.

- **A-19: Modifiziert annehmen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung schlägt vor, **A-19** im Parteiprogramm wie folgt umzusetzen: „Gleichzeitig verschoben sich die Machtverhältnisse zugunsten einiger Weniger.“

- **A-20: Modifiziert annehmen.**

Begründung: Der Programmentwurf bezeichnet den *Staatsabbau* und die *Deregulierung der Märkte* als Hauptinhalt der neoliberalen Ideologie. **A-20** schlägt vor, auch die *Privatisierung* klar zu benennen. Diese Anregung wird gerne ins Parteiprogramm integriert. Die Geschäftsleitung möchte an dieser Stelle aber davon absehen, auch den Begriff der *Liberalisierung* noch zu ergänzen. Soweit die Liberalisierung die Märkte betrifft, ist der Wortinhalt im Programmentwurf mit der Formulierung „Deregulierung der Märkte“ klarge-

stellt. Der Begriff Liberalisierung beinhaltet aber auch Inhalte, welche die Sozialdemokratie befürwortet, namentlich die *Liberalisierung der Gesellschaft* und die Verteidigung und Weiterentwicklung des *politischen Liberalismus*. Beides wird gerade durch die neoliberale Marktentfesselung in Frage gestellt. Deshalb möchte die Geschäftsleitung davon absehen, den Begriff der Liberalisierung allein den Neoliberalen zuzuschreiben.

- **A-21: Modifiziert annehmen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung kann den Aussagen von **A-21** ohne weiteres zustimmen. Es geht hier im wesentlichen um die Frage, wie der Abschnitt am besten formuliert werden kann. Gerne wird nochmals verdeutlicht, dass es bestimmte Regierungen und nicht die Staaten als solche waren, welche die neoliberale Ideologie vorantrieben; dass es neben den USA und Grossbritannien noch weitere Regierungen waren, welche neoliberal ausgerichtet waren; sowie die Rolle, welche die Beendigung des Kalten Krieges spielt, sowie die Rolle von China anzusprechen. Der Geschäftsleitung ist insgesamt aber wichtig, dass damit keine unnötigen Verlängerungen verbunden sind.

- **A-22: Modifiziert annehmen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung greift gerne die Anregung auf, die Wirkungen einer xenophoben Politik ins Parteiprogramm aufzunehmen und zu begründen, weshalb es so wichtig ist, jeder xenophoben Politik entschieden entgegenzutreten. Die Geschäftsleitung möchte aber davon absehen, von „une victoire des marchés contre les Etats“ zu sprechen. Der Markt ist kein handelndes Subjekt. Vielmehr sind es immer Menschen, welche politisch handeln. Auch werden in **A-22** allein die „salariés“ als Opfer dieser Politik dargestellt. In vielen Weltgegenden kam aber auch der informelle Sektor – namentlich die Frauen – unter die Räder der neoliberalen Politik. Dies wird an anderer Stelle im Programmentwurf so deutlich ausgesprochen.

- **A-23: Ablehnen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung betrachtet die im Programmentwurf vorhandene Formulierung als klarer, weil differenzierter, und bittet darum, an diesen festzuhalten. Die negativen Auswirkungen der Globalisierung sind ausführlich benannt. Mit Einschub des neu in den zweiten Programmentwurfs aufgenommenen ersten Abschnittes wurde der Teil über die negative Dimension der Globalisierung nochmals ausgebaut. Der Programmentwurf weist aber im Titel zu diesem Abschnitt darauf hin, dass die Globalisierung nicht auf diese negativen Folgen reduziert werden sollte. Sie hat mehrere Gesichter: solche, die wir ablehnen, aber auch solche, die wir begrüßen. **A-23** würde die Gewichte weiter verschieben. Es sei indes daran erinnert, dass beispielsweise Brasilien dank einer geschickten sozialdemokratischen Nutzung der Globalisierung die Armut massiv reduzieren konnte und auch in der Schweiz Hunderttausende von Arbeitsplätzen direkt von der Globalisierung abhängen.

- **A-24: Ablehnen.**

Begründung: **A-24** will vom fairen Handel nichts wissen. Die Geschäftsleitung steht aber voll und ganz hinter dem Konzept des fairen Handels, das im Übrigen auch vom Schweizerischen Arbeiterhilfswerk SAH, zu dessen Trägerschaft die Gewerkschaften und die SP gehören, unterstützt wird. Seit Jahren will das SAH zusammen mit der SP kampagnemässig namentlich die staatliche Nachfrage gezielt auf fair produzierte Güter lenken. Niemand behauptet, dass mit fairem Handel alle Probleme gelöst werden können. Er leistet aber einen Beitrag: je mehr fairen Handel es gibt, desto grösser wird dieser Beitrag. Zudem tragen solche Kampagnen zur Sensibilisierung bei.

- **A-25: Modifiziert annehmen**

Begründung: **A-25** möchte, dass im Parteiprogramm deutlicher gemacht wird, dass wir *die Globalisierung demokratisieren* wollen. Die Geschäftsleitung schlägt vor, diese Formulierung in den vorliegenden Absatz des Parteiprogramms zu integrieren. In den übrigen Formulierungen bevorzugt die Geschäftsleitung aber die bisherige Version. Der Antrag **A-25** geht von einem anderen Verständnis der Globalisierung aus als jenes, das die Geschäftsleitung im Programmentwurf vorschlägt. Die Globalisierung ist politisch gestaltbar und deshalb auch gestaltungsbedürftig. Der bisherige Text fordert, die Globalisierung müsse *anders* als bisher gestaltet werden. Sie müsse am Erfordernis der Sozial- und Umweltverträglichkeit ausgerichtet werden und nicht am Profitinteresse weniger. **A-25** will diese Textpassagen streichen und stattdessen die Forderung einfügen, es seien zunächst die „Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse zu beseitigen“ und die Globalisierung dann in die "sozialdemokratische Ordnung ein(zu)passen“. Darin spiegelt sich eine eher resignative Sicht auf die Globalisierung, die offenbar nicht direkt politisch beeinflussbar sei. Die Geschäftsleitung hält auch im Sinne der internationalistischen Tradition der Sozialdemokratie daran fest, dass die Globalisierung gestaltbar ist und im Sinne der sozialdemokratischen Grundwerte gestaltet werden muss.

A-26 Ablehnen

Begründung: **A-26** möchte einen ganzen Abschnitt streichen, welcher nach Meinung der Geschäftsleitung klar die möglichen Szenarien der Globalisierung der Zukunft aufzeigt. Es ist möglich, dass das 21. Jahrhundert zu einem Jahrhundert des Fortschrittes wird. Aber es ist eben auch das Gegenteil möglich: Es wäre schade, wenn dieses Szenario aus dem Parteiprogramm gestrichen würde.

- **A-27: Modifiziert annehmen.**

Begründung: Antrag **A-27** betrifft allein die Übersetzung ins Französische. Die vorgeschlagene Formulierung ist in der Tat präziser. Die Geschäftsleitung übernimmt diese gerne.

Anträge zu „2. Klimawandel und Umweltzerstörung als Herausforderung“

A-28 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, I, 2, premier paragraphe, page 3

Modifier le titre en « La destruction de l'environnement »

Motif : la destruction de l'environnement est à notre avis une notion bien plus pertinente dans notre analyse car elle montre la menace que constitue la logique économique actuel pour notre environnement. La notion de changement climatique peut apparaître comme externe à la logique de notre système économique.

A-29 Germain Schaffner, PS Vaudois, I, 2, 1er paragraphe, page 3

Reformuler le paragraphe : « A côté du fossé qui se creuse entre les riches et les pauvres, la destruction de l'environnement constitue une menace importante pour les générations actuelles et futures. Ce phénomène trouve sa cause dans un ordre économique qui rend possible et tolère la surexploitation des ressources naturelles. L'accès inégal à ces ressources permet aujourd'hui aux plus riches de piller et d'accumuler des ressources naturelles essentielles alors que les populations défavorisées en sont privées. La déforestation, les

pollutions, les politiques agricoles et d'élevages dictées par une logique de profit constituent des menaces sur la qualité de notre environnement et mettent en danger les êtres humains. Toutes ces destructions sont à l'origine du réchauffement global qui a commencé vers 1900 et s'est accéléré depuis 1990 avec l'augmentation de la concentration des gaz à effet de serre émis par l'être humain. Les conséquences en sont une fonte accélérée des glaciers, la montée du niveau des mers, de nouveaux types de précipitations et un accroissement des événements météorologiques extrêmes. »

Motif : Dans une perspective socialiste, nous pensons plus important de mettre en avant l'accès inégal aux ressources naturelles et la surexploitation aveugle des ressources qui sont la base du problème.

A-30 Monika Simmler, JUSO Schweiz, 1,2, Absatz 1, Seite 3

Streichen: Klimawandel und und zulässt.

Ersetzen: *Klimawandel und Umweltzerstörung bilden neben der Abhängigkeit zur Lohnarbeit und der damit verbundenen wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich die grösste politische Herausforderung an die heutigen und kommenden Generationen. Ursache ist die gleiche: eine Wirtschaftsordnung, welche Ausbeutung voraussetzt.*

Begründung: Ausbeutung ist im Kapitalismus keine bedauerliche Begleiterscheinung, sondern dessen unmittelbare Voraussetzung.

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

- **A-28: Modifiziert annehmen.**

Begründung: Der Titel im Programmentwurf ist in der Tat etwas schwerfällig. Die Geschäftsleitung schlägt als neuen Titel vor: „*Klimawandel und Umweltzerstörung*“ – „*Changement climatique et destruction de l'environnement*“. Der bisherige Zusatz „als Herausforderung“ („Le défi du“) kann verlustlos gestrichen werden.

Die Geschäftsleitung hält aber daran fest, den Klimawandel im Titel zu benennen. Er kann nicht einfach mit Umweltzerstörung gleichgesetzt werden. Der Klimawandel wirkt sich nicht in allen Weltregionen in der Form einer Umweltzerstörung aus. Weite Teile der heute zugefrorenen Tundra in Sibirien dürften sich beispielsweise im Zuge der Erderwärmung in Ackerland verwandeln. Für diesen ist der Begriff der Umweltzerstörung nicht ganz zutreffend. Deshalb sollte der Begriff des Klimawandels im Titel erhalten bleiben.

- **A-29: Modifiziert annehmen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung kann **A-29** gut folgen. Es geht in erster Linie um die Frage, wie das Gleiche am besten formuliert wird. Auch der vorliegende Programmentwurf hält unmissverständlich fest: „Ursache ist die gleiche: eine Wirtschaftsordnung, welche Ausbeutung ermöglicht und zulässt. Die hemmungslose Plünderung der natürlichen Ressourcen hat die schrankenlose Anhäufung von Reichtum sowohl zur Voraussetzung als auch zur Folge“. Die Geschäftsleitung ist aber gerne bereit, den strukturelle Hintergrund weiter zu verdeutlichen, der dem ungleichen Zugang zu den natürlichen Ressourcen zugrunde liegt, und die Folgen für die Verteilungsfrage und die Nachhaltigkeit noch klarer zu benennen, wie dies **A-29** vorschlägt.

- **A-30: Ablehnen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung betrachtet die im Programmentwurf vorhandene Formulierung als klarer, weil differenzierter, und bittet darum, an diesen festzuhalten. Die Behaup-

tion in der Begründung zu **A-30** trifft nicht zu, die Ausbeutung werde im Programmtext als „bedauerliche Begleiterscheinung“ bezeichnet. Vielmehr bezeichnet der Programmtext die heutige Wirtschaftsordnung als „Ursache“ für Ausbeutung.

Anträge zu „3. Europäische Integration am Scheideweg“

A-31 Monika Simmler, JUSO Schweiz, I, 3, Absatz 1, Seite 4

Streichen: Die europäische ... der Landesgrenzen.

Begründung: Unnötig komplizierter Satz. Eine solche Bewertung erachten wir als nicht notwendig. Der Satz soll im Sinne der Straffung des Programms gestrichen werden.

A-32 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, I, 2, 1er paragraphe , page 4

Biffer « Incarnée et emmenée par l'Union européenne,... le PS Suisse. » et débiter le chapitre par « En l'état, l'Union européenne est en premier lieu un marché intérieur avec... »

Motif : Il s'agit d'une répétition inutile de l'introduction du chapitre qui se trouve en page 1 (1er paragraphe).

A-33 Monika Simmler, JUSO Schweiz, I, 3, Absatz 2, Zeile 3, Seite 5

Streichen: ~~Und die EU ist ein Friedenswerk, das in Europa das seit Jahrhunderten bestehende verheerende Kriegsrisiko nahezu auf null reduziert hat.~~

Zudem Redaktionell: [...] – *dank der EU als den Nationalismus hinter sich lassende Friedensmacht.* (Absatz 3)

Ersetzen: *Und dank der EU konnte das seit Jahrhunderten bestehende verheerende Kriegsrisiko in Europa nahezu auf null reduziert werden.*

Begründung: Die EU ist kein Friedenswerk. Zwar wurde das Kriegsrisiko in Europa dank der EU reduziert. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verstehen wir aber unter Frieden nicht nur die Abwesenheit von Krieg, sondern auch Beseitigung von struktureller Gewalt und gesellschaftlicher Gerechtigkeit. Hier weist die EU erhebliche Defizite auf. Zudem hat die EU nur das Kriegsrisiko innerhalb Europas reduziert. Ausserhalb Europas beteiligen sich die Länder der EU weiterhin an kriegerischen Akten (Z.B. aktuell Afghanistan).

A-34 Monika Simmler, JUSO Schweiz, I, 3, Absatz 2, Zeile 9, Seite 5

Streichen: „... und eine sozial und ökologisch regulierte Marktwirtschaft im Dienste der Allgemeinheit in Europa ...“

Ersetzen: „... und eine auf Ausgleich zielende sozial und ökologisch regulierte Marktwirtschaft in Europa ...“

Begründung: Eine Marktwirtschaft handelt auch sozial und ökologisch reguliert nicht im Dienste aller.

A-35 Romain Felli, PS Vaudois, I, 3, deuxième grand paragraphe, page 5

Biffer « Sur la scène mondiale aussi, aucun autre acteur... globalisation ».

Motif : Cette assertion est naïve.

A-36 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, I, 3, fin du 1er paragraphe en haut de la page 6

Biffer « De fait, la construction européenne et la globalisation mondiale représentent des évolutions stratégiques transnationales analogues par essence au socialisme ».

Motif : cette analogie est historiquement et scientifiquement fausse.

A-37 Arnaud Thiéry, PS Vaudois, I,3, fin du 2ème paragraphe, page 6,

Biffer « si elle [=une politique socialiste] veut faire bouger les choses. Mais si nous voulons faire bouger les choses globalement, en Suisse et avec la Suisse, nous ne pourrons pas contourner l'UE. »

Motif : Cette phrase contenant des répétitions n'apporte rien de plus.

A-38 Monika Simmler, JUSO Schweiz, I,3, Absatz 2, Zeile 9, Seite 6

Streichen: [...] die Durchsetzung der Frauenrechte als Menschenrechte, [...]

Begründung: Eine solche explizite Nennung macht hier keinen Sinn, da sonst auch andere Menschenrechte aufgeführt werden müssten, die einen ähnlichen Stellenwert wie die Frauenrechte haben. Wichtig ist die Durchsetzung der Menschenrechte, damit sind auch die Frauenrechte gemeint.

A-39 Monika Simmler, JUSO Schweiz, I,3, Absatz 2, Seite 6

Einfügen: *Dies heisst auch, dass die EU und Europa für uns nie ein exklusiv den Europäerinnen und Europäern zustehender Raum ist. Die EU darf die Augen auch vor den globalen Problemen nicht verschliessen, muss sich solidarisch mit den Benachteiligten der Globalisierung zeigen und darf ihre Grenzen nicht länger für all jenen schliessen, die in Europa Hilfe und ihr Glück suchen.*

Begründung: Die Politik der EU orientiert sich heute fast ausschliesslich an sich selbst. Auch der Ausbau der EU zur „Festung Europa“ verursacht unmenschliches Leid und darf nicht akzeptiert werden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung.

• **A-31 und A-32: Ablehnen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung hält aus zwei Gründen am Einleitungssatz fest: Erstens stellt er klar, dass die europäische Integration mehr ist als die Europäische Union. Zweitens begründet der Einleitungssatz, weshalb sich das Parteiprogramm bereits im Analyseteil mit der europäischen Integration auseinandersetzt, nämlich weil sie eine wichtige Rahmenbedingung für unser politisches Handeln darstellt. Es wäre falsch, das Kapitel gleich unvermittelt mit einer Beschreibung der EU zu eröffnen, ohne zu sagen, weshalb sich das Parteiprogramm überhaupt im Analyseteil zur EU äussert.

- **A-33: Ablehnen.**

Begründung: Für die Geschäftsleitung ist klar, dass die EU ein Friedenswerk darstellt. Dieser Punkt ist gerade für die europäische Sozialdemokratie, welche den europäischen Integrationsprozess und die politische Dimension der EU stets aus einer friedenspolitischen Perspektive heraus unterstützt und gefördert hat, von allergrösster Bedeutung. Ohne die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und ohne die Spaltung Europas im Kalten Krieg ist nicht erklärbar, weshalb die seit Jahrhunderten angedachte Idee der europäischen Integration nach 1945 einen derartigen Schub erhielt. Alle grossen ArchitektInnen der europäischen Integrationsbewegung der 1950er Jahren konzipierten die Montanunion und spätere EWG unter friedenspolitischen Vorzeichen. Zwischen Deutschland und Frankreich sollte es nicht mehr wie all die Jahrhunderte zuvor zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommen. Die europäische Integration hat ihre Friedensleistung auch später unter Beweis gestellt. Dass das Ende der Franco-Diktatur in Spanien, das Ende der Militärdiktatur in Griechenland und nach dem Ende des Kalten Krieges der Transformationsprozess in Mittel- und Osteuropa praktisch gewaltlos bewerkstelligt werden konnte und bis heute trotz enormen Rückschlägen einigermaßen gewaltlos fortgesetzt wird, kann ohne das Friedenswerk EU nicht erklärt werden. Die EU wirkt in diesen Ländern auch heute noch mässigend auf neue rechtsextremistisch-nationalistische Strömungen ein und gibt dem Westbalkan eine Perspektive.

Die Geschäftsleitung teilt auch nicht die Behauptung in der Begründung, die EU schüre ausserhalb Europas das Kriegsrisiko. Die EU ist nicht für das Handeln ihrer 27 Mitgliedstaaten verantwortlich. Unter diesen gibt es in der Tat ehemalige Kolonialmächte, die ihre aussereuropäischen Interessen teilweise mit militärischen Mitteln verfolgen.

Unbestritten ist, dass die neoliberale Politik der EU namentlich in den letzten zehn Jahren die strukturellen Ursachen von Armut und Gewalt nicht beseitigte. Dies wird im zweiten Programmentwurf, welcher die EU deutlich kritischer als der erste Entwurf beurteilt, so auch festgehalten. Diese Kritik soll im Parteiprogramm durch die modifizierte Annahme von A-39 weiter verdeutlicht.

Immerhin sei daran erinnert, dass die EU auch diesbezüglich differenzierter zu beurteilen ist. So gehört sie zu den grössten Geldgeberinnen der UNO für Friedensförderung, Entwicklungszusammenarbeit und gegen den Klimawandel. Sie unterhält auf diesen Gebieten ausserhalb Europas zahlreiche erfolgreiche Programme.

- **A-34: Annehmen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung ist bereit den Antrag anzunehmen, auch wenn sie dessen Begründung nicht in allen Teilen zustimmt.

- **A-35: Ablehnen.**

Der Antrag bezeichnet die Aussage als naiv, dass die EU in der UNO und in anderen internationalen Organisationen eine fortschrittlichere Politik als andere globale Player wie die USA, Russland oder China verfolgt. Wer das Abstimmungsverhalten der Staaten in der UNO-Generalversammlung oder in anderen Weltversammlungen analysiert, wird feststellen, dass die EU öfter als andere Weltmächte für die Menschenrechte eintritt, mehr Entwicklungshilfe als andere leistet und mehr gegen den Klimawandel tut. Selbstverständlich wird sich die Sozialdemokratie damit nicht zufrieden geben. Sie wünscht sich ein noch viel aktiveres Verhalten der EU in diese Richtung. Das ändert aber nichts an der vergleichenden Aussage im Verhältnis zu anderen Weltmächten.

- **A-36 und A-37: Ablehnen.**

A-36 will den Satz streichen, die europäische Integration und die Globalisierung der Welt seien transnationale Entwicklungen, die dem Charakter der Sozialdemokratie strategisch

entsprechen. Die Geschäftsleitung möchte an diesem Satz festhalten. Herausragende Sozialisten und Sozialdemokraten wie Jean Jaurès oder Willy Brandt gehören zu den Vordenkern einer politisch globalisierten Welt und der europäischen Integration. Die Sozialdemokratie war immer internationalistisch und forderte immer auch eine Internationalisierung der staatlichen Handlungsfähigkeit. Sicher sind die heutigen Ausgestaltungen – etwa das UNO-System oder die EU – höchst unvollkommen. Dennoch bilden sie auch für die Sozialdemokratie unverzichtbare Akteure, um unsere Vision einer politisch gestalteten Globalisierung bzw. eines politisch gestalteten Europa weiterzudenken und weiterzuverfolgen. Entsprechend spricht sich die Geschäftsleitung auch gegen die Streichung des Satzes aus, wir kämen an der EU nicht vorbei, wenn wir in und mit der Schweiz global etwas bewegen möchten. Die Schweiz allein kann global wenig bewirken. Sie braucht Bündnispartner. Die EU ist einer der wichtigsten. Die Geschäftsleitung ersucht deshalb, auch **A-37** abzulehnen.

- **A-38: Annehmen.**

- **A-39: Modifiziert annehmen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung schlägt vor, diese Ergänzung leicht gekürzt wie folgt ins Parteiprogramm einzufügen: „*Dies heisst auch, dass die EU und Europa für uns nie ein exklusiv den Europäerinnen und Europäern zustehender Raum ist. Die EU muss solidarisch mit den Benachteiligten der Globalisierung zur Lösung der weltweiten Probleme beitragen und darf ihre Grenzen nicht für all jene schliessen, die in Europa Hilfe und ihr Glück suchen.*“

Anträge zu „4. Gesellschaftliche Umbrüche“

A-40 Monika Simmler, JUSO Schweiz, I,4, Absatz 1, Zeile 5, Seite 7

Streichen: Eine erstarkende Zivilgesellschaft kämpft wirkungsvoll für mehr Ethik.

Begründung: Diese Aussage ist in doppelter Hinsicht falsch. Im Neoliberalismus wurden Demokratie und Zivilgesellschaft geschwächt. Auch kann von einem wirkungsvollen Kampf für mehr Ethik gesprochen werden. Selbstverständlich setzen sich einzelne Gruppierungen und Persönlichkeiten für mehr Ethik ein. Dies führt aber nicht zu erheblichen Veränderungen. Aus diesen Gründen ist der Satz zu streichen.

A-41 Arnaud Thièry, PS Vaudois, I, 4, 1er paragraphe, 9ème ligne, page 7

Reformuler: "Dans les années 70, les nouveaux mouvements sociaux et la culture alternative ont célébré les valeurs de l'autonomie, de la réalisation de soi et de la critique de la société de consommation. Première force de progrès, le socialisme..."

Motif: Le paragraphe décrit une évolution, de nouvelles revendications. Il se peut que le PS se soit approprié ces nouvelles valeurs. Toutefois, il est inopportun de les qualifier de "post-matérielles", terme prêtant à confusion. On ne voit pas non plus pourquoi il faudrait qualifier l'action de la société civile. Ce qui est important, c'est que le PS a toujours développé des revendications politiques, ancrées dans les développements sociaux.

A-42 Monika Simmler, JUSO Schweiz, I, 4, Absatz 2, Seite 7

a) Streichen: "Die wirtschaftlichen Veränderungen der letzten dreissig Jahre ..."

Ersetzen: "Die wirtschaftlichen Veränderungen *im Neoliberalismus und ...*"

b) Neuen Satz einfügen: "... und Wissen werden immer wichtiger. *Dies führt zur Ausbeutung von Wissen und zur Verlagerung handwerklicher und landwirtschaftlicher Arbeiten in andere Länder.* Neue kreative Berufe ..."

c) Streichen: "Das rechtlich vielfach vorausgesetzte Normalarbeitsverhältnis – unbefristet und mit geregelten Arbeitszeiten – verliert an Bedeutung. Das Arbeitsleben vieler Menschen ist im Verlauf..."

Ersetzen: "*Nach wie vor sind aber Arbeitsverhältnisse mit langen Beschäftigungszeiten und stagnierendem Lohn die Regel. Trotzdem ist das Arbeitsleben vieler Menschen im Verlaufe ...*"

d) Einfügen: "... schwächen historisch gewachsene Solidaritäten, *was kollektives Handeln erschwert und verschleiern die nach wie vor bestehende Lohnabhängigkeit. Die steigende Mobilität und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes erhöht den sozialen Druck und damit psychische Erkrankungen, zerstört den Zusammenhalt der Gesellschaft und schafft neue raumplanerische Herausforderungen.*"

e) Ersatzlos streichen: "Diese Veränderungen, nicht selten als Zwang erlebt, können Menschen überfordern und ängstigen. Viele fürchten, abgehängt und vernachlässigt zu werden."

Begründung: Auch in der neoliberalen Arbeitswelt bleiben die Menschen lohnabhängig und werden ausgebeutet. Das wirklich neue an der neoliberal-kapitalistischen Arbeitswelt ist die Verschleierung dessen durch Individualismus, Flexibilisierung und Schein-Freiheit.

A-43 Monika Simmler, JUSO Schweiz, I,4, Absatz 4, Seite 7/8

Streichen: "Angesichts der Herausforderung offener Grenzen und neuer sozialer Risiken löst sich gleichzeitig das frühere Selbstverständnis einer kompakten, in der Heimat verwurzelten Leitkultur allmählich auf und wird von einer bunten Vielfalt nebeneinander existierenden Leitkulturen abgelöst. Neue, immaterielle Werte gewinnen bei jenen an Bedeutung, die am materiellen Wohlstand teilhaben. Eine Generation folgt auf die andere, keine nimmt aber gerne von jenen Werten Abschied, die sie seinerzeit prägten. Dazu gehört nach wie vor das im verklärten Rückblick auf die Krisen- und Kriegszeit konstruierte ältere Selbstbild der Schweiz als widerstandsentschlossene Schicksalsgemeinschaft, die ihre Werte verteidigt, indem sie die Grenzen schliesst und alles Fremde abwehrt. Dieses Selbstbild hat keinerlei Realitätsbezug mehr zur heutigen Gesellschaft."

Ersetzen: "*Durch die Globalisierung werden traditionelle, nationale "Leitkulturen" mehr und mehr verdrängt. Eine internationalere, aber nicht minder singuläre Leitkultur setzt sich durch, welche die Leistung und den Erfolg des Individuums ins Zentrum stellt, nicht die Gemeinschaft. Dadurch und die damit verbundene ökonomische Unsicherheit weckt sie aber konservative und isolationistische Gegenreaktionen, die einen wirklichen Internationalismus verhindern.*"

Begründung: Neoliberalismus und Neo-Konservatismus befinden sich in einem dialektischen Prozess, die wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch als solchen erkennen und bekämpfen müssen.

A-44 Monika Simmler, JUSO Schweiz, I,4, Absatz 2, Zeile 2, Seite 8

Streichen: „Der Gleichstellungsartikel...in unserer Gesellschaft.“

Begründung: Im Sinne der Straffung ist diese allgemein bekannte Aufzählung zu streichen.

A-45 Barbara Berger, SP Frauen Schweiz, I,4, Absatz 2, Seite 8

- a) Gleichstellungsgesetz von **1996** (nicht 1995)
- b) Gleicher Lohn für gleiche *und gleichwertige* Arbeit
- c) Die häusliche Pflege- und Betreuungsarbeit ist schlecht verteilt. ...wollen oder können.
Der sparende Staat setzt dabei alles daran, um die hohen Care-Kosten auch weiterhin im privaten Bereich zu belassen.

A-46 Willy Spieler SP Zürich 2, I, 4, Seite 6f

Der Abschnitt ist entweder zu streichen oder im Sinne der Begründung neu zu formulieren.

Begründung: Die SP wird fast nur als reaktive Partei dargestellt, zunächst gegenüber den sozialen Bewegungen und der (angeblich) „erstarkenden Zivilgesellschaft“ und deren (nicht weiter spezifizierten) „Ethik“ (S. 7), dann aber auch gegenüber Neoliberalismus und Globalisierung. Der Abschnitt müsste, wenn überhaupt, eine selbstbewusste Partei vorstellen, und das heisst: durch die sozialen, gleichstellungspolitischen und ökologischen Errungenschaften ersetzt werden, die unser Land vornehmlich der SP verdankt und die der Weiterentwicklung bedürfen. Dabei ginge es in der Tat auch um die gegensätzlichen Menschenbilder und Ethiken im Verhältnis des demokratischen Sozialismus zu Neoliberalismus und Neokonservatismus.

A-47 (= alt-A-100) : SP Ittigen, I, 3, S. 10–12, streichen

Antrag:. Ganzes Unterkapitel streichen!

Begründung: Die Aussagen sind ja allen politisch Interessierten wohlbekannt!

A-48 (= alt-A-107) : SP Horgen, I, 3, 2. Absatz

Ausserdem sollte auf verharmlosende Formulierungen verzichtet werden. Anstatt "Wer gering qualifiziert oder nicht mehr ganz jung ist..." (S. 10, Absatz 2) könnte man genauso gut schreiben "Wer schlecht ausgebildet oder alt ist...". Dadurch wird auch viel klarer, was genau gemeint ist.

A-49 (= alt-A-124) : PS La Chaux-de Fonds, I, 3, 7. Absatz (= 3^{ième} paragraphe de la p. 11)

Amendement: « L'espérance de vie augmente, ~~ee qui est une bonne chose~~ » « L'espérance de vie augmente même si les dernières études scientifiques tendent à démontrer qu'elle pourrait stagner voire diminuer dans les prochaines décennies. » Cet amendement est motivé par le fait qu'il s'agit d'un leitmotiv de la droite pour démanteler les rentes, par exemple. Cette phrase est un peu trop réductrice.

Commentaire : « Si l'on ne veut pas abandonner des régions entières, il faut aider les gens sur place à créer de nouvelles perspectives. » Le programme ne propose malheureusement pas grand-chose pour remédier à cet état de fait et aider à la création de ces nouvelles perspectives.

A-50 (= alt-A-125) : SP International, I, 3, 8. Absatz (=1. Abschnitt, S. 12)

„Aus ganzen Regionen wandern die wenigen Jungen ab, die Alten bleiben.“ Das ist doch nur ein Übergangsphänomen, aber kein grundsätzliches Problem! Erstens gibt es in der Schweiz wegen der extremen Mobilität und der Kleinräumigkeit schon längst keine ländli-

chen Räume mehr und zweitens wäre es durchaus zu begrüßen, wenn es Regionen gäbe, wo nicht mit einem sehr hohen staatlichen Aufwand und unter erheblicher Umweltbelastung wenigen Personen ein Leben auf städtischem Niveau ermöglicht würde.

Zweitens sind beim aktuellen Lebensstil 7 Millionen für den Raum Schweiz einfach zu viel. Wenn wir unsere Grundsätze von Nachhaltigkeit und internationaler Solidarität ernst meinen, müssen wir also eine Bevölkerungsgrösse von eher 4-5 Millionen anstreben. Das Problem der Sozialwerke ist doch kein demografisches, sondern ein Verteilungsproblem des Volksvermögens!

A-51 (= alt-A-127) : PS Lausanne, I, 3, 8. Absatz (= 2^{ième} paragraphe de la p. 12)

Supprimer

A-52 (= alt-A-126) : SP International, I, 3, 8. Absatz (= 1. Absatz, S. 12)

Die Formulierung „Die Lebenserwartung steigt. Das ist zu begrüßen.“ übernimmt unkritisch die aktuelle Entwicklung. Sind 9 Milliarden Menschen, die jeweils 100 Jahre alt werden eine sozialdemokratische Vision für unseren Globus? Was ist dann mit internationaler Gerechtigkeit gemeint, wenn die Hochlandbewohner in Bolivien gerade mal eine Lebenserwartung von 45 Jahren und die Einwohner Mumbais durchschnittlich eine von 38 Jahren haben? Zudem muss ohne falsche Sentimentalität doch auch festgestellt werden, dass in Westeuropa die meisten Leute in ihren letzten zehn Jahren wenig mehr von diesem Leben haben, die Gesellschaft aber dafür einen grossen Aufwand treibt.

Wir sollten unseren Blick auf eine langfristig ausgerichtete Entwicklung richten. Das bedeutet in heutiger Sicht das Ziel einer Weltbevölkerung von etwa 3 Milliarden. Tatsache ist, dass mit den aktuellen Bewirtschaftungsmethoden eine erhebliche Degradation der Böden, ein nicht langfristig möglicher Energie- und Ressourceneinsatz verbunden ist. Die Lösung liegt auch hier in einer neuen Struktur der Verfügungsrechte über den Boden und primär regional ausgerichteten Märkten, im Einsatz regional angepasster nachhaltiger Nutzungen, nicht im Einsatz von noch mehr Technik und Energie! Der Satz "*Die Weltlandwirtschaft hätte aber das Potenzial, zwölf Milliarden Menschen so zu ernähren, dass sie keinen Hunger leiden müssen.*" ist deshalb mehr als blauäugig und verkennt die Problematik völlig.

A-53 (= alt-A-133) : SP Bern-Nord, I, 3, 9. Absatz (=2. Abschnitt, S. 12), Ergänzung

Wir beantragen die folgende Ergänzung am Schluss von Absatz 2:

Relevant ist, dass der Staat in Krisen antizyklisch agieren kann. Damit dies möglich ist, muss der Staat in Krisenzeiten notfalls mit sehr grossen Summen die Wirtschaft stimulieren können. Damit er diese Mittel zu Verfügung hat, muss er in wirtschaftlich erfolgreichen Zeiten dafür sorgen, dass er ein ausgeglichenes oder positives Budget aufweist. Denn die heutigen Generationen dürfen nicht auf Kosten der zukünftigen leben. Zukunftsträchtige Investitionen dürfen jedoch nicht auf die Zukunft verschoben werden.

Begründung: Damit der Staat antizyklisch handeln kann, muss er in guten Zeiten dafür sorgen, dass es den Staatsfinanzen gut geht.

A-54 (= alt-A-140) : SP Kanton Thurgau, I, 3, Ergänzung

Bitte auf S. 10 folgende Passage einfügen: „Der Staat muss seinen Bürger/innen Sicherheit bieten. Er muss die Steuereinnahmen und die Ausgaben in einem vernünftigen Verhältnis zueinander halten, damit er seinen sozialen Verpflichtungen stets nachkommen kann.“

Auf der gleichen S. ist die Textstelle: „Die Sozialdemokratie war schon immer international ausgerichtet, sie lehnt daher auch die Globalisierung nicht prinzipiell ab, sondern will sie demokratisch gestalten.“ so geändert, damit sich kein Widerspruch ergibt.

A-55 (= alt-A-141) : SP Uetikon am See, I, 3, Ergänzung

Alter wird praktisch nur unter dem Aspekt „Problem“ abgehandelt. Aktiv tätige SeniorInnen werden in den Freiwilligenbereich verwiesen.

Antrag: Gefördert werden müssen neben der Senkung des Pensionsalters neue flexible Arbeitsmodelle (z.B. ab 55), die auch einen längeren Verbleib im (teilweisen) Erwerbsleben möglich machen. Anknüpfungspunkte geben sich auf S. 12 (Umbruch), S. 28 (Umverteilung und soziale Sicherheit) oder S. 48 (Das Recht auf Arbeit).

A-56 Stefan Ryser, SP Langenthal: Rückkommen auf alt-A-135, I, 3, Ergänzung

Es ist ein Absatz zu verfassen, in welchem die Gefahren und Auswirkungen formuliert werden.

Begründung: Der Inhalt geht bis in die Kriegszeit zurück. Seit einem Jahrzehnt hat das Schlagwort „Burn-Out“ mehr und mehr an Bedeutung gewonnen. Es gibt Aussagen, dass diese Krankheit in den nächsten Jahren in die Spitze der Krankheitsfälle aufsteigt. Dies wird jedoch mit keinem Wort erwähnt. Immer noch sind wir uns den Auswirkungen nicht bewusst. Von einer Work-Life-Balance wird schon gar nicht gesprochen. Diese heimtückische Krankheit wird uns in Zukunft viel beschäftigen und ausserdem Kosten verursachen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

- **A-40 und A-41: Modifiziert annehmen:** Die Geschäftsleitung ist bereit, den Begriff "wirkungsvoll" aus dem Satz zu streichen, hält am Satz im Übrigen aber fest.

Begründung: Das Kapitel 4 über die gesellschaftlichen Umbrüche geht auf die Veränderungen in den letzten vier bis fünf Jahrzehnten ein. Vor 1960 gab es zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft, mit denen die SP heute zusammenarbeitet, noch nicht. Amnesty International war noch nicht gegründet, es gab den WWF noch nicht und auch Brot für alle, HEKS und viele andere Hilfswerke nicht. Ohne deren Einfluss überschätzen zu wollen, tragen sie doch zur Sensibilisierung der Bevölkerung für Fragen der Menschenrechte, der Umwelt und der Entwicklung bei. **A-40 und A-41** wollen den Hinweis auf diese erstarkende Zivilgesellschaft und deren Engagement für mehr Ethik aus dem Parteiprogramm entfernen. Die Geschäftsleitung will daran festhalten.

- **A-42: Modifiziert annehmen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung ist gerne bereit, **b), d) und e)** anzunehmen. Zudem schlägt die Geschäftsleitung vor, **a)** in folgender leicht modifizierter Formulierung anzunehmen: "Die vom Neoliberalismus geprägten wirtschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre und ...". **c)** lehnt die Geschäftsleitung ab, weil die im Programmwurf vorgeschlagenen Formulierungen differenzierter und präziser sind.

- **A-43: Ablehnen.**

Begründung: Der vorliegende Programmwurf beschreibt den Übergang vom patriotischen Heimatgefühl zu einer bunten Vielfalt nebeneinander existierender Leitkulturen.

A-43 geht demgegenüber davon aus, dass es heute nur eine einzige, "nicht minder singuläre Leitkultur" gibt, nämlich die neoliberale Leistungs-Ideologie. Gilt dies denn auch für die Wählerschaft der SP? Und für sämtliche kulturellen Minderheiten? Die Geschäftsleitung

sieht das anders. Die letztlich pessimistische Sicht von **A-43** und die verwendeten komplizierten Fremdwörter gehören nicht ins Parteiprogramm. Dieses soll vielmehr leicht verständlich sein, Hoffnung vermitteln und Verständnis für das Nebeneinander verschiedener Kulturen fördern.

- **A-44: Ablehnen.**

Begründung: In der ersten Runde haben zahlreiche Anträge eine Präzisierung und damit eine Erweiterung dieses Abschnittes gewünscht. So war es verschiedenen Antragstellenden wichtig, dass auch die Behinderten, die Schwulen/Lesben und die Grundlagen in der Bundesverfassung erwähnt werden.

- **A-45: Annehmen.**

Begründung: zu a): Das Gleichstellungsgesetz wurde zwar am 24. März 1995 verabschiedet. Heute ist aber das Datum seiner Inkraftsetzung, der 1. Januar 1996, besser bekannt.

zu b): Diese wichtige Ergänzung wird gerne eingefügt.

zu c): Diese Ergänzung führt zwar zu Verlängerungen, kann aber eingefügt werden.

- **A-46 bis A-56 (A-47 bis A-56 = alt-A-100, alt-A-107, alt-A-124 bis alt-A-127, alt-A-133, alt-A-140, alt-A-141 und alt-A-135): Ablehnen.**

Begründung: **A-46** und **A-47 (= alt-A-100)** wollen das ganze Kapitel I, 4 streichen. Die Geschäftsleitung möchte daran festhalten, weil im einleitenden Teil I die Analyse unvollständig wäre, wenn nicht auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zur Sprache kämen. Auch in den übrigen Analyse-Kapiteln in Teil I (Kapitel I,1; I,2; I,3 und I,5) geht es nicht in erster Linie darum, die Errungenschaften der Sozialdemokratie aufzuzählen, wie dies **A-46** alternativ anregt, sondern um eine Analyse der Zeit, in der wir leben. **A-47** will das Kapitel mit der Begründung streichen, diese Aussagen seien „allen politisch Interessierten wohlbekannt“. Mit der gleichen Begründung könnten und müssten zahlreiche andere Stellen dieses Parteiprogramms gestrichen werden. Das machen wir nicht, weil wir ja gerade wollen, dass unsere Forderungen allen politisch Interessierten wohlbekannt werden. **A-48 (= alt-A-107)** schlägt eine härtere, direktere Sprache vor. Wir wollen aber auch Menschen für uns gewinnen, die sich dadurch vor den Kopf gestossen fühlen könnten. **A-49 bis A-51 (= alt-A-124, alt-A-125 und alt-A-127)** neigen dazu, ernsthafte Herausforderungen zu verharmlosen. Bei **A-52 (= alt-A-126)** wird nicht ganz klar, ob die SP Massnahmen zur Senkung des Lebensalters ergreifen soll? Das kann ja nicht gemeint sein! Wir begrüßen die Verlängerung der Lebenserwartung und setzen uns ernsthaft und mit Umsicht mit den vielschichtigen Folgen auseinander, die mit dieser erfreulichen Tatsache einhergeht.

A-53 bis A-55 (= alt-A-133, alt-A-140 und alt-A-141) berücksichtigen zu wenig, dass es im ganzen Kapitel I „Die Zeit in der wir leben“ darum geht, die Ausgangslage und Herausforderungen an die SP darzustellen und nicht bereits konkrete Forderungen zu stellen. Die inhaltlichen Anliegen dieser Anträge werden weiter hinten in Kapitel IV „Unser Weg“ angemessen berücksichtigt.

A-56 (= alt-A-135) möchte, dass das Parteiprogramm im Analyseteil auf Gefahren und Auswirkungen des Ausgebranntseins (Burn-out) eingeht. Es handelt sich dabei um einen Zustand ausgesprochener emotionaler Erschöpfung, was leider während Jahrzehnten in seiner Bedeutung für die Volksgesundheit unterschätzt wurde. Erst in jüngster Zeit ist darüber eine breite Diskussion entstanden. Der Rücktritt von Rolf Schweiger als FDP-Präsident, der sich 2004 als «ausgebrannt» geoutet hat, spielte dabei eine wichtige Rolle. – Bei allem Respekt vor dieser Krankheit betrachtet es die Geschäftsleitung aber nicht als sinnvoll, im Parteiprogramm auf einzelne Krankheitsbilder einzugehen und empfiehlt deshalb **A-56** und den praktisch gleichlautenden **A-175** zur Ablehnung.

Anträge zu „5. Die Hinterlassenschaft der kapitalistischen Weltordnung“

A-57 Arnaud Thiéry, PS Vaudois, I, 5, 1er paragraphe, page 9

Biffer le paragraphe d'introduction du point 5, et le remplacer par le texte suivant:

"L'ordre mondial qui façonne nos vies et représente le champ de notre action politique est l'ordre mondial capitaliste. Cet ordre est le produit de l'histoire humaine. Il est né de la nécessité d'organiser la production des biens permettant la survie et la reproduction des sociétés. Si l'on observe l'histoire européenne, on constate que la richesse et le pouvoir ont longtemps été associés à la terre. Dans un système féodal, le propriétaire terrien s'attache le service de non propriétaires en mettant à disposition le terrain nécessaire à la production agricole, contre rémunération. La naissance du capitalisme en Europe marque d'abord un dépassement de la féodalité. La découverte de nouvelles sources d'énergie, la production en masse et à grande échelle ont bouleversé la manière d'organiser la production, opérant une transition entre la domination de l'agriculture à celle de l'industrie. Les dirigeants de la grande industrie qui s'est mise en place au XIXe siècle étaient ceux qui disposaient de suffisamment de ressources pour posséder ces énormes moyens de production: les détenteurs du capital, accumulés durant la période précédente. Ceux-ci se sont soigneusement assurés que le capital resterait concentré dans les mains d'une petite minorité. Pour la majorité, la seule possibilité de survie a été de travailler au service des nouveaux maîtres. Par la suite, le grand capitalisme industriel s'est modifié; d'un côté, il a été partiellement maîtrisé par l'instauration de lois sur le travail et d'assurances sociales, représentant des conquêtes majeures du mouvement ouvrier. D'un autre côté, le capitalisme s'est étendu au monde entier, d'abord par le colonialisme, puis par le processus de l'ouverture généralisée des marchés. Un autre développement a été le découplage entre les profits issus de la détention du capital et la production industrielle. La chute des régimes qui se revendiquaient du "socialisme", et qui constituaient des dictatures bureaucratiques, a conduit certains propagandistes néolibéraux à proclamer que le capitalisme serait l'achèvement de l'histoire humaine. Il n'en est rien. Pour s'en convaincre, il suffit de considérer les conséquences de l'organisation capitaliste de la production."

Motif: Le chapitre s'intitule "héritage de l'ordre mondial capitaliste". Il est nécessaire de rappeler d'où vient cet ordre mondial capitaliste et ce qu'il représente, sans qu'il soit nécessaire de commencer par s'excuser de le critiquer.

A-58 Romain Felli, PS Vaudois, I, 5, 1er paragraphe, page 9

Aujourd'hui, le capitalisme reste un système économique qui est fondé sur l'accumulation perpétuelle du profit, indépendamment de la satisfaction des besoins humains. Ce profit découle de la séparation des travailleurs d'avec les moyens de production (outils, machines, terrains, matières premières, etc.), qui sont appropriés par une petite minorité de la population, les détenteurs du capital. Dès lors, l'immense majorité de la population est contrainte, quotidiennement, de vendre sa force de travail en échange d'un salaire afin de vivre, alors qu'une petite minorité peut engranger les profits, découlant de l'exploitation de la force de travail. Il en résulte des inégalités sociales massives, mais aussi une exploitation et une subordination des salarié-e-s à qui l'on dénie le droit de participer à l'organisation de la production selon leurs connaissances, leurs désirs et leurs besoins.

Depuis notre fondation, nous nous opposons à cette logique capitaliste. Notre lutte a permis d'arracher des concessions aux privilégiés et de remplacer dans certains domaines l'individualisme capitaliste par la solidarité collective, notamment au travers de l'Etat. Les

grandes conquêtes ouvrières que sont les assurances sociales, l'AVS, mais aussi l'école publique et obligatoire, etc. sont autant de manière de sortir de la logique capitaliste et de la remplacer par une logique de solidarité.”

Motif : Il est juste de parler de l'héritage de l'ordre mondial capitaliste mais il convient d'expliquer en quoi il consiste et en quoi nous le contestons.

A-59 Willy Spieler, SP Zürich 2, I, 5

Der Satz über den „Sozialismus“ ist zu streichen oder im Sinne der Begründung zu ersetzen.

Begründung: Der Satz über diesen „Sozialismus“ (S. 9), der sich zu Unrecht für „real existierend“ hielt, gehört nicht und schon gar nicht in dieser Verkürzung unter obigen Titel. Wenn sich das Programm schon mit dem „Realsozialismus“ auseinandersetzen wollte, dann müsste es auch daran erinnern, dass unser „demokratischer Sozialismus“ sich immer als Alternative nicht nur zum Kapitalismus, sondern auch zum „realen Sozialismus“ verstanden hat. So heisst es im noch geltenden Programm von Lugano 1982: „Vom Standpunkt des demokratischen Sozialismus kann das sowjetische System nicht als sozialistisch bezeichnet werden.“ (Kap. 11).

(Der Begriff ‚Hinterlassenschaft‘ müsste allenfalls durch ‚Folgen‘ ersetzt werden, der Kapitalismus, wie er hier dargestellt wird, lebt ja leider noch.)

A-60 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, I, 5, 1er paragraphe, page 10

a) Remplacer « économie » par « agriculture » à la 6ème puce.

b) Relier les points des puces 1 à 6, 8, 10 et 11 dans un seul paragraphe cohérent. Les puces 7 et 9 peuvent être biffées car elles ne concernent pas ce chapitre mais celui sur les ressources naturelles.

Motif : En plus d'erreurs de terme, ce passage est le seul à figurer comme une liste à puces.

A-61 Arnaud Thiéry, PS Vaudois, I, 5, page 9-10

Déplacer tout le sous-chapitre 5 « L'héritage de l'ordre mondial capitaliste » en tête du chapitre "I. Les temps modernes".

Motif: Il est opportun de présenter d'abord le cadre général de notre critique et de notre action (c'est-à-dire l'héritage capitaliste), avant de se concentrer sur les particularités de développements actuels (globalisation, UE, destruction de l'environnement, etc.)

A-62 (= alt-A-255) : SP International, III, 2, 12. Punkt (=S. 19, 5. Punkt) ersetzen mit:

"Die rein profit-orientierte Wirtschaft mit der zunehmenden Maschinisierung und Automatisierung führt nicht nur zur Entfremdung des Menschen vom „Leben“, sondern auch dazu, dass „Arbeit“ im herkömmlichen Sinne immer mehr verschwindet. Gleichzeitig werden Sozialarbeit, Familienarbeit, kulturelle und künstlerische Tätigkeiten immer mehr marginalisiert oder nur noch für reiche Leute zugänglich gemacht."

Begründung: Grundsätzlich brauchen Menschen keine „Arbeit“ und keinen „Arbeitsplatz“ (das sind – nehmt's mir nicht übel – Begriffe aus der Mottenkiste des Kapitalismus!), aber sie müssen den Lebensunterhalt bestreiten können. Also geht es nicht um Arbeitsplätze, sondern um die Struktur der Erwerbsmöglichkeiten. Der Gebrauch der Begriffe Arbeitsplatz und Arbeit (z.B. auch im 1. Satz auf S. 24) führt auf eine völlig obsoletere Diskussionsebene.

Zudem liegt das Problem der Erwerbsmöglichkeiten auch in der zunehmenden Maschinisierung und Automatisierung, die „Arbeit“ im bisherigen Sinne erübrigen. Deshalb soll hier ein neuer Spiegelstrich eingeführt werden

Stellungnahme der Geschäftsleitung

- **A-57 und A-58: Ablehnen.**

Begründung: Die in **A-57** und **A-58** vorgeschlagenen Einleitungen sind viel zu lang geworden. Der Programmtext stellt im Analyse-Teil I ausreichend klar, was wir unter Kapitalismus verstehen. Eine Annahme dieser komplizierten und teilweise hochtheoretischen Anträge würde das Parteiprogramm schwerer verständlich machen und zu unnötigen Verlängerungen und Verdoppelungen führen. Die Geschäftsleitung bittet deshalb, **A-57** und **A-58** abzulehnen.

Als Beispiels sei auf den zweiten Satz in **A-57** hingewiesen, die Globalisierung sei das Ergebnis der menschlichen Geschichte. Dies stimmt zwar. Es gibt aber wenig Grund, dies in ein Parteiprogramm zu schreiben. Dies gilt auch für den vorgeschlagenen Rückgriff auf das Feudalsystem, die Beschreibung der damals herrschenden Eigentumsordnung und die weitere Entwicklung über die industrielle Revolution im 18. und 19. Jahrhundert.

Auch **A-58** macht einen grosszügigen historischen Rückgriff und appelliert nochmals an die Entstehungsbedingungen der Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert und den nicht überbrückbaren Gegensatz von lohnabhängiger Arbeiterschaft und den Kapitaleignern. In der heutigen globalisierten Welt stellt die lohnabhängige Arbeiterschaft aber bloss eine Minderheit dar. Die meisten Menschen haben weder Lohn noch sind sie ArbeiterInnen. Zudem misst unser wirtschaftsdemokratisches Konzept den KMU eine wichtige Rolle beim sozio-ökonomischen Umbau der Wirtschaft bei; nehmen sie diese Rolle wahr, so ist der erwähnte Gegensatz nicht mehr als gänzlich unüberbrückbar darzustellen.

All dies passt auch nicht wirklich unter den Titel dieses 5. Kapitels, in dem es um die *aktuelle* Hinterlassenschaft der kapitalistischen Weltordnung geht. Falsch placiert ist auch die Wiederholung der sozialdemokratischen Grundwerte, ihrer Aktionsmittel (die kollektive Solidarität) und der Hinweis auf die Errungenschaften der SP, die AHV usw. All dem kann die Geschäftsleitung zustimmen. Das wird an anderer Stelle des Programmtextes aber längst erwähnt und ist hier falsch placiert.

- **A-59: Modifiziert annehmen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung nimmt die Anregung von **A-59** gerne auf, den einleitenden Satz wie folgt zu präzisieren: „... zusammen, die *sich selbst als „realer Sozialismus“ bezeichnet haben, aber ...*“ und als zweiten Satz anzufügen: *„Die Sozialdemokratie verstand sich stets als Alternative zu diesen Systemen.“* Es ist politisch wichtig, dass sich das Parteiprogramm von den realsozialistischen Diktaturen distanziert. Das Kapitel über die Hinterlassenschaft des Kapitalismus soll deshalb auch kurz unser Verhältnis zu den realsozialistischen Systemen klarstellen. „Hinterlassenschaft“ bedeutet im Übrigen nicht allein „Erbe“, sondern auch „Weiterführung“, „Fortführung“. Der Begriff kann durchaus für etwas verwendet werden, das weitergeht, d.h. für das Ergebnis eines Prozesses, mit dem wir uns heute und in Zukunft weiterhin auseinandersetzen müssen.

- **A-60 a): Annehmen.**

Begründung: Dieser Antrag betrifft allein die Übersetzung ins Französische.

- **A-60b): Ablehnen.**

Begründung: Der Programmtext macht hier eine Aufzählung. Es ist übersichtlicher, diese im Parteiprogramm durch Spiegelstriche erkennbar und damit lesbarer zu machen.

- **A-61: Ablehnen.**

Begründung: **A-61** will das ganze Unterkapitel 5 an den Anfang des Analyse-Teils I verschieben, d.h. das Parteiprogramm mit diesem Unterkapitel eröffnen. Das macht wenig Sinn. Es braucht zuerst eine gründliche Analyse, bevor dieses eher beschreibende Kapitel die Hinterlassenschaft dessen darstellt, was vorne strukturell und historisch hergeleitet und im Zusammenhang erklärt wird.

- **A-62 (= alt-A-255): Ablehnen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung teilt die Analyse von **A-62** nicht, die Arbeit „verschwindende“ oder sei „nur noch für reiche Leute zugänglich“. Unsere Sicht auf die tief greifenden Umbrüche in der Arbeitswelt werden im Übrigen ausführlich in Kapitel I, 4 und die sich daraus ergebenden Forderungen in den Kapiteln IV, 1, a und b, IV, 5, c und IV, 7, a dargelegt.

Anträge für ein neues 6. Kapitel

A-63 (= alt-A-142) : PS Vaud, I. Les Temps modernes, I, 2, nouveau point, page 8-9

Rajouter un point 2 bis nommé « Internationalisme » formulé comme suit :

« 2bis. Internationalisme

La période considérée peut se caractériser par une lourde défaite de l'internationalisme socialiste, corrélatif à la défaite du mouvement ouvrier. Les organisations internationales que s'était donné le mouvement ouvrier, avec l'Internationale Socialiste par exemple, sont réduites à des coquilles vides. *Le Parti socialiste européen (PSE) se limite à une action strictement parlementaire sans aucune cohérence programmatique.*

La chute de l'URSS et le discrédit complet de la notion de communisme a conduit à la disparition (ou à la transformation profonde) des partis communistes dans la plupart des pays européens. Cette division historique du mouvement ouvrier enfin surmontée n'a malheureusement pas conduit à un renforcement de celui-ci.

De même au niveau syndical international, la fin de la division des structures entre syndicats chrétiens et syndicats socialistes (avec la création de la Confédération syndicale internationale en 2006) n'a pas conduit à une capacité de mobilisation nouvelle à l'échelle qui serait aujourd'hui nécessaire, celle des entreprises transnationales. Au-delà de ce bilan, le contexte actuel impose aux partis socialistes de travailler sur le plan européen et international à une nouvelle cohérence programmatique.»

Motif : Le texte actuel ne dit rien sur l'internationalisme socialiste, pourtant élément qui conditionne le potentiel de réalisation de notre programme.

A-64 (= alt-A-143) : PS Lausanne, I, 2, nouveau point, page 9, après le point 2 (après le chapitre »construction européenne): Internationalisme

« La période considérée peut se caractériser par une lourde défaite de l'internationalisme socialiste, corrélatif à la défaite du mouvement ouvrier. Les organisations internationales que s'était donné le mouvement ouvrier, avec l'Internationale Socialiste par exemple, sont réduites à des coquilles vides. Le Parti des Socialistes européens (PSE) n'est qu'un club de parlementaires, actuellement incapable d'une action politique propre.

La chute de l'URSS et le discrédit complet de la notion de communisme a conduit à la disparition (ou à la transformation profonde) des partis communistes dans la plupart des pays européens. Cette division historique du mouvement ouvrier (imposée par les communistes eux-mêmes en

1920) enfin surmontée n'a malheureusement pas conduit à un renforcement de celui-ci. De même au niveau syndical international, la fin de la division des structures entre syndicats chrétiens et syndicats socialistes (avec la création de la Confédération syndicale internationale en 2006) n'a pas conduit à une capacité de mobilisation nouvelle à l'échelle qui serait aujourd'hui nécessaire, celle des entreprises transnationales. »

Justification : Le texte actuel ne dit rien sur l'internationalisme socialiste.

A-65 (= alt-A-144) : PS Vaud, I, 2, nouveau point, page 9, après le point 2

Rajouter un point « Transformations de la social-démocratie » comme suit :

« *En accédant au pouvoir*, la social-démocratie a appliqué son programme socialiste, en nationalisant les banques et les industries ou en étendant la redistribution sociale (PS français, PSOE espagnol). Très vite, à la fois contrainte par les structures imposées du capital, mais aussi par un manque de volonté et de militantisme, elle s'est résignée à l'« austérité ». Bien pire, au tournant des années 1990, des dirigeants opportunistes, au premier rang desquels le premier ministre britannique Tony Blair et le chancelier allemand Gerhard Schröder se sont ralliés au programme néolibéral sous couvert d'une fumeuse « troisième voie ». Cette trahison historique du mouvement social-démocrate par des dirigeants opportunistes aura été lourde de conséquences, les militant-e-s et les électeur/trice-s des partis socialistes étant conduits à ne plus voir de différence entre la droite néolibérale et la gauche néolibéralisée. Le parti travailliste britannique et le SPD allemand paient aujourd'hui encore lourdement ces errances. En Suisse, la contamination néolibérale de la gauche a pu être en grande partie évitée grâce aux mécanismes de démocratie directe (référendum gagné sur la Loi sur le marché de l'électricité ou contre la 11^{ème} révision de l'AVS). »

Motif : Ces éléments ne figurent pas dans le texte actuel. Les dérives néolibérales des gouvernements de gauche ont pourtant un effet négatif sur la compréhension de notre programme que nous ne pouvons pas occulter.

A-66 (= alt-A-145) : PS Lausanne, I, 2, nouveau point 4 nouveau : Transformations de la social-démocratie

« Si dans un premier temps la social-démocratie a appliqué son programme socialiste, en nationalisant les banques et les industries ou en étendant la redistribution sociale (PS français, PSOE espagnol), très vite, à la fois contrainte par les structures imposées du capital, mais aussi par un manque de volonté et de militantisme, elle s'est résignée à l'« austérité ». Bien pire, au tournant des années 1990, des dirigeants opportunistes, au premier rang desquels le premier ministre travailliste britannique Tony Blair et le premier ministre social-démocrate allemand Gerhard Schröder se sont ralliés au programme néolibéral sous couvert d'une fumeuse « troisième voie ». Cette trahison historique du mouvement social-démocrate par des dirigeants opportunistes aura été lourde de conséquences, les militant-e-s et les électeur/trice-s des partis socialistes étant conduits à ne plus voir de différence entre la droite néolibérale et la gauche néolibéralisée. Le parti travailliste britannique et le SPD allemand paient aujourd'hui encore lourdement ces errances. En Suisse, la contamination néolibérale de la gauche (Manifeste du Gurten, notamment) a pu être en partie évitée grâce aux mécanismes de démocratie directe (référendum gagné sur la Loi sur le marché de l'électricité) mais pas complètement éradiquée. »

Justification : Ces éléments ne figurent pas dans le texte actuel.

**Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-63 bis A-66 (= alt-A-142 bis alt-A-145):
Ablehnen.**

Begründung: Der Internationalismus der SP Schweiz ist der Geschäftsleitung ein grosses Anliegen. Allerdings sollten wir vorsichtig sein, im Parteiprogramm Versprechen zu ma-

chen, die wir dann nicht einhalten können. In diesem Sinne ist **A-63 und A-64 (= alt-A-142 und alt-A-143)** durchaus zuzustimmen, dass der Internationalismus im Parteiprogramm prominenter dargestellt werden könnte. Diese Lücke wird durch die Annahme von **A-365** gerne geschlossen, weshalb sich an dieser Stelle des Parteiprogramms ein zusätzliches Kapitel erübrigt. Zudem muss leider daran erinnert werden, dass es die gegenwärtigen Parteistrukturen der SP Schweiz kaum zulassen, in der Sozialistischen Internationale, in der Sozialdemokratischen Partei Europas und in der zu formierten internationalen Gewerkschaftsbewegung eine wesentlich bedeutendere Rolle als bisher zu spielen. Internationale Arbeit beansprucht grosse personelle und finanzielle Mittel, wenn sie etwas bewirken soll. Andere sozialdemokratische Parteien in Europa erhalten diese Mittel vom Staat. In der Schweiz ist dies nicht der Fall. Es ist deshalb ehrlicher, im Parteiprogramm in Bezug auf die an sich wünschenswerte Stärkung des internationalistischen Engagements unserer Partei eine gewisse Zurückhaltung zu üben. Wir sollten keine Erwartungen wecken, von denen wir schon heute wissen, dass wir sie unmöglich befriedigen können.

Auch **A-65 und A-66 (= alt-A-144 und alt-A-145)** werden zur Ablehnung empfohlen. Denn es ist nicht Aufgabe eines Parteiprogramms, das während einer Generation Bestand haben soll, die Sozialistische Internationale, die Sozialdemokratische Partei Europas und die internationale Gewerkschaftsbewegung als „leere Hülsen“ und „unfähig“ zu bezeichnen. Vielmehr sind dies unsere wichtigsten Bündnispartner, in denen die SP Schweiz stärker als bisher für eine fortschrittliche Politik eintreten sollte. Auch die Beschimpfung europäischer Schwesterparteien gehört nicht in das Parteiprogramm, auch wenn die Geschäftsleitung grundsätzlich die Einschätzung teilt, dass einige unter ihnen hier und dort politische Fehler gemacht haben. Unsere Schwesterparteien haben dies aber auch ohne Belehrung aus der Schweiz längst erkannt. Zahlreiche sozialdemokratische Parteien in Europa haben parallel zur SP Schweiz einen tiefgreifenden programmatischen und organisatorischen Erneuerungsprozess in Gang gesetzt, der mancherorts bereits zu wichtigen neuen Weichenstellungen geführt hat.

Anträge zu „II. Unsere Grundwerte Freiheit – Gerechtigkeit – Solidarität“

A-67 Willy Spieler, SP Zürich 2, II. Unsere Grundwerte

Zu den sozialen Grundrechten auf Arbeit, Bildung, Gesundheit und Existenzsicherung (S. 11) gehört auch das hier nicht erwähnte Recht auf Wohnen.

Begründung: Folgt aus dem Antrag.

A-68 Arnaud Thiéry, PS Vaudois, II, titre et 1er paragraphe, page 11

Remplacer le terme « justice » par « égalité » dans le titre et dans la première phrase.

Motif : Nous préférons le terme égalité au terme justice pour deux raisons :

chaque parti peut défendre à sa manière la justice alors que le terme égalité nous est propre et reste notre marque de fabrique ;

la valeur « égalité » est à la fois importante pour signifier notre objectif de redistribution des richesses (inégalités de revenu) et d'égalité entre hommes et femmes.

A-69 Romain Felli, PS Vaudois, II, deuxième paragraphe, avant-dernière phrase du paragraphe, page 11

Reformuler comme suit : « Pour nous, l'égalité est une condition indispensable pour que les différences entre les gens et la diversité des groupes sociaux... »

Motif : « l'égalité est l'exact opposé de la manie de niveler toutes les choses » n'est pas compréhensible et on ne voit pas pourquoi on définirait nos valeurs par leur opposé.

A-70 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, II, fin du 1er paragraphe, page 11

Remplacer la dernière phrase « A l'origine parti de la classe ouvrière, le socialisme a notamment agrégé à ses combats syndicaux des revendications féministes, pacifistes ou de protection de l'environnement. Il s'est enrichi de nouvelles personnes, revendications et valeurs ».

Motif : Il est faux d'opposer le socialisme actuel à son origine historique ; la formulation actuelle est une injure à nos fondateurs et à nos membres ouvriers. Le PS reste le parti des salarié-e-s ; il a simplement agrégé d'autres combats au cours de son histoire.

A-71 Monika Simmler, JUSO Schweiz, II, Absatz 2, Seite 11

Streichen: [...] ~~von seinem Geschlecht, [...], [...] seiner religiösen und sexuellen Orientierung,~~ [...]

Ersetzen: [...] *seiner religiösen Anschauung, sexuellen Orientierung und Identität,* [...]

Begründung: Im Entwurf werden sexuelle Orientierung und religiöse Orientierung praktisch gleichgesetzt; dies ist aber zu unterscheiden, da die religiösen Anschauungen bewusst gewählt werden, die sexuelle Orientierung hingegen nicht. Zudem ist der Ausdruck „Geschlecht“ durch „sexuelle Identität“ zu ersetzen.

A-72 Renatus Beck, SP Bümpliz/Bethlehem II, Absatz 3, 1. Satz, Seite 11

Hier muss eine neue Formulierung gefunden werden, z.B. in Kombination mit dem nachfolgenden Satz: *„Freiheit verdient diesen Namen für die Sozialdemokratie nur, wenn sie allen Menschen ermöglicht, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.“*

Begründung: Der Satz „Freiheit ist für die Sozialdemokratie nur als reale Freiheit tatsächliche Freiheit“ ist eine ziemlich lächerlich klingende Tautologie; was ist der Unterschied der Bedeutung von „real“ und „tatsächlich“?

A-73 Monika Simmler, JUSO Schweiz, II, Absatz 3, Seite 11

Streichen und ersetzen: Frei ist nur, wer ein selbstbestimmtes und ~~anständiges~~ *menschenwürdiges* Leben führen und gleichberechtigt am Wirtschaftsprozess teilnehmen kann.

Begründung: Menschenwürdig scheint und hier der treffendere Begriff zu sein, da es hier nicht um das moralisch anständige Leben geht.

A-74 Renatus Beck, SP Bümpliz/Bethlehem II, Absatz 3, 2. Satz, Seite 11

Wir schlagen vor, den Ausdruck „anständiges Leben“ durch *„ein materiell gesichertes Leben“* (oder dgl.) zu ersetzen.

Begründung: „Anständiges Leben“ hat in der deutschen Sprache einen Doppelsinn; einer davon bedeutet „ein untadeliges Leben“ (Gegenteil von „unanständiges Leben“), und diesen zweiten Sinn meinen wir sicher nicht!

A-75 Pierre-Yves Bosshard, PS Vaudois, II, 1er paragraphe, dernière phrase, page 12

Remplacer le terme « communiste » par « stalinienne. »

Motif : Ce terme est bien plus précis et adéquat historiquement.

A-76 Monika Simmler, JUSO Schweiz, II, Absatz 2, Seite 12

Streichen: „Freiheit ohne rechtliche Einkommen aus Arbeit steht.“

Begründung: Ziel ist eine gerechte Gesellschaft, nicht eine ausgleichende. Auch im Sinne der Straffung ist dieser Abschnitt zu streichen.

A-77 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, II, deuxième paragraphe, page 12

Terminer le deuxième paragraphe à « arbitraire injustifiable » et biffer les deux dernières phrases : « Cela vaut...le revenu du travail. »

Motif : La liberté économique est abordée en conclusion de chapitre dans le dernier paragraphe. La formulation ici est contraire au reste du programme alors que le texte proposé en conclusion est compatible et cohérent.

A-78 Arnaud Thiéry, PS Vaudois, II, deuxième paragraphe, page 12

La démocratisation de l'économie représente une stratégie socialiste de dépassement du capitalisme.

Motif : Pour nous la démocratisation de l'économie constitue une méthode de dépassement du capitalisme. Il est utile de le mentionner dans le programme.

A-79 Monika Simmler, JUSO Schweiz, II, Absatz 3, Seite 12

a) Ersatzlos streichen: „Die Sozialdemokratie teilt nicht das bürgerliche Dogma, wonach «jeder seines Glückes eigener Schmied» sei. Was alle Menschen teilen, ist der Wunsch und das Streben nach persönlichem Glück und Wohlergehen, gelingenden Beziehungen, tragfähigen solidarischen Gemeinschaften und Lebensqualität; was sie aber nicht gemeinsam haben, ist die Ausgangsposition, um dieses Ziel zu erreichen. Die Ausgangspositionen liegen vielmehr äusserst weit auseinander. Das gilt innerhalb der eigenen Gesellschaft, es gilt erst recht im internationalen Vergleich.“

b) Streichen: „Dafür sorgen, dass auch Menschen mit schlechter Ausgangsposition auf einen grünen Zweig kommen können und nicht ein Leben lang dort verharren müssen, wo sie der Zufall der Geburt in die Welt gesetzt hat. Darum setzt sich die SP immer und überall für die Benachteiligten ein.“

Ersetzen: „*Sozialdemokratische Politik setzt an diesem Punkt an: Dafür sorgen, dass alle Menschen die gleiche Ausgangsposition erhalten, tatsächliche Chancengleichheit realisiert ist und jeder nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten seinen Beitrag zur Gesellschaft leisten kann. Die Menschen sollen nicht länger gezwungen sein dort zu verharren, wo sie der Zufall der Geburt in die Welt gesetzt hat.*“

Begründung: Ziel sozialdemokratischer Politik ist nicht den sozialen Aufstieg der schlechter Gestellten zu erleichtern, sondern dafür zu sorgen, dass gar niemand mehr von Geburt an schlechter gestellt ist.

A-80 Benedikt Knobel, SP Kanton Thurgau, II, Absatz 4, Seiten 12/13

Das Wort Umverteilung soll vermieden werden, nicht nur weil es immer wieder propagandistisch gegen die SP verwendet und mit dem „Geruch“ des Diebstahls versehen wird, sondern auch aus dem Grunde, weil Umverteilung immer die schlechtere Lösung ist als das Vorbeugen durch Chancengleichheit.

Unsere Textvorschläge, anstatt Umverteilung: gerechte Verteilung / Korrektur von ungerechter Verteilung / faire Verteilung

A-81 Monika Simmler, JUSO Schweiz, II, Absatz 4, Seiten 12/13

Streichen: „Solidarität ist die wichtigste Handlungsmaxime für die SP. Wir verstehen darunter jede Form von Politik und persönlichen Verhaltensweisen, die auf Teilnahme und gemeinsamem Handeln beruhen und auf die möglichst gerechte Verteilung von Gütern, Diensten, Macht, Wohlstand und Lebenschancen für alle Menschen abzielen. Solidarisches Handeln ist also immer auf den Grundsatz der Verteilungsgerechtigkeit ausgerichtet. Solidarische Politik bedeutet Umverteilung, verstanden als Korrektur von bestehenden ungerechten Verteilungen, als Beseitigung oder Verminderung von Benachteiligungen, als bewusste Parteinahme für die Unterdrückten, Ausgebeuteten, sozial Schwachen und für die Natur. Solidarität ist auch eine Verpflichtung: seinen Kräften gemäss an der Umverteilung der Reichtümer mitzuwirken, sich aktiv ins soziale Leben einzubringen, Verantwortung zu übernehmen für die Schwächsten und für jene, die existentiell auf die Gesellschaft angewiesen sind.“

Ersetzen mit: „*Solidarität ist aber kein humanitärer Ansatz, sondern ein emanzipatorischer. Sie befähigt alle, Schwache und Starke, gemeinsam für die Befreiung der Menschen zu kämpfen.*“

Begründung: Die Differenzierung zwischen Humanität und Emanzipation scheint uns zentral für das Verständnis sozialdemokratischer Politik.

A-82 Monika Simmler, JUSO Schweiz, II, Absatz 2, Seite13

Streichen: „Die Sozialdemokratie lehnt die Wirtschaftsfreiheit nicht einfach ab. Sie darf aber nicht allein das Vorrecht jener sein, die über Produktionsmittel verfügen oder selbständig Erwerbende sind. Vielmehr soll sie zu einem Wirtschaftsbürgerrecht fortentwickelt werden, damit alle an der Wirtschaftsfreiheit teilhaben und auf allen Ebenen der Wirtschaft mitbestimmen können.“

Biffer: „Le socialisme ne refuse pas la liberté économique. Mais elle ne devrait pas être l'apanage de celles et ceux qui disposent des moyens de production ou qui ont un statut d'indépendant-e-s. Elle doit au contraire évoluer jusqu'à devenir une « citoyenneté économique », afin que tous et toutes puissent en profiter eux aussi et participer à tous les niveaux aux décisions économiques.“

Ersetzen mit: „*Die Freiheiten der heutigen Wirtschaft sind eine Illusion. Erst die Sozialdemokratie schafft die Wirtschaftsfreiheit, in dem sie nämlich die Produktionsmittel demokratisiert und so alle an ihnen teilhaben lässt.*“

Begründung: Wir müssen uns nicht gegen das bürgerliche Vorurteil von der „Abschaffung der Wirtschaftsfreiheit“ wehren. Es geht einzig um die Demokratisierung der Produktionsmittel.

A-83 (= alt-A-149) : SP Bern-Nord, Zu „II. Unsere Grundwerte“, neue Reihenfolge

Wir fordern eine neue Reihenfolge und die Abhandlung der Grundwerte in drei Unterkapiteln. Den 3 Bereichen: Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit ist etwas mehr Raum zu geben. Sie sind zudem alle 3 in gleichem Umfang und mit der gleichen Tiefe abzuhandeln.

- Neu: Gerechtigkeit
- Neu: Solidarität
- Neu: Freiheit

A-84 (= alt-A-161) : SP Bettlach, II, 1, "Sicherheit" ergänzen

Die drei Grundwerte *Freiheit – Gerechtigkeit – Solidarität* sind mit dem Begriff „Sicherheit“ zu ergänzen.

Begründung: Freiheit – Gerechtigkeit – Solidarität funktionieren nur im Zusammenspiel mit sozialer und physischer Sicherheit.

A-85 (= alt-A-165) : SP See (FR), II, 1, zu ideal

Für die SP See ist Solidarität zwar eine wichtige Handlungsmaxime, sie ist jedoch zu relativieren. Menschen sind für Solidarität zu gewinnen, jedoch nicht für eine absolut „gerechte“ Verteilung von Gütern, Dienstleistungen, Macht und Wohlstand. Dieses ideale Bild der Gesellschaft wird es nie geben, weil die Gesellschaft aus Individuen mit verschiedenen Erwartungen an die Umwelt und an sich selber besteht. Mit der Forderung nach absoluter Gleichheit werden Menschen, die sich mit eigener Kraft engagieren, die ihr Leben ohne In-

tervention des Staates zu führen versuchen und auch Verantwortung für Mitmenschen übernehmen, die innovativ sind und für ihr eigenes, aber auch für das Wohlergehen der Gesellschaft tätig sind, in ihrem Elan gestoppt.

Die Aufgabe der SP ist es dabei, schädliche Auswüchse zu verhindern, wenn Menschen den Blick auf die Realität verlieren und nicht weiter sehen als bis zum Nachbar, der immer etwas mehr hat. Bestehen Mängel und Lücken, die der Staat nicht ausfüllt, entsteht Innovation, und der Ehrgeiz treibt die Menschen zu Taten an. Umgekehrt können Menschen in Lethargie verfallen. Das Ziel der SP muss es sein, dass dem Staat die Mittel zur Verfügung stehen, dann einzuschreiten, wenn die wichtigen Lebensgrundlagen, wie genügender Lohn, Bildung, das angemessene Dienstleistungsangebot nicht vorhanden ist und Sozialversicherungen nicht funktionieren.

A-86 (= alt-A-173) : SP Stadt St. Gallen, II, S. 14, 2. Absatz, 3. Zeile

"... vorab die Freiheit der weissen, europäischen, besitzenden Männer sowie der kolonialen Oberschichten verstanden."

Stellungnahme der Geschäftsleitung.

- **A-67: Annehmen.**

- **A-68 und A-69: Ablehnen.**

Begründung: **A-68** will den Begriff der "Gerechtigkeit" im Titel und ersten Satz durch den Begriff der "Gleichheit" ersetzen. **A-69** will zusätzlich den Satz streichen, dass Gleichheit in unserem Verständnis gerade das Gegenteil von Gleichmacherei ist. Die Geschäftsleitung empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung.

Angesichts der Tatsache, dass in der französischen Sprache "égalité" eine breitere Bedeutung hat als "Gleichheit" in der deutschen Sprache, hat die Geschäftsleitung die Variante diskutiert, im französischsprachigen Parteiprogramm von "égalité" und im deutschsprachigen Parteiprogramm von "Gerechtigkeit" zu sprechen. Sie hat dies aber verworfen, weil sie überzeugt ist, dass unser wichtigster sozialdemokratischer Grundwert die "Gerechtigkeit" ist und "Gleichheit" nur fallweise und nur unter Bedingungen ein Mittel darstellt, um für Gerechtigkeit zu sorgen.

Wäre "Gleichheit" ein Grundwert, so müsste sich die Sozialdemokratie dafür einsetzen, dass die Identität und die Erscheinung der Menschen immer ähnlicher, immer weniger unterscheidbar werden. Ein solcher Grundwert würde in zahlreichen Gebieten zu etwas führen, was die Sozialdemokratie ablehnt. Gleichheit im Kulturellen etwa würde auf eine Assimilationspflicht im Sinne von Gleichmacherei hinauslaufen. Jedes Individuum und jede Gruppe hat aber das Recht, so behandelt zu werden, wie sie ist, und nicht, wie sie nach Gleichheitskriterien sein sollte.

Eine strikte Orientierung am Prinzip der Gleichheit verkennt auch die Komplexität einer Kultur der Gerechtigkeit. Neben Prinzipien, die Gleichheit verlangen, erfordert Gerechtigkeit auch Prinzipien, welche Ungleichheit verlangen, etwa das Verdienstprinzip oder das Qualifikationsprinzip. Gerechtigkeit erfordert deshalb immer wieder eine ungleiche Behandlung, weil eine gleiche Behandlung zu Ungerechtigkeit führen würde.

Die Sozialdemokratie will insofern nie Gleichheit an und für sich, sondern Gleichheit in Verbindung mit etwas, Gleichheit in Verbindung mit Wohlfahrt; Gleichheit vor dem Gesetz; Gleichheit an Lebensperspektiven und Verwirklichungschancen. Unser Ziel ist nicht, alle gleich zu machen. Vielmehr wollen wir Gleichheit als Mittel für Gerechtigkeit und als Mittel zur Emanzipation, d.h. als Mittel zur Freiheit.

Kurz: Gerecht ist nicht, dass jeder und jede gleich wird. Vielmehr erfordert Gerechtigkeit, dass jeder und jede bekommt, was ihnen zusteht. Urs Marti formulierte es im neuesten Widerspruch (Nr. 58) so: "Für eine linke Gerechtigkeitskonzeption ist weniger das Prinzip der Gleichheit als jenes der Handlungs- und Wahlfreiheit ausschlaggebend." Und die WOZ vom 14.10.10 gibt die Fortsetzung von Martis Überlegungen wie folgt wieder: „Angestrebt werde nicht ein Zustand, in dem alle gleich viel besitzen. Sondern einer, in dem alle frei handeln und wählen können.“

- **A-70: Annehmen.**

Begründung: **A-70** fordert

- zu streichen: "Dabei entwickelte sich die Sozialdemokratie von einer Klassenpartei zu einer für alle offene Wertepartei mit einer festen Verankerung in ihren Grundwerten."
- ersetzen mit: "*An ihrem Ursprung eine Klassenpartei, erweiterte sich die Sozialdemokratie; zusätzlich zu den gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen griff sie feministische, pazifistische und umweltschützerische Forderungen auf. Es kamen neue Personen, Forderungen und Werte hinzu.*"

Die Geschäftsleitung empfiehlt, diesen Antrag anzunehmen. Er verdeutlicht die Entwicklung der SP von einer Klassenpartei hin zu einer Wertepartei, wie dies bereits **alt-A-146** von den Jusos beantragt hatte.

- **A-71 und A-72: Annehmen.**

- : **A-73 und A-74: Annehmen** (in der Formulierung von **A-73**).

- **A-75: Ablehnen.**

Begründung: Der Programmentwurf hält fest, die SP habe „sich jeder Diktatur und staatlichen oder nichtstaatlichen Unterdrückung widersetzt, gleichgültig ob diese bürgerlich, faschistisch oder kommunistisch war.“ **A-75** verlangt, den Begriff „kommunistisch“ zu streichen und durch „stalinistisch“ zu ersetzen. Die Geschäftsleitung lehnt dies ab. Die Hauptaussage des Programmentwurfs besteht darin, dass die SP Diktaturen stets abgelehnt hat. Das tat sie auch dann, wenn sich diese Diktaturen selbst als kommunistisch bezeichnet haben. Die SP wandte sich stets gegen kommunistische Unterdrückung und nicht allein gegen stalinistische. Das soll im Parteiprogramm auch so klar ausgesprochen werden.

- **A-76 und A-77: Annehmen.**

Begründung: Hier handelt es sich in der Tat um einen sinnvollen Kürzungsvorschlag. Die Kürzung soll nach den Vorgaben von **A-77** vorgenommen werden, d.h. der erste Satz des betroffenen Absatzes wird im Parteiprogramm belassen.

- **A-78: Ordnungsantrag: Diskussion im Zusammenhang mit dem Visionenkapitel führen und dort entscheiden**

Begründung: Die Geschäftsleitung schlägt vor, die Diskussion darüber, ob der Begriff „Überwindung des Kapitalismus“ durch „Wirtschaftsdemokratie“ ersetzt werden soll oder nicht, im Rahmen der Diskussion über das Visionenkapitel III zu führen, und auch dort zu entscheiden. Je nach Ausgang wird selbstverständlich auch hier im Grundwertekapitel die beantragte Änderung durchgeführt. Siehe auch die Stellungnahme der Geschäftsleitung zu **A-87 bis A-97 (inkl. A-14, A-15 und A-78)**.

- **A-79: Annehmen.**

Begründung: Im Sinne einer Straffung und Zuspitzung kann die Geschäftsleitung **A-79** zur Annahme empfehlen. Dies bedeutet nicht, dass die Geschäftsleitung auch der Begründung

von **A-79** zustimmen würde. Vielmehr muss sich die SP auch in Zukunft für den sozialen Aufstieg aller schlechter Gestellten einsetzen.

- **A-80: Ablehnen.**

Begründung: Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen dürfen uns nicht beirren lassen, wenn uns die Bürgerlichen „Umverteilungspartei“ vorwerfen. Wir stehen dazu, dass wir von vielen staatlichen Massnahmen eine Umverteilungswirkung von den Reichsten zu den Ärmsten erwarten. Ein Staat, der dies nicht leisten würde, könnte kein sozialer Staat sein.

- **A-81: Ablehnen.**

Begründung: Dass die SP eine emanzipatorische Politik und Vision verfolgt, ist an anderen Stellen des Programmentwurfs hinreichend klargestellt. Mit dem radikalen Kürzungsvorschlag **A-81** würden aber wesentliche Aussagen über unser Verständnis von Solidarität wegfallen. Die Geschäftsleitung empfiehlt **A-81** zur Ablehnung, weil es ihr wichtig ist, dass im Grundwertekapitel deutlich gemacht wird, was wir unter Solidarität verstehen.

- **A-82: Ablehnen.**

Begründung: Der Programmentwurf macht ausreichend deutlich, dass die Sozialdemokratie jene Wirtschaftsfreiheit ablehnt, die ein blosses Vorrecht der Eigner von Produktionsmitteln oder der selbständig Erwerbenden ist. Der Programmentwurf macht auch deutlich, dass die Wirtschaftsfreiheit ein wichtiges Ziel unserer Vision einer sozial-ökologischen Wirtschaftsdemokratie bildet. Die von **A-82** vorgeschlagenen Formulierungen sind zu kompliziert. Die hier verwendete Definition der „Wirtschaftsfreiheit“ weicht so stark von der alltags-sprachlich verwendeten ab, dass viele den Satz zwei Mal lesen müssen, bis sie ihn verstehen. Die Geschäftsleitung möchte aber ein Parteiprogramm, das von allen auf Anhieb verstanden wird. Der Programmentwurf hält zudem fest, dass wir eine Gesellschaftsordnung wollen, in welcher „alle an der Wirtschaftsfreiheit teilhaben und auf allen Ebenen der Wirtschaft mitbestimmen können“. **A-82** will das streichen, die Geschäftsleitung will das nicht. Kurz: Die Geschäftsleitung empfiehlt, **A-82** abzulehnen, weil die Formulierungen des Programmentwurfs verständlicher und klarer sind als jene, welche der Antrag vorschlägt.

- **A-83 bis A-86 (= alt-A-149, alt-A-161, alt-A-165, alt-A-173): Ablehnen.**

Begründung: **A-83** wird zur Ablehnung empfohlen, weil die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht isoliert voneinander dargestellt, sondern gerade ihr wechselseitiges Spannungsverhältnis diskutiert werden soll. Das berechtigte Anliegen „Sicherheit“ (**A-84**) gehört nicht ins Grundwertekapitel, sondern ins neu gestaltete Kapitel IV, 4, c und namentlich das neue Kapitel IV, 4, d zur öffentlichen Sicherheit. **A-85** übersieht, dass auch ein pragmatisches Handeln auf ideellen und/oder ethisch begründeten Grundwerten aufbaut.

A-86 wird zur Ablehnung empfohlen, weil das Bürgertum die Freiheit der Besitzenden nicht allein auf weisse, europäische Männer einschränkt. Vielmehr haben wir es heute mit einer bürgerlich-kapitalistischen Weltordnung zu tun, in welcher auch Nicht-Weisse, Nicht-Europäer, Nicht-Kolonialmächte und auch Frauen Ausbeutung betreiben, wenn sie Verfügungsgewalt über Produktionsmittel haben. **A-86** mag für eine bestimmte historische Periode richtig gewesen sein. Die Geschäftsleitung wünscht sich aber, dass sich das Parteiprogramm wenn immer möglich über die Gegenwart und Zukunft ausspricht und sich nur, wenn dies wirklich begründet ist, der Geschichte und der Geschichtsdeutung zuwendet.

Anträge zu „III. Unsere Vision – die Wirtschaftsdemokratie“

Anträge zum Begriff des „Demokratischen Sozialismus“ und zum Begriff der „Überwindung des Kapitalismus“

⇒ *Siehe auch oben, Anträge **A-14 und A-15**, welche den Begriff des „Demokratischen Sozialismus“ und den „Bruch mit dem Kapitalismus“ ins Vorwort einfügen wollen, sowie Antrag **A-78**, der die Formulierung „Überwindung des Kapitalismus“ ins Grundwertekapitel einfügen will*

A-87 Monika Simmler, JUSO Schweiz, III, Titel

Titel ersetzen mit: Unsere Vision: Demokratischer Sozialismus

A-88 Willy Spieler SP Zürich 2, Demokratischer Sozialismus

Begriff und Ziel des demokratischen Sozialismus sind in das neue Parteiprogramm aufzunehmen.

Begründung: Gemäss Art. 1 Ziff. 1 der Statuten tritt die SPS „auf der Grundlage ihres Programms für die Ziele des demokratischen Sozialismus ein“. Es ist unverständlich, dass der Entwurf den Begriff des ‚demokratischem Sozialismus‘ vermeidet, als ob dieser durch den sog. Realsozialismus desavouiert und nicht vielmehr als freiheitliche Alternative bestätigt worden wäre. So sieht es übrigens auch das Hamburger Programm der SPD von 2007, in dem zu lesen steht: „Das Ende des Staatssozialismus sowjetischer Prägung hat die Idee des demokratischen Sozialismus nicht widerlegt, sondern die Orientierung der Sozialdemokratie an Grundwerten eindrucksvoll bestätigt. Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip unseres Handelns ist die soziale Demokratie.“

A-89 Monika Simmler, JUSO Schweiz, III, Neuer Abschnitt zu Beginn des Kapitels, Seite 14, Demokratischer Sozialismus

Gegen alle Widerwärtigkeiten der Zeit haben sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten weltweit gegen Ausbeutung, Bevormundung und Unterdrückung eingesetzt. Und wir werden nicht ruhen bis unsere Welt eine Welt von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit und Solidarität geworden ist. Um diese Werte zu verwirklichen brauchen wir einen Plan. Dieser Plan ist die radikale Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche unserer Gesellschaft. Diese Vision nennen wir demokratischer Sozialismus.

Wir verstehen unter dem demokratischen Sozialismus nicht ein bestimmtes, abstraktes und zu Ende gedachtes Gesellschaftsmodell. Die Geschichte hat uns gelehrt, immer dann skeptisch zu sein, wenn irgendeine Gruppe oder einzelne Personen glauben, das ideale Modell gefunden zu haben. Wir verstehen darunter vielmehr eine Handlungsanleitung, ein Rahmen in dem sich Politik in unserem Leben abspielt. Wir verstehen alle als Teil dieser Bewegung, die sich gegen politische Unterdrückung, soziale Bevormundung oder ökonomische Ausbeutung wehren.

In der Schweiz hat die Bewegung bereits viel erreicht. Nach 1848 wurden vor allem von der ArbeiterInnenbewegung schrittweise die politische Freiheit und die direkte Demokratie erkämpft. Spätestens die 68er Bewegung erstritt neben der politischen Freiheit auch grosse Fortschritte für die Freiheit des Individuums in der Gesellschaft. Bereits 1917 im Generalstreik gingen die Menschen auch in der Schweiz für die Befreiung von ökonomischer Ausbeutung auf die Strasse. Letzteres ist mit Sicherheit der Bereich, in dem uns noch die grössten Aufgaben erwarten. Einen Teil dieses Weges sind wir mit politischen Verbündeten gegangen, insbesondere dem Liberalismus. Unsere gemeinsame Idee der politischen und sozialen Freiheiten teilen wir weiterhin. Die Wirtschaftsdemokratie aber, werden wir alleine erkämpfen müssen.

Wirklich demokratisch und frei kann eine Gesellschaft nur sein, wenn auch der Ort, an dem Reichtum geschaffen und ökonomische Macht verteilt wird, demokratisch organisiert ist. Der Kapitalismus bringt diese Voraussetzungen nicht mit. Auch wenn er gegenüber fast allen vorangehenden Gesellschaftsformen wie dem Absolutismus, der Aristokratie oder dem Faschismus bedingungslos vorzuziehen ist, geben wir uns trotzdem nicht mit ihm zufrieden. Die kapitalistische Ausbeutung der Menschen hier und weltweit ist strukturell bedingt. Das System zwingt die einen, die Arbeit der anderen und die Natur auszubeuten. Es produziert damit Krisen, Krieg, Hunger und Armut – und das in einer Zeit, in der es technologisch erstmals in der Geschichte der Menschheit möglich wäre, mehr Menschen zu ernähren, als überhaupt auf unserem Planeten leben.

Den demokratischen Sozialismus verstehen wir als diese Vision, die diese Ungerechtigkeiten zu Gunsten einer wirklich demokratischen Gesellschaft überwindet. Die Wirtschaftsdemokratie, die Idee also, das Privateigentum an den Produktionsmittel durch demokratisches Eigentum zu ersetzen und damit die Grundlage für die Ausbeutung zu beseitigen, mag heute für viele noch befremdend klingen. Viele glauben, die Wirtschaftsdemokratie würde sie ihres Eigentum enteignen. Das Gegenteil ist der Fall. Wir erinnern aber daran, dass wir nichts anderes vorhaben, als das, was bereits mit der politischen und gesellschaftlichen Macht passiert ist. Früher war politische Macht Privateigentum. Fürsten haben für ganze Weltreiche entschieden. Gesellschaftliche Normen wurden nicht ausgehandelt, sondern wurden von einer Moralinstanz, lange der Kirche, dekreditiert. Die bürgerlichen Revolutionen und die 68er Bewegung haben dieses Privateigentum abgeschafft. Und trotzdem würde heute wohl niemand behaupten, er sei politisch enteignet. Gleich verhält es sich mit der Wirtschaftsmacht. Eine Macht, die heute nur einige wenige in den Händen halten und von deren Teilhabe die grosse Mehrheit der Menschen ausgeschlossen ist. Diese grosse Mehrheit hat kein Eigentum zu verlieren, sondern nur eines zu gewinnen.

Begründung: Mit der Beschränkung auf die Wirtschaftsdemokratie streicht das Programm zwar tatsächlich die zentrale Herausforderung für die Sozialdemokratie der nächsten Jahre heraus. Als Vision, ist dies jedoch zu eng. Das Programm soll eine Antwort auf die eigentlich zentrale politische Frage bieten, wie wir uns die Organisation unserer Gesellschaft vorstellen. Dieser neue Abschnitt soll dies tun.

A-90 Monika Simmler, JUSO Schweiz, III, 1, Absatz 2, Seite 14, Überwindung des Kapitalismus

Ergänzen: Sie hat immer eine Wirtschaftsordnung ins Auge gefasst, die über den Kapitalismus hinausgeht; *die ihn überwindet*.

Begründung: Explizite Nennung dessen, was der Satz impliziert.

A-91 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, III, 1, 2^{ème} paragraphe, milieu, page 15, Bruch mit dem Kapitalismus

Remplacer « rupture avec le néolibéralisme » par « rupture avec le capitalisme ».

Motif : la réduction de notre économie à une simple économie de marché n'est pas propre au néolibéralisme seulement mais appartient déjà à la logique capitalisme.

A-92 Monika Simmler, JUSO Schweiz, III, 1, Absatz 2, Seite 14, Demokratischer Sozialismus

~~Streichen: Die SP Schweiz hat eine visionäre Tradition. Die Vision heisst Wirtschaftsdemokratie.~~

Ersetzen: Die SP Schweiz hat eine visionäre Tradition. Die Vision heisst demokratischer Sozialismus. Dieser wird nur über eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft erreicht – über die Wirtschaftsdemokratie. Zudem à Redaktionell: Die Vision «demokratischer Sozialismus» im Parteiprogramm fortzuschreiben, ist unverzichtbar. (Seite 14, Zeile 21)

Begründung: Die Wirtschaftsdemokratie ist zwar ein wichtiges Puzzleteil in einer neuen Gesellschaftsordnung, aber eben nur der wirtschaftliche Teil des Puzzles. Das Puzzle selber ist als demokratischer Sozialismus zu bezeichnen.

A-93 (= alt-A-221) : SP Kanton Solothurn und SP Olten, III, 1– 3, Begriff „demokratischer Sozialismus“ ergänzen

Mit Erstaunen stellen wir fest, dass der Begriff „demokratischer Sozialismus“ im Entwurf des SP-Parteiprogramms nicht vorkommt. Im 82-Programm war dem Sozialismus noch ein ganzes Kapitel gewidmet. Die feindliche Ideologie, der Kapitalismus, wird ausführlich abgehandelt aber unsere Ideologie wird verschämt umschrieben. Sowohl die SP Schweiz wie auch die SP Olten setzen sich aufgrund ihrer Statuten jedoch für die „Ziele des demokratischen Sozialismus“ ein. Da wäre es doch naheliegend, dass dazu etwas im Parteiprogramm steht.

Vorschlag: Im Kapitel Grundwerte soll ein Exkurs gemacht werden zum demokratischen Sozialismus und dessen Inhalt. (Dies hat die Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn praktisch einstimmig beschlossen) Die konsequente Umsetzung der im Kapitel referierten Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität entspricht ja unserem Verständnis von Sozialismus. Die Diktaturen des ehemaligen Ostblocks mögen den Begriff Sozialismus diskreditiert haben. Dieser sogenannte „reale Sozialismus“ hatte aber nichts gemein mit unserer Vision eines demokratischen Sozialismus. Wir könnten auch darauf verweisen, dass sich die 1921 erfolgte Abspaltung der Kommunisten wie erwartet (1989) nicht als erfolgreicher Weg erwies. Es wäre jedenfalls ganz verfehlt, wenn wir wegen den Auswüchsen des Kommunismus auf die Benennung unserer Vision und unseres Weges, nämlich dem Sozialismus, verzichten würden. Unser Solothurner Bundesrat Willi Ritschard hat am Parteitag 1975 in Biel ausgerufen: „Ich glaube an den Sozialismus, ...“ und hat dies auch begründet (es gibt dazu ein Tondokument, eine von Andreas Blum moderierte Schallplatte). Ritschard würde sich im Grab umdrehen, wenn er erführe, dass man diesen Begriff streichen möchte, weil er vermeintlich nicht mehr so en vogue ist.

Kurz und gut: Es gibt keinen Grund, dass wir unsere politische Idee nicht bei ihrem Namen nennen dürfen.

A-94 (= alt-A-222) : JUSO, III, 1, "demokratischer Sozialismus" als Ziel

Im Programm wird klar auf das traditionelle sozialdemokratische Ziel der "Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche" Bezug genommen. Diese Tradition mündet dann im Entwurf in der Wirtschaftsdemokratie. Sie wird als Gegenstück zum Kapitalismus präsentiert.

Die Wirtschaftsdemokratie, wie sie im Entwurf eingeführt wird, wird aber dem Kapitalismus in seiner Ganzheit nicht gerecht und kann die Forderung nach einer "Überwindung des Kapitalismus" nicht erfüllen. Denn der Kapitalismus ist mehr als nur eine undemokratische

Produktionsweise, er ist auch Gesellschaftsordnung und Ideologie. Zwar ist die Wirtschaftsdemokratie ein wichtiges Puzzleteil in der Überwindungsdiskussion, aber eben nur Teil des Puzzles. Dieses ist als "radikale Demokratie" oder "demokratischer Sozialismus" zu beschreiben, denn es meint die Demokratisierung der Gesellschaft als Ganzes – ein Gegenkonzept zur herrschenden Gesellschaftsordnung – und nicht nur eine Änderung der Produktionsweise. Das Ziel muss in diesem Zusammenhang eine sozialdemokratische Gegenhegemonie i– nur damit werden wir dem Kapitalismus in seiner ökonomischen und politisch-ideologischen Ausprägung gerecht.

A-95 (= alt-A-223) : SP Zürich 3, III, 1– 3, "Demokratischer Sozialismus" ergänzen

Eine gesellschaftspolitische Perspektive (soziale Demokratie / demokratischer Sozialismus) ist im neuen Parteiprogramm zu entwickeln.

Begründung: Das Kapitel «Unsere Vision» befasst sich nur mit der Wirtschaftsdemokratie. Das starke Gewicht der Wirtschaftsdemokratie ist zwar zu begrüßen, diese ist aber nur ein Teil der Sozialen Demokratie.

A-96 (= alt-A-224) : SP Bern-Süd, III, 1– 3, Titel

Überschrift: *Wirtschaftsdemokratie als Weg zum demokratischen Sozialismus.*

Im Kapitel ergänzen: *Grundprinzipien der sozialen Sicherheit, diese abkoppeln von Erwerbsarbeitsstatus und Familienstatus und den Begriff des demokratischen Sozialismus verwenden.*

Begründung: Den Blick ausweiten auf das Soziale.

A-97 (= alt-A-225) : SP Ittigen, III, 1– 3, Titel

Titel ändern in „Wirtschaftsdemokratie – demokratischer Sozialismus – klassenlose Gesellschaft“! Entsprechend in den Absätzen 3 und 4!

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-14, A-15, A-78 und A-87 bis A-97 (A-93 bis A-97 = alt-A-221 bis alt-A-225): Ablehnen.

Begründung: Hier geht es um die semantische Frage, wie wir unsere Vision bezeichnen wollen: mit modernen, breit akzeptierten Begriffen oder mit solchen, die auch intern auf Widerstand gestossen sind. Die Geschäftsleitung schlägt vor, unsere Vision einer zukünftigen Wirtschaftsform jenseits der heutigen Ordnung konsequent mit dem breit akzeptierten, inhaltlich gefüllten und in den Grundwerten verankerten Begriff der „Wirtschaftsdemokratie“ zu umschreiben. Damit kann den Anträgen **alt-A-207 bis alt-A-219** Rechnung getragen werden, welche den Verzicht auf die bloss negativ definierte, inhaltlich diffuse und umstrittene Floskel „Überwindung des Kapitalismus“ (**A-90**) oder gar „Bruch mit dem Kapitalismus“ (**A-91**) forderten. An dessen Stelle tritt der inhaltlich präzisere Begriff „Demokratisierung der Wirtschaft“ bzw. „Wirtschaftsdemokratie“. „Wirtschaftsdemokratie“ ist in der Linken ein gut eingeführter Begriff. So präsentiert das Denknetz unter dem Stichwort „Alternativen“ mehrere Aufsätze mit Titeln wie „Wirtschaftsdemokratie statt mehr Kapitalismus“ (Jahrbuch 2006) und „Was verstehen wir unter Wirtschaftsdemokratie?“ (Jahrbuch 2008). Indem auch wir unsere Vision mit dem Begriff „Wirtschaftsdemokratie“ umschreiben, stellen wir klar, dass wir zu unserer sozialdemokratischen Geschichte stehen. Gleichzeitig macht sich die SP für neue gesellschaftliche Gruppen attraktiv, denen diese Geschichte fremd ist. Mit erläuternden Umschreibungen wie „Systemveränderung“, „Paradigmenwechsel“ und „grund-

sätzlich neue Ordnung“ geht aus dem Programmentwurf ausreichend deutlich hervor, dass es hier nicht um eine inhaltliche Frage geht – dort sind sich die Geschäftsleitung und die Antragstellenden einig –, sondern um die Frage möglichst guter Begriffe.

Aus dem gleichen Grund wird darauf verzichtet, neu den Begriff des „demokratischen Sozialismus“ ins Parteiprogramm aufzunehmen, wie dies die Anträge **A-14, A-15 und A-87 bis A-89** und **A-92 bis A-97** anregen. Selbstverständlich unterstützt die Geschäftsleitung die in **A-92** und anderen Anträgen vorgenommenen Zuschreibungen. Namentlich in der Deutschschweizer Aussenwahrnehmung werden mit dem Begriff des „demokratischen Sozialismus“ aber noch andere Dinge assoziiert als die in Kapitel II umschriebenen Grundwerte unserer Partei. Wir wollen uns auch gegenüber Menschen öffnen, welche unsere Grundwerte mittragen, aber mit diesem Begriff wenig anfangen können.

A-89 ist viel zu lang geraten und die Sprache ist etwas gar pathetisch und manchmal auch etwas kompliziert. Inhaltlich greift der erste Absatz auf unsere Grundwerte zurück. Das macht auch der Programmentwurf, weist dort aber zusätzlich auf die „Würde des Menschen“ hin und unser Ziel, ihn „von Ausbeutung, Unterdrückung und Not“ zu befreien. Die Geschäftsleitung möchte daran festhalten.

Der zweite Absatz greift ebenfalls einen Gedanken auf, der im Programmentwurf bereits enthalten, dort aber nach Auffassung der Geschäftsleitung präzisiert formuliert ist.

Der dritte Absatz nimmt ausführliche Rückgriffe in eine weit zurückliegende Geschichte bis 1848 vor und geht auch auf 1917 und 1968 ein. Solch historische Betrachtungen passen nach Auffassung der Geschäftsleitung nicht wirklich in das Visionenkapitel.

Auch der vierte Absatz greift nochmals auf den Absolutismus, die Aristokratie und den Faschismus zurück, um unsere Vision der Wirtschaftsdemokratie zu beschreiben. Die Geschäftsleitung hat die Wirtschaftsdemokratie im Programmentwurf demgegenüber nicht in erster Linie darüber definiert, was sie nicht ist, sondern was sie konkret beinhaltet. Dies wird im vierten Absatz von **A-89** in erster Linie vom 1. Satz geleistet: *„Wirklich demokratisch und frei kann eine Gesellschaft nur sein, wenn auch der Ort, an dem Reichtum geschaffen und ökonomische Macht verteilt wird, demokratisch organisiert ist.“* Die Geschäftsleitung ist gerne bereit, diesen wichtigen Satz noch ins Parteiprogramm aufzunehmen.

Auch im fünften Absatz ist wieder von den „Fürsten“ die Rede, welche einst „für ganze Weltreiche entschieden“ hatten, und auch wieder von der „bürgerlichen Revolution“ und von der „68er Bewegung“. Die Geschäftsleitung betrachtet die weniger stark historisierenden Formulierungen im Programmentwurf für geeigneter, um unsere Vision der Wirtschaftsdemokratie zu verdeutlichen. Sie ersucht deshalb, **A-89** abzulehnen.

Weitere Anträge zu „III. Unsere Vision“ und „1. Die Demokratisierung der Wirtschaft“

A-98 Peter Zuber, SP Wetzikon, III, Titel

Abschnitt III soll heissen: „Unsere Visionen“

Begründung: Dieser Abschnitt darf nicht in unzulässiger Weise auf die Wirtschaftsdemokratie reduziert werden, denn er enthält daneben zu Recht vier weitere grundlegende sozialdemokratische Visionen. Zudem sind die anderen vier mehrheitsfähig in der pluralistischen Schweiz, während die Wirtschaftsdemokratie, wie das Programm selbst einräumt, von niemandem sonst als uns auf die politische Tagesordnung gesetzt wird.

A-99 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, III, 1, 5^e paragraphe, 2^{ème} phrase, page 14

Compléter comme suit : « ... changement de système ; elle *progresses par le développement des assurances sociales en lieu et place des assurances privées, par le renforcement des services publics plutôt que par la concurrence destructrice et par l'élargissement des droits des salarié-e-s en lieu et place du diktat des actionnaires. Ce processus renforce pas à pas les droits des citoyen-ne-s et des salarié-e-s et font reculer les sphères d'influence du capitalisme. Cette démocratisation de l'économie se heurtera donc à une résistance acharnée de la part... »*

Motif : nous trouvons utile de mieux expliquer ce processus.

A-100 Monika Simmler, JUSO Schweiz, III, 1, Absatz 2 + 3, Seite 15

Absätze 2 und 3 (kursiv) streichen:

„Was bedeutet es, die Wirtschaft zu demokratisieren? Die Antwort ist im Grunde einfach: Wir wollen, dass nicht der Mensch im Dienst der Wirtschaft steht, sondern die Wirtschaft im Dienst der Menschen. Wir wollen die Menschen aus entfremdeter, fremdbestimmter Erwerbsarbeit befreien und die Diskriminierung der Frauen beseitigen. Wir wollen eine Wirtschaft, die dem guten Leben dient, die natürlichen Grundlagen erhält und das faire Zusammenleben aller in einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft fördert, in der wir gerne leben.

Für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen gilt das Primat von Demokratie und Politik. Der Ordre public, die demokratische rechtsstaatliche Ordnung geht der wirtschaftlichen Wertschöpfung, der blossen Nutzenebene vor. Dies erfordert den Bruch mit dem Neoliberalismus, der unsere Gesellschaft auf eine blosses Marktwirtschaft und die sozialen Beziehungen auf den blossen Tausch von Vorteilen reduziert. Der umfassenden Ökonomisierung der Gesellschaft stellen wir die umfassende Zivilisierung der Wirtschaft entgegen.“

Begründung: Nichtssagende Abschnitte. Im Sinne der Straffung streichen.

A-101 Willy Spieler, SP Zürich 2, III, 1, Punkt 1, Seite 15

Der Service public ist erst dann wirtschaftsdemokratisch verfasst, wenn nicht nur die Vorgaben des Staates auf demokratischem Weg zustande kommen, sondern wenn auch die hier Beschäftigten über die Ausführung dieser Vorgaben mitbestimmen können. Der Vorbildcharakter des Service public (S. 45) umfasst auch diese Mitbestimmung.

Begründung: Der Service public, in dem angeblich „relevante Bereiche und Betriebe der Volkswirtschaft [...] ausserhalb der kapitalistischen Logik angesiedelt“ (S. 15) sind, ist heute – angefangen von SBB und Swisscom bis zu den Schulen und Spitälern – durch neue Leistungshierarchien geprägt, die immer mehr nach ‚kapitalistischer Logik‘ funktionieren, ohne Mitbestimmung der Beschäftigten und Betroffenen.

A-102 Pierre-Yves Bosshard, PS Vaudois, III, 1, point 1, 3 lignes avant la fin, page 15

Supprimer « sous mandat de prestations »

Motif : Le mandat de prestation est un outil infralégal. Il serait faux de mettre le mandat de prestation sur le même plan que la loi. Nos services publics restent aujourd'hui l'objet de lois ; on ne saurait se satisfaire d'un simple mandat de prestation.

A-103 Willy Spieler, SP Zürich 2, III, 1, Punkt 2, Seite 15/16

Ergänzen: *„Genossenschaftlich könnten Unternehmen organisiert werden, die Dienstleistungen von existenzieller Bedeutung erbringen, wie Krankenversicherungen, Pensionskas-*

sen, Telekommunikation. Ein staatlicher KMU-Fonds soll Betriebe aufkaufen, die keine Nachfolge finden, und sie in Genossenschaften umwandeln. Besonders zu fördern sind die Wohnbaugenossenschaften. Ihr Anteil am Wohnungsmarkt ist bis 2020 auf zehn Prozent zu verdoppeln. Um die Genossenschaften attraktiver zu machen, ist auch das Genossenschaftsrecht zu ändern. Die Revision soll die Finanzierung erleichtern und vor allem die demokratische Transparenz bei Grossgenossenschaften gewährleisten.“

Begründung: Es ist völlig ungenügend, über dieses Kernthema der Wirtschaftsdemokratie nur gerade auszuführen, „der genossenschaftliche Bereich“ sei „ausbaufähig“ (S. 16). (Siehe: Hans Kissling, Wir Eidgenossenschaftler, in: DAS MAGAZIN, 45/2009, 48ff.)

A-104 Willy Spieler, SP Zürich 2, III, 1, Punkt 3, Seite 16

„Wir sehen es als unsere Aufgabe und diejenige der Gewerkschaften an, in den grossen Unternehmen für eine wenigstens gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeit mit dem Kapital und auch in den übrigen Bereichen der Wirtschaft für mehr Mitbestimmungsrechte der Arbeitenden zu kämpfen.“

Begründung: Zur Mitbestimmung hiess es im Ersten Entwurf der GL noch, in der Privatwirtschaft solle „die zumindest gleichberechtigte Teilhabe der Arbeitenden an der Wirtschaftsmacht“ (S. 47) eingeführt werden. Daran ist festzuhalten; denn unterhalb von Parität oder Vetomacht gibt es keine wirkliche Mitentscheidung.

A-105 Romain Felli, PS Vaudois, III, 1, point 4, page 16

Remplacer la version actuelle par la première version du programme qui se nommait : « "De la SA à la « ST » : l'idée d'une « société des travailleuses et des travailleurs » a été lancée par le politicien et économiste réformiste tchèque Ota Šik. La propriété privée de l'entreprise devrait être progressivement complétée puis remplacée par le développement d'une propriété collective du personnel. Le capital collectif est généré par la conversion des parts de bénéfices réalisés en capital-actions, ce dernier n'étant pas remis aux employé-e-s sous forme de titres de participation, mais demeurant la propriété, collective du personnel, qui peut en disposer démocratiquement.»

Motif: la version ancienne est plus précise.

A-106 Willy Spieler, SP Zürich 2, III, 1, Punkt 4, Seite 16

Das Verhältnis von Mitarbeitergesellschaft und Unternehmensmitbestimmung ist zu klären.

Begründung: Das Modell Mitarbeitergesellschaft ist (von Ota Šik) für grosse Unternehmen bzw. Aktiengesellschaften entwickelt worden. Zentral für die MAG ist die Neutralisierung des Kapitals, die durch eine gesetzlich festgelegte Quote an den Betriebsgewinnen entsteht und der Belegschaft gutgeschrieben wird. Sobald das neutralisierte Kapital eine Mehrheitsposition erreicht, übernimmt die Hauptversammlung der Mitarbeitenden die Befugnisse der bisherigen Aktionärsversammlung und führt eine weitreichende Mitbestimmung am Arbeitsplatz ein. Der Gesetzgeber und damit auch die SP müssten sich entscheiden, ob die Demokratisierung über die (paritätische) Mitbestimmung oder über die (viel weitergehende) Mitarbeitergesellschaft erfolgen sollte; denn beide Modelle betreffen Unternehmen gleicher Grössenordnung.

A-107 Monika Simmler, JUSO Schweiz, III, 1, Punkt 4, Seite 16

Streichen und ersetzen: Dieses Ziel ... Belegschaft ergänzt ersetzt wird.

Begründung: Ziel ist nicht die Ergänzung der Wirtschaft durch sozialdemokratische „Module“, sondern die Transformation zu einem demokratischen Sozialismus.

A-108 Esther Burkhardt, SP Affoltern am Albis: Rückkommen (alt A-302), III, 3, Punkt 5

Umgang mit institutionellen Anlegern im Rahmen der Pensionskassen.

Streichen: „Es braucht eine gezielte Ausbildung der Stiftungsratsmitglieder und gesetzliche Verpflichtungen, damit solche Kapitalien nur in sozial verantwortungsvolle und ökologisch nachhaltige Unternehmen investiert werden.“

Ersetzen: „Die gesetzlichen Vorschriften zur Anlagepolitik der Vorsorgestiftungen sollen so verändert werden, dass deren Kapitalien der Börsenspekulation entzogen und nur in sozial verantwortungsvolle und ökologisch nachhaltige Unternehmen investiert werden.“

Verschieben: Die „gezielte Ausbildung der Stiftungsratsmitglieder...“ gehört ins Kapitel „Unser Weg“ und ist an geeigneter Stelle im Kapitel IV/1a unterzubringen.

Begründung: Wir sollten uns an dieser Stelle auf unsere Vision konzentrieren.

A-109 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, III, 1, point 5, page 16

Reformuler le début du paragraphe par : « *Le développement des assurances sociales a permis et permet toujours une sortie de la logique de marché au profit d'une solidarité démocratiquement instituée par les citoyen-ne-s. La création de l'assurance-vieillesse et survivants en est un excellent exemple. De nombreuses assurances, pourtant essentielles, sont encore soumises à une logique de marché qui pénalise les assuré-e-s dont notamment l'assurance-maladie ou le 3ème pilier. La prévoyance professionnelle constitue sans nul doute l'un des principaux défis de démocratisation.* Les caisses de pension gèrent des sommes énormes. Les employé-e-s... »

Motif : Il faut mieux expliquer le lien entre démocratisation de l'économie et l'ensemble des assurances sociales.

A-110 Monika Simmler, JUSO Schweiz, III, 1, Punkt 6, Seiten 16/17

Punkt 6 über die Demokratisierung transnational tätiger Unternehmen streichen.

Begründung: Das Ziel ist der demokratische Sozialismus, das heisst eine von Ausbeutung freie Wirtschaftsordnung. Auch im Sinne der Straffung zu streichen.

A-111 Germain Schaffner, PS Vaudois, III, 1, point 6, page 16

Ajouter au début du point 6 les éléments de la première version : « Nous voulons aussi démocratiser au-delà de nos frontières. A l'heure de la globalisation, le cadre international devient toujours plus important. Les situations initiales et champs d'action sont les mêmes : régulation étatique de certains marchés essentiels, établissement du service public au niveau transnational au lieu de privatisations transnationales, démocratisation des instances étatiques internationales dont la fonction est de piloter l'économie (OMC, FMI, Banque mondiale, OIT), participation au niveau des entreprises dans les groupes multinationaux, passage de groupes multinationaux de la propriété privée à la propriété collective, participation des travailleurs et des travailleuses au niveau des branches ainsi que renforcement du poids du Conseil économique et social des Nations unies. Les entreprises transnationales doivent être légalement tenues de formuler des objectifs sociaux ... »

Motif : La deuxième version du programme ne parle que de démocratiser les transnationales et omet de parler d'une démocratisation de l'économie sur le plan international. Nous proposer de compléter ce point 6 pour qu'il soit exhaustif et incluse les deux perspectives qui ne doivent pas s'exclure.

A-112 Monika Simmler, JUSO Schweiz, III, 1, Punkt 7, Seite 17

Punkt 7 streichen

Begründung: Konsumentinnen und Konsumenten sowie das öffentlichen Beschaffungswesen mögen zwar freiwillig die Ausbeutung minimieren, diese bleibt aber erhalten. Es ist deshalb ein reine voluntaristischer und nicht nachhaltiger Ansatz.

A-113 Romain Felli, PS Vaudois, III, 1, point 7, 1^{ère} ligne du paragraphe, page 17

Nous doutons que le terme « marchés publics » soit adéquat. Nous conseillons de le remplacer par le terme d' « achats publics ».

Motif : les marchés publics constituent une part limitées des achats publics.

A-114 Romain Felli, PS Vaudois, III, 1, point 7, rajouter après la dernière phrase, page 17

“Il est donc nécessaire d’instaurer une véritable souveraineté alimentaire, c’est-à-dire le droit d’une population, d’une région ou d’un pays à définir sa politique agricole et alimentaire, sans dumping de prix vis-à-vis de pays tiers”.

Motif: la démocratisation de l’économie passe aussi par le choix démocratique sur le mode de production de l’alimentation.

A-115 Romain Felli, PS Vaudois, III, 1, nouveau point 8, page 16

Remettre le point 6 de la première version du programme “Etatisation” : « Etatisation: le transfert de sociétés privées de capitaux en mains étatiques peut représenter une forme valable, voire nécessaire de démocratisation de l’économie. En Suisse, il existe des précédents historiques (p. ex. les chemins de fer) et cela reste une option d’avenir. La même remarque est valable pour la création de nouvelles entreprises publiques, qui ne constituerait pas non plus une innovation (cf. les entreprises électriques, les banques cantonales) »

Motif: il nous semble le comité directeur a oublié de remettre ce paragraphe dans la nouvelle version.

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

- **A-98: Ablehnen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung hegt für das Anliegen von **A-98** viel Sympathie, im Titel von „Visionen“ zu sprechen. In der Tat verfolgte sie mit dem zweiten Programmentwurf das Ziel, die Vision über den Wirtschaftsbereich hinaus auszuweiten. Sie fügte neu unsere Vision einer neuen Bodenordnung, einer neuen Gesellschaftsordnung, einer neuen Friedensordnung und der Nachhaltigkeit ein. Diese Visionen lassen sich nicht auf Wirtschaftsfragen reduzieren. Dennoch ersucht die Geschäftsleitung den Parteitag, **A-98** abzulehnen. Sie betrachtet es als wichtig, bereits im Titel eine klare Priorität festzulegen.

- **A-99: Modifiziert annehmen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung begrüsst diese Veranschaulichung, was wir uns unter Wirtschaftsdemokratie im Sinne einer konkreten, in der Gegenwart verankerten Systemveränderung vorstellen. Sie ist bereit, die Anregungen von **A-99** aufzugreifen, im Parteiprogramm die Rolle der Sozialversicherungen und eines gestärkten Service public und die Ausweitung der Rechte der Lohnabhängigen stärker zu betonen und aufzuzeigen, wie so die wirtschaftsdemokratisch kontrollierte Sphäre erweitert werden kann.

- **A-100: Ablehnen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung teilt die Auffassung von Monika Simmler nicht, dass es sich um nichtssagende Abschnitte handle. Vielmehr erklären und verdeutlichen sie, was wir

unter unserer Vision der Wirtschaftsdemokratie verstehen. Diese Vision muss mit Inhalt gefüllt werden, damit sich die Menschen dafür begeistern und politisch engagieren werden.

- **A-101: Modifiziert annehmen.**

Begründung: Bei diesem Antrag geht es um eine sehr grundsätzliche Frage. Heute bestimmt das Parlament über die Strategie und die Rahmenbedingungen der Betriebe im Bereich des Service public (Post, SBB, RUAG etc.). **A-101** verlangt nun, dass die gewählten VolksvertreterInnen in diesem Bereich zumindest teilweise entmachtet werden, weil die Demokratisierung der Wirtschaft sich auch auf die Betriebe des Service public bezieht und in diesen nicht allein die politisch Gewählten, sondern auch die dort Beschäftigten mitentscheiden sollen. Die Geschäftsleitung unterstützt selbstverständlich eine möglichst weit gehende Mitsprache und Mitbestimmung in den Betrieben des Service public. Auch teilt sie die in der Begründung vertretene Auffassung, dass in diesem Bereich heute grosse Defizite vorhanden sind, welche dringend geschlossen werden müssen. Die Geschäftsleitung möchte aber auch den Gedanken von **A-339** aufgreifen, dass in einer Wirtschaftsdemokratie neben der Belegschaft auch die öffentliche Hand und die KonsumentInnen in die tatsächliche Entscheidungsfindung eingebunden werden sollen. Auch teilt die Geschäftsleitung die Anregung von **A-339**, diese Forderung zur Demokratisierung des Service public nicht im Visionenkapitel zu klären, sondern ganz konkret im Service public-Kapitel in „Unser Weg“. Damit wird auch dem Anliegen von **A-101** Rechnung getragen.

- **A-102: Modifiziert annehmen.**

Begründung: Dieser Antrag betrifft nur die Übersetzung ins Französische. Die Geschäftsleitung schlägt vor, näher am Deutschen wie folgt zu übersetzen: „de la loi et de mandats ...“ (statt „de la loi ou de mandats ...“). Damit ist klargestellt, dass Leistungsaufträge keine selbständigen Instrumente bilden sollen. Vielmehr müssen ihnen immer ein parlamentarisch beschlossenes Gesetz vorausgehen.

- **A-103 und A-104: Annehmen.**

Begründung: Obschon diese Ergänzungen das Parteiprogramm ein weiteres Mal verlängert, geht die Geschäftsleitung mit dem Antragsteller einig, dass eine Konkretisierung und Veranschaulichung bei diesen auch von der SP während vielen Jahren vernachlässigten Themen sicher hilfreich ist.

- **A-105 bis A-107: Modifiziert annehmen.**

Begründung: Die Ziffer 4 über die Mitarbeitergesellschaften stiess in der ersten Antragsrunde bei einigen Sektionen auf erhebliche Skepsis (**alt-292 bis alt-296**). Nun stellt die Geschäftsleitung fest, dass sie die Ziffer wohl etwas allzu radikal zusammengestrichen hat. Sie schlägt vor, die Ziffer mit folgendem Zusatz zu konkretisieren: „Das gemeinschaftliche Kapital entsteht durch die Umwandlung von erwirtschafteten Gewinnanteilen in Aktienkapital. Dieses wird nicht in Form von Anteilscheinen den Mitarbeitenden ausgehändigt, sondern verbleibt im kollektiven Besitz der jeweiligen Belegschaft, die darüber demokratisch verfügt.“

- **A-108: Ablehnen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung stimmt **A-108** zu, dass sich in Ziffer 5 (wie in den Ziffern 1 bis 7) des Visionenkapitels Detailbemerkungen eingeschlichen haben, die unter Beachtung strenger formaler Vorgaben in Teil IV „Unser Weg“ verschoben werden müssten. Die Diskussionen und Aussprachen in den Sektionen in der ersten Antragsrunde zeigten aber auf, dass gerade im Visionenkapitel ein grosses Bedürfnis nach Konkretisierung und Veranschaulichung besteht. Dies zeigen auch die neuen Anträge **A-99, A-101 bis A-107** und

A-109 bis A-112 wieder auf. Die Geschäftsleitung will dieses Bedürfnis nach Verdeutlichung stärker gewichten als die streng formale Logik und empfiehlt deshalb, **A-108** abzulehnen.

- **A-109: Modifiziert annehmen.**

Begründung: **A-109** greift einen ähnlichen Gedanken auf, wie zuvor **A-99**, den die Geschäftsleitung ebenfalls zur modifizierten Annahme empfohlen hat. Es geht in beiden Anträgen darum, die Rolle der Sozialversicherungen im Prozess zur Demokratisierung der Wirtschaft zu verdeutlichen. Die Geschäftsleitung ist gerne bereit, diese Anregung auch im Rahmen von Ziffer 5 nochmals aufzugreifen und dort den Bezug der Wirtschaftsdemokratie zum Sozialversicherungssystem stärker als bisher zu betonen. **A-99** ist aber klar zu lang geraten. Es genügt, den ersten Satz und den sprachlich angepassten letzten Satz von **A-99** ins Parteiprogramm aufzunehmen.

Von **A-312** soll in Ziffer 5 zudem die Anregung integriert werden, dass den Sozialversicherungen und namentlich dem AHV-Fonds und den Pensionskassen die Möglichkeit eingeräumt werden soll, ihre Gelder einem Industriefonds anzuvertrauen, der für den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft und deren Demokratisierung sorgt.

- **A-110: Ablehnen.**

Begründung: Ziffer 6 führt aus, wie wir die Demokratisierung transnational tätiger Unternehmen vorantreiben möchten. Nach Einschätzung der Geschäftsleitung bildet gerade die Demokratisierung der Multis eine grundlegende Voraussetzung für die wirksame Demokratisierung der Wirtschaft. Den in Ziffer 6 geforderten Sozialzielen, Nachhaltigkeitsstrategien und Überwachung durch die Parlamente kommt auch im Rahmen der Wirtschaftsdemokratie allergrösste Bedeutung zu. Es gibt keine Wirtschaftsdemokratie ohne Sozialziele, Nachhaltigkeitsstrategien und parlamentarische Überwachung namentlich über grosse Unternehmen. Ziffer 6 macht deutlich, dass zur Demokratisierung der Multis ein breites, modernes Instrumentarium bereit steht. Dieses hat sich in den aktuellen weltweiten Auseinandersetzungen zwischen sozialen Bewegungen und den Multis bewährt. Die SP versteht sich als Teil dieser Auseinandersetzungen. Das Parteiprogramm muss klarstellen, auf welcher Seite wir stehen und wozu. Die Geschäftsleitung bittet deshalb darum, den Streichungsantrag **A-110** abzulehnen.

- **A-111: Annehmen.**

- **A-112: Ablehnen.**

Begründung: Mit **A-112** zum ersatzlosen Streichen von Ziffer 7 verfolgt Monika Simmler das gleiche Ziel wie vorne mit **A-23**. Monika geht davon aus, dass es genüge, die Wirtschaftsdemokratie allein angebotsseitig anzustreben. Sie will die Nachfragemacht der Staaten und der übrigen KonsumentInnen gänzlich ausser Acht lassen. Mit der Streichung von Ziffer 7 würde auch die Forderung nach Transparenz- und Rechenschaftspflichten dahinfallen. Die Geschäftsleitung kann dieser Argumentation nicht folgen. Sie verweist einerseits auf ihre Stellungnahme zu **A-23**. Ergänzend sei auf die Anti-Apartheid-Bewegung hingewiesen, welche ihre politische Durchsetzungskraft wesentlich gestützt auf Boykott-Forderungen erkämpft hat. Beim Ausspielen von Nachfragemacht geht es nicht allein um die direkte wirtschaftliche Wirkung. Vielmehr dienen Kampagnen wie jene des SAH und der SP „Keine Ausbeutung mit unseren Steuergeldern“ auch dazu, globale Themen lokal zu politisieren. Zudem sei an dieser Stelle wiederholt, dass die Demokratisierung der Wirtschaft als politischer Prozess zu verstehen und praktizieren ist. Er setzt im Hier und Heute an und kann schrittweise vorangetrieben werden. Die Geschäftsleitung bittet deshalb, **A-112** abzulehnen.

- **A-113: Annehmen.** Begründung: Dieser Antrag betrifft nur die Übersetzung ins Französische. Die Geschäftsleitung stimmt **A-113** zu, dass hier näher am Deutschen von « achats publics » gesprochen werden muss – Danke für die sorgfältige Durchsicht!

- **A-114: Ordnungsantrag: Diskussion im Zusammenhang mit der Landwirtschaftspolitik führen und zu entscheiden.**

Begründung: Die Geschäftsleitung schlägt vor, die Diskussion über die Einfügung oder den Verzicht auf den Begriff der „Ernährungssouveränität“ im Rahmen der Diskussion über die Landwirtschaftspolitik im Kapitel IV, 5, a, Ziffer 7 zu führen und zu entscheiden. Dort liegt eine Reihe von Anträgen mit gleicher Stossrichtung vor (**A-327 bis A-331**). Je nach Ausgang wird selbstverständlich auch hier die beantragte Änderung durchgeführt.

- **A-115: Modifiziert annehmen.**

Begründung: Mit **A-115** wird Rückkommen auf die angenommenen und abbeschriebenen Anträge **alt-A-308 bis alt-A-313** gefordert. Einige wollten die Verstaatlichungsforderung zumindest aus dem Visionenkapitel und andere überhaupt aus dem Parteiprogramm entfernen. Die Geschäftsleitung entschloss sich, die Frage, welche Güter und Dienstleistungen der Staat selber bereitstellen soll, im Kapitel über den Service public (IV, 5, c) zu diskutieren. Nun ist „Verstaatlichung“ nicht einfach mit „Service public“ gleichzusetzen, weshalb die Geschäftsleitung bereit ist, diese Frage auch im Visionenkapitel nochmals aufzugreifen. Sie schlägt folgende neue Ziffer vor:

„8. Die Überführung von privaten Kapitalgesellschaften in staatliches Eigentum ist in bestimmten Bereichen eine taugliche, allenfalls notwendige Form von Wirtschaftsdemokratie. Sie ist auch in der Schweiz nicht ohne historische Vorbilder (z. B. Eisenbahnen) und bleibt eine Option für die Zukunft (z.B. Krankenkassen). Staatsbetriebe tragen dann zur Wirtschaftsdemokratie bei, wenn sie konkret zum sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft beitragen, umfassend Rechenschaft ablegen, Transparenzpflichten beachten und zusätzlich zu Regierung und Parlament auch den Beschäftigten, der Öffentlichkeit und den KonsumentInnen angemessene Mitwirkungsrechte einräumen.“

« 8. Le transfert de sociétés privées de capitaux en mains étatiques peut représenter une forme valable, voire nécessaire de démocratisation de l'économie. En Suisse, il existe des précédents historiques (p. ex. les chemins de fer) et cela reste une option d'avenir (p. ex. des caisses-maladie). Les entreprises étatiques contribuent à la démocratisation de l'économie lorsqu'elles favorisent concrètement la transformation sociale et écologique de l'économie, présentent des résultats détaillés, respectent leurs obligations de transparence et octroient des droits de participation appropriés non seulement au gouvernement et au Parlement, mais aussi aux salarié-e-s, à l'opinion publique ainsi qu'aux consommatrices et consommateurs. »

Anträge zu „2. Eine neue Eigentumsordnung und ein neues Bodenrecht“

A-116 Esther Burkhardt, SP Affoltern am Albis, III, 2, Absatz 1, Seite 17

Der erste Abschnitt „Kern...Verfügungsrechten“ schildert eine „unterschiedlich ausgestaltete Eigentumsordnung“, in die so viele Ansprüche hinein gepackt werden, dass sie überhaupt nicht mehr greifbar ist. Der Abschnitt ist schwer verständlich und *sollte so besser ganz weg gelassen werden*.

Griffig ist hingegen der Passus über „ein neues Bodenrecht“. Der Abschnitt könnte so neu schlicht heissen: *2. Ein neues Bodenrecht*.

A-117 Willy Spieler, SP Zürich 2, III, 2

Die hier erwähnten Eigentumsformen sind zu definieren, die KMU innerhalb der Wirtschaftsdemokratie neu zu positionieren.

Begründung: Wie kann ein Programm von Wirtschaftsdemokratie sprechen und ausser Acht lassen, dass die Betriebe und Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten in der schweizerischen Privatwirtschaft zu 99,7 % KMU sind? Die kurze Erwähnung in einem späteren Kapitel (S. 44) genügt ebenso wenig wie die undefinierte Aufzählung einer „Eigentumsordnung mit persönlichen, privaten, öffentlichen, unternehmensrechtlichen und genossenschaftlichen Nutzungs- und Verfügungsrechten“ (S. 17). Es geht bei den KMU um eine besondere Art des Produktionsmitteleigentums, vor allem wenn der Unternehmer oder die Unternehmerin mit dem eigenen Vermögen persönlich und unbeschränkt haftet und erst noch einen Arbeitseinsatz leistet. Es geht allenfalls auch um die Frage, ob und wie Genossenschaften im KMU-Bereich als Alternativen gefördert werden sollen.

A-118 Monika Simmler, JUSO Schweiz, III, 2, Absatz 1,3. Satz, Seite 17

~~Streichen: Die Sozialdemokratie will das Eigentum nicht abschaffen, sondern in Schrankenweisen.~~

Begründung: Die SP Schweiz muss sich nicht gegen den Vorwurf der „Abschaffung des Eigentums“ wehren. Dieser Vorwurf beruht auf bürgerlichen Vorurteilen. Die Sozialdemokratie will lediglich das private Eigentum an den Produktionsmitteln kollektivieren.

A-119 Jacqueline Badran, SP Zürich 7 und 8 III, 2, Seite 17, Abschnitt zum Bodenrecht

Antrag auf Umformulierung des Kapitels zum Bodenrecht und weiterer Passagen zum selben Thema gemäss folgenden Gesichtspunkten:

Stringentere Argumentation; Entflechtung von angebots- und nachfrageorientierten Massnahmen; Entflechtung von raumplanerischen und fiskalischen oder sonstigen Massnahmen. Ergänzung um die Abschöpfung von Planungsmehrwerten und den Erhalt, bzw. die Verschärfung der Lex Koller.

A-120 Monika Simmler, JUSO Schweiz, III, 2, Absatz 2, Seite 17

Absatz 2 streichen: Wir wollen bereitgestellt werden.

Begründung: Nichtssagender Passus. Im Sinne der Straffung streichen.

Stellungnahmen der Geschäftsleitung.**• A-116: Ablehnen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung stimmt der Antragstellerin zu, dass Sätze wie „Eigentum darf nicht allein ein Recht sein, sondern auch eine Pflicht“ ziemlich allgemein und nicht sehr anschaulich sind. Dennoch möchte die Geschäftsleitung an diesem wichtigen ersten Abschnitt festhalten. Der erste Satz lautet: „Kern der Demokratisierung der Wirtschaft bildet die Demokratisierung der Eigentumsordnung.“ Diese Feststellung ist sehr wichtig. Ohne Aussagen über die Zielrichtung der von uns angestrebten neuen Eigentumsordnung würde in unserer wirtschaftsdemokratischen Vision ein sehr wesentliches Element fehlen. Die Konkretisierung muss dann der Umsetzung des Parteiprogramms überlassen bleiben.

- **A-117: Modifiziert annehmen.**

Begründung: **A-117** schlägt in seiner Begründung eine Ergänzung vor, die mit Annahme von **A-103** erfüllt wird. Willy Spieler hat dort formuliert, welche Instrumente er vorschlägt, damit im KMU-Bereich gezielt Genossenschaften als Alternative gefördert werden können. Die Geschäftsleitung hat sich bereit erklärt, im Kapitel über die Wirtschaftsdemokratie wie angeregt die Idee einzufügen, es sei ein staatlicher KMU-Fonds einzurichten. Auch werden damit im Parteiprogramm dessen Ziele und Aktionsformen vorgestellt. Ferner empfiehlt die Geschäftsleitung auch **A-322** zur Annahme, der in „Unser Weg“ die Rolle der KMU im Umbau zu einer sozial-ökologischen Wirtschaftsdemokratie betont und näher ausführt. Damit betrachtet die Geschäftsleitung eine wichtige Anregung von **A-117** als erfüllt.

A-117 schlägt zusätzlich vor, unsere Vision einer neuen Eigentumsordnung noch detaillierter vorzustellen. Das wäre durchaus möglich. In der Tat lag der Geschäftsleitung zunächst ein viel ausführlicheres Kapitel über eine neue Eigentumsordnung vor. Dennoch entschied sich die Geschäftsleitung aus folgenden drei Gründen dafür, all diese Präzisierungen wieder aus dem Programmentwurf zu streichen: Erstens sind Erörterungen über das Eigentumsrecht zwangsläufig ziemlich abstrakt. Aus den Diskussionen aus den Sektionen weiss die Geschäftsleitung, dass diese meist nicht ein Parteiprogramm für linksintellektuelle Fachleute erwarten, sondern ein für alle leicht lesbarer Text. Zweitens war es für die Geschäftsleitung wichtig, dass in Teil III unsere Vision der Wirtschaftsdemokratie im Zentrum steht. Der Abschnitt über eine neue Eigentumsordnung sollte auch vom Umfang her nicht auf gleicher Stufe stehen, sondern lediglich unsere Vision der Wirtschaftsdemokratie verdeutlichen. Drittens markiert ein Parteiprogramm nicht das Ende einer Debatte, sondern deren Beginn. Es braucht nicht alles bereits im Parteiprogramm selbst ausgeführt zu werden.

- **A-118: Ablehnen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung möchte an der Feststellung festhalten, dass wir das Eigentum nicht abschaffen, sondern in Schranken weisen wollen. So messen wir etwa den KMU auch dann eine wichtige Rolle im sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft zu, wenn sich deren Produktionsmittel im privaten Eigentum befinden. Die Geschäftsleitung ersucht deshalb darum, **A-118** abzulehnen.

- **A-119 und A-120: Ablehnen.**

Begründung: Die Wahrnehmung des Absatzes über das Bodenrecht geht offenbar weit auseinander. In der Begründung zu **A-116** wird dieser als „griffig“ bezeichnet, der unverändert beibehalten werden soll. **A-119** bezeichnet ihn als zu wenig stringent und **A-120** gar als „nichtssagend“. Angesichts der Beobachtung, dass zum Bodenrecht sonst keine Anträge gestellt wurden, geht die Geschäftsleitung eher davon aus, dass der Absatz unverändert verabschiedet werden kann. Die Geschäftsleitung erinnert auch daran, dass in der ersten Antragsrunde zahlreiche Anträge einen Absatz über das Bodenrecht gefordert hatten (**alt-A-226, alt-A-228, alt-A-264, alt-A-341 bis alt-A-357** sowie **alt-A-949 und alt-A-950**). Die Geschäftsleitung bittet deshalb darum, **A-119 und A-120** abzulehnen.

Anträge zu „3. Eine alle einschliessende Gesellschaftsordnung“

A-121 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, III, titre, page 18

Modifier le titre en « une société qui ne laisse personne de côté »

Motif : le terme « société » nous paraît mieux convenir que « ordre social ».

A-122 Romain Felli, PS Vaudois, III,3, Antépénultième phrase, page 18

Rajouter “... aux besoins de toutes et tous, c’est-à-dire d’abord de celles et ceux qui sont aujourd’hui dominés en raison de leur sexe, race ou classe (femmes, migrants, travailleurs, minorités sexuelles, etc.)”

Motif: la formulation actuelle de ce paragraphe reste un peu vague. Il s’agit de préciser en particulier qui est aujourd’hui “laissé de côté”.

A-123 Monika Simmler, JUSO Schweiz, III, 3, Absatz 1, Seite 18

Streichen: „Die Vision der Sozialdemokratie besteht in einer sozial alle einschliessenden, «inklusive» Gesellschaftsordnung. Wir lehnen jede Form einer ausschliessenden, «exklusiven» Gesellschaftsordnung ab – unabhängig davon, ob der Ausschluss auf Vorrechten oder Benachteiligungen beruht.“

Ersetzen: *Die Vision der Sozialdemokratie besteht in einer demokratischen, sozialen und solidarischen Gesellschaftsordnung. Eine Gesellschaftsordnung, welche die Freiheit jedes einzelnen zulässt und fördert. Wir lehnen jede Form einer ausschliessenden Gesellschaftsordnung ab – unabhängig davon, ob der Ausschluss auf Vorrechten oder Benachteiligungen beruht.*

Neuer Titel: Eine solidarische Gesellschaftsordnung (Seite 18, Zeile 1)

Begründung: Ein Grundwert der Sozialdemokratie ist die Solidarität. Dies muss auch klar so gesagt werden, auf komplizierte Erklärungen mit neuen Wortschöpfungen kann verzichtet werden.

A-124 Esther Burkhardt, SP Affoltern am Albis, III, 3, 3. neue Gesellschaftsordnung

Die Postulate dieses Abschnittes kommen im Programm in besser verständlicher Sprache und an geeigneteren Stellen vor, wo über Integration von Behinderten, Ausländern, Jugendlichen usw. konkret die Rede ist. *Dieser Abschnitt ist reiner Fachjargon und soll ersatzlos gestrichen werden.*

Stellungnahme der Geschäftsleitung

- **A-121: Annehmen.**

Begründung: Dieser Antrag betrifft nur die Übersetzung ins Französische. Der vorgeschlagene Begriff « société » ist in der Tat besser als « ordre social ».

- **A-122: Annehmen.**

- **A-123: Modifiziert annehmen.**

Begründung: Es ist tatsächlich so, dass der Titel „*Eine solidarische Gesellschaftsordnung*“ besser formuliert, was wir wollen. Die Geschäftsleitung stimmt diesem neuen Titel deshalb gerne zu. Im Text selber schlägt die Geschäftsleitung aber vor, die von **A-123** vorgeschlagenen Formulierungen mit jenen des Programmtextes zu kombinieren, damit der in ganz Europa von der Sozialdemokratie verwendete neue Begriff der sozial alle einschliessenden, «inklusive» Gesellschaftsordnung („inclusive society“) erhalten bleibt. Dieser Begriff beginnt sich auch im deutschsprachigen Raum durchzusetzen. So entstand vor zwei Jahren in Deutschland eine „Europäische Akademie für Inklusion“ und haben sich in der Schweiz u.a. Behinderte und namentlich Gehörlose stark mit dem Unterschied zwischen Integration und Inklusion auseinandergesetzt. In der Einleitung sollen damit der 2.+3. Satz ersetzt werden mit: „*Die Vision der Sozialdemokratie besteht in einer demokratischen, sozialen und*

solidarischen Gesellschaftsordnung. Wir wollen eine sozial alle einschliessende, «inklusive» Gesellschaftsordnung, welche die Freiheit jedes einzelnen zulässt und fördert. Wir lehnen jede Form einer ausschliessenden Gesellschaftsordnung ab – unabhängig davon, ob der Ausschluss auf Vorrechten oder Benachteiligungen beruht.“

- **A-124: Ablehnen.**

A-124 will das kurze Kapitel über unsere Vision einer neuen Gesellschaftsordnung ganz aus dem Parteiprogramm streichen, weil es überflüssig und unverständlich sei. Die Geschäftsleitung hofft, mit Annahme von **A-123** eine anschaulichere, bessere Formulierung gefunden zu haben, und ersucht darum, **A-124** abzulehnen. Dies auch, weil in der ersten Antragsrunde zahlreiche Anträge wünschten, dass sich unsere Vision nicht allein auf Wirtschaftsfragen beschränkt. Vielmehr solle auch die gesellschaftspolitische Dimension einer sozial-ökologischen Wirtschaftsdemokratie angesprochen werden (**alt-A-50, alt-A-146, alt-A-153 bis alt-A-155, alt-A-222, alt-A-229, alt-A-233** sowie **alt-A-952 und alt-A-953**).

Anträge zu „4. Eine gerechte und friedliche Weltordnung“

A-125 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, III, titre, page 18

Modifier le titre en « Un monde juste et pacifique »

Motif : il s'agit d'une simplification du titre qui par ailleurs passerait mieux en français.

A-126 Renatus Beck, SP Bümpliz/Bethlehe, III, 4, Absatz 1, 2. Satz, Seite 18,

Wir schlagen vor diesen Satz „*In unserer globalisierten Welt werfen Handelswaren ...*“ verständlicher formulieren, beispielsweise durch Trennung in zwei (Haupt-)Sätze.

Begründung: Dieser Satz will gleichzeitig vier verschiedene Aspekte abdecken und ist schwer lesbar. Wir wollen doch, dass dieses Programm gelesen und verstanden wird!

A-127 Monika Simmler, JUSO Schweiz, III, 4, Absatz 2, Seite 18,

Absatz 2 streichen: Die weltweite entzogen werden.

Begründung: Das Ziel ist der demokratische Sozialismus, das heisst ein von Ausbeutung freie Wirtschaftsordnung. Auch im Sinne der Straffung zu streichen.

A-128 Monika Simmler, JUSO Schweiz, III, 4, Absatz 2, Seite 19,

Streichen: „Unsere Vision ist, die nationalen Armeen durch ein Schutzsystem der Völkergemeinschaft zu ersetzen. Wir wissen, dass wir davon noch weit entfernt sind, auch wenn sich die Anzahl Kriege und Kriegstote in den letzten zwanzig Jahren dank immer zahlreicheren UNO-Blauhelmissionen stark vermindert hat.“

Ersetzen: „*Unsere Vision ist, die Abschaffung aller Armeen und die Verhinderung aller bewaffneter Konflikte. An ihre Stelle tritt eine völkerübergreifende Friedensallianz. Wir wissen, dass wir davon noch weit entfernt sind. Zwar hat sich die Anzahl konventioneller Kriege den letzten zwanzig Jahren dank immer zahlreicheren UNO-Blauhelmissionen stark vermindert, bewaffnete Konflikte und deren Tote nehmen aber zu und sind nach wie vor eine traurige Realität.*“

Begründung: Aus Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen wir für eine Welt ohne Gewalt und ohne bewaffnete Truppen. Die Aussage, dass die Anzahl Kriege abgenommen habe, täuscht darüber hinweg, dass die Anzahl bewaffneter Konflikte zunimmt.

A-129 Romain Felli, PS Vaudois, III,4, dernier paragraphe, première phrase, page 19

Reformulation: "Pour le socialisme, la satisfaction des besoins sociaux, dans le respect de l'écologie, détermine le type de politique économique qu'il convient de mener."

Motif: les trois éléments mentionnés ne se valent pas. Nous plaçons le social et l'écologique, c'est-à-dire l'humain, avant l'économique.

Stellungnahme der Geschäftsleitung

• **A-125: Annehmen.**

Begründung: Dieser Antrag betrifft nur die Übersetzung ins Französische. Die Geschäftsleitung schlägt Annahme von **A-125** vor. Die hier angeregte Formulierung ist zwar nicht in wörtlicher Hinsicht, aber sinngemäss näher am Deutschen als jene im Programmtext.

• **A-126: Annehmen.**

Begründung: Dieser Antrag schlägt eine einfachere Formulierung vor, was die Geschäftsleitung gerne umsetzt.

• **A-127: Ablehnen.**

Begründung: **A-127** will den Absatz über die Achtung der kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Menschenrechte und über die weltweite Durchsetzung fairer und ökologischer Arbeitsbedingungen ersatzlos streichen. Für die Geschäftsleitung ist es unverzichtbar, unter dem Titel „Für eine gerechte und friedliche Weltordnung“ auf diese zwei zentralen Dimensionen einer gerechten Weltpolitik einzugehen und bittet, **A-127** abzulehnen.

• **A-128: Modifiziert annehmen.**

Begründung: **A-128** schlägt eine wichtige Präzisierung vor. Der Begriff „Anzahl Kriege“ ist missverständlich, weil „Krieg“ ein völkerrechtlich definierter Begriff ist und heute bei weitem nicht mehr alle bewaffnete Konflikte als „Krieg“ im völkerrechtlichen Sinne gelten. Die Geschäftsleitung ist deshalb gerne bereit, im Programmtext den Begriff „Krieg“ durch den tatsächlich gemeinten und deshalb präziseren Begriff „*bewaffnete Konflikte*“ zu ersetzen.

Im Übrigen hält die Geschäftsleitung an der Formulierung im Programmtext fest, die sie für zutreffender hält. Der Programmtext macht deutlich, dass wir ein Schutzsystem der Völkergemeinschaft für notwendig halten, um die Menschen vor Gewalt und Krieg zu schützen. Das sieht **A-128** offenbar anders, ist hier doch von diesem Schutzsystem nicht mehr die Rede. In Bezug auf die Vision, sämtliche nationalen Armeen abzuschaffen, gibt es keine Differenz. Das steht so auch im Programmtext. Dieser betont aber stärker als **A-128** die Herausforderung, dass in der heutigen Welt bewaffnete Gewalt immer häufiger von nichtstaatlichen Akteuren (Söldnerarmeen, private Militärfirmen, Warlords, Piraten usw.) ausgeht. Viele von diesen betreiben Krieg sozusagen als lukrative Form der Existenzsicherung. Gegen solche Formen der bewaffneten Gewalt braucht es ein wirksames Schutzsystem der Völkergemeinschaft. Im Übrigen trifft die Aussage von **A-128** nicht zu, allein die Anzahl konventioneller Kriege sei rückläufig. Auch die Anzahl bewaffneter Konflikte und die Anzahl Opfer solcher hoch intensiver Konflikte ist in den letzten rund 20 Jahren dank der UNO und ihren friedenserhaltenden Einsätzen stark rückläufig, wie etwa der jährlich erscheinende Bericht über die Menschliche Sicherheit deutlich macht.

- **A-129: Annehmen.**

Anträge zu „5. Nachhaltige Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen“

A-130 Monika Simmler, JUSO Schweiz, III, 5, Absatz 1, letzter Satz, Seite 19,

Streichen: „Gleichzeitig ist Umweltpolitik nur erfolgreich, wenn sie auch dazu beiträgt, die sozialen Unterschiede zu verringern.“

Begründung: Das Ziel ist der demokratische Sozialismus, das heisst ein von Ausbeutung freie Wirtschaftsordnung. Auch im Sinne der Straffung zu streichen.

A-131 Monika Simmler, JUSO Schweiz, III, 5, Absatz 2, Seite 19,

Absatz streichen: „Die Sozialdemokratie will Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik und Sozialpolitik als Ganzheit gestalten. Der Kampf für eine intakte Umwelt, für Ressourcengerechtigkeit und für soziale Gerechtigkeit steht nicht im Gegensatz zu Wirtschaftswachstum und mehr Lebensqualität. Die Umstellung auf erneuerbare Energien und eine effiziente, nachhaltige Nutzung der Ressourcen erfordert kein Verzicht auf ein besseres Leben. Vielmehr schafft der sozial-ökologische Umbau unseres Produktionssystems die ökonomische Grundlage für mehr und bessere Arbeitsplätze und für ein sowohl quantitatives als auch qualitatives Wirtschaftswachstum. Dies bedeutet mehr Wohlstand, mehr Lebensqualität und bessere Perspektiven für alle.“

Begründung: Dieser Passus ist nichtssagend. Im Sinne der Straffung des Programms ist dieser Teil zu streichen.

A-132 Romain Felli, PS Vaudois, III,5, dernier paragraphe, bas de la p. 19, haut de la p. 20

Reformuler dès la deuxième phrase comme suit : « Le combat pour un environnement sain, pour un accès juste aux ressources et pour la justice sociale n'est nullement contradictoire avec l'amélioration de la qualité de la vie, et en est même la condition. Le passage aux énergies renouvelables, une utilisation efficiente et durable des ressources, et une transformation du système de production n'impliquent pas que l'on renonce à vivre mieux. Au contraire, la transformation sociale et écologique de notre système économique permettra la création d'emplois de meilleure qualité et une meilleure satisfaction des besoins humains à l'échelle de la planète. Cela signifie davantage de bien-être, davantage de qualité de vie et de meilleures perspectives pour toutes et tous. »

Motif: nous ne cherchons pas la croissance capitaliste pour la croissance, mais nous voulons améliorer la satisfaction des besoins humains. Pour cela nous proposons une transformation sociale et écologique de l'économie.

A-133 Romain Felli, PS Vaudois, III,5, dernier paragraphe, page 20

Reformuler les deux dernières phrase comme suit : « La réduction du temps de travail, ainsi qu'une utilisation plus efficiente des ressources, doit servir à réduire radicalement la consommation de ressources, au lieu de l'augmenter sans cesse. Le but est le juste partage des ressources à l'échelle de la planète, permettant la satisfaction des besoins humains dans un environnement sain. »

Motif: la réduction de la consommation des ressources ne peut pas passer uniquement par des développements technologiques, mais doit mettre en œuvre une autre conception de la production qui passe par la réduction du temps de travail.

A-134 (= alt-A-329) : SP Thun und SP Blumenstein, III, 4, Wirtschaftswachstum in Frage stellen

Das Kapitel ist sehr richtig. Aber es wird das Wirtschaftswachstum als selbstverständlich vorausgesetzt. Da die Ressourcen begrenzt sind, muss das Wirtschaftswachstum selber infrage gestellt werden.

A-135 (= alt-A-330) : SP International, III, 4, 2. Absatz

Die Vision einer Gesellschaftsordnung, die den Kapitalismus überwindet, schliesst neben dem Aufbau der Wirtschaftsdemokratie die ~~vollständige~~ Abkoppelung der ~~Wirtschaftswachstums~~ **Wirtschaftsentwicklung** vom Ressourcenverbrauch mit ein.

A-136 (= alt-A-331) : PS Vaud: III. *Notre vision, chapitre 4, premier paragraphe*

Remplacer “Les valeurs économiques reposent” par “La richesse sociale repose”.

Motif : Les valeurs économiques n’intègrent justement pas tout le travail humain (par exemple le travail domestique non payé n’a pas de valeur économique) ni les richesses provenant de la nature (les écologistes de droite expliquent d’ailleurs que la pollution vient du fait que la nature n’a pas de prix et que l’on peut donc “externaliser” sur elles les dommages). La notion de richesse sociale rend compte de la richesse au-delà des valeurs économiques mesurées par les prix.

A-137 (= alt-A-332): PS Vaud: III. *Notre vision, chapitre 4, troisième paragraphe*

Remplacer les deux dernières phrases (de “ce n’est pas une question...” à “... moins de ressources”) par le texte suivant:

Le système capitaliste organise l’économie autour de la recherche incessante de profit, sans souci des conséquences sociales ou écologiques. Une économie démocratisée et socialisée *pourra affecter* les gains de productivité à la réduction du temps de travail et à la réduction de l’utilisation de ressources naturelles. Une telle transformation ne pourra se faire que contre les intérêts capitalistes. Elle est nécessaire pour assurer à toutes et tous un accès égal au bien commun qu’est la nature, à la fois à l’échelle nationale et internationale.

Motif : contrairement à ce que dit le texte actuel le problème du découplage n’est pas juste une question de volonté (ou de prise de conscience) mais se heurte à des intérêts matériels très puissants.

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

- **Anträge A-130 und A-131: Ablehnen.**
- **Anträge A-132 und A-133: Modifiziert annehmen.**
- **Anträge A-134 bis A-137 (= alt-A-329 bis alt-A-332): Ablehnen.**

Begründung: Die radikalen Kürzungsvorschläge von **A-130 und A-131** werden zur Ablehnung empfohlen. Umweltpolitik kann nur dann erfolgreich, wenn sie nicht auf dem Buckel

der Schwachen ausgetragen wird. Es ist deshalb zentral, im Parteiprogramm den Zusammenhang von Umweltpolitik und Sozial- und Wirtschaftspolitik aufzuzeigen.

A-132 und A-133 kann die Geschäftsleitung insgesamt zustimmen. Es geht darum, das schon Vorhandene besser zu formulieren. Sie nimmt die Anträge deshalb gerne im Sinne einer Anregung für die Schlussredaktion entgegen.

A-134 und A-135 (= alt-A-329 und alt-A-330) lehnen Wirtschaftswachstum ab, während die Geschäftsleitung im Gegenteil die gesellschaftlich nützliche Erwerbsarbeit ausweiten will; der ökosoziale Umbau der Wirtschaft und die Neuverteilung der Pflege- und Betreuungsarbeit schafft nicht weniger, sondern mehr Wachstum und Arbeit. **A-136 (= alt-A-331)** lehnt den Begriff der wirtschaftlichen Wertschöpfung ab, während das Parteiprogramm diesen mit sozialdemokratischen Inhalten besetzen will. **A-137 (= alt-A-332)** stellt die politische Gestaltbarkeit der Wirtschaft in Frage, während es uns gerade darum geht, diese durchzusetzen.

Antrag für neues, 6. Kapitel

A-138 Monika Simmler, JUSO Schweiz, III, Neuer Punkt, Seite 20,

6. Der Welthunger als Herausforderung unserer Zeit

Einfügen neuer Punkt: Wir sind heute knapp 7 Mia. Menschen auf der Erde und es gäbe genügend Lebensmittel, um 12 Mia. Menschen ohne Probleme zu ernähren. Trotzdem sterben täglich 100'000 Menschen an Hunger oder an seinen unmittelbaren Folgen. Dies zeigt deutlich, dass Hunger eine Folge der ungerechten Verteilung der Nahrungsmittel und damit eine Folge von sozialer Ungleichheit ist. Das strukturelle Macht-Ungleichgewicht wird jedoch nicht verkleinert, stattdessen setzen internationale Agrarforschung und Entwicklungsagenturen wie die Weltbank immer mehr auf rein technologische Ansätze, um mehr Nahrung zu produzieren.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aber wollen das Macht-Ungleichgewicht, die ungerechte Verteilung der Ressourcen und die ausbeuterischen Verhältnisse der heutigen Globalisierung beseitigen. Erst wenn wir eine wirkliche Verteilungsgerechtigkeit erreicht haben, lässt sich auch das Problem des Welthungers lösen.

Begründung: Hunger ist eine DER Herausforderungen unserer Zeit. Diese Thematik verdient aus unserer Sicht deshalb einen eigenen Teil.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-138: Modifiziert annehmen.

Begründung: Selbstverständlich kann die Geschäftsleitung den meisten Aussagen von **A-138** ohne weiteres zustimmen. Von den 12 vorgeschlagenen Zeilen konzentrieren sich aber 8 Zeilen auf eine Beschreibung des heutigen Hungerskandals. Das gehört nicht, wie von **A-138** beantragt, ins Visionen- sondern ins Analysekapitel. Im Analysekapitel I, 5 über die „Hinterlassenschaft der kapitalistischen Weltordnung“ soll der Punkt über den Skandal des Hungers im Sinne von **A-138** ergänzt werden. Die letzten vier Zeilen skizzieren, was wir von einer gerechten Weltordnung erwarten. Diese Gedanken können im Visionenkapitel III, 4 über eine gerechte Weltordnung sowie in „Unser Weg“ im Kapitel IV, 4, b über unsere konkreten entwicklungspolitischen Forderungen angemessen berücksichtigt werden.

Anträge zu "IV. Unser Weg"

A-139 (= alt-A-364) : SP Ittigen, IV, Titel

Titel ersetzen durch „Schritte auf dem Weg zum Ziel“! Unser „Weg“ ist doch die Wirtschaftsdemokratie!!

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-139 (= alt-A-364): Ablehnen.

Begründung: Der SP Ittigen ist zuzustimmen, dass die Wirtschaftsdemokratie mehr ist als eine in weiter Ferne liegende Vision. Auch die Geschäftsleitung betrachtet die Wirtschaftsdemokratie zudem gleichzeitig als ein Ziel und als ein Mittel zu diesem Ziel. Dennoch findet die Geschäftsleitung den vorgeschlagenen Titel als allzu schwerfällig und bittet deshalb darum, **A-139** abzulehnen.

"1. Mit Sozialpolitik unsere Lebensqualität verbessern"

Anträge zu "a. Den Sozialstaat um die vorsorgende Sozialpolitik ergänzen"

A-140 Romain Felli, PS Vaudois, IV, 1, a, p. 21, 1^{er} paragraphe, dès la 5^{ème} ligne

Reformuler de la manière suivante :

a) Ajouter : « Quand, *sous l'impulsion de la quête de profit*, les formes de travail ... »

b) Ajouter : « ... et souvent plus précaires, quand les mutations sociales s'accroissent *au détriment des salariés*, la ... »

c) Biffer : « ... les changements. ~~La peur du crash est paralysante. Seuls celles et ceux qui bénéficient de cette sécurité pourront prendre des risques. Seuls celles et ceux qui ont des opportunités pourront aussi les saisir.~~ Pour renouveler ... »

Motif: le PS ne doit pas préconiser une flexibilisation des conditions de travail et un modèle compétitif de vie sociale.

A-141 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, IV, 1, a, p. 21, 3^{er} paragraphe

Biffer « et gravir les échelons » / Streichen : « und den sozialen Aufstieg in Angriff zu nehmen ».

Motif : cette logique concurrentielle est inappropriée ; elle suppose que certains restent en bas...

A-142 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 1, a

Streichen: Gesamte Einleitung zu Kapitel IV, 1, a zum vorsorgenden Sozialstaat, d.h. von „Der Sozialstaat des 21. Jahrhunderts...“ bis „...deutlich von 15.9 auf 23 Prozent an.“

Ersetzen durch: **Den Sozialstaat neu denken: Solidarität schaffen – die Menschen befreien – den Markt zurückdrängen**

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten streben wir eine Gesellschaft an, in der alle Menschen vom gemeinsam geschaffenen Wohlstand profitieren: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ lautet das Credo. Dieses Recht steht den Menschen schon alleine durch ihre Existenz zu. Eine Person, die nicht oder nur beschränkt in der Lage ist, sich an der Schaffung dieses Wohlstandes zu beteiligen, soll trotzdem vollumfänglich Teil der Gesellschaft sein.

Wir wollen keine alleinstehende Mutter, die ihre Kinder in Armut grossziehen muss. Wir wollen keinen Bauarbeiter, der nach einem Unfall in die Erwerbslosigkeit und somit an den Rand der Gesellschaft gedrängt wird. Wir wollen keine alten Menschen, die nach einem langen Erwerbsleben nur schwer über die Runden kommen.

Der Sozialstaat befreit die Menschen von Bevormundung. Sie sind nicht mehr auf die Gnade von ArbeitgeberInnen, Kirche, Familie oder Wohlfahrtsinstitutionen angewiesen, wenn sie nicht mehr im gewohnten Rahmen ihrer Arbeit nachgehen können. Das stärkt die Menschen als Individuen. Das stärkt sie aber auch in ihrer Möglichkeit zur gemeinschaftlichen Organisation. ArbeiterInnen können beispielsweise weniger stark von ihren ChefInnen unter Druck gesetzt werden. Es besteht ein soziales Auffangnetz.

Die SP rechnet sich den Aufbau des schweizerischen Sozialstaates in der Nachkriegszeit als ihre grösste historische Leistung an. Sie ist gewillt, die Leistungen der Sozialwerke zu erhalten und – wo nötig – entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklung aus- und umzubauen, weil sie weiss, dass die Menschen nur dann wirklich frei sind und nur dann ihre Fähigkeiten und Neigungen ausleben können, wenn ihnen soziale Sicherheit garantiert ist. Seit Beginn des Aufstiegs des Neoliberalismus Anfang der 80er-Jahre häufen sich diese Angriffe und werden intensiver. Hauptschlagworte sind dabei die „demografische Entwicklung“ und die anscheinend prekären Staatsfinanzen, sowie der „Standortwettbewerb“. Alle drei Kampfbegriffe sind vor allem Chimären.

Die Alterung der Bevölkerung ist grundsätzlich begrüssenswert. Sie ist Ausdruck von steigendem Wohlstand. Von rechts wird versucht, den Menschen einzureden, dieser Wohlstandsgewinn sei ein Problem, weil wir uns die längeren Renten bald nicht mehr leisten könnten. Dieses Argument vernachlässigt gleich mehrere Umstände: Erstens ist für die Finanzierung unserer aktuellen Sozialwerke der Alters-, resp. Jugendquotient nicht die entscheidende Grösse. Entscheidend ist, ob die Menschen auch in Zukunft noch genug verdienen, um die Lohnabzüge zu bezahlen. Das ist vor allem eine Frage der Reichtums- und Produktivitätsverteilung. Zweitens – und dieses Argument betrifft vor allem die Staatsfinanzen – ist es schlicht eine dreiste Lüge zu behaupten, uns fehle das Geld. Faktisch wurden in den letzten Jahrzehnten durch Privatisierungen, Liberalisierungen und Steuergeschenke an die Reichen massive Summen von unten nach oben umverteilt. Zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Programms besitzen die 3% reichsten in der Schweiz bereits gleich viel Vermögen wie 97% der gesamten Bevölkerung zusammen. Schlussendlich wird der Standortwettbewerb ins Feld geführt. Hohe Lohnnebenkosten würden die Standortattraktivität der Schweiz gefährden. Bei diese klar politischen Mittel muss aber festgehalten werden: Finanzielle Anreize sind aber nur ein Kriterium bei der Wahl des Standorts. Und: Wem kommt der Standortwettbewerb zu gute? Die Antwort ist mit Blick auf die vergangenen Jahre klar: Vor allem den KapitalbesitzerInnen, der neuen ManagerInnenklasse und den Gutverdienenden.

Das heutige Sozialversicherungssystem ist geprägt von Kompromissen mit den Bürgerlichen. Seine Hauptprobleme sind:

- Konstruktionen wie das Drei-Säulen-Modell verteilen Geld von unten oben um. Die zweite Säule etwa bindet gewaltige Mittel, die auf den Finanzmärkten angelegt werden. Dieses System ist krisenanfällig und zwingt die Bevölkerung zur Beteiligung am Casino-kapitalistischen-System.
- Verschiedene Gruppen in der Gesellschaft werden gegeneinander ausgespielt: Behinderte gegen Nicht-Behinderte, Alte gegen Junge, Arbeitslose gegen Arbeitende etc. Es ist zum Beispiel viel einfacher auf Kosten der IV als auf Kosten der AHV zu sparen.
- Eine Vielzahl verschiedener Kassen und Systeme konkurrieren einander gegenseitig im Umher-schieben der Bedürftigen. Die Koordination dieser Kassen verschlingt Unsummen und bedarf einer grossen Bürokratie.
- Explosionsartig steigende Krankenkassenprämien entziehen den Haushalten massiv Kaufkraft.

- Bestimmte soziale Risiken – wie zum Beispiel der Erwerbsausfall bei Krankheit – sind nach wie vor ungenügend

Die Sozialdemokratie will diese Probleme in drei grundsätzlichen Stossrichtungen lösen:

Solidarität schaffen: Unser heutiges System der Sozialversicherungen ist in unzählige Kassen aufgesplittet (AHV, IV, ALV, EO, SUVA, KVG, MV, Sozialhilfe etc.). Dieses System führt zur Entsolidarisierung der einzelnen Gruppen. Diese Entsolidarisierung ist politisch gewollt und entspricht der neoliberalen Logik. Die SP Schweiz fordert daher die Einrichtung einer einzigen Versicherung. Diese nationale Kasse fasst alle bisherigen Sozialversicherungen zusammen und sichert die Menschen gegen die Folgen von Erwerbsausfall (Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Alter, Mutterschaft, etc.) ab. Diese Versicherung soll grundsätzlich über progressive Einkommens-, Vermögens-, und Erbschaftssteuern, sowie über Unternehmens- und Kapitalgewinnsteuern finanziert werden.

Die Menschen befreien: Wirtschaftsdemokratie. Unser kapitalistisches System konzentriert die Macht über die Produktionsmittel in den Händen von einigen Wenigen und zwingt die grosse Mehrheit ihre Arbeit zu verkaufen und sich dadurch ausbeuten zu lassen. Die sozialdemokratische Bewegung will mit dem vorliegenden Programm konkrete Wege aufzeigen, wie das geändert werden kann.

Den Markt zurückdrängen: öffentlichen Sektor stärken. Für die neoliberale Ideologie ist der Markt das oberste Prinzip, nach dem eine Gesellschaft organisiert werden muss. Schlagworte wie «Wettbewerb!», «Effizienz!» und «Konkurrenz!» werden als Ziele einer Gesellschaftsordnung definiert, ungeachtet ob sie den Menschen nützen oder nicht. Gerade im Bereich der sozialen Sicherung greift diese Logik zu kurz. Wer möchte schon, dass die eigene Mutter im Alter möglichst «effizient» gepflegt wird? Nur ein starker öffentlicher Sektor und der verstärkte Glaube der Menschen an Solidarität und Gleichheit kann diese Markt-Logik zurückdrängen mit dem Ziel die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung zu berücksichtigen.

Die Grundversorgung der Gesellschaft soll von der öffentlichen Hand getragen und finanziert und demokratisch verwaltet werden. Im Bereich der sozialen Sicherung sind hier insbesondere das gesamte Gesundheitswesen und die Pflege zu erwähnen. Die SP Schweiz setzt sich für den schrittweisen Ausbau des demokratischen Service public ein.

A-143 (= alt-A-381) : SP Stadt St. Gallen, IV, 1, ersetzen

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik statt einen „vorsorgenden Sozialstaat“

Die SP Stadt St. Gallen lehnt das im Parteiprogramm entwickelte Konzept des „vorsorgenden Sozialstaates“ ab. Im ersten Moment tönt es einleuchtend, dass der Sozialstaat auch vorbeugend handeln und eingreifen soll, bevor Leute in Armut oder Arbeitslosigkeit versinken. Problematisch ist aber, wie das Parteiprogramm diesen vorsorgenden Sozialstaat begründet und das Politikverständnis, das dem Kapitel zu Grund liegt. Es geht von einer sehr individualistischen Weltsicht und einem Fortschrittsgedanken aus, der nur noch Staat und Individuum kennt. Der Staat soll den sozialen Aufstieg der Individuen fördern. Dieser Forderung liegt eine fundamentale Abkehr vom sozialdemokratischen Gedankengut zugrunde. Unsere Partei geht davon aus, dass Fortschritt und soziale Verbesserungen nur erreicht werden können, wenn die arbeitende Klasse solidarisch auftritt und als Kollektiv für die Verbesserung der gemeinsamen Klassenlage einsteht.

Sollte dieses Kapitel nach dem Willen der Autorenschaft tatsächlich die Abkehr der Sozialdemokratie von ihrem historischen Klassenverständnis ausdrücken? Falls nicht muss es dringend überarbeitet werden hinsichtlich Tonalität, Wortwahl und politischen Forderungen. Falls doch, müsste diese Abkehr als Anzeichen dafür gedeutet werden, dass die neoliberale Ideologie offenbar auch einige sozialdemokratische Geister nachhaltig benebelt hat.

An einem Beispiel möchten wir aufzeigen, welches die beiden Mentalitäten sind, die hier aufeinander treffen: Der vorsorgende Sozialstaat nach dem Entwurf des Parteiprogrammes

befähigt seine Bürger zum sozialen Aufstieg. Wenn jemand seine Stelle verliert, dann soll ihm der Staat Kurse und Ausbildungen bezahlen, damit er auf dem Arbeitsmarkt bald wieder bessere Chancen hat und eine neue Stelle finden kann. Ein Arbeitsloser kann also wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden durch eine gezielte Förderung durch den Staat. Auf individueller Ebene sicher ein Erfolg, auf gesellschaftlicher Ebene ist dadurch aber gar nichts erreicht.

Wir würden uns dagegen wünschen, dass der Sozialstaat nicht auf individueller Ebene ansetzt, sondern auf der strukturellen Ebene. Mit anderen Worten: wer Arbeitslosigkeit verhindern will, der braucht eine staatliche Arbeitsmarkt- und Industriepolitik, welche Eingriffe des Staates in die Unternehmen ermöglicht. Statt eine Bildungsspirale auszulösen, welche dann lediglich zu besser ausgebildeten Arbeitslosen führt, muss der Sozialstaat eine aktive und vorsorgende Industriepolitik verfolgen und Eingriffe in den Arbeitsmarkt vornehmen, welche Arbeitslosigkeit gar nicht erst entstehen lassen.

Die SP Stadt St. Gallen stellt den Antrag, das Kapitel IV.1.a grundlegend und im obigen Sinne zu überarbeiten. Ist eine sinnvolle Überarbeitung nicht möglich, so kann das Kapitel auch gestrichen werden. Das Konzept des vorsorgenden Sozialstaates kann problemlos entsorgt werden.

A-144 (= alt-A-382) : SP Affoltern am Albis IV, 1, a, überarbeiten

Die „vorsorgende Sozialpolitik“ ist zu überarbeiten.

Begründung: Die Ausführung zur vorsorgenden Sozialpolitik läuft Gefahr, dass der Mensch fit für den Arbeitsmarkt gemacht werden soll und damit dem Ziel der Emanzipation der Menschen zuwider läuft. Mit Verweis auf die mit der Wirtschaftsdemokratie angestrebte Emanzipation der Menschen, muss die SP auch einem umfassenden Bildungsbegriff folgen, der nicht bei der Ausbildung zur Markttauglichkeit stehen bleibt.

A-145 (= alt-A-383) : Section de Pully, Paudex, Belmont, IV, 1, a, p. 25, 1^{er} paragraphe

Remarque/amendement. Nous ne pouvons pas accepter une position du PSS qui vise uniquement à « garantir la sécurité dans les changements. » A notre avis, il faut avant tout combattre la flexibilisation et la précarisation du travail.

A-146 (= alt-A-384) : SP Zürich 1, IV, 1, 2. Absatz

"Leider hat es die Schweiz gründlich verpasst, in die vorsorgende Sozialpolitik zu investieren. Sie zahlt nun die Zeche ... Deren Anteil am BIP stieg 1990 bis 2007 deutlich von 15,9% auf 23% an."

Streichen und ersetzen durch: *Die Zeiten der Voll(zeit)beschäftigung für alle ist vorbei. Wir fordern eine Aufwertung der „unbezahlten“ Arbeit dadurch, dass sie teilweise als Sozialdienst an der Gemeinschaft ausgeführt wird.*

Begründung: Die genannten Zahlen werden nicht eine Generation lang relevant sein, wie wir diese vom Parteiprogramm erhoffen! Und zum Pflichtdienst: Wir stellen weiter hinten, Anträge 4,5 und 8, einen ausführlichen Antrag dazu.

A-147 (= alt-A-385) : SP Goldach, IV, 1, 5. (letzter) Absatz, streichen

Letzten Absatz streichen.

Begründung: Die Ausführungen sind viel zu detailliert, Bsp. letzter Absatz.

Stellungnahme der Geschäftsleitung

- **A-140: Modifiziert annehmen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung ist gerne bereit, den Hauptvorschlag von **A-140**, den Streichungsvorschlag **c)**, im Parteiprogramm auszuführen. Es wird hier in der Tat namentlich in der französisch-sprachigen Version ein etwas missverständlicher Zusammenhang hergestellt. Die Idee der sozialen Absicherung besteht sicher nicht darin, den Menschen zu ermöglichen, umso mehr Risiken einzugehen.

Die beiden anderen in **A-140** vorgeschlagenen Änderungen **a)** und **b)** sind inhaltlich sekundär und werden sprachlich als weniger geeignet betrachtet als die Formulierungen im Programmentwurf. Die Ergänzungen **a)** und **b)** würden sprachlich das Argument unterbrechen und sind teilweise missverständlich. So sei daran erinnert, dass im informellen Sektor auch Nicht-Lohnabhängige von der Prekarisierung betroffen sind und nicht allein die Lohnabhängigen, wie **A-140** nahelegen könnte. Es geht an dieser Stelle um etwas anderes. Die Geschäftsleitung zieht deshalb den Programmentwurf vor, der allgemein und grundsätzlich von „Prekarisierung“ spricht.

Kurz: die Geschäftsleitung bittet darum, auf die Ergänzungen **a)** und **b)** zu verzichten und der inhaltlich wichtigen Streichung **c)** zuzustimmen.

- **A-141 bis A-147 (A-143 bis A-147 = alt-A-381 bis alt-A-385): Ablehnen.**

Begründung: Die Anträge **A-142 bis A-147** lehnen das Konzept der „Vorsorgenden Sozialpolitik“ ab und werden deshalb zur Ablehnung empfohlen. Mit Verwunderung stellt die Geschäftsleitung fest, dass diese Anträge unsere Unterstützung zum sozialen Aufstieg ablehnen, wie dies auch **A-141** beantragt. Gerade Menschen, die nicht auf der Sonnenseite unserer Gesellschaft stehen, werden die SP nur unterstützen, wenn wir ihnen sowohl individuell als auch kollektiv eine unmittelbar umsetzbare und fassbare Hoffnung auf sozialen Aufstieg vermitteln können. Deshalb ist das Konzept der „Vorsorgenden Sozialpolitik“ zur Stärkung unseres Sozialstaates so wichtig. Die Geschäftsleitung hält am Konzept der „Vorsorgenden Sozialpolitik“ und bittet deshalb um Ablehnung von **A-141 bis A-147**.

Auch **A-142** lehnt das Konzept der „Vorsorgenden Sozialpolitik“ ab. Dies ist der Hauptgrund, weshalb die Geschäftsleitung diesen Antrag zur Ablehnung empfiehlt. Zudem weist die Geschäftsleitung darauf hin, dass **A-142** viel zu lang geraten ist. Er würde das Parteiprogramm massiv und unnötig aufblähen. Es käme zu zahlreichen Wiederholungen von Postulaten, die anderswo im Programmentwurf bereits enthalten sind. So wird etwa die Frage der allgemeinen Erwerbsversicherung oder der Wirtschaftsdemokratie an anderer Stelle des Programmentwurfs ausführlich behandelt. Mit seinen statistischen Angaben und Aufzählungen geht **A-142** zudem zu stark in die Einzelheiten.

Demgegenüber schlagen **A-146 und A-147** starke Kürzungen vor. Gerade bei diesem Abschnitt, der neue Konzepte vorträgt, erachtet die Geschäftsleitung gewisse Verdeutlichungen aber als nützlich. Die unbezahlte Arbeit, die in **A-146** erwähnt wird, wird in der neu formulierten Ziffer 5 in Kapitel IV, 1, b thematisiert. Auch **A-146 und A-147** lehnen das Konzept der „Vorsorgenden Sozialpolitik“ ab und werden deshalb zur Ablehnung empfohlen.

Anträge für neuen Punkt

A-148 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, IV, 1, a, p. 23, nouvel engagement

Le développement d'une politique sociale préventive passe également par une législation du travail qui garantisse de bonnes conditions de travail. La santé au travail doit ainsi être développée, les conditions salariales améliorées par l'introduction d'un salaire minimum légal et des contrôles plus fréquents, la qualité de vie améliorée par les congés et limita-

tions d'heures supplémentaires. Le phénomène de travailleurs pauvres doit être combattu avec vigueur par l'Etat : toute salarié-e doit pouvoir vivre décemment de son travail.

Motif : La prévention doit aussi avoir cours dans le domaine du travail.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-148: Modifiziert annehmen.

Begründung: Die zentrale Aussage von **A-148** findet sich im ersten Satz. Dieser hält fest, *dass die vorsorgende Sozialpolitik eine Regulierung der Arbeit voraussetzt, die gute Arbeitsbedingungen garantiert.* Dieser Satz soll noch ins Parteiprogramm integriert werden. Die übrigen Aussagen von **A-148** sind im Programmentwurf bereits enthalten, die meisten im hier vorliegenden Kapitel IV, 1, a: Die Frage guter Arbeitsbedingungen in Ziffer 1 und die Frage der Gesundheitsförderung generell und am Arbeitsplatz in Ziffer 2. Der gesetzliche Minimallohn wird bereits zwei Mal in Kapitel IV, 5, a zu den Leitplanken der Marktwirtschaft in Ziffer 5 postuliert und in Kapitel IV, 5, c über die gerechten Arbeitsbedingungen in Ziffer 8 prominent wiederholt. Eine dritte Wiederholung im vorliegenden Kapitel über die vorsorgende Sozialpolitik ist nicht nötig. Auch die Frage der Freizeit und Ferien findet sich in Kapitel IV, 5, c in Ziffer 1. Es macht in den Augen der Geschäftsleitung wenig Sinn, unsere Postulate an verschiedenen Stellen im Parteiprogramm immer wieder zu wiederholen und bittet darum, sich auf die Einfügung des ersten Satzes von **A-148** zu beschränken.

Anträge zu "b. Umverteilung und soziale Sicherheit"

A-149 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 1, b,

Streichen: ganze Einleitung zu Abschnitt b

A-150 (= alt-A-412) : SP Heimberg, IV, 1, b, 3. Absatz

Streichen: „Die SP ... und – wo nötig – entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklung aus- und umzubauen, weil sie weiss, dass die Menschen nur dann wirklich frei sind und nur dann ihre Fähigkeiten und Neigungen ausleben können, wenn ihnen soziale Sicherheit garantiert ist.“

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-149 und A-150 (=alt-A-412): Ablehnen.

Begründung: **A-149 und A-150** werden zur Ablehnung empfohlen, weil es wichtig ist, dass wir uns klar zum Aus- und Umbau der Sozialwerke entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklung bekennen.

Anträge zu 1. Allgemeine Erwerbsversicherung

A-151 Romain Felli, PS Vaudois, IV, 1, b, p. 23, engagement 1, deuxième phrase

Reformuler la deuxième phrase : “Dans la prévoyance-vieillesse, il faut renforcer le poids de l'AVS par rapport au deuxième pilier, afin que cette assurance sociale remplisse enfin son mandat constitutionnel qui est de permettre une vie décente après la retraite.”

Motif: nous trouvons utile de préciser ce que nous entendons par renforcer l'AVS.

A-152 Reto Barblan, PS Vaudois, IV, 1, b, p. 23, engagement 1, troisième phrase
 Reformuler la troisième phrase : « Les personnes dont les conditions de travail sont précaires ou le revenu très bas doivent pouvoir disposer d'une retraite qui leur permettra de vivre dignement et en sécurité sur le plan social. »

Motif : cette revendication concernant la retraite, nous pensons utile de préciser cette revendication.

- **A-151 und 152: Annehmen.**

Begründung: Die vorgeschlagenen Präzisierungen und Ergänzungen verdeutlichen die Forderungen des Programmentwurfs.

Anträge für eine Volkspension und den Bruch mit dem 3-Säulen-System

A-153 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 1, b, Punkt 1

~~Streichen: In der Altersvorsorge soll das Gewicht von den Pensionskassen auf die AHV verlagert werden.~~

Ersetzen: Das Drei-Säulen-Modell gehört abgeschafft und durch ein System einer echten Volkspension ersetzt.

A-154 (= alt-A-420) : SP Winterthur-Töss, IV, 1, b, Punkt 1, Volkspension

~~Streichen Schluss: „Gewichtverlagerung von der Pensionskasse auf die AHV“, Stattdessen~~
 NEU: „... Volkspension.“

Begründung: Eine existenzsichernde Altersversicherung als Teil des Service Public ist das Fernziel, egal, ob als Umlage- oder mit Sparsystem gemischt. Jedenfalls ohne private Profiteure und ohne Begünstigung der Gutverdienenden wie heute in der PK.

A-155 (= alt-A-421) : SP Kanton Graubünden, IV, 1, b, Pkt. 1, Bruch mit 3-Säulen Prinzip

Bei Punkt 1 "(...) und eine Gewichtverlagerung von den Pensionskassen auf die AHV" streichen und ersetzen durch einen neuen Punkt: "Die SP fordert den Bruch mit dem 3-Säulen Prinzip in der Vorsorge. Die Versprechungen der Bürgerlichen rund um das Kapitaldeckungsverfahren und das Demokratiepotehtial der Pensionskassen sind nicht eingelöst worden. Vorsorge wird zum Wettbewerb freigegeben, was Spekulationen mit den Geldern der Versicherten fördert, Unterdeckung ist die Folge. Die angeblichen demokratischen Rechte der Versicherten durch ihre Beteiligung an Unternehmungen werden durch bürokratische Hürden der Pensionskassen bewusst unterschlagen. Die SP fordert eine starke Säule im Dienste der Menschen, finanziert durch das Umlageverfahren. Eine Säule mit dem Ziel ein Leben in Freiheit auch im Alter zu garantieren, anstelle von Spekulationen mit Vorsorgegeldern und der Unterschlagung demokratischer Rechte."

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-153 bis A-155 (A-154 und A-155 = alt-A-420 und alt-A-421): Ablehnen.

Begründung: Die drei Anträge fordern den Bruch mit dem 3-Säulensystem und die Einführung einer Volkspension. Für diese Forderung hegt die Geschäftsleitung grundsätzlich durchaus Sympathie. Rückblickend gesehen ist es äusserst bedauerlich, dass die PdA-

Initiative für die Einführung einer Volkspension 1972 im Verhältnis 6 : 1 haushoch verworfen wurde. Auch die SP und der Gewerkschaftsbund zogen damals leider den Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament für ein 3-Säulen-Modell vor. Seither ist namentlich die 2. Säule jedoch zu einer milliarden schweren Tatsache geworden. Die Altersvorsorge eines grossen Teils unserer Bevölkerung hängt von ihr ab. Die SP kann und soll hier aus sozialen Gründen eine Gewichtsverschiebung hin zur AHV, aber keine Abschaffung der 2. Säule fordern. Die Geschäftsleitung bittet deshalb, **A-153 bis A-155** abzulehnen.

Anträge für ein erwerbsloses Grundeinkommen für alle

A-156 Willy Spieler, SP Zürich 2, IV, 5, c, Punkt 8, Seite 47, Erwerbsloses Grundeinkommen für alle

Wer keine oder nur wenig traditionelle Erwerbsarbeit leistet, ist auch Wirtschaftsbürgerin oder Wirtschaftsbürger. Es braucht daher eine garantierte Grundsicherung subsidiär zur „allgemeinen Erwerbsversicherung“ (S. 23) und zum „existenzsichernden Mindestlohn“ (S. 47).

Begründung: Die Wirtschaftsdemokratie im Programmentwurf ist eine Erwerbswirtschaftsdemokratie. Die unbezahlte Care Ökonomie (52f.) und Gemeinwohlarbeit (S. 46), beide zusammengefasst in der sog. Lebensweltwirtschaft, haben jedoch ein grösseres Arbeitsvolumen als die ganze Erwerbswirtschaft. Wer keine oder nur wenig traditionelle Erwerbsarbeit leistet, ist dennoch Wirtschaftsbürgerin oder Wirtschaftsbürger. Das Parteiprogramm sollte daher eine garantierte Grundsicherung subsidiär zur „allgemeinen Erwerbsversicherung“ (S. 23) und zum „existenzsichernden Mindestlohn“ (S. 47) enthalten.

A-157 (= alt-A-416) : SP Vorderland AR, IV, 1, b, Punkt 1, Erwerbsloses Grundeinkommen für alle

Für ein erwerbsloses Grundeinkommen für alle

Begründung: Die Wirtschaft war und wird nie in der Lage sein, genügend Arbeitsplätze für alle zu schaffen. Und sie betrachtet Menschen im Prinzip lediglich als Unkostenfaktoren, die möglichst billig zu sein haben. Sie werden deshalb aussortiert, sobald Technologien zur Verfügung stehen, die billiger sind als menschliche Arbeitskraft. Die Neudefinierung von "Vollbeschäftigung" – wonach bei einer Arbeitslosenrate von 95% bereits als Vollbeschäftigung also 100%, gilt – zeigt, dass die Wirtschaft nicht Willens ist, allen Arbeitsfähigen und -willigen genügend Arbeitsstellen und Löhne zur Deckung der Lebenshaltungskosten zu gewähren. Daraus folgt, dass Lebenshaltungskosten auch ohne Erwerbsarbeit in der Wirtschaft gedeckt werden müssen – mit einem Grundeinkommen für alle.

A-158 (= alt-A-417) : SP Kanton St. Gallen, IV, 1, b, Pkt 1, garantiertes Grundeinkommen

Das jetzige System ist entwürdigend. Jede/r RentenbezügerIn steht heute unter Missbrauchsverdacht. Die SP setzt sich ein für den Umbau sämtlicher Sozialversicherungen hin zu einem garantierten, menschenwürdigen und existenzsichernden Grundeinkommen inkl. einer einzigen ergänzenden Versicherung während und nach dem Erwerbsleben.

A-159 (= alt-A-418) SP Vorderland (AR) und SP Rapperswil-Jona (SG): Aufrechterhalten, IV, 1, b, Punkt 1, subsidiäres garantiertes Grundeinkommen

Das **garantierte Grundkommen** soll in das neue Parteiprogramm aufgenommen werden.

Begründung: Die SP soll sich laut IV, 1, b, Punkt 1 für eine AEV (allgemeine Erwerbsausfallversicherung) einsetzen. Da sollte auch das garantierte Grundeinkommen (in seiner subsidiären Funktion) Erwähnung finden. Dabei lassen wir offen, in welcher Form und an welcher Stelle. Wir verweisen ausdrücklich auf die Stellungnahme von Willy Spieler (S.23): "In diesem Zusammenhang müsste das garantierte Grundeinkommen als Wirtschaftsbürgerrecht neu diskutiert und ins Parteiprogramm aufgenommen werden. Das garantierte Grundeinkommen für alle, die entweder keiner Erwerbsarbeit nachgehen (können) oder nicht über ein für den Lebensunterhalt ausreichendes Erwerbseinkommen verfügen – was der Entwurf durch einen gesetzlichen Mindestlohn verhindern will (46) – und auch nicht über Leistungen aus der Sozialversicherung ein soziales Existenzminimum erreichen, sollten ein Grundeinkommen garantiert erhalten".

Wir verweisen ausdrücklich auf die Stellungnahme von Willy Spieler (S.23): "In diesem Zusammenhang müsste das garantierte Grundeinkommen als Wirtschaftsbürgerrecht neu diskutiert und ins Parteiprogramm aufgenommen werden. Das garantierte Grundeinkommen für alle, die entweder keiner Erwerbsarbeit nachgehen (können) oder nicht über ein für den Lebensunterhalt ausreichendes Erwerbseinkommen verfügen – was der Entwurf durch einen gesetzlichen Mindestlohn verhindern will (46) – und auch nicht über Leistungen aus der Sozialversicherung ein soziales Existenzminimum erreichen, sollten ein Grundeinkommen garantiert erhalten".

A-160 (= alt-A-419) : SP Affoltern am Albis, IV, 1, b, Punkt 1, Grundeinkommen und/oder AVE

Das Grundeinkommen und/ oder ein klares Konzept der Allgemeinen Erwerbsversicherung (AEV) wird ins Programm mit aufgenommen.

Begründung: Mit dem Grundeinkommen liegt ein Modell vor, welches die Menschen nicht nötigt, zu jeder Bezahlung jede Arbeit anzunehmen. Gerade im Sinne der Menschenwürde erachten wir das Grundeinkommen für eine Vision, welche in das Programm der SP gehört. Die AEV weist in dieselbe Richtung ohne einen radikalen Bruch zum heutigen System zu markieren und kann einem Grundeinkommen sehr nahe kommen.

Die Diskussion in der Sektion zeigte, dass noch kein Konsens über den richtigen Weg besteht. Sowohl Grundeinkommen als auch AEV finden ihre Anhänger, resp. Skeptiker. Gerade deshalb ist eine vertiefte Auseinandersetzung mit klarer Zielsetzung im Programm erforderlich.

A-161 (= alt-A-867) : SP Erlenbach (ZH), IV, 4, c, Punkt 5 (neu: Punkt 8) , Erwerbsloses Grundeinkommen für alle

Antrag auf Mitaufnahme des Zusatzes „garantiertes Mindesteinkommen“

Begründung: Im Hinblick, dass das neue Parteiprogramm 30 Jahre Bestand haben wird und sich die Welt innert 30 Jahren rasant ändert, was alle bemerkten. Ist die SP-Erlenbach der Meinung, dass die SP-CH nicht nur für einen Mindestlohn eintreten soll, sondern auch für ein garantiertes Mindesteinkommen eintreten muss. Das leidige Thema des Mindestlohnes ist schon lange auf dem Tisch, und es zeigt sich, dass es nicht überall so funktioniert wie von uns gewünscht. Insbesondere bei Branchen, die stark unter wirtschaftlichen Zwängen stehen. Als Beispiel genannt, die Coiffeurbranche und der Gastrobereich. Hier zeigt sich, dass dieser Ansatz nicht funktioniert, da das Geld für einen Mindestlohn nicht ausreichend erwirtschaftet werden kann. Denn – wie alle wissen – bestimmt der Markt, was bezahlt wird und was nicht. Der Markt interessiert sich nicht dafür, wie all die zu tragenden Kosten zu berappen sind. Niemand ist heute bereit, für einen normalen Haarschnitt (1

Stunde Arbeit inkl. Materialverbrauch) beim Coiffeur über 250.- CHF zu zahlen. Aber dies wäre der Preis, mit dem sich der Mindestlohn erwirtschaften liesse. Zudem kann niemand einem Betroffenen erklären, weshalb er aus seiner Branche X einen Mindestlohn von z.B. nur CHF 3400.- bekommen soll, die Branche Y, aber einen Mindestlohn von CHF 5000.- zahlt. Fazit: Eine solche generelle Mindestlohneinführung führt dazu, dass Erwerbstätige aus wirtschaftlichen Gründen in Problem-Branchen nicht mehr eingestellt werden können. Eines ist sicher: Problembranchen wird es immer geben. Sie können sich je nach Situation aber auch verlagern. Wir wünschen uns, dass sich die SP-CH sich der Herausforderung stellen soll, um für einen Mindestlohn in gesunden Branchen einzustehen. Und die Flexibilität an den Tag legt, ein garantiertes Mindesteinkommen für Jobs oder Erwerbslose zu gewähren, die eine solche Chance nicht haben. Ein garantiertes Mindesteinkommen bietet den Betroffenen Schutz, Sicherheit und ein würdiges Leben. Mit der zusätzlich erhöhten Chance, Jobs die es braucht erhalten zu können oder auch etwas Neues aufzubauen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-156 bis A-161 (A-157 bis A-161 = alt-A-416 bis alt-A-419 und alt-A-867): Ablehnen.

Begründung: Im Kern ist das Konzept des garantierten Grundeinkommens (auch bedingungsloses Grundeinkommen BGE genannt) ein liberales Konzept. Es will die Voraussetzung zur individuellen Freiheit und zur Selbstverwirklichung auch mit Tätigkeiten schaffen, die nicht als Erwerbsarbeit entlohnt werden. Darin haben deshalb auch linke Theoretiker wie André Gorz eine Chance gesehen. Er erhoffte sich vom BGE die Befreiung vom "Zwang zur Lohnarbeit". Selbstverständlich kann das BGE auch humanitär begründet werden: es sei jedem Menschen zu ermöglichen, ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Dem steht gegenüber, dass auch Staatsabbauer mit dem BGE liebäugeln, das angeblich attraktive Antworten auf den hohen bürokratischen Aufwand zur Organisation, Verwaltung und Kontrolle der Transferleistungen im bisherigen Sozialsystem biete. Das Konzept des BGE geht ursprünglich auf Vorschläge von Milton Friedman für die Einführung einer negativen Einkommenssteuer zurück. Das BGE erfreut sich bis heute bei jenen Kreisen grosser Beliebtheit, die den aktuellen, sich dem Individuum konkret zuwendenden Sozialstaat aus den Angeln heben wollen. Sie wollen ihn auf die Auszahlung des BGE reduzieren.

Friedmann wollte das BGE mit Einkommensteuern finanzieren. Die Auswirkungen auf Arbeitsmarkt, Migrationsverhalten und Preise wären unabsehbar, weil einerseits der Produktionsfaktor Arbeit massiv verteuert würde und andererseits auch Arbeitsfähige ohne Bereitschaft zur Arbeit oder irgend eine andere Gegenleistung Anspruch auf eine gleich hohe finanzielle Zuwendung des Staates hätten. Der Unternehmer Götz Werner schlug vor, das BGE durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer als „Konsumsteuer“ zu finanzieren. Er schlug einen Steuersatz von über 50 % vor. Dies würde das BGE noch unsozialer machen.

Kurz: Angesichts der Vielschichtigkeit und unabsehbaren Auswirkungen dieses Konzepts betrachtet es die Geschäftsleitung als zu riskant, das BGE als blosses Schlagwort ins SP-Parteiprogramm einzufügen. Ausgearbeitete und tragfähige Modelle liegen für die Schweiz bisher aber keine vor. Bis es soweit ist, hält es die Geschäftsleitung mit dem bekannten linken Wirtschaftswissenschaftler Heiner Flassbeck, mit dem BGE werde bloss „*eine sinnlose Umverteilungsmaschine in Gang gesetzt*“.

Anträge zu 2. Ausrichtung an Demografie

A-162 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, IV, 1, b, p. 24, engagement 2

Biffer ce point

Motif : ce point ne comprend aucun engagement et les constats qui y sont évoqués sont faux pour l'essentiel.

A-163 (= alt-A-428) : SP Kaufdorf/Rümligen, IV, 1, b, Punkt 2, zweiter Strich

Wir möchten unbedingt den Eindruck vermeiden, dass wir einer Kategorisierung und Schubladisierung einer Bevölkerungsgruppe Vorschub leisten wollen. Daher soll hier nur der erste Satz stehen bleiben (bis „... ausgerichtet wird.“)

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

- **A-162: Modifiziert annehmen.**
- **A-163 (=alt-A-428): Ablehnen.**

Begründung: **A-162** ist zuzustimmen, dass es sich bei Ziffer 1 nicht um eine ausgereifte Forderung handelt, sondern um eine Benennung der zukünftigen demografischen Herausforderungen an die Sozialwerke. Die Geschäftsleitung schlägt deshalb vor, Ziffer 1 in die Einleitung zu diesem Kapitel IV, 1, b zu verschieben. Die Geschäftsleitung hält aber an der Aussage als solcher fest. Es ist wichtig, einleitend klarzustellen, was auf uns zukommt und womit wir uns auseinandersetzen müssen. Eine Streichung, wie dies **A-162** und auch **A-163 (=alt-A-428)** vorschlagen, wird deshalb zur Ablehnung empfohlen.

Anträge zu 3. Arbeitsmarktintegration wenig Qualifizierter

A-164 (= alt-A-431) : PS Lausanne, IV, 1, b, pt. 3, dernière phrase
changer le mot « incitation » par « obligation »

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-164 (=alt-A-431): Ablehnen.

Begründung: **A-164** wird abgelehnt, weil ein Zwang zur Arbeitsmarktintegration mit einer offenen und freiheitlichen Gesellschaft unvereinbar ist.

Anträge zu 4. Steuerpolitik

A-165 Esther Burkhard, SP Affoltern am Albis, IV, 1, b, Punkt 4

Ergänzung von Punkt 4, nach „statt immer stärker die unteren und mittleren Einkommen zu belasten“: *Die geltenden Mehrwertsteuersätze sollen ergänzt werden durch eine Mehrwertsteuer auf Luxusgüter, welcher das Mehrfache des geltenden Satzes auf Konsumgüter ausmacht. Die resultierenden Mehreinnahmen werden zur Stützung der AHV und der Bildung verwendet.*

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-165: Modifiziert annehmen.

Begründung: Die Erhöhung der Mehrwertsteuer für Luxusgüter um „das Mehrfache“ geht zu weit. Auch ist eine fixe Zweckbindung von Steuern wenn möglich zu vermeiden. Die Geschäftsleitung begrüsst aber den Grundsatz einer erhöhten Mehrwertsteuer für Luxusgüter.

Anträge zu 5. Gemeinschaftsbezogene Freiwilligenarbeit

A-166 (= alt-A-435) : SP Stadt Zürich, IV, 1, b, Punkt 5, S. 28

Teilweise streichen und ergänzen: Die gemeinschaftsbezogene Freiwilligenarbeit ist wegen

des Wandels sozialer Lebensformen unter Druck geraten und läuft Gefahr, ihre Funktion als wichtige Stütze der sozialen Sicherheit nicht mehr im bisherigen Ausmass wahrnehmen zu können. ~~Sie muss vermehrt gesellschaftlich anerkannt werden.~~ *Geleistete Sozialzeit setzt wertvolle Ressourcen frei und ermöglicht Erfahrungen, die jenen aus der bezahlten Berufstätigkeit gleichzusetzen sind. Sie muss daher in der Gesellschaft als vollwertige Arbeitsleistung anerkannt werden. Dazu muss die Diskussion um Sozialzeit-Modelle erneut aufgerollt werden.*

Begründung: Der Begriff Sozialzeit fehlt im Programm vollständig.

A-167 (= alt-A-436) : SP Zürich 10 und SP Winterthur, IV, 1, b, Punkt 5, S. 28

Ergänzung letzter Satz: Sie muss vermehrt gesellschaftlich anerkannt *und in geeigneter Form abgegolten werden.*

A-168 (= alt-A-437) : SP Zürich 10, IV, 1, b, 5, Sozialdienstpflicht für „Nichterwerbstätigkeiten“

Änderung: Die gemeinschaftsbezogene Freiwilligenarbeit ist wegen des Wandels sozialer Lebensformen unter Druck geraten und läuft Gefahr, ihre Funktion als wichtige Stütze der sozialen Sicherheit nicht mehr im bisherigen Ausmass wahrnehmen zu können. Sie muss vermehrt gesellschaftlich anerkannt werden, *indem es für den / die Einzelne(n) zeitlich und finanziell möglich wird, sich zu engagieren. Zusätzlich ist eine flexible und verhältnismässige Sozialdienstpflicht für „Nichterwerbstätigkeiten“ einzuführen.*

A-169 (= alt-A-438) : PS Ville de Genève, IV, 1, b, pt 5, p 28

Supprimer

Stellungnahme der Geschäftsleitung.

- **A-166 bis A-169 (=alt-A-435 bis alt-A-438): Ablehnen.**

Begründung: Die Anerkennung der Freiwilligenarbeit als „vollwertige Arbeitsleistung“ (**A-166**), die „in geeigneter Form abgegolten“ (**A-167**) oder gar zu einer „Sozialdienstpflicht“ (**A-168**) erklärt wird, schießt über das Ziel hinaus und hätte unabsehbare Folgen für die Lohn- und Arbeitsbedingungen am Arbeitsmarkt. Die in unserem Land von rund 3 Millionen Menschen geleistete Freiwilligenarbeit ist aber zu wichtig, dass darüber einfach geschwiegen werden könnte, wie dies **A-169** vorschlägt.

Anträge zu "c. Eine für alle zugängliche, qualitativ gute Gesundheitsversorgung"

A-170 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, IV, 1, c, p. 26, engagement 4

Le PS veut ainsi introduire un financement social de l'assurance-maladie.

Motif : Cette phrase pourrait être rédigée de manière plus explicite.

A-171 Renatus Beck, SP Bümpliz/Bethlehem, IV, 1, c, Punkt 4, 1. Satz, Seite 26

Wir schlagen folgende abgekürzte Neufassung dieses Satzes vor: „*Die Finanzierung der Krankenversicherung muss einkommensabhängig erfolgen, wie das bei anderen Sozialwerken der Fall ist ...*“ (Rest streichen).

Begründung: Wir betrachten die Prämienverbilligung nicht als eine besonders günstige Finanzierungsart. Das System ist kompliziert; die Zahlungen der Verbilligung kommen oft zeitlich so verzögert, dass das Budget vorübergehend nicht entlastet wird. Wir plädieren für eine einkommen- und vermögensabhängige Berechnung der Krankenkassenprämien. Beim steuerbaren Einkommen sind dann jeweils allfällige Unterstützungspflichten schon berücksichtigt, und das Anrecht auf Prämienverbilligung muss nicht noch separat eingefordert werden.

A-172 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 1, c, Punkt 4, 1. Satz, Seite 26

Streichen: „entweder“ und „oder aber das System der Prämienverbilligungen muss so ausgestaltete werden, dass ein einfacher, gerechter und schweizweit einheitlicher Zugang gewährleistet ist.“

Begründung: Wir sollten uns im Parteiprogramm auf ein Finanzierungssystem einigen. Die Finanzierung über Prämienverbilligungen ist ausserdem nichts anderes als eine staatliche Subvention von privaten Versicherern.

A-173 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, IV, 1, c, p. 27, engagement 5

La formulation actuelle « pour s'arracher les bons risques » peut être mal compris. Nous proposons plutôt : « entre les caisses-maladie qui s'arrachent les bons risques ».

A-174 Bruno Meili, SP Zürich 6, IV. 1. c, S. 26, neue Ziffer

Neues Unterkapitel: Patientinnen und Patienten sind überall dort auf geeignete Weise in die Entscheidungsfindung und Meinungsbildung einzubeziehen, wo es um Fragen der Gesundheit, der Verhütung von Krankheiten, der Therapie und Pflege von Kranken und um die klinische Forschung geht. Dies soll nach dem Modell der „delegierten Mitbestimmung“*) geschehen. Dieser Grundsatz gilt sowohl für die institutionelle Ebene als auch für die individuelle Situation von Betroffenen.

*) Vgl. Bericht „Verankerung der delegierten Mitbestimmung von Patientinnen und Patienten“ (Ernst, Kocher, Spöndlin, Ziltener, Mai 2008)

Begründung: Das Machtgefälle zwischen Ärztinnen, Pflegenden und Patientinnen schmälert Behandlungserfolge. Forschung, Entwicklung und Anwendung werden von Interessen geleitet, die oft im Widerspruch stehen zu den Patienteninteressen. Die delegierte Mitbestimmung gibt den PatientInnen eine Position, die es ihnen möglich macht, diese Dilemmas zu überwinden.

A-175 Stefan Ryser, SP Langenthal, IV, 1, c, S. 26, neue Ziffer

Bemerkung: Der Inhalt geht bis in die Kriegszeit zurück. Seit einem Jahrzehnt hat das Schlagwort „Burn-Out“ mehr und mehr an Bedeutung gewonnen. Es gibt Aussagen, dass diese Krankheit in den nächsten Jahren in die Spitze der Krankheitsfälle aufsteigt. Dies wird jedoch mit keinem Wort erwähnt. *Es ist ein Absatz zu verfassen, in welchem die Gefahren und Auswirkungen formuliert werden.*

Grund: Immer noch sind wir uns den Auswirkungen nicht bewusst. Von einer Work-Life-Balance wird schon gar nicht gesprochen. Diese heimtückische Krankheit wird uns in Zukunft viel beschäftigen und ausserdem erhebliche Kosten verursachen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung

- **A-170: Annehmen.**

Begründung: Es ist in der Tat angebracht, bei allem Sinn fürs Detail auch die Grundsätze klar und deutlich auszusprechen und in Ziffer 4 den Satz voranzustellen, dass wir uns in erster Linie *für eine soziale Finanzierung der Krankenkassen* aussprechen.

- **A-171 und A-172: Annehmen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung unterstützt die programmatische Forderung nach einkommensabhängigen Prämien selbstverständlich weiterhin.

- **A-173: Annehmen.**

Begründung: Dieser Antrag betrifft nur die Übersetzung ins Französische. Die vorgeschlagene Formulierung verdeutlicht eine Aussage, die in deutscher Sprache klargestellt ist, in der französischen Sprache aber einer zusätzlichen Erläuterung bedarf.

- **A-174: Annehmen.**

Begründung: Es ist wichtig und sinnvoll, neben den versicherungstechnischen Aspekten auch *die Patienten und Patientinnen und deren Rechte* nicht aus den Augen zu verlieren. Die Geschäftsleitung nimmt deshalb **A-174** gerne als neue Ziffer 6 in dieses Kapitel auf.

- **A-175: Ablehnen.**

Begründung: Siehe oben die Stellungnahme zum praktisch gleichlautenden Antrag **A-54**.

Anträge zu „2. Mit Bildung, Forschung und Kultur die Zukunft gestalten“

Anträge zu „a. Mehr und bessere Bildung für alle“

A-176 Monika Simmler, JUSO Schweiz, , IV, 2, a, Absatz 2, Seite 27

Streichen: „Bildung genießt auch in der vorsorgenden Sozialpolitik eine herausragende Stellung. Bildung ist eines der wichtigsten sozialpolitischen Instrumente. In der wissensbasierten Wirtschaft des 21. Jahrhunderts sind Bildungsarmut und der fehlende Zugang zu Wissen die zentralen sozialen Risiken.“

Begründung: Das zentrale Armutsrisiko ist nach wie vor die ungleiche Verteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen und damit die kapitalistische Produktionslogik. Wir finden es bedenklich, dass die Sozialdemokratie hier eine Argumentationslinie der Neoliberalen übernimmt. Diese versuchen Armut und Arbeitslosigkeit als individuelle Probleme darzustellen, die durch Investitionen in das eigene „Humankapital“ korrigiert werden müssen. Die Verantwortung der Gesellschaft, des Staates und vor allem des Kapitals und der Arbeitgeber wird gänzlich ausgeblendet. Diese Analyse blendet strukturelle Faktoren aus und widerspricht unseren Vorstellungen einer solidarischen Gesellschaft.

A-177 Descombes-Della Schiava Vanda, SP Köniz, IV, 2, a, Punkt 5, S. 28

Am Schluss ergänzen: „Dabei versteht die SP die Humanwissenschaften, die Kunst und die Kultur als Teil der Wissensgesellschaft. Diese Wissenschaften sind gleichbedeutend zu Fördern wie die technischen Wissenschaften.“

Begründung: Das Gleichgewicht einer Gesellschaft beruht auf der Vielfältigkeit der Menschen. Die Humanwissenschaften, die Kunst und die Kultur sind Teil der Wissensgesellschaft und gewährleisten ein gutes Gleichgewicht. Gleich wie die technologische Forschung und Innovation müssen diese Bereiche gefördert werden. Denn die Humanwissenschaften, die Kunst und die Kultur tragen zu Friedenserziehung, Menschenrespekt und Bürgersinn bei.

A-178 (= alt-A-513) : SP Bellach, IV, 1, c, Punkt 3

Ein landesweit vereinheitlichtes Schulsystem ist anzustreben.

A-179 (= alt-A-514) : SP Bellach, IV, 1, c, Punkt 3

Schweizweit ist ein einheitlicher Typ Hochschule anzustreben.

A-180 Romain Felli, PS Vaudois, IV, 1, c, p. 29, engagement 6, deuxième phrase

Biffer le « C'est exactement le contraire de ce dont a besoin une société du savoir.»

Motif : On comprend que le contraire concerne toute la première phrase ce qui aboutit à un non-sens. Sans cette phrase, la proposition est sans ambiguïté.

A-181 (= alt-A-523) : SP Lengnau, IV, 1, c, neuer Punkt anfügen

Wir beobachten mit Sorge die zunehmende Akademisierung gewisser Berufe. Ein Kindergärtner (oder Kindergärtnerin) braucht keinen Hochschulabschluss. Dasselbe gilt für Pflegeberufe. Es ist wichtig, dass Studentinnen und Studenten neben dem Studium noch «jobben» können.

Stellungnahme der Geschäftsleitung

- **A-176: Modifiziert annehmen.**

Begründung: Das Anliegen von **A-176** ist berechtigt. Die Geschäftsleitung schlägt vor, die ersten beiden in **A-176** zitierten Sätze zu belassen und den dritten Satz wie folgt abzuschwächen: „In der wissensbasierten Wirtschaft des 21. Jahrhunderts gehören Bildungsarmut und der fehlende Zugang zu Wissen ebenfalls zu den sozialen Risiken.“

- **A-177: Annehmen.**

Begründung: Wichtige Verdeutlichung und Ergänzung.

- **A-178 und A-179 (=alt-A-513 und alt-A-514): Ablehnen.**

Begründung: Die Formulierung in **alt-A-512** („Bildungsraum Schweiz“), der in den zweiten Programmentwurf aufgenommen wurde, verdeutlicht unsere Forderung, auch im Bildungswesen auf den Kantönigeist zu verzichten. Eine völlige Zentralisierung und Harmonisierung des Bildungswesens, wie dies **A-178 und A-179** fordern, erinnert aber allzu stark ans französische Modell und wird deshalb von der Geschäftsleitung zur Ablehnung empfohlen.

- **A-180: Annehmen.**

Begründung: Der dritte Satz in Ziffer 6 (auf Französisch ist es der zweite Satz) kann in der Tat ohne Verlust gestrichen werden.

- **A-181 (=alt-A-523): Ablehnen.**

Begründung: Nach Einschätzung der Geschäftsleitung macht **A-181** in dieser absoluten Form wenig Sinn. Auch die erwähnten Berufe sollen Zugang zu höherer Bildung erhalten.

Anträge zu "b. Zukunftstechnologien im Dienste der Menschen fördern"

Anträge zu 1. Entwicklung im Bereich Wissenschaft/Technologie

A-182 Descombes-Della Schiava Vanda, SP Köniz, , IV, 2, b, Punkt 1, S. 29

Der Satz „Dabei ist die Wahrnehmung der Eigenverantwortung unverzichtbar: Forscher und Forscherinnen müssen ...“ ist umzuschreiben auf: „*Dabei ist die Wahrnehmung der Eigenverantwortung zwar unverzichtbar. Es sind jedoch Strukturen zu schaffen, damit Forscher und Forscherinnen frühzeitig Risiken erkennen und davor warnen können, ...*“

Begründung: Mit dem Parteiprogramm können Forscher und Forscherinnen nicht direkt angesprochen werden. Die SP muss sich dafür einsetzen, dass Strukturen und Instrumente geschaffen werden, welche die Arbeit der Forscher und Forscherinnen in die von der SP gewünschten Richtung leiten. Ein Aufruf allein nützt wenig.

A-183 Romain Felli, PS Vaudois, IV, 2, b, pp. 29-30, engagement 1,

Reformuler le premier engagement de la manière suivante: “La Suisse est en excellente position dans le domaine des sciences et des technologies. Néanmoins, il faut être conscient des responsabilités: l’Etat doit fixer le cadre dans lequel s’organise la recherche scientifique, afin de ne pas faire reposer cette responsabilité sur les épaules des seuls chercheurs. Le débat politique sur l’orientation et les limites de la recherche ne doit pas se limiter aux seuls scientifiques.”

Motif: la formulation actuelle fait reposer sur la seule éthique des chercheurs ce qui relève en fait de décisions politiques (par exemple le moratoire sur les OGM). Au vu des avancées rapides dans la recherche, il est réducteur de limiter notre réflexion aux bio et nanotechnologies. Notre formulation se veut plus générale.

A-184 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 2, b, Punkt 1, S. 29

Streichen: Angesichts ihres wirtschaftlichen Potenzials ist es wichtig, diese Position zu halten und weiterzuentwickeln

Begründung: Als SozialdemokratInnen begrüßen wir selbstverständlich den technologischen Fortschritt und wissenschaftliche Innovation. Allerdings tun wir das nicht im Dienste des Standortwettbewerbs, sondern weil beides die Menschheit als gesamtes voranbringen kann. Wir sehen kein gemeines schweizerisches Wirtschaftsinteresse und wehren uns dagegen, unseren Wohlstand auf Kosten anderer Schlechterstellung anderer auszubauen – dies ist die logische Folge des Standortwettbewerbs.

Stellungnahme der Geschäftsleitung• **A-182 und A-183: In der Version von A-183 annehmen.**

Begründung: Ziel von **A-182 und A-183** ist es zu verdeutlichen, wo die Grenzen der Eigenverantwortung des Wissenschaftlers liegen und wo es klare staatliche und strukturelle Massnahmen braucht, damit allfällige Risiken tatsächlich frühzeitig erkannt werden können. Die Geschäftsleitung empfiehlt, diese beiden Anträge in der Formulierung von **A-182** anzunehmen.

• **A-184: Ablehnen.**

Begründung: **A-184** wird zur Ablehnung empfohlen, weil wir als SP Schweiz auch zur schweizerischen Volkswirtschaft Sorge tragen müssen. Nicht jeder Gewinn der schweizerischen Volkswirtschaft muss zwingend auf Kosten von irgendjemand anderem gehen. Eine moderne dynamische Wirtschaft ist nicht zwingend ein Nullsummenspiel, sondern kann durchaus ein Positivsummenspiel sein. Wenn die Schweiz beispielsweise jetzt beginnt, massiv in die Forschung und Entwicklung von grünen Technologien (Cleantech) zu investieren, so kann dies sowohl der schweizerischen Volkswirtschaft und ihren Arbeitsplätzen als auch den Abnehmern dieser Cleantech-Produkte auf der ganzen Welt zu grossen Vorteilen verhelfen. In Ziffer 4 von diesem Kapitel wird zudem ausreichend klargestellt, dass die Schweiz alles daran setzen muss, um der technologisch begründeten Vertiefung der Gräben zwischen Industrie- und Entwicklungsländern entgegenzuwirken.

Anträge zu 2. Dynamische Entwicklung im Bereich Wissenschaft/Technologie**A-185 Renatus Beck, SP Bümliz/Bethlehem, IV, 2, b, Punkt 2, Seite 29**

Wir schlagen vor, *diese Ziffer in den vorhergehenden Abschnitt a in die Rubrik „Dafür steht die SP ein“ zu verschieben.*

Begründung: Diese zweite Ziffer gehört von der Systematik her nicht an diesen Platz. Sie stellt an das Bildungssystem (bei der Erstausbildung) und an die einzelnen Individuen (Bereitschaft zu lebenslanger Weiterbildung) gerichtete Anliegen dar, *auch* im Bereich Wissenschaft/Technologie dran zubleiben.

A-186 Romain Felli, PS Vaudois, IV, 2, b, p. 30, engagement 2,

Remplacer la dernière phrase du point 2 par : « Cela présuppose surtout le développement d'une culture scientifique, à la fois en sciences naturelles et en sciences sociales, qui passe par des initiatives de vulgarisation et de médiations scientifiques et culturelles. Les grands enjeux scientifiques doivent pouvoir être débattus politiquement par des citoyens informés ».

Motif: la formation continue n'est pas le vecteur approprié pour le développement d'une culture scientifique.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: A-185 und A-186: Annehmen.

Begründung: Wie **A-185** zu Recht feststellt, betrifft Ziffer 2 in der Tat eher die Bildungs- als die Technologiepolitik und wird deshalb ins vorangehende Bildungskapitel IV, 2, a verschoben und um die in **A-186** angeregten wichtigen Präzisierungen ergänzt.

Anträge zu 5. Schutz des geistigen Eigentums

A-187 Romain Felli, PS Vaudois, IV, 2, b, p. 30, engagement 5

Compléter par la phrase suivante : « Les brevets ne doivent en aucun cas limiter l'accès aux soins, à l'alimentation et à d'autres prestations essentielles. »

Motif : Le PS ne doit pas soutenir le diktat des industries pharmaceutiques dans ces domaines essentiels.

A-188 Benedikt Knobel, SP Kanton Thurgau

Als zusätzlichen Punkt einfügen: „Lebewesen ganz allgemein (Pflanzen und Tiere und Mikroorganismen) und Stoffe, die diese produzieren, dürfen nicht patentiert werden.“

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-187 und A-188: Annehmen.

Begründung: Beide Anträge ergänzen sich gegenseitig und können ohne Weiteres in der Form einer Ergänzung zu Ziffer 5 aufgenommen werden.

Anträge für neuen Punkt

A-189 (= alt-A-891) : PS Vaud: *IV Notre voie, chapitre 4, page 48, lettre d, nouveau point*

Ajouter une nouvelle « conviction » : « La recherche de pointe doit servir l'intérêt général ; les grandes orientations doivent pouvoir être discutées démocratiquement, et non pas être dictées par les intérêts particuliers. En ce sens, le PS suisse refuse les « partenariats privé-public » dans le domaine de la recherche et de la formation (financement de chaires ou de programmes de recherche) et s'engage pour une augmentation massive du financement public. »

Motif : l'indépendance de la science par rapport aux intérêts économiques est en jeu. Les besoins sociaux et sanitaires doivent primer par exemple.

A-190 (= alt-A-892) : PS Vaud: *IV Notre voie, chapitre 4, page 48, lettre d, nouveau point*

Ajouter une nouvelle « conviction » : « La recherche, le progrès et leur diffusion ne doivent pas être entravés par la propriété intellectuelle. Il est en effet inacceptable de freiner le progrès de toute la société, de limiter l'accès à la santé où à des technologies ou encore de ralentir les découvertes scientifiques pour garantir des profits. La recherche, même appliquée, et particulièrement dans des domaines critiques comme la santé, doit retourner le secteur public. Le savoir créé doit donc faire partie du domaine public et être librement et gratuitement accessible et utilisable. »

Motif : Il n'y a pas de discussion de la thématique des brevets ou de la propriété intellectuelle dans le programme proposé. Il est important de mentionner à quel point le droit de la propriété intellectuelle est une barrière forte à la démocratie. Les brevets sur les médicaments rendent ces derniers plus chers et moins accessibles. L'interdiction d'exploiter la recherche qui a été déjà faite freine le progrès technologique et sa diffusion. Alors que la diffusion du savoir est aujourd'hui presque gratuite, il est absurde d'y mettre comme barrière le profit d'individus ou de grandes entreprises.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-189 und A-190 (=alt-A-891 und alt-A-892): Ablehnen.

Begründung: Auf das geistige Eigentum (**A-189**) wird in Ziffer 5 von Kapitel IV, 2, b eingegangen. Mit Annahme von **A-187 und A-188** wird es zusätzlich eingeschränkt und klaren Bedingungen und Grenzen unterworfen. Eine weitgehende Verstaatlichung des geistigen Eigentums (**A-190**) sowie ein generelles Verbot von Partnerschaften (**A-189**) hätte indes unerwünschte Folgen und wird zur Ablehnung empfohlen. Für den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft sind Partnerschaften und geistiges Eigentum unverzichtbar. Nur so kann auch der Wissens- und Technologietransfer aus der Forschung in Start-ups gewährleistet werden. Sie müssen sozialen und ökologischen Kontrollen unterworfen, aber nicht abgeschafft werden.

Anträge zu "c. Die Kultur im digitalen Zeitalter fördern und vor dem Markt schützen"

A-191 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 2, c, Titel, Seite 30

Neuer Titel: *Die Kultur im digitalen Zeitalter fördern*

Begründung: Da der Markt weder ein Person noch ein Monstrum noch sonst ein Subjekt ist, braucht auch niemand von ihm beschützt zu werden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-191: Annehmen.

Begründung: Die vorgeschlagene Kürzung des Titels macht diesen in der Tat ohne Verlust leichter verständlich.

Anträge zu 1. Geistes- und Sozialwissenschaften und zu 2. Urteilsfähigkeit

A-192 und A-193 : Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 2, c, Punkt 1 und 2, Seite 30

Ganze Forderungen 1 und 2 streichen.

Begründung: Solche inhaltsleeren Allgemeinplätze sollten wir nicht als Forderung aufführen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-192 und A-193: Ablehnen.

Begründung: Die Aufnahme von Ziffer 1 in das Parteiprogramm geht auf den Antrag **alt-A-518** zurück, den SP-Nationalrätin Josiane Aubert gestützt auf eine intensive Diskussion in der Fachkommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur der SP Schweiz eingereicht hat. Für die Fachkommission war es ganz wichtig, dass die Rolle der Geistes- und Sozialwissenschaften, Kunst und Kultur in der heutigen Wissensgesellschaft angesprochen wird. Die Geschäftsleitung sieht das gleich und ersucht deshalb um Ablehnung von **A-192**.

Mit einer ähnlichen Begründung bittet die Geschäftsleitung auch um Ablehnung von **A-193**. Ziffer 2 geht auf den Antrag **alt-A-531** der Femmes socialistes neuchâtelaises zurück, die ebenfalls eine breit abgestützte Diskussion durchgeführt haben. Die Wirtschaft übt heute auf das Bildungswesen einen starken Druck aus, sich mit der Vermittlung von Kenntnissen zu begnügen. Für die SP ist es aber wichtig, dass Bildung in erster Linie zur Emanzipation der Menschen beiträgt und die Urteilskraft und das Verantwortungsbewusstsein stärkt.

Anträge zu 4. Säkularismus

A-194 Willy Spieler, SP Zürich 2, IV, 2, c, Punkt 4, Seite 31

Das „laizistische Gesellschaftsmodell“ muss durch das Modell einer pluralistischen Gesellschaft im laizistischen Staat ersetzt und unter IV.3.b. „Rechtsstaatlichkeit stärken“ erörtert werden.

Begründung: Der Satz „Die SP setzt Irrationalismus und religiösen Fundamentalismus das laizistische Gesellschaftsmodell entgegen [...]“ (S. 31) sagt nicht aus, was er wohl meint. Laizistisch ist nicht die Gesellschaft, sondern der Staat, der sich gegenüber Religion und Weltanschauung neutral verhält, die Gesellschaft aber ist pluralistisch, insofern sich in ihr Religionen und Weltanschauungen im Rahmen der öffentlichen Ordnung frei entfalten können. Ein Wort zu Laizismus und Fundamentalismus ist in einem SP-Programm wichtig, aber es gehört nicht in dieses Kulturkapitel, sondern unter IV.3.b. „Rechtsstaatlichkeit stärken“ (S. 34f.).

A-195 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 2, c, Punkt 4, letzte Zeile, Seite 31

Streichen: „aufdringliche“

Begründung: Die Bundesverfassung und die gültige Rechtssprechung des Bundesgerichtes verbieten das zur Schau stellen religiöser Symbole an Volksschulen grundsätzlich. Dies ist aus Gründen der Gleichberechtigung aller Weltanschauungen zu begrüßen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum das Parteiprogramm hier weniger weit gehen will.

A-196 Vittoria Romano, PS Ville de Genève, IV, 2, c, point 4, p. 31

Remplacer par : « Les socialistes réaffirment leur inaliénable conviction que la laïcité est une valeur constitutive fondamentale d'une démocratie. Le parti socialiste s'engage à faire progresser au niveau national *les principes de laïcité que sont la liberté de conscience, la neutralité de l'Etat en matière de religion et la séparation entre l'Etat et les organisations religieuses.*

A-197 Felix Birchler, SP St.Gallen, IV, 2, c, Punkt 4, Seite 31

Streichung des Teilsatzes: „[...] und in öffentlichen Gebäuden und Schulen das aufdringliche Zurschaustellen religiöser Symbole unterbinden.“

Begründung: Will die SP einem jungen Mädchen verbieten mit dem Kopftuch das Gymnasium zu besuchen? Will die SP einer Nonne verbieten sich in der Wartehalle eines Bahnhofes aufzuhalten? Will die SP einen Sikh zwingen seinen Turban auszuziehen, bevor er auf dem Einwohneramt seine neue Identitätskarte abholt?

Der Entwurf der GL will das „aufdringliche Zurschaustellen religiöser Symbole unterbinden“. Leider bleibt unerwähnt, dass religiöse Symbole häufig von Menschen getragen werden. Eine Verbannung religiöser Symbole aus dem öffentlichen Raum geht somit einher mit der Verbannung der sie tragenden. Dies kann keine Forderung der SP sein.

Der Entwurf der GL getraut sich zwar nicht das Unwort „Kopftuchverbot“ zu benutzen und versteckt das Thema im Kapitel „Kunst, Kultur und IT“. Aber es dürfte im Zuge der aktuellen Diskussionen wohl klar sein, worum es geht. Dass die GL jetzt auf den Zug derer aufspringen will, die im Kopftuch gleich eine Bedrohung des Abendlandes oder unseres Schulsystems sehen, ist bedenklich.

Ein bisschen mehr Gelassenheit im Umgang mit der Vielfalt und der Erscheinung der Religionen wäre wünschenswert. Wenn heute etwas die „Würde und Freiheit des Individuums“ gefährdet, dann ist es wohl eher die ausbeuterische Herrschaftsform des Kapitalismus.

A-198 Romain Felli, PS Vaudois, IV, 2, c, p. 31, engagement 4,

Biffer la première phrase (“Depuis les lumières...”) et la fin de la dernière phrase (à partir de “renoncer à toute indication...”).

Motif: la place d’un tel paragraphe au sein d’un chapitre sur la culture à l’ère numérique n’est pas évidente. Sur le fond la première phrase est historiquement fausse et inutile. La fin de la seconde phrase prétend ouvrir un débat qui, à notre sens, n’a pas lieu d’être.

Stellungnahme der Geschäftsleitung.

- **A-194 und A-195: Annehmen.**
- **A-196: Modifiziert annehmen.**

Begründung: Die Aufnahme der Ziffer 4 über den Laizismus geht auf zahlreiche Anträge in der ersten Runde zurück (**alt-A-481, alt-A-509, alt-A-510, alt-A-530, alt-A-646 und alt-A-958**). Die von Willy Spieler und den Jusos in **A-194 und A-195** angeregten Präzisierungen und Verdeutlichungen werden von der Geschäftsleitung gerne zur Annahme empfohlen. Dabei sollen auch Formulierungsvorschläge von **A-196** einfließen. Allerdings kann die SP Schweiz aus föderalistischen Gründen nicht flächendeckend in allen Kantonen die vollständige Trennung von Kirche und Staat fordern. Die Kantone haben unterschiedliche Laizismus-Modelle entwickelt, die untereinander grundsätzlich gleichwertig sind.

- **A-197 und A-198: Ablehnen.**

Begründung: **A-197** sei entgegengehalten, dass der Laizismus in der Schweiz nicht in erster Linie durch den Islam, sondern durch fundamentalistische Evangelikale und einen stockkonservativen Katholizismus bedroht ist. Es ist wichtig, dass die Sozialdemokratie der in **A-195** erwähnten Praxis des Bundesgerichts politisch den Rücken stärkt. Das Bundesgericht hat u.a. klar festgestellt, dass in Schulzimmern keine Kreuzfixe angebracht werden dürfen, was von der Geschäftsleitung unterstützt wird. **A-198** will sich über diese Fragen lieber ausschweigen und auch die Rolle der Menschenrechtsdebatte in dieser Frage wegstreichen. Auch hier empfiehlt die Geschäftsleitung Ablehnung.

Anträge zu 6. Medienpolitik

A-199 Renatus Beck, SP Bümpliz/Bethlehem, IV, 2, c, Punkt 6, 1. Strich, Seite 31

Ergänzen mit einem kurzen Hinweis, wie die Stärkung der Pressefreiheit und die Unterbindung der Einflussnahme des Kapitals erfolgen soll.

Begründung: Wir sind mit diesem Satz voll einverstanden, sollten aber dem breiteren Publikum doch eine Ahnung vermitteln, wie wir das praktisch erreichen können.

A-200 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 2, c, Punkt 6, 2. Strich, Seite 31

Streichen: „über Gebühren“

Ersetzen: *über Steuern*

Begründung: Die Finanzierung über Gebühren ist genauso unsozial wie die Kopfprämie bei der Krankenversicherung.

Stellungnahme der Geschäftsleitung A-199 und A-200: Annehmen.

Begründung: Die Geschäftsleitung schlägt vor, **A-199** wie folgt umzusetzen: „... auf redaktionelle Inhalte unterbinden. *Die SP steht für eine gezielte Förderung der abonnierten Presse unter Einbezug von Mitgliederzeitungen mit Bundesmitteln ein, damit in den Redaktionen gut ausgebildetes Personal für die Steigerung der Qualität sorgen kann.*“

Die Geschäftsleitung empfiehlt auch **A-200** zur Annahme.

Anträge zu 8. Urheberrecht

A-201 PS Vaud : Note pour la traduction IV, 2, c, p. 32, point 8

Le terme d' « usage collectif » qui est utilisé ici nous paraît inadéquat. Des usages collectifs à buts lucratifs devraient être payants. Il faudrait plutôt parler ici d' « usage collectif sans but lucratif ».

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-201: Annehmen.

Begründung: Dieser Antrag betrifft nur die Übersetzung ins Französische. Auf Deutsch ist der Sachverhalt mit dem Begriff „gemeinnützig“ hinreichend klargestellt. Mit der von **A-201** vorgeschlagenen Formulierung im Französischen wird auch dort das Argument verdeutlicht.

Anträge zu "3. Die Demokratie und den Rechtsstaat stärken"

Anträge zu "a. Die Demokratie weiter entwickeln"

A-202 Benoît Gaillard, PS Lausanne, IV, 3, a, deuxième paragraphe, p. 33

Biffer le deuxième paragraphe : Autant la forme contre les minorités.)

Motif: ce paragraphe est absurde. Si le droit dit "supérieur" est effectivement légitimé démocratiquement, alors le paragraphe est contradictoire. En réalité, le droit dit "supérieur" n'est pas démocratique: il n'est pas le résultat d'un processus engageant l'ensemble de la population, mais est le résultat d'accords internationaux, c'est-à-dire d'accords entre Etats. La question qui se pose alors est de savoir qui décide du contenu des droits humains et du contenu du droit international? Ce contenu ne peut, bien sûr, être décidé que démocratiquement. Les barrières qu'évoque le paragraphe ne sont pas à chercher dans le droit international, mais bien dans le combat politique: nous devons convaincre la majorité de la population de la justesse de nos positions, plutôt que de se réfugier derrière les juristes.

A-203 (= alt-A-538) : SP Kirchlindach, IV, 3, a, S. 31 ff

Die Weiterentwicklung der Demokratie ist ein lobenswertes Anliegen der SP. Allerdings betreffen verschiedene Vorschläge Anliegen, die kaum mehrheitsfähig sind und auch keine Stimmen bringen, wie das Stimm- und Wahlrecht für ImmigrantInnen und für 16jährige. Es wäre auch kein Fortschritt, wenn die kantonalen Direktorenkonferenzen entmachtet und die Zusammenarbeit mit der Begründung Demokratiedefizit den häufig viel konservativeren kantonalen Parlamenten übertragen würde. Kantonsüberschreitende Problemlösungen würden dadurch noch zeitaufwändiger und auf jeden Fall nicht besser.

Der Vorschlag, als zusätzliches Organ des Staates einen Wirtschafts- und Sozialrat im Sinne eines Zukunftsrates einzuführen, der die eidgenössischen Räte berät und mit einem Antragsrecht ausgestattet ist, ist abzulehnen. Das Erkennen und Bearbeiten von Zukunftsfragen ist eine Kernaufgabe der politischen Parteien; das Parlament bedarf keiner Beratungsfirma und keines Think Tank à la Avenir Suisse. Die SP ist die wichtigste Partei, welche sich für die Rechte der ImmigrantInnen eingesetzt; sie müsste aber auch klar deren Pflichten formulieren.

A-204 (= alt-A-539) : PS La Chaux-de-Fonds: Page 31 – chapitre 2 – lettre a – 1^{ère} phrase
Amendement: remplacer : « ~~d'une bonne~~ société » par « **de notre** société ».

A-205 (= alt-A-540) : PS Ville de Genève : page 31 : remplacer « supérieur » par « renforce ».

A-206 (= alt-A-541) : Parti socialiste jurassien (PSJ, IV, 2, a

La question du fonctionnement du Conseil fédéral et du nombre de ses membres est complètement absente du programme, qui à l'inverse s'étend sur ce que le parti prévoit pour les organisations internationales. Rien non plus sur la participation du PSS au Conseil fédéral. Il faut lancer ici l'idée d'une coalition PS/VERTS/PDC/PLR), sur la base d'un programme, l'UDC étant rejetée du gouvernement.

A-207 (= alt-A-542) : SP Kanton St. Gallen, IV, 2, a, 1. Absatz

Änderung Formulierung: „Regierungsform“ statt „Herrschaftsform“

Zudem sollten hier Überlegungen der SP einfließen, was gegen die allgemeine Politikverdrossenheit getan werden kann.

A-208 (= alt-A-543) : SP Zürich 7 und 8, IV, 2, a, 1. Absatz,

4. Zeile: Ersatz des Wortes „Herrschaftsform“ durch „politische Ordnung“.

A-209 (= alt-A-544) : SP Zürich 5, IV, 2, a, 1. Absatz, 2. Satz

Wir halten die direkte Demokratie, wie sie sich in den ersten 160 Jahren des Bundesstaates herausgebildet und etabliert hat, für die in der Schweiz angemessene ~~Herrschaftsform~~ ersetzen durch Staatsform. ...

A-210 (= alt-A-545) : SP Dietlikon, IV, 2, a, 2. Absatz, 1. Satz

Ergänzung: "So wichtig die demokratische Staatsform für uns ist, so wichtig ist es auch, ihre Grenzen zu benennen, denn auch das Volk darf nicht alles. Demokratie findet ihre Grenzen **in den Grundrechten und** im übergeordneten Recht, das ja seinerseits demokratisch legitimiert ist, also in den Menschenrechten und im Völkerrecht, auf kantonaler Ebene zusätzlich im Bundesrecht."

Begründung: Grundrechte sind wesentliche Rechte, die Mitgliedern der Gesellschaft gegenüber Staaten als beständig, dauerhaft und einklagbar garantiert werden.

A-211 (= alt-A-546) : SP Heimberg, IV, 2, a, 3. + 4. Absatz, streichen

Streichen: „Das Prinzip Demokratie muss in der ganzen Gesellschaft zwingend ein Demokratisierungsbedarf bei den internationalen Organisationen.“

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

- **Antrag A-202: Modifiziert annehmen.**
- **Anträge A-203 bis A-211 (= alt-A-538 bis alt-A-546): Ablehnen**

Begründung: Dem Stimmvolk werden in jüngster Zeit immer häufiger Volksinitiativen vorgelegt, welche im Widerspruch zum Völkerrecht stehen und Minderheiten diskriminieren. Die Geschäftsleitung kann deshalb **A-202** nicht zustimmen, den ganzen Absatz über die völkerrechtlichen Grenzen der direkten Demokratie zu streichen. Sie nimmt aber gerne den Hinweis von **A-202** auf, dass der Begriff „droit supérieur“ möglicherweise missverständlich ist und schlägt vor, stattdessen – in französischer Sprache – von „droit fondamental“ zu sprechen. (Dies betrifft nur die Übersetzung ins Französische.)

A-203 (= alt-A-538) wird zur Ablehnung empfohlen, weil die Mehrheitsfähigkeit keine Voraussetzung unserer Forderungen ist. **A-204 (= alt-A-539)** übersieht, dass hier nicht über die Schweiz gesprochen wird, sondern eine international vergleichende Aussage gemacht wird. Die direkte Demokratie schwächt die Rolle des Parlaments, weil dieses nicht abschliessend entscheiden kann. Deshalb wird auch **A-205 (= alt-A-540)** zur Ablehnung empfohlen. **A-206 (= alt-A-541)** will feste Parteikoalitionen festschreiben, was die Verhandlungsfähigkeit der SP in der heute noch nicht bekannten Zukunft allzu stark einschränken würde. Demokratie ist in der Tat eine Herrschaftsform und keine "Regierungsform" **A-207 (= alt-A-542)**, "politische Ordnung" **A-208 (= alt-A-543)** oder "Staatsform" **A-209 (= alt-A-544)**. Grundrechte und Menschenrechte **A-210 (= alt-A-545)** werden im Programm weitgehend synonym verwendet. Dem Kürzungsvorschlag **A-211 (= alt-A-546)** würden wichtige Vorschläge zur „Demokratisierung alles Demokratisierbaren“ zum Opfer fallen, was in diesem Kernbereich sozialdemokratischer Programmatik zur Ablehnung empfohlen wird.

Anträge zu 1. Parteienfinanzierung

A-212 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, IV, 3, a, engagement 1, p. 33

Reformuler depuis la troisième phrase : « Pour garantir le débat démocratique, le PS veut une loi sur la transparence et le plafonnement du financement des partis et des campagnes politiques. »

Motif : notre première revendication doit être d'augmenter la transparence et de limiter l'inflation des moyens accordés aux campagnes.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Modifiziert annehmen.

Begründung: Die vorgeschlagene Formulierung wird gerne an Stelle des dritten Satzes aufgenommen. Dabei soll allerdings die zweite Aussage des dritten Satzes erhalten bleiben: Die aktuelle Verflechtung zwischen Staat und Wirtschaft muss abgebaut werden.

Anträge zu 2. Verfeinerung der direktdemokratischen Instrumente

A-213 (= alt-A-602) : SP Bucheggberg, IV, 2, b, S. 34, Punkt 5 (neu Punkt 2)

Noch mehr Abstimmungen, Referenden, Initiativen...!!! Das wird zu viel! Die Leute machen das nicht mit. Wir sind klar gegen eine Volksinitiative, die den BR bez. Aussenpolitik verpflichten soll. Öffnet populistischen Anliegen Tür und Tor!

A-214 (= alt-A-603) : PS Ville de Genève, IV, 2, b, S. 34, Punkt 5 (neu Punkt 2)

Supprimer: « Et nous devrions créer une nouvelle forme d'initiative populaire permettant au peuple de donner des mandats concrets au Conseil fédéral dans le domaine de la politique étrangère. »

A-215 (= alt-A-604) : SP Bern Altstadt, IV, 2, b, S. 34, Punkt 5 (neu Punkt 2) (bekräftigt von Müller Michael, SP Bern Altstadt)

Punkt 5, Streichen letzter Satz zur Aussenpolitischen Volksinitiative.

Begründung: Lädt nur zu einem Populismus von rechts-Aussen ein.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-213 bis A-215 (=alt-A-602 bis alt-A-604): Ablehnen.

Begründung: Die GL möchte daran festhalten, das Initiativrecht sei auf aussenpolitische Vorschläge auszuweiten, und lehnt **A-213 bis A-215 (alt-A-602 bis alt-A-604)** ab. Ein solches neues Instrument ist angesichts des laufenden Machttransfers zur supranationalen Ebene besonders wichtig (siehe auch Europa-Plattform der SP von 2006, Kapitel 5.4, Reform der direkten Demokratie und EU-Beitritt).

Anträge zu 3. Ausweitung Stimm- und Wahlrecht**A-216 Mathys Samuel, SP Stadt Solothurn, IV, Ziff. 3,a, Stimmrechtsalter 16 streichen (Entwurf vom 10. September 2010)**

Die Forderung nach der Senkung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 16 Jahre sei zu streichen (Kapitel IV, Ziff. 2a, S. 32, Forderung 1, bzw. Kapitel IV, Ziff. 3a, S. 33, Forderung 3, Satz 2 im zweiten (Entwurf vom 10. September 2010).

Begründung: Die SP der Stadt Solothurn ist der Auffassung, dass diese Forderung nicht in das neue Parteiprogramm gehört. Eine Mehrheit der SP der Stadt Solothurn ist diesbezüglich der Meinung, dass eine grosse Mehrheit unserer Jugendlichen gar nicht das Bedürfnis hat, bereits mit 16 Jahren stimmen und wählen gehen zu können, da in diesem Alter andere Dinge und Bedürfnisse im Vordergrund stehen.

A-217 (= alt-A-548) : Parti socialiste jurassien (PSJ), IV, 2, a, chiffre 1 – biffer « ... dès 16 ans »

Au point 1 est demandé le droit de vote à 16 ans. La seule introduction du droit de vote à 16 ans n'a pas beaucoup de sens. Elle doit s'inscrire dans un développement global de la participation des jeunes à la vie politique, avec plus de moyens dans ce but. Il convient aussi de réfléchir sur la question de l'harmonisation entre la majorité civique et la majorité civile.

A-218 (= alt-A-549) : Section de Pully, Paudex, Belmont, IV, 2, a, suppression du chiffre 1

Nous ne souscrivons absolument pas à l'idée d'accorder le droit de vote à 16 ans, ni d'ailleurs à celle de l'accorder, sans conditions, au migrants. Nous demandons la suppression de ce point.

A-219 (= alt-A-550) : SP Winterthur-Töss, IV, 2, a, Punkt 1, Stimmrechtsalter 16: streichen

Das Postulat „Stimmrechtsalter ab 16“ möchten wir streichen!

Begründung: Rechte und Pflichten der BürgerInnen sollen in einem Gleichgewicht stehen, das Stimmrecht soll nicht vor der Mündigkeit beginnen. Es wäre auch kein Weg, die politische Beteiligung zu erhöhen, wenn einfach allen, meist unerfahrenen Jugendlichen das Stimmrecht nachgetragen wird. Dies ist entwicklungspsychologisch unpassend. Das Stimm-/Wahlrecht wird entwertet, wenn es zu früh gewährt wird. Bezogen auf die Persönlichkeitsentwicklung hat die Jugend das Privileg zur Rebellion und nicht die Pflicht, sachpolitische Lösungsansätze zu überdenken. Last but not least wird die Wichtigkeit des Stimmrechts für Niedergelassene reduziert, wenn das Postulat „Stimmrecht ab 16“ nahtlos daran angeschlossen ist.

A-220 (= alt-A-551) : SP Zürich 10, IV, 2, a, Punkt 1, Stimmrechtsalter 16: streichen
~~streichen~~, ~~in zweiter Linie aus der Senkung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 16 Jahre.~~

Begründung: Im Bereich der politischen Demokratie besteht der Reformbedarf in erster Linie aus der Gewährung des Stimm- und Wahlrechts an niedergelassene Immigrantinnen und Immigranten.

A-221 (= alt-A-552) : SP Deitingen, IV, 2, a, Punkt 1, Stimmrechtsalter 16: streichen
„in zweiter Linie aus der Senkung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 16 Jahre“ ist zu streichen.

A-222 (= alt-A-553) : SP Stadt Luzern, IV, 2, a, Punkt 1, Stimmrechtsalter 16: streichen
Das Stimmrechtsalter 16 ist genauso willkürlich gewählt wie 18. Diese Forderung ist entweder ganz wegzulassen oder aber sollen alternative Prinzipien ins Auge gefasst werden wie z.B. das individuelle Stimmrecht auf Antrag.

A-223 (= alt-A-554) : SP Wettingen, IV, 2, a, Punkt 1, Stimmrechtsalter 16: relativieren
Senkung des Stimmrechtsalters: Dieses muss in Bezug gestellt werden zum Mündigkeitsalter und auf allfällige problematische Interferenzen geprüft werden.

Begründung: Problematisch erachten wir das Senken des Stimmrechtsalters. Heute wird eine Person mit 18 Jahren volljährig, was einerseits Rechte (Handlungsfähigkeit, Verträge allein rechtsgültig abschliessen können, Erhalt des Stimmrechts, Möglichkeit Führerschein zu erwerben etc.) aber auch Pflichten (Beurteilung einer Straftat nach Erwachsenenstrafrecht etc.) mit sich bringt. Will man das Stimmrechtsalter senken, muss zunächst geprüft werden, ob das losgelöst von den übrigen Punkten erfolgen kann und ob dies überhaupt Sinn macht.

A-224 (= alt-A-555) : SP Aarau, IV, 2, a, Punkt 1, Stimmrechtsalter 16 nur für kommunale Ebene

Die letzte Senkung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre korrelierte mit der Senkung des Mündigkeitsalters. Im Nachgang hatte dies für jugendliche Arbeitnehmende zur Folge, dass von den eidgenössischen Räten der Jugendschutz für diese Altersgruppe aufgeweicht wurde. Heute dürfen sogar Lernende in der beruflichen Grundbildung zu Sonntagsarbeit und zu Überstunden herangezogen werden. *Die Forderung, das Stimm- und Wahlrechtsalter auf 16 Jahre zu senken (S. 32), soll auf das aktive Stimm- und Wahlrecht auf kommunaler Ebene eingeschränkt werden.*

A-225 (= alt-A-556) : SP Kanton Graubünden, IV, 2, a, Punkt 1, Stimmrechtsalter 16: streichen

"(...) Wahlrechtsalters auf 16 Jahre" die Zahl 16 ersatzlos streichen.

Das Parteiprogramm hat den Anspruch die Verfassung für die SP zu sein. Das sagt schon aus, dass es einige Jahre "haltbar" sein muss. Ob die Forderung nach dem Stimmrechtsalter 16 in 20 Jahren noch zeitgemäss sein wird, weiss niemand. So war vor einigen Jahren die Forderung nach dem Stimmrechtsalter 18 beinahe revolutionär. Wieso also in Zukunft kein tieferes Stimmrechtsalter?

A-226 (= alt-A-557) : SP Erlenbach, IV, 2, a, Punkt 1, Stimmrechtsalter 16 nur für kommunale Ebene

Punkt 1: ... in zweiter Linie aus der Senkung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 16 Jahre Bedingung stellen für Stimmrecht ab 16. Rechte gehen mit Pflichten einher. Handlungsspielraum wächst mit dem Vermögen, Verantwortung dafür zu tragen. Mitbestimmung ist ein Recht, Mitverantwortung die damit einhergehende Pflicht. Ich schlage deshalb vor, folgende Bedingung damit zu verknüpfen: „Eltern sind berechtigt, für ihre Kinder ab 16 Jahren bei der Gemeinde das Stimm- und Wahlrecht zu beantragen.“

Begründung: Eltern bzw. die Erziehungsberechtigten können beurteilen, ob die/der jeweilige Jugendliche sich verantwortungsvoll und pflichtbewusst verhält. Sie sind quasi der Prüfstein, der unter Umständen im Weg liegt bzw. den es zu überzeugen gilt.

A-227 (= alt-A-558) : SP Allschwil / Schönenbuch, IV, 2, a, Punkt 1, Stimmrechtsalter 16 eher streichen

Stimm- und Wahlrechtsalter 16: eher nein – aktiv und passiv soll nicht getrennt werden. Für Immigranten beide Rechte nicht trennen, Wohnsitzdauer eher hochhalten!

A-228 (= alt-A-559) : SP Oftringen, IV, 2, a, Punkt 1, Niedergelassene präzisieren

Das Stimm- und Wahlrecht für Niedergelassene wird in der Bevölkerung sehr umstritten sein. Wir sind der Meinung, dass hier zum besseren Verständnis umschrieben sein sollte, was ein niedergelassener ImmigrantIn überhaupt ist. Wir würden eine Differenzierung nach kommunaler und kantonaler, resp. eidgenössischer Mitbestimmung begrüssen.

A-229 (= alt-A-560) : PS La Chaux-de-Fonds, IV, 2, a, chiffre 1, préciser

Préciser les conditions (permis C?) du droit de vote et d'éligibilité des migrants.

Commentaire: une partie non négligeable de la section est dubitative sur l'introduction du droit de vote dès l'âge de 16 ans."

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-216 bis A-229 (A-217 bis A-229 = alt-A-548 bis alt-A-560): Ablehnen.

Begründung: Die Geschäftsleitung schlägt im Programmentwurf das Stimmrechtsalter 16 vor, die Anträge **A-216 bis A-227** lehnen dies ab. Die Geschäftsleitung bittet darum, an dieser wichtigen Forderung festzuhalten. Immerhin muten wir den Jungen in anderen Bereichen auch viel gesellschaftliche Verantwortung zu. Das ist auch richtig so. Aber dann sollen wir die junge Generation auch in die politische Verantwortung einbinden und sie aktiv mitmachen lassen. Denn nur wer gefragt wird, beginnt zu denken. Nur wer sich angespro-

chen fühlt, fühlt sich auch betroffen, und nur wer erkennt, was die Politik mit dem eigenen Lebensalltag zu tun hat, engagiert sich. Die teilweise angemahnte Einheitlichkeit der Altersgrenzen in unserer Rechtsordnung ist ein Mythos, denn diese kennt schon heute ganz verschiedene Altersgrenzen.

A-228 und A-229 möchten genauer definiert haben, was genau unter dem Begriff „Niedergelasse“ verstanden wird. Dieser Begriff ist freilich rechtlich hinreichend klar definiert. In der Tat geht es um das permis C, wie dies auch **A-229** erwähnt. Das EU-Recht gibt allen Niedergelassenen zwingend das kommunale Stimm- und Wahlrecht. Die Geschäftsleitung möchte offen lassen, auf welcher Ebene das neue Recht angesiedelt werden soll. Sie will damit Hand bieten, niedergelassenen AusländerInnen auch das kantonale und eidgenössische Stimm- und Wahlrecht zu gewähren. In diesem Sinne empfiehlt die Geschäftsleitung, **A-228 und A-229** abzulehnen.

Anträge zu 5.: Demokratiedefizit von internationalen Institutionen

A-230 (= alt-A-563) : SP Bern Altstadt, IV, 2, a, Punkt 3, S. 32

Punkt 3: Streichen des zweiten Teils, welcher den Einbezug der nationalen Parlament fordert, es bleibt nur noch: *"Der Demokratisierungsbedarf der wichtigen internationalen Institutionen muss eingelöst werden durch ihre eigene Parlamentarisierung."*

Begründung: Nationale Parlamente stärken nur nationalistische Egoisten in der Entscheidung. Wir stehen ja auch nicht für eine Stärkung der kantonalen Parlamente in der nationalen Politik ein. Der richtige Weg ist die Parlamentarisierung der Internationalen Ebene.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-230 (=alt-A-563): Ablehnen.

Begründung: Die Aussenpolitik und damit die Wahrnehmung der nationalen Interessen (auch gegenüber internationalen Organisationen) liegt heute in allen Staaten in der Kompetenz der Exekutive (Regierung). Es gibt Parlamente wie der US-Kongress, die der Exekutive enge Fesseln anlegen können. Die schweizerische Bundesversammlung hat demgegenüber nur wenig zur Führung der schweizerischen Aussenpolitik zu sagen: sie bewilligt Kredite, genehmigt die vom Bundesrat allein ausgehandelten Verträge und hat ein schwaches Mitspracherecht im Vorfeld wichtiger Verhandlungen. **alt-A-563** würde im Kern darauf hinauslaufen, der Bundesversammlung selbst diese bescheidenen Rechte noch wegzunehmen. Profitieren würde davon nicht die Demokratie, sondern der Bundesrat, der die Aussenpolitik der Schweiz noch eigenmächtiger als heute ausgestalten könnte.

Auch die EU hat im Lissabonner Vertrag einen anderen, besseren Weg gewählt. Einerseits stärkt der Lissabonner Vertrag die Rechte des direkt gewählten Europäischen Parlamentes noch einmal deutlich. Andererseits erhalten auch die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten zusätzliche Rechte. Dies ist auch deswegen sinnvoll, weil sich Sachgeschäfte selten trennscharf ausschliesslich der nationalen oder ausschliesslich der übergeordneten internationalen (bzw. europäischen) Ebene zuordnen lassen. Vielfach muss beispielsweise national umgesetzt werden, was supranational beschlossen wurde. Auch deshalb sollen beide parlamentarischen Ebenen demokratisch mitreden und mitentscheiden können.

Anträge zu " b. Rechtsstaatlichkeit stärken und Föderalismus erneuern "**Anträge zu 2. Gebietsreform****A-231 (= alt-A-595) : SP Kanton Solothurn und SP Olten, IV, 2, b, S. 33/34, Punkt 3**

In Punkt 3 soll die kantonsübergreifende Zusammenarbeit betont werden. Den letzten Satz „langfristig soll die Anzahl der Kantone stark reduziert werden...“ streichen.

Damit geht kein Demokratie- und Gerechtigkeitsgewinn einher. Einfach grössere Einheiten fordern bringt in der Praxis nichts. Eine solche Forderung müsste wenn schon von unten, von der jeweiligen Bevölkerung auskommen.

A-232 (= alt-A-596) : SP Bucheggberg, IV, 2, b, S. 33/34, Punkt 3

Drei letzte Zeilen streichen. Das muss sich aus dem Prozess ergeben.

A-233 (= alt-A-597) : SP International, IV, 2, b, S. 33/34, Punkt 3

Langfristig sollen die Anzahl Kantone stark reduziert **abgeschafft** werden. Damit können grössere und eigenständigere Einheiten **Regionen** als heute untereinander gleichwertig und mit neuer Vitalität ihre zukunftsgerichteten Aufgaben erfüllen können.

Kritik: Hier sollten gleich „Nägel mit Köpfen“ gemacht werden. Da die Kantone keine zukunftsfähige Struktur darstellen, macht es auch keinen Sinn, sie nach und nach abschaffen zu wollen. Es muss eine deutliche Alternative vorgestellt werden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-231 bis A-233 (=alt-A-595 bis alt-A-597): Ablehnen.

Begründung: **A-231 bis A-233 (=alt-A-595 bis alt-A-597)** werden zur Ablehnung empfohlen. Das föderalistische Gefüge der Schweiz geht einerseits auf das Diktat von Napoleon Bonaparte zurück, das er 1803 mit der Mediationsakte aussprach, und andererseits auf die Restauration von 1815. Seither sind fast 200 Jahre vergangen, ohne dass die Kantons-grenzen jemals an den massiven historischen Wandel angepasst worden wären.

Die Geschäftsleitung schliesst sich dem Urteil des ehemaligen Direktors des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE) Prof. Pierre-Alain Rumley (SP, NE) an, dass eine weitreichende Gebietsreform heute unverzichtbar ist. Die Abschaffung aller Kantone (**A-233 = alt-A-597**) geht demgegenüber klar zu weit. Wir wollen den Föderalismus erneuern und an die Herausforderungen von heute und morgen anpassen, lehnen aber einen total zentralisierten Staat ab.

Anträge zu 3. Verfassungsgerichtsbarkeit**A-234 (= alt-A-598) : SP Wettingen, IV, 2, b, S. 34, Punkt 4**

Die Einführung eines Verfassungsgerichts: Wir beantragen, dass sich die SP für einen effektiven, effizienten demokratischen parlamentarischen Weg einsetzt, um die Verfassungsmässigkeit von Beschlüssen zu prüfen.

Begründung: Die Einführung eines Verfassungsgerichtes ist insofern problematisch, als dann erfahrungsgemäss nur wenige Personen (3-5) über derart Grundsätzliches entscheiden. Menschen in welcher Funktion und mit welcher Funktion auch immer bleiben Menschen, d.h. sie sind anfällig für verschiedene Dinge. Zu beobachten ist dies am Beispiel des Bundesgerichts: Vor wenigen Jahren machte die „Spuck-Affäre“ Schlagzeilen, vor Kurzem war das Eidgenössische Versicherungsgericht im Zentrum der Aufmerksamkeit als verschiedene Bundesrichter sich gegenseitig nicht mehr trauten und ihr Büros verriegelten und wenn man noch etwas genauer in den Justiz-Betrieb hineinsieht, ereilt einen das Grauen; kurz es „menschelt“ auch am höchsten Gericht des Landes, was sich leider mitunter auch in den Urteilen niederschlägt. Wir beantragen, dass sich die SP für einen effektiven, effizienten demokratischen parlamentarischen Weg einsetzt, um die Verfassungsmässigkeit von Beschlüssen zu prüfen.

A-235 (= alt-A-599) : SP Allschwil / Schönenbuch, IV, 2, b, S. 34, Punkt 4

Punkte 4 und 5 – besteht da nicht ein Widerspruch? Oder erschwert das eine nicht das andere?

**Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-234 und A-235 (= alt-A-598 und alt-A-599):
Ablehnen.**

Begründung: Heute ist das Schweizer Parlament frei, Beschlüsse und sogar Gesetze zu erlassen, welche gegen die Bundesverfassung und gegen völkerrechtlich garantierte Grundrechte verstossen. Das ist auch mehrfach so gemacht worden, etwa durch die Gültigerklärung von Volksinitiativen, welche das Völkerrecht und namentlich die Menschenrechte verletzen. **A-234** möchte diesen Zustand aufrechterhalten, die Geschäftsleitung empfiehlt Ablehnung. **A-235** vermutet einen Widerspruch, wo die Geschäftsleitung keinen erkennen kann.

Anträge für neue Punkte

A-236 Esther Weibel, SP Zürich 11, IV, 3, b, neue Ziffer, S. 34/35

Städte & ländliche Regionen

Einfügen: „Die SP Schweiz schätzt und pflegt die unterschiedlichen Qualitäten von urbanen und ländlichen Lebensräumen. Mit Ihrer Politik unterstützt sie eine soziale Entwicklung, die ländliche wie urbane Lebensräume in ihrer Qualität stärkt und sie setzt sich gegen die unkontrollierte Zersiedelung der Landschaft ein.“

A-237 Mirella Wepf, SP Zürich 3, IV, 3, b, neue Ziffer, S. 34/35

Städte & ländliche Regionen

Einfügen: „Die Bevölkerung von Schweizer Städten ist auf Bundesebene unterrepräsentiert. Die SP setzt sich dafür ein, dass diese in Bundesbern angemessenes Gewicht bekommt.“

A-238 (= alt-A-612) : SP Zürich 6, IV, 2, b, S. 34, neuer Punkt: Abschaffung Ständemehr
Neue Forderung einfügen: "Wir fordern die Abschaffung des Ständemehrs."

Eventualantrag: "Sollte sich das Ständemehr nicht abschaffen lassen, so sollen zumindest die Gewichtungen der Kantone angepasst werden."

Begründung: Das Ständemehr wurde zum Schutz der katholischen Kantone nach dem Sonderbundkrieg installiert, hat aber in der heutigen Zeit auf Grund der Kantonsdemographie und den geänderten politischen Konfliktlinien seine Berechtigung verloren. Die heutige politische Landschaft zeigt immer deutlicher einen Stadt-Land Konflikt, bei dem die Städte entgegen ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung strukturell benachteiligt sind. Bei einer Beibehaltung des Ständemehrs ist die Zählweise der Stimmen anzupassen. Reformvorschläge gibt es zuhauf: So könnte die Gewichtung geändert und grosse Kantone doppelt gezählt werden oder die grössten Städte könnten eine Standesstimme erhalten.

A-239 Andreas Burger, SP Zürich 6 (= Rückkommen auf alt-A-613), IV, 2, b, S. 34, neuer Punkt: Benachteiligung der Städte

Neue Forderung einfügen: "Die Benachteiligung der Städte im schweizerischen politischen System ist abzubauen. Die Städte sollen im Ständerat angemessen vertreten sein. Städte mit mehr als 100'000 Einwohnern haben Anrecht auf einen Sitz im Ständerat, Städte mit mehr als 200'000 Einwohnern haben Anrecht auf zwei Sitze. Der Ständerat wird um diese ‚städtischen‘ Sitze erweitert. Einwohnerinnen und Einwohner von Städten, die eigene Mitglieder des Ständerats wählen, dürfen an den Ständeratswahlen in ihrem Kanton nicht teilnehmen. Für die Kantone Basel Stadt und Genf wird eine Sonderregelung getroffen. Der Ständerat wird umbenannt in Rat der Stände und der Städte."

Begründung: Der Ständerat hat sich seit 1848 grundsätzlich nicht verändert (hinzu kamen einzig zwei Sitze für den neuen Kanton Jura). Dadurch werden die Bewohnerinnen und Bewohner der grösseren Städte stark benachteiligt und die Interessen der Städte können in unserem politischen System nur ungenügend vertreten werden. Mittelfristig muss dies mit einer neuen politischen Aufteilung der Schweiz, die dem 21. Jahrhundert entspricht, korrigiert werden. Schon kurzfristig ist es aber nötig, dass die Städte endlich im Ständerat eine Vertretung erhalten. Dass dies geschieht, dafür muss sich die SP, die ihre grösste Stärke in den Städten hat, einsetzen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

- **Anträge A-236 und A-237: Annehmen.**
- **Antrag A-238 (=alt-A-612): Ablehnen.**
- **Antrag A-239 (= Rückkommen auf alt-A-613): Modifiziert annehmen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung hat in der ersten Vernehmlassungsrunde festgestellt, dass die Frage des Gleichgewichts zwischen Stadt und Land innerhalb der Partei eine sehr sensible Frage darstellt. Ziemlich viele Anträge – namentlich aus dem Raum Zürich – regten eine wesentliche Stärkung der Städte und Agglomerationen im föderalistischen Gefüge der Schweiz an. Ebenso viele Anträge aus anderen Gegenden der Schweiz brachten – mit ebenso guten Argumenten – die berechtigte Sorge vieler ländlicher Regionen zum Ausdruck, durch die sich beschleunigte Urbanisierung der Schweiz an den Rand gedrückt zu werden. Für die Geschäftsleitung ist es sehr wichtig, dass die SP die Interessen aller wahrnimmt: die urbanen Interessen ebenso wie die Interessen ländlicher Regionen. Sie ist überzeugt, dass es **A-236 und A-237** gelungen ist, dafür gute Formulierungen zu finden und schlägt vor, diese miteinander als neue Ziffer 3 (die jetzige Ziffer 3 wird dann zur Ziffer 4) ins Parteiprogramm aufzunehmen.

Mit Annahme von **A-236 und A-237** kann gleichzeitig den Anliegen von **A-238 (=alt A-612)** und **A-239 (= Rückkommen auf alt-A-613)** zumindest teilweise Rechnung getragen werden. Im Sinne eines Kompromisses wird zudem vorgeschlagen, neu die Formulierung von **A-239** ins Parteiprogramm aufzunehmen: „Die Bevölkerung von Schweizer Städten ist auf Bundesebene unterrepräsentiert. Die SP setzt sich dafür ein, dass diese in Bundesbern angemessenes Gewicht bekommt.“

Die gleichzeitige komplette Abschaffung des Ständemehrs (**A-238 = alt-A-612**) wird abgelehnt, weil für die Geschäftsleitung die umfassende Gebietsreform Vorrang hat (siehe Programmentwurf, Ziffer 2). Wenn wir deutlich weniger und ungefähr gleich grosse Kantone haben, so hat auch das Ständemehr wieder seine Berechtigung. Der Eventualantrag von **A-238** wird zur Ablehnung empfohlen, weil der Hinweis auf das mögliche Scheitern unserer Forderungen nicht ins Parteiprogramm gehört.

Mit der Annahme von **A-236 und A-237** und der modifizierten Annahme von **A-239 (= Rückkommen auf A-613)** wird das Thema Städte und Agglomerationen im Parteiprogramm an dieser Stelle nun differenziert und doch griffig behandelt. Es sei auch auf das neue Raumplanungskapitel IV, 6, d hingewiesen. **A-238** wird damit hinfällig.

A-240 Descombes-Della Schiava Vanda, SP Köniz, IV, 3, b, neue Ziffer, S. 34/35

„Rechtsstaatlichkeit und föderalistisches Subsidiaritätsprinzip stärken“ ist zu ergänzen mit einer klaren Aussage gegen die Fichierung und staatliche Überwachung des einzelnen. Die politischen Freiheiten des einzelnen und die bestehenden Gesetze sind einzuhalten.

Begründung: Die SP Köniz ist der Meinung, dass die SP Schweiz klar Stellung nehmen muss, wo sie staatliche Kontrolle mitträgt und wo die Grenzen zur Fichierung liegen. Es muss klar gestellt werden, dass die SP das Überwachen politischer Arbeit im Rahmen der Gesetze nicht akzeptiert. Der Skandal um die die Fichierung auf professionellem Niveau unter krasser Missachtung der bestehenden Gesetze lässt schlimmes erahnen. Und braucht klare Kontrapunkte!

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-240: Annehmen.

Begründung: Die Geschäftsleitung stimmt **A-240** zu, dass eine klare Aussage gegen die Fichierung ins Parteiprogramm gehört. Sie schlägt vor, die Ziffer 90 aus dem Parteitags-Positionspapier von 2008 zur öffentlichen Sicherheit ins Parteiprogramm aufzunehmen und zwar als neue Ziffer 3 (die jetzige Ziffer 3 wird dann zur Ziffer 4):

„3. Die Zeit des Fichenstaates darf nicht wiederkehren. Es sind die rechtlichen Grundlagen für eine Stärkung der Aufsicht über die geheimdienstliche Tätigkeit des Bundes zu schaffen. Namentlich braucht es einen unabhängigen Staatsschutzbeauftragten bzw. eine Staatsschutzbeauftragte, welche/r von der Bundesversammlung zu wählen ist und dem/der ein umfassendes Einsichtsrecht in die gesamte Tätigkeit des präventiven Staatsschutzes zusteht. Unverzichtbar ist zudem eine periodische Berichterstattung des/der Staatsschutzbeauftragten an das Parlament. Die Ausübung politischer Grundrechte wie Teilnahme und Organisation einer Demonstration, aber auch politischer, juristischer oder journalistischer Tätigkeiten darf keine Fichierung durch den Staatsschutz nach sich ziehen.“

« 3. L'époque de l'Etat fouineur doit définitivement appartenir au passé. Il faut poser les bases légales d'une surveillance renforcée des activités des services secrets fédéraux. Il faut notamment instituer un-e préposé-e indépendant-e à la sécurité de l'Etat, élu-e par l'Assemblée fédérale et disposant d'un droit de regard étendu sur l'ensemble des activités des ser-

vices de protection préventive de l'Etat. Un compte-rendu périodique de ce préposé au Parlement est indispensable. L'exercice des droits fondamentaux comme l'organisation ou la participation à une manifestation ou toute autre activité politique, juridique ou journalistique ne doit pas donner lieu à un fichage des individus par les services de sécurité étatiques. »

Anträge zu "c. Für eine aktive Integrations- und Nicht-Diskriminierungspolitik"

A-241 Stefan Ryser, SP Langenthal, IV, 3, c, 2. Absatz, ergänzen

Verständnisfrage / Feststellung: Es werden 3 Integrationsvorgänge erwähnt. Aus meiner Sicht gibt es doch mindestens 2 mehr. Eine „alte“ ist die Integration von Ausländerinnen und Ausländer, sowie eine eher etwas wieder „neue“ die Integration von Jungen, z.B. Lehrabgänger.

Antrag: *Die Integrationsvorgänge sind entsprechend zu erweitern.*

Bemerkung: Nachfolgend bezeichnet die SP als 1. Punkt die Integration von eingewanderten Menschen als eine zentrale Daueraufgabe.

A-242 (= alt-A-617) : SP Heimberg, IV, 2, c, neuer Titel

Vorschlag Formulierung: "c. Für eine aktive Ausländerpolitik"

A-243 (= alt-A-618) : Parti socialiste de la ville de Fribourg, IV, 2, c, titre

Remplacer « d'intégration et de non-discrimination » par de cohésion sociale, soit « c. Pour une politique active de cohésion sociale »

A-244 (= alt-A-619) : SP Zürich 1, IV, 2, c, S. 34, 2. Absatz, ergänzen

Ergänzen: Die Schweiz hat nach innen... Die SP spielte bei der Integration der Arbeiterschaft und der Frauen eine zentrale Rolle.

Die Schweiz ist ein Einwanderungsland, das in den letzten Jahrzehnten Menschen als Flüchtlinge aus Ungarn, der Tschechoslowakei, Tibet, Kambodscha, Sri Lanka und Jugoslawien, aber auch als Arbeitskräfte aus Südeuropa und dem Balkan aufgenommen hat. Die Schweiz war selber jahrhundertlang ein Auswanderungsland, aus dem Menschen aus wirtschaftlicher Not emigrierten. Auch heute gibt es eine grosse Zahl von Auslandschweizern auf der ganzen Welt.

Die SP will auch bei der Integration der Eingewanderten eine zentrale Rolle spielen. Sie bekämpft die Marginalisierung und Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen im In- und Ausland, indem sie sich einsetzt für:

- Anerkennung wirtschaftlicher Not als Asylgrund
- Wiedereinführung von Kontingenten
- Regularisierung von Personen ohne Aufenthaltsstatus
- eine faire Zuteilung der Eingewanderten im Schengen/Dublin-Raum auf ALLE Mitglieder von Schengen/Dublin.
- gerechte Einkommensverhältnisse weltweit.

Die Schweiz ist als Land mit einer sprachlich-kulturellen Mehrheit und drei sprachlich-kulturellen Minderheiten existentiell auf Kräfte angewiesen, die integrativ in die Gesellschaft und in die Verhältnisse einwirken. die SP zählt sich zu diesen Kräften."

Begründung: Mehr Fleisch am Knochen!

A-245 (= alt-A-620) : SP Thun und SP Blumenstein, IV, 2, c, 2. Absatz, ergänzen

Ergänzen: „Migrant/innen, welche eines schweren Deliktes verurteilt wurden, können ausgeschafft werden.“

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

- **Anträge A-241: Modifiziert annehmen.**

Begründung: **A-241** will den Katalog der Integrationsvorgänge erweitern. Im Programm-entwurf wird zunächst Rückblick auf die Integration der ländlich-katholischen Bevölkerung, der Arbeiterschaft und der Frauen in den Bundesstaat genommen. Dann wird namentlich die Integration von Ausländerinnen und Ausländern zur neuen grossen Aufgabe erklärt. Diesen Punkt betrachtet die Geschäftsleitung als erfüllt. Sie ist indes gerne bereit, auch die Integration der Jungen noch zu ergänzen. Sie schlägt folgende Formulierung vor:

3. Absatz, Einschub nach dem 1. Satz: „... vergrössert die Gruppe der unter prekären Verhältnissen arbeitenden und lebenden Menschen. Viele Jugendliche und LehrabgängerInnen finden keine Stelle oder werden sonst ausgegrenzt. Das erzeugt soziale Sprengkraft ...“

- **Anträge A- 242 bis A-245 (=alt-A-617 bis alt-A-620): Ablehnen.**

A-242 (= alt-A-617) wird zur Ablehnung empfohlen, weil die Frage der Integration und Nicht-Diskriminierung weit über die Ausländerpolitik hinausgeht und auch präziser ist als eine Politik „zur sozialen Kohäsion“, wie dies **A-243 (= alt-A-618)** anregt. **A-244 (= alt-A-619)** ist für ein Parteiprogramm allzu detailliert und in sich widersprüchlich (Kontingente statt Personenfreizügigkeit ist mit der gleichzeitig geforderten bedingungslosen Regularisierung von Personen ohne Aufenthaltsstatus nicht vereinbar). **A-245 (= alt-A-620)** beschreibt den aktuellen Rechtszustand und muss deshalb nicht nochmals gefordert werden.

Anträge zu 1. Integrationspolitik

A-246 (= alt-A-622) : SP International, IV, 2, c, S. 35, Punkt 1

Ein heikler Bereich: Einerseits wollen wir alle Menschen gleich behandeln, andererseits leben heute zu viele Menschen mit einem zu belastenden Lebensstil in unserem Land. Durch die weltweit steigenden Ungleichheiten wird die Zuwanderung nach Europa stark ansteigen. Es wird massive Konflikte geben, für welche die drei Punkte leider keine ausreichende Lösung bieten. Hier muss noch an einer tragfähigen Formulierung gearbeitet werden.

A-247 (= alt-A-623) : PS La Chaux-de-Fonds, IV, 2, c, no 1, p. 35

Commentaire: Même remarque que pour la page 32, chiffre 1. Préciser les conditions (permis C?) du droit de vote et d'éligibilité des migrants.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-246 und A-247 (= alt-A-622 und alt-A-623): Ablehnen.

Begründung: Die Geschäftsleitung geht von einer anderen Analyse aus als **A-246 (= alt-A-622)**: Ohne Zuwanderung würde nach Schätzungen der Europäischen Kommission die

europäische Bevölkerung bis 2060 um 110 Millionen Menschen sinken und die Zahl der Personen über 65 Jahre würde sich bis dann verdoppeln. Ohne Gegenmassnahmen fehlen in den kommenden 20 Jahren EU-weit 20 Millionen ausgebildete Arbeitskräfte. Sie setzt sich deshalb zu Recht für einen «Strategischen Plan zur legalen Zuwanderung» ein. Das Bundesamt für Statistik hat Anfang 2009 für die Schweiz ähnliche Abschätzungen gemacht. Nimmt die Einwanderung nicht zu, so wird der positive Wanderungssaldo ab 2036 den negativen Geburtensaldo nicht mehr kompensieren. Die Schweizer Bevölkerung sinkt dann bis 2050 um über 100'000 EinwohnerInnen – mit unabsehbaren Folgen für Kultur, Wirtschaft und Sozialwerke. – Zu **A-246 (= alt-A-623)** siehe die Stellungnahme oben zu **A-228 (= alt-A-559)** und **A-229 (= alt-A-560)**.

Anträge zu 4. Migration

A-248 Tom Cassée, SP Zürich 3, IV. 3. c. Punkt 4

Der Absatz wird um folgende Schlussätze ergänzt:

Eine der Folgen der weltweiten Migration sind Menschen, die ohne gültige Papiere in der Schweiz leben. Die SP setzt sich für die Regularisierung des Aufenthaltsstatus der Sans-Papiers ein.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-248: Modifiziert annehmen.

Begründung: Die SP ist für die Personenfreizügigkeit, beharrt aber auf dem konsequenten Vollzug der flankierenden Massnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping. Aus sozialdemokratischer Sicht ist das eine ohne das andere nicht zu haben. Dieses Prinzip muss auch in Bezug auf die Sans-Papiers seine Gültigkeit haben. Die SP könnte niemals Hand bieten, Menschen allein aus dem Grund das Aufenthaltsrecht zu gewähren, weil sie ohne Papiere hier sind. Die Geschäftsleitung schlägt deshalb vor, im zweiten von **A-248** vorgeschlagenen Satz den Begriff „kontrolliert“ zu ergänzen. Der Zusatz heisst dann wie folgt:

„Eine der Folgen der weltweiten Migration sind Menschen, die ohne gültige Papiere in der Schweiz leben. Die SP setzt sich für die kontrollierte Regularisierung des Aufenthaltsstatus der Sans-Papiers ein.“

« L'une des conséquences des migrations mondiales, c'est la présence en Suisse de personnes qui vivent chez nous sans disposer de papiers valables, Le PS s'engage pour une régularisation contrôlée du statut de séjour des sans-papiers. »

Worin diese Kontrollen genau bestehen sollen, muss der zukünftigen Umsetzung unseres Parteiprogramms überlassen bleiben. Im Vordergrund steht sicher eine Überprüfung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Aufenthaltsdauer.

Anträge zu "4. Für starke staatliche Strukturen in Europa und weltweit"

Anträge zu "a. Die europäische Integration sozial und demokratisch voranbringen"

A-249 PS Vaud : Note pour la traduction, IV, 4, a, 2^{ième} paragraphe, p. 37

On ne comprend pas le terme « Intrication sociale »

A-250 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 4, a, Seite 38

Neuer Abschnitt vor den Forderungen:

Einsetzen: *Demokratische und soziale Reformen fallen auch in Europa nicht vom Himmel. Die SP Schweiz will zusammen mit der europäischen Sozialdemokratie und der europäischen Zivilgesellschaft für diese Ziele kämpfen. Sie sind unsere wichtigsten Partner. Für uns ist klar: Wir brauchen eine neue, gemeinsame Strategie für einen europäischen Wandel. Unsere Bewegung muss die Grenzen der Nationalstaaten sprengen und die Fessel des Standortwettbewerbes überwinden.*

A-251 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 4, a, Absatz 1, Seite 36

Streichen: Sie ist Teil der nach dem Krieg entstandenen europäischen Wertegemeinschaft.

Begründung: Wir sehen die gemeinsamen Werte nicht, die alle politischen Kräfte in Europa verbinden sollen. Der Satz impliziert, dass wir irgend eine gemeinsame Wertebasis z.B. mit den Rechtsextremisten des französischen Front nationale oder den konservativen Regierungen der CDU unter Merkel und der UMP unter Sarkozy haben.

A-252 Felix Birchler, SP St. Gallen, IV, 4, a, Absatz 2, Seite 37

Streichung der beiden Sätze „Wären menschenwürdige Arbeitsbedingungen in Europa ein Fremdwort, könnten wir diese bei uns kaum durchsetzen.“ und „Zerfiele Europa – wie vor 1945 während Jahrhunderten – in rivalisierende Nationalstaaten, hätte das wachsende Kriegsrisiko und der verschärfte Standortwettbewerb auch bei uns äusserst nachteilige Auswirkungen.“

Begründung: Alternative historische Szenarien mögen für Science-Fiction-Autoren interessant sein. Das Parteiprogramm soll sich auf das real existierende Europa konzentrieren. Die beiden Sätze sind völlig überflüssig und können im Sinne einer textlichen Straffung problemlos gestrichen werden.

A-253 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 4, a, letzter Absatz, Seite 37

Streichen: „Die Vorteile eines Beitritts der Schweiz zur EU überwiegen die Nachteile klar, sofern der Beitritt von einem Bündel innenpolitischer Reformen begleitet wird.“

Begründung: Es ist unehrlich zu behaupten, wir wüssten bereits heute, ob die Vor- oder Nachteile eines Beitritts überwiegen. Diese Frage müssen wir nach Abschluss der Beitrittsverhandlungen beurteilen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

• **Antrag A-249 und A-250: Annehmen.**

Begründung: **A-249** betrifft nur die Übersetzung ins Französische. Die Geschäftsleitung schlägt vor, « *intrication sociale* » zu streichen und zu ersetzen mit: « *interdépendance sociale* ». Die in **A-250** vorgeschlagene Formulierung greift den Gedanken des vorausgehenden Satzes hervorragend auf und verdeutlicht diesen. **A-249 und A-250** werden deshalb zur Annahme empfohlen.

• **Anträge A-251 bis A-253: Ablehnen.**

Begründung: **A-251** wird zur Ablehnung empfohlen, weil die „europäische Wertegemeinschaft“ ein seit Jahrzehnten definierter Begriff darstellt. Die europäischen Werte sind die Grundlage dessen, was die grossen europäischen Institutionen im Innersten zusammen-

hält: Den am Europatag, dem 5. Mai 1949 gegründeten Europarat, den zehn Jahre später errichteten Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und heute auch die Europäische Union (EU). Sie ist ein Staatenbund von 27 vielfältigen Ländern, die ausser den europäischen Werten, die wir alle teilen, wenig Gemeinsamkeiten aufweisen. Es sind dies die grossen Werte der europäischen Aufklärung, namentlich Freiheit, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte. Diese Werte bilden auch die Grundlage der Schweiz. Die Geschäftsleitung bittet deshalb, **A-251** abzulehnen.

Die Geschäftsleitung empfiehlt auch **A-252** zur Ablehnung. Es geht hier nicht um Science-Fiction, wie der Antragsteller meint. Dies machte auch der Präsident der sozialdemokratischen und sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, Martin Schulz, der SP-Fraktion in der schweizerischen Bundesversammlung anlässlich ihrer Klausur in Strassburg Anfang 2010 eindringlich deutlich. Er stellte klar, dass die Durchsetzung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen in Europa bei weitem nicht von selbst stattfindet, sondern von der Linken immer wieder hart erkämpft und über starke europäische Institutionen durchgesetzt werden muss. Mit noch grösserer Eindringlichkeit wies Martin Schulz darauf hin, dass auch die europäische Integration nicht irreversibel, nicht unumkehrbar ist. Gerade heute erleben wir in ganz Europa das Wiedererstarken von rechtsextremen, hoch nationalistischen Bewegungen. In zahlreichen Staaten neigen Politiker und Politikerinnen dazu, alles Schlechte Brüssel in die Schuhe zu schieben und alles Gute der eigenen nationalen Leistung zuzuschreiben. Auch darf der Druck der Globalisierung und namentlich der Finanzmärkte auf den Integrationsprozess nicht unterschätzt werden. Für Martin Schulz ist der Zerfall der EU keine Science-Fiction, sondern eine politische Option mit erschreckend grossem Rückhalt. Die Linke hat daran weder in der Schweiz noch in Europa das geringste Interesse. Dies explizit zu erwähnen, ist offensichtlich alles andere als banal. Dies macht auch die Begründung zu **A-252** deutlich.

A-253 wird wegen dem wichtigen Konditionalsatz zur Ablehnung empfohlen, „**sofern** der Beitritt von einem Bündel innenpolitischer Reformen begleitet wird.“ Die SP hat in ihrer 2006 einstimmig verabschiedeten Europaplattform auf 200 Seiten die Vor- und Nachteile des EU-Beitritts abgewogen und klargestellt, wo aus sozialdemokratischer Sicht verlängerte Übergangsfristen durchzusetzen oder innere Reform und andere flankierende Massnahmen zu ergreifen sind. Die Europaplattform kam zum Schluss, dass ein EU-Beitritt nichts Statisches ist, sondern politisch zugunsten oder zulasten sozialdemokratischer Ziele ausgestaltet werden kann. Wir stimmen dem EU-Beitritt zu, sofern begleitende innere Reform sicherstellen, dass er zugunsten sozialdemokratischer Ziele ausgestaltet wird. Diese wichtige Feststellung des Programmentwurfs darf nicht gestrichen werden. Deshalb ersucht die Geschäftsleitung um Ablehnung von **A-253**.

Anträge zu 1. Beitrittsverhandlungen

A-254 Regina Rahmen, SP Riehen (BS), IV, 4, a, Punkt 1, Seite 38

Offenere Formulierung: „Die SP beobachtet die weiteren wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklungen der Europäischen Union und schliesst nicht aus, sich zu gegebener Zeit für Beitrittsverhandlungen einzusetzen“.

Im Kontext stehende Textpassagen sind sinnerhaltend anzupassen.

Begründung: Die realen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklungen der europäischen Union sind mit sozialdemokratischen Werten nicht vereinbar. Eine allfällige Volksabstimmung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen hätte nicht die geringste

Chance angenommen zu werden. Der Programmpunkt wird unsere Kandidierenden im Wahljahr 2011 dazu zwingen, auf Podien und vor Kameras das Parteiprogramm der SP zu rechtfertigen, statt sich zu Sachthemen und Lösungen äussern zu können. Das Anliegen zielt unverantwortlich weit am Volksempfinden vorbei und beschenkt ausschliesslich die Wahlkampfstrategen der politischen Gegner. Das Beharren auf der vorliegenden verpflichtenden, programmatischen Forderung nach EU-Beitrittsverhandlungen bedeutet nichts weniger als den politischen Selbstmord der schweizerischen Sozialdemokratie!

A-255 Michael Müller SP Bern Altstadt, (Aufrechterhalten alt A-664) : IV, 3, a, Punkt 1, Änderung: *"Die SP steht für den unverzüglichen Beitritt zur EU ein".*

Begründung: Standpunkt prägnanter machen. Dass ein Beitritt Verhandlungen voraussetzt, ist offensichtlich.

A-256 (= alt-A-661) : SP See (FR), IV, 3, a, Punkt 1, Beitritt zurzeit nicht attraktiv

EU-Beitrittsverhandlungen sind zurzeit nicht attraktiv. In wichtigen Dossiers besteht heute bereits eine totale Bindung der Schweiz an die EU (Gesundheit, Landwirtschaft, Elektrizität, Galileo). Als Mitglied der EU hätte die Schweiz nur ein minimales Mitspracherecht und innerhalb der EU keine Machtstellung. Vorläufig muss sich die SP für die bestehenden bilateralen Verbindungen, mit denen sie bis heute gut gefahren ist, einsetzen oder sich mit der Frage eines Beitritt in den EWR (mit weitergehenden Marktzutritt) auseinandersetzen. Mit einem Beitritt zum EWR müsste man nicht EU-Recht übernehmen, das andere beschlossen haben. Auf diese Weise rückt die Schweiz näher zu Europa und hat eine Chance, insbesondere bei Themen wie Ökologie und Finanzwirtschaftsethik etwas zu bewirken. Die Schweiz soll sich als zuverlässiger Partner einen Namen machen und alles daran setzen, den zurzeit zumindest europaweit beschädigten Ruf wieder aufzupolieren.

A-257 (= alt-A-662) : SP Bettlach, IV, 3, a, Punkt 1, zuerst Beitrittsdiskussion führen
....rasche Einleitung von Beitrittsverhandlungen zur EU... streichen.

Begründung: Zuerst muss die Diskussion über den EU-Beitritt unter Berücksichtigung der aktuellsten Entwicklungen in der EU innerhalb der Partei zu Ende geführt werden.

A-258 (= alt-A-663) : PS La Chaux-de-Fonds, IV, 3, a

remplacer « ...le lancement rapide de négociations d'adhésion avec l'UE » par «... la reprise de négociations d'adhésion avec l'UE »

Motif : Actuellement et au vu de ce qu'il se passe en Europe, le moment n'est peut-être pas le plus adéquat pour une adhésion rapide. Si nous restons convaincus qu'une adhésion est souhaitable, nous sommes inquiets du « fonctionnement » des institutions européennes.

A-259 (= alt-A-665) : PS Vaud, IV, 3, a, conviction 1, juger les résultats des négociations

Ajouter à la fin de la conviction 1 le texte suivant : « Seuls les résultats de ces négociations permettront à la population suisse de juger sur pièce et de se déterminer sur l'adhésion en connaissance de cause. »

Motif : Le PSV propose d'insister sur les résultats des négociations qui seuls permettent de juger sur les conditions de l'adhésion en connaissance de cause. C'était par ailleurs la ligne adoptée par le Congrès de Brigue (2004) sur la politique européenne du PS Suisse.

A-260 (= alt-A-666) : SP Riehen, IV, 3, a, Punkt 1, bedingter Beitritt

Wir beantragen auf die folgende Formulierung (Programmentwurf, S. 36, letzter Abs.) zu verzichten:

„Dafür steht die SP ein: 1. Die SP steht für die rasche Einleitung von Beitrittsverhandlungen zur EU ein“

Alternativ schlagen wir folgende flexiblere Formulierung vor:

„Die SP setzt sich für ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa ein, das seine Konflikte gewaltfrei löst und den wirtschaftlichen Ausgleich zwischen armen und reichen Regionen, sowie Bevölkerungsschichten anstrebt. Die SP will bei allfälligen Beitrittsverhandlung der Schweiz zur EU einen Verhandlungsrahmen, der diese Aspekte ausreichend berücksichtigt.“

Weitere im Zusammenhang stehende Textpassagen müssen inhaltlich und sinnerhaltend angepasst werden. Vorschläge für Anpassungen können von uns zur Verfügung gestellt werden.

Begründung: Die vorgeschlagene Formulierung aus dem Programmentwurf drängt die SP in eine unflexible und unumkehrbare programmatische Zwangssituation. Die Formulierung verhindert, dass die SP künftig ihre Strategie und ihre Haltung den sich immer wieder neu verändernden Realitäten der politischen und wirtschaftspolitischen Europäischen Union anpassen kann. Eine allfällige Volksabstimmung über den Beitritt zur EU hätte vor dem Souverän nicht die geringste Chance angenommen zu werden. Es ist taktisch unklug, wenn nicht gar politisch selbstmörderisch, die EU-Beitrittsfrage so prominent im künftigen Parteiprogramm zu verankern. Europapolitik ist sinnvoll und möglich, auch wenn sie nicht in dieser zementierten und provozierenden Form im Parteiprogramm festgehalten ist. Der Beibehalt der erwähnten vorgeschlagenen Textpassage würde vor allem unserer politischen Gegnerschaft nützen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung A-254 bis A-260 (A-256 bis A-260 = alt-A-661 bis alt-A-666): Ablehnen.

Begründung: Die beiden neuen Anträge **A-254** und **A-255** zeigen das in der Partei vorhandene Spannungsfeld nochmals auf: **A-254** will vorderhand beobachten und dann über den EU-Beitritt entscheiden, während **A-255** bedingungslos und unverzüglich beitreten will. Die von der Geschäftsleitung im Programmentwurf vorgeschlagene Position liegt ungefähr in der Mitte und lautet: Wir wollen die rasche Einleitung von Beitrittsverhandlungen und wir wollen begleitende innere Reformen. Deshalb empfiehlt die Geschäftsleitung, **A-254** und **A-255** abzulehnen.

Dasselbe Spannungsfeld bildete sich schon in der ersten Antragsrunde zum ziemlich anders formulierten ersten Programmentwurf vom 26. März ab. **A-256** und **A-257 (= alt-A-661 und alt-A-662)** halten die EU-Beitrittsforderung zurzeit für verfrüht und wollen zuerst die Diskussion führen. **A-258 (= alt-A-663)** will Beitrittsverhandlungen fordern, aber nicht unbedingt „rasch“. Gerade die im Sommer 2010 neu aufgekommene Debatte über die gravierenden Mängel des Bilateralismus und der neue Europabericht des Bundesrates haben die Beitrittsdiskussion aber schneller wieder in die Öffentlichkeit getragen, als bei der Niederschrift des ersten Programmentwurfs vom 26. März erwartet werden konnte. **A-259 (= alt-A-665)** fordert den unverzüglichen Beitritt und nicht „bloss“ die rasche Einleitung von

Beitrittsverhandlungen. Wir wollen aber den Beitritt politisch gestalten. Wir wollen, dass der Beitritt die Schweiz sozialer, ökologischer und demokratischer macht. Wie die Weichen gestellt werden, entscheidet sich mit der Art und Weise, wie die Beitrittsverhandlungen vorbereitet und geführt werden. Die SP hat im Detail dargelegt, welche inneren Reformen notwendig sind, damit der Beitritt die Schweiz tatsächlich voranbringt. Die in **A-259 und A-260 (= alt-A-665 und alt-A-666)** gewählten Formulierungen erachtet die Geschäftsleitung jedoch als übervorsichtig. Sie könnten die Öffentlichkeit daran zweifeln lassen, dass die SP tatsächlich für die rasche Einleitung von EU-Beitrittsverhandlungen eintritt.

Anträge zu "b. Weltweit die soziale, ökologische und demokratische Entwicklung fördern"

A-261 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 4, b, Seite 40

Streichen: [...] als bedeutende Nutzniesserin [...]

Begründung: Aus sozialdemokratischer Sicht sind Länder keine Nutzniesser oder Verlierer, sondern Menschen und ihrer sozialen Milieus.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-261: Ablehnen.

Begründung: **A-261** führt die gleiche Argumentation wie vorne bereits **A-184** derselben Antragstellerin, den die Geschäftsleitung auch schon zur Ablehnung empfohlen hat. Die Geschäftsleitung geht davon aus, dass es so etwas wie eine schweizerische Volkswirtschaft gibt, zu der wir Sorge tragen müssen. Die Grundeinheit der Wirtschaft besteht nicht bloss aus „Menschen und ihren sozialen Milieus“, sondern nach wie vor aus Volkswirtschaften, die sich beispielsweise durch eine eigene Währung auszeichnen. Zudem muss nicht jeder Gewinn der schweizerischen Volkswirtschaft zwingend auf Kosten von irgendjemand anderem gehen. Eine moderne dynamische Wirtschaft ist nicht zwingend ein Nullsummenspiel, sondern kann durchaus ein Positivsummenspiel sein. Wenn wir feststellen, dass die schweizerische Volkswirtschaft insgesamt von der Globalisierung profitiert, hat dies nichts Anrühiges, solange wir politisch dafür sorgen, dass dies nicht zu Lasten von anderen geht.

Anträge zu 2. Fairer Handel

A-262 Vittoria Romano, PS Ville de Genève, IV, 3, b, Punkt 2, p.40

a) biffer : « Les échanges de biens, de capitaux et de services doivent être associés légalement et effectivement au respect de standards sociaux, écologiques et en matière de droits humains dans les processus de production. Le commerce équitable doit devenir la norme dans les relations commerciales. »

b) biffer : « Cela présuppose une position forte de l'Organisation internationale du travail (OIT) dans le système de l'ONU et une application conséquente des droits fondamentaux internationaux en matière sociale et du travail. La Suisse doit s'engager pour l'ancrage des standards sociaux, écologiques et en matière de droits humains dans les accords économiques multilatéraux et bilatéraux et agir activement contre l'évasion fiscale, en particulier en provenance des pays en développement. Les régulations multilatérales doivent toujours avoir la priorité sur les régulations bilatérales. »

remplacer par : « Il faut défendre l'Organisation internationale du travail (OIT) en tant qu'institution tripartite, et renforcer l'adoption des conventions internationales et leur transposition dans le droit national en matière sociale et de droit du travail. »

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-262: Ablehnen.

Begründung: Das Anliegen von **A-262** besteht wahrscheinlich darin, nach Kürzungsmöglichkeiten zu suchen. Dabei würden allerdings sehr wichtige Aussagen auf der Strecke bleiben. Beim Streichungsantrag (**a**) würde etwa die zentrale Forderung wegfallen, dass wir den Austausch von Kapital, Waren und Dienstleistungen sozialen und ökologischen Standards sowie menschenrechtlichen Anforderungen unterwerfen wollen. Beim Streichungsantrag (**b**) würde dahinfallen, dass wir nicht nur die ILO stärken wollen, sondern auch entsprechende Klauseln im internationalen Handelsrecht und den Kampf gegen die internationale Steuerflucht fordern, namentlich auch jene aus Entwicklungsländern. Die Geschäftsleitung bittet deshalb, auf diese Streichungen zu verzichten und **A-262** abzulehnen.

Anträge zu 3. Millenniums-Entwicklungsziele

A-263 (= alt-A-679) : SP Heimberg, IV, 3, b, Punkt 3

Vorschlag Formulierung: Besonders wichtig sind Programme, die die Hilfe zur Selbsthilfe stärken; Menschen ungeachtet ihrer Herkunft und ihres Geschlechts fördern und jede Diskriminierung und Ausbeutung bekämpfen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-263 (= alt-A-679): Ablehnen.

Begründung: Ziffer 3 des Programmtextes weist zu Recht auf die besondere Bedeutung von Programmen hin, die gezielt auf der wirtschaftlichen Bedeutung der Frauen aufbauen. Es geht in der Entwicklungszusammenarbeit eben gerade nicht um einen geschlechtsneutralen Ansatz. Die Forderung, es sei die Ausbeutung zu bekämpfen, findet sich bereits in Ziffer 4. Auch die übrigen Anliegen sind im Programmtext bereits enthalten. Die Geschäftsleitung bittet deshalb darum, auf diesen Formulierungsvorschlag zu verzichten.

Anträge für neuen Punkt

A-264 Hans Fässler, SP Stadt St. Gallen, (= gekürzte Version von alt-A-690)

IV, 3, b, neuer Punkt 7 (oder an anderer passender Stelle; die SP Stadt überlässt es der Geschäftsleitung, den von uns geforderten Passus hier oder an einer anderen geeigneten Stelle einzufügen (I, 1 zur Globalisierung oder in II, 1: Freiheit – Gerechtigkeit – Solidarität oder hier in IV, 4: Für starke staatliche Strukturen in Europa und weltweit).

"Die SP stellt die Forderung nach mehr öffentlicher Entwicklungshilfe und die praktische internationale Solidarität in den Zusammenhang der Rolle der Schweiz im Kolonialisierungsprozess. Sie ist sich der Tatsache bewusst, dass sich vom 18. bis ins 20. Jahrhundert Schweizer Personen, Firmen, Truppeneinheiten und auch öffentliche Körperschaften an Kolonialunternehmen, an der Sklaverei und an der Verbreitung des anti-schwarzen Rassismus beteiligt haben. Nach Auffassung der SP gilt deshalb für die Schweiz wie für die übrigen ehemaligen europäischen Kolonialmächte sowie die USA, dass ein Teil des heutigen Wohlstandes durch Blut, Schweiss und Tränen der kolonisierten farbigen Völker zustande gekommen ist. Die SP anerkennt denn auch die Pflicht zur Aufarbeitung und Wie-

dergutmachung jener «Verbrechen gegen die Menschlichkeit», welche die UNO-Weltkonferenz von Durban 2001 benannt hat."

Begründung: Die Argumente, mit welchen die GL den Antrag **alt-A-690** ablehnt, sind ahistorisch und einer linken und (zumindest früher einmal) internationalistischen Partei unwürdig. Die Erwähnung des Kolonialismus, dem für die moderne Welt grundlegenden Unrecht, als "zu stark ins Detail gehend" zu bezeichnen, ist ein Skandal und kann nicht hingenommen werden. Das Engagement der SP für eine gerechte und friedliche Weltordnung muss sich gerade durch den Rückgriff auf die Geschichte und auf die Pflicht zur Wiedergutmachung von blosser bürgerlicher Wohltätigkeit oder Angst vor Migration absetzen. Mit den gleichen Argumenten, die zur Ablehnung von **A-690** verwendet werden, könnte man auch auf die Erwähnung der Aufklärung, der Französischen Revolution, der Emanzipationsbewegung der Arbeiterschaft und der 1848er-Revolution im SP-Programm verzichten. Was würden wohl afrikanische und karibische Linke, Sozialisten und Antikolonialisten wie Leopold Senghor, Amílcar Cabral, George Padmore, Frantz Fanon, Eric Williams, Josef Ki-Zerbo oder Wole Soyinka zu diesem helvetozentrischen Antrag der GL sagen? Beziehungsweise: Was hätten sie gesagt, als sie noch am Leben und am Kämpfen waren?

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-264: Modifiziert annehmen.

Begründung: Die Geschäftsleitung gibt gerne zu, dass sie länger an der Begründung zur Ablehnung des ursprünglichen, sehr viel längeren und sehr viel stärker ins Detail gehenden Antrages **alt-A-690** hätte feilen können. Sie schrieb dort kurz und knapp: „**alt-A-690** enthält zwar Richtiges, geht aber zu stark ins Detail. Das Engagement der SP für eine gerechte und friedliche Weltordnung begründet sich nicht durch den Rückgriff auf Ereignisse aus dem 16. bis 19. Jahrhundert, sondern beruht auf einer Analyse der aktuellen und erwartbaren Entwicklungen.“ – Nun reicht der Historiker Hans Fässler seinen Antrag nochmals in stark gekürzter und modifizierter Form ein. Auch bei diesem Antrag ist es der Geschäftsleitung ein Anliegen, einleitend festzuhalten, dass sie dem Meisten ohne weiteres zustimmen kann. Den in der Begründung gemachten Vorwurf, „helvetozentrisch“ zu argumentieren, weist die Geschäftsleitung aber zurück. Es ist für sie nicht zwingend, die Schweizer Geschichte zu bemühen, um unser Engagement für eine gerechte Weltordnung und die internationale Solidarität zu begründen.

Die vorgeschlagene neue Ziffer ist auch in der gekürzten Fassung für ein Parteiprogramm noch zu lang. Sie passt in ihren sehr konkreten Forderungen und mit Datum versehenen Referenzen auch nicht wirklich in das allgemeine Analyse- oder das Grundwertekapitel, wie der Antragstellende einleitend erwägt. Die Geschäftsleitung schlägt gestützt auf diese Überlegungen vor, folgende gekürzte Fassung als neue Ziffer 5 ins Parteiprogramm aufzunehmen (5 wird dann 6 und 6 wird 7):

"Die SP stellt die Forderung nach mehr öffentlicher Entwicklungshilfe und die praktische internationale Solidarität in den Zusammenhang mit der Kolonialisierung, Versklavung und dem anti-schwarzen Rassismus, an dem auch die Schweiz beteiligt war. Solche Verbrechen gegen die Menschlichkeit verjähren nie. Sie verpflichten in jedem Fall zur Aufarbeitung, zur Anerkennung des Unrechts und zur materiellen und moralischen Wiedergutmachung."

« Le PS place sa revendication d'une augmentation de l'aide publique au développement et sa volonté de pratiquer une solidarité internationale concrète dans le contexte de la colonisation, de l'esclavage et du racisme anti-noirs auquel la Suisse a elle aussi participé. De tels crimes contre l'humanité sont à jamais imprescriptibles. Ils nous obligent en tout cas à assumer notre passé, à reconnaître les injustices commises et à les réparer matériellement et moralement. »

A-265 (= alt-A-691) : SP Deitingen, IV, 3, b, neuer Punkt 6

Punkt 6 hinzufügen: Die SP Schweiz erklärt sich mit dem Geist und den Zielen der Erdcharta einverstanden.

Begründung: Informationen zur Erdcharta: „Wir stehen an einem kritischen Punkt der Erdgeschichte, an dem die Menschheit den Weg in ihre Zukunft wählen muss. Da die Welt zunehmend miteinander verflochten ist und ökologisch zerbrechlicher wird, birgt die Zukunft gleichzeitig grosse Gefahren und grosse Chancen. Wollen wir vorankommen, müssen wir anerkennen, dass wir trotz und gerade in der grossartigen Vielfalt von Kulturen und Lebensformen eine einzige menschliche Familie sind, eine globale Gemeinschaft mit einem gemeinsamen Schicksal. Wir müssen uns zusammentun, um eine nachhaltige Weltgesellschaft zu schaffen, die sich auf Achtung gegenüber der Natur, die allgemeinen Menschenrechte, wirtschaftliche Gerechtigkeit und eine Kultur des Friedens gründet. Auf dem Weg dorthin ist es unabdingbar, dass wir, die Völker der Erde, Verantwortung übernehmen füreinander, für die grössere Gemeinschaft allen Lebens und für zukünftige Generationen.“ (aus der Präambel der Erdcharta www.erdcharta.ch und www.earthcharter.org)

Die Erdcharta formuliert Leitlinien für das Verhalten jedes Einzelnen, von Organisationen, Unternehmen, Regierungen und übernationalen Einrichtungen als eng zusammenhängende Grundsätze für einen nachhaltigen Lebensstil.

Die vier Hauptbereiche sind:

Achtung vor dem Leben und Sorge für die Gemeinschaft des Lebens.

Ökologische Ganzheit

Soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit

Demokratie, Gewaltfreiheit und Frieden

Ziel der Internationalen Erdcharta Initiative ist es, den Übergang zu nachhaltigen Lebensweisen zu beschleunigen und zur Entstehung einer gerechten, friedlichen und nachhaltigen Weltengemeinschaft beizutragen. Tausende Menschen, Organisationen und Institutionen aus verschiedenen Ländern haben die Erdcharta als Leitbild für nachhaltige Entwicklung angenommen und setzen sie in vielen kleinen und grösseren Schritten und Projekten ins Leben um.

Die Unterzeichnung der Erdcharta durch die SP Schweiz wäre ein Bekenntnis zum globalen Dialog, aus dem die Erdcharta entstanden ist.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-265 (=alt-A-691): Ablehnen.

Begründung: Die in **A-265 (=alt-A-691)** erwähnte Erdcharta ist sicher bedenkenswert, hat aber zumindest in der Schweiz bisher keinerlei politisches Potenzial entwickelt; in der Liste der unterstützenden Organisationen findet sich bisher allein die Firma, welche die Website gestaltet hat, sowie eine Firma, welche für das „Tuning von Motorfahrzeugen“ Werbung macht.

Anträge zu "c. Für eine solidarische Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz"

A-266 Vittoria Romano, PS Ville de Genève, IV, 4, c, deuxième paragraphe, page 41

Biffer : « Cependant, s'il y a génocide ou si des bandes armées sèment la terreur dans des Etats défailants, la communauté internationale se doit d'assurer en plus une protection militaire efficace. »

Remplacer par : « Cependant, s'il y a *violation massive des droits de l'homme le conseil de sécurité des nations unies* se doit d'assurer en plus une protection militaire efficace. »

Motif : Il est important que les ingérences humanitaires unilatérales ne se produisent plus dans le futur.

A-267 : Antrag zurückgezogen

A-268 Vittoria Romano, PS Ville de Genève, IV, 4, c, troisième paragraphe, page 41

Biffer : «Les excès et les risques de violence resteront tout aussi effrayants et menaçants à l'avenir, mais le théâtre des opérations ne sera plus guère situé en Europe. Nous le devons à la réussite exceptionnelle des efforts de l'UE pour promouvoir et maintenir la paix. S'il se développe des guerres et de la violence dans d'autres régions du monde, cela ne signifie pas qu'elles ne nous regardent pas ni ne nous concernent. La Suisse, à cause de ses réseaux de plus en plus denses de relations, est devenue plus dépendante et plus vulnérable face à des événements qui peuvent se dérouler à peu près n'importe où dans le monde. C'est pourquoi ce n'est pas seulement un devoir moral que de promouvoir la paix dans le monde, de renforcer les droits humains et de rechercher la sécurité et la stabilité. C'est bien plus dans l'intérêt essentiel de la sécurité de la Suisse elle-même. ».

Remplacer par : « *La guerre dans les Balkans a démontré que les excès et les risques de violence resteront tout aussi effrayants et menaçants à l'avenir en Europe et ailleurs dans le monde. L'EU doit promouvoir et maintenir la paix dans toutes les régions du monde où se développent les guerres et de la violence. Le PSS lui doit rester fermement attaché aux valeurs socialistes de solidarité et de pacifisme et combattre, en toute indépendance, pour l'amitié et la collaboration entre tous les peuples.* »

A-269 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 4, Absatz 3, Seite 40

Streichen: „Deshalb ist es nicht allein eine moralische Pflicht, weltweit den Frieden zu fördern, die Menschenrechte zu stärken und für Sicherheit und Stabilität zu sorgen. Vielmehr liegt dies auch im ureigensten Sicherheitsinteresse der Schweiz selbst.“

Begründung: Den Kampf gegen Gewalt und Krieg mit egoistischem Eigennutz zu begründen ist zynisch.

Stellungnahme der Geschäftsleitung

- **Antrag A-266 : Modifiziert annehmen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung übernimmt von **A-266** gerne die Anregung, den völkerrechtlich allein korrekten Begriff „*le conseil de sécurité des nations unies*“ / „*UNO-Sicherheitsrat*“ zu übernehmen. Er ersetzt den etwas schwammigen Begriff „communauté internationale“ / „internationale Völkergemeinschaft“.

- **Anträge A-268 und A-269: Ablehnen.**

Begründung: **A-268** wird aus zwei Gründen zur Ablehnung empfohlen. Erstens will er das Engagement für Frieden und gegen Gewalt ausschliesslich an die EU delegieren. Das wird abgelehnt, weil dafür allein die UNO zuständig ist. Nicht nur die EU, sondern auch die Schweiz und alle anderen Staaten der Völkergemeinschaft sind von der UNO eingeladen, sie in diesen Bestrebungen zu unterstützen. Zweitens will **A-268** die zentralen Aussagen des betreffenden Absatzes streichen, dass uns auch Krieg und Gewalt in fern liegenden Ländern etwas angehen und zum Eingreifen zugunsten der betroffenen Menschen verpflichten.

Aus denselben Überlegungen wird auch **A-269** zur Ablehnung empfohlen. Mit Blick auf dessen Begründung sei angefügt, dass wir das Engagement für die Sicherheit der Schweiz nicht den anderen Parteien überlassen dürfen. Frieden und Sicherheit sind für alle, auch für die Schweiz, extrem hohe Werte, für die sich die SP einsetzen will. Sie macht dies gestützt auf eine globale Analyse und nicht mit einem nationalistischen Röhrenblick wie die Rechte.

Anträge zu 3. Menschenrechtspolitik**A-270 Willy Spieler, SP Zürich 2, IV, 4,c, Punkt 3, Seite 40**

In Ziff. 3 sind neben der UNO-Charta auch die UNO-Pakte von 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie über bürgerliche und politische Rechte zu erwähnen.

Begründung: Die UNO-Pakte 1966 sind nicht nur verbindlicher und präziser als UNO-Charta und Erklärung der Menschenrechte, sondern bedeuten auch inhaltlich eine ‚Steilvorlage‘ für jede sozialdemokratische Menschenrechtspolitik. (Siehe: Thomas Meyer, Theorie der Sozialen Demokratie, Wiesbaden 2005, S. 77ff.)

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-270: Annehmen.**Anträge zu 5. Massiver Ab- und Umbau oder Abschaffung der Armee**

A-271 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 4,Punkte 5+6, Seite 41, für Abschaffung
Forderungen 5 und 6 streichen.

Ersetzen durch neue Forderung: Die SP steht für die Abschaffung der Armee ein.

A-272 Michael Müller SP Bern Altstadt, (Aufrechterhalten alt-A-713), Abschaffung der
Armee

Neuer Punkt 5: „Die SP setzt sich für die Abschaffung der Armee ein“

A-273 Vittoria Romano, PS Ville de Genève, IV, 4, c, point 5, p. 41, pour la suppression
Remplacer par : « Le PSS s’engage pour la suppression de l’armée »

A-274 Eric Voruz, PS Vaudois, IV, 4, c, l’abolition de l’armée

Ajout d’une nouvelle proposition : « En tant que mouvement pacifiste, le PS s’engage pour l’abolition de l’armée. Pour éviter les conflits, ne devrait subsister qu’une force internationale de maintien de la paix rattachée à l’Organisation des Nations-Unies. »

Motif : Dans un programme à si long terme, il convient de mentionner notre but pacifiste et internationaliste.

A-275 (= alt-A-714) : SP Winterthur-Töss, Abschaffung der Armee

Streichen und neu: „Die Armee muss abgeschafft werden!“

A-276 (= alt-A-715) : SP Kanton St. Gallen, Abschaffung der Armee

Die SP fordert die Abschaffung der Schweizer Armee. Ein freiwilliger Zivildienst soll beibehalten werden.

A-277 (= alt-A-716) : PS Ville de Genève: remplacer « 4.»

par « 4. Le PSS s’engage pour la suppression de l’armée. »

A-278 (= alt-A-717) : Femmes socialistes neuchâtelaises (FSN), IV, 3, c, point 4 et 5, mentionner les femmes

Service militaire et civil ; en page 40, nous nous demandons dans quelle mesure les points 4 et 5 devraient être considérés particulièrement du point de vue des femmes. Nous dirions plutôt qu'il faut ne pas oublier que cela concerne aussi les femmes, donc marquer « service militaire obligatoire (hommes et femmes). » ainsi qu'au point 5 « service civil volontaire (hommes et femmes) ».

A-279 (= alt-A-718) : SP Zürich 5, langfristig Abschaffung der Armee

Die SP setzt sich für das langfristige Ziel ein, die Armee abzuschaffen. Friedensfördernde Einsätze sowie der Katastrophenschutz sollen ausserhalb einer bewaffneten Armee organisiert werden.

A-280 (= alt-A-719) : PS Vaud, abolition de l'armée et force internationale de maintien de la paix

« En tant que mouvement pacifiste, le PS s'engage pour l'abolition de l'armée. Pour éviter les conflits, ne devrait subsister qu'une force internationale de maintien de la paix rattachée à l'Organisation des Nations-Unies. »

Motif : Dans un programme à si long terme, il convient de mentionner notre but pacifiste et internationaliste.

A-281 (= alt-A-720) : Parti socialiste de la ville de Fribourg, suppression de l'armée
« 7. Les missions précitées n'étant pas forcément militaire, la question de la suppression de l'armée reste d'actualité. »

Motif : il est souhaitable que la position du parti soit à nouveau formulée, car elle est mise de côté : le parti socialiste est pour la suppression de l'armée et la réaffectation des ressources à des projets sociaux et écologiques. Il serait bon que le parti consulte ses membres au sujet de la suppression ou non de l'armée, tout en gardant les tâches de la protection de la population mentionnée dans le programme.

A-282 (= alt-A-721) : SP Stadt St.Gallen, ganzer Abschnitt ersetzen: Für die Abschaffung der Armee

Das Kapitel IV.3.c „Für eine solidarische Friedens- und Sicherheitspolitik“ ist zu ersetzen durch folgenden Text:

Eine solidarische Friedens- und Sicherheitspolitik geht vom Grundsatz aus, dass die Ursachen von Krieg und Gewalt nachhaltig beseitigt werden müssen. Militär und Armeen sind nach diesem Verständnis kontraproduktiv. Sie beziehen ihre Legitimation aus Kriegen und die Befehlshaber schüren das Feuer der Gewalt weiter. Deshalb lehnt es die SP ab, dass mit militärischen Mitteln Friedens- und Sicherheitspolitik gemacht werden soll. Die SP steht ein für eine antimilitaristische Friedens- und Sicherheitspolitik.

Innerstaatliche Gewalt und Bürgerkriege haben ihre Ursachen häufig im Kampf um begrenzte Ressourcen und mangelhafter Demokratisierung. Klimawandel, Armut, zerfallende staatliche Strukturen, organisierte Kriminalität, Terrorismus und Migrationsströme sind gleichermassen die Ursachen wie auch die Folgen der innerstaatlichen Gewalt. Eine solidarische Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz kann nur bedeuten, dass man sich für einen Bruch dieser Gewaltspiralen und für den Aufbau rechts- und wohlfahrtsstaatlicher Strukturen weltweit einsetzt.

Heute ist die Schweiz durch ihre wirtschaftlichen Verstrickungen mitverantwortlich für Kriege, Ausbeutung und Armut auf dieser Welt. Schweizer Rüstungsbetriebe liefern Waffen in Kriegs- und Krisengebiete. Schweizer Banken stabilisieren Unrechtsregime, in dem sie als Hort für Diktatorengelder dienen und Kredite geben. Schweizer Grossunternehmen zahlen in ihren Niederlassungen in der Dritten Welt Hungerlöhne. Eine solidarische Friedens- und Sicherheitspolitik in der Schweiz sorgt dafür, dass diese schmutzigen Geschäfte mit dem Tod gestoppt werden.

Die Schweiz hat durch ihre Bedeutung und ihr Ansehen in der Welt die Verpflichtung sich für globale Gerechtigkeit einzusetzen. Sie muss sich aktiv für die Durchsetzung der Menschenrechte weltweit einsetzen, ebenso wie für Abrüstung und Friedens- und Versöhnungsprozesse in Kriegsregionen. Die heutigen Ausgaben für die Schweizer Armee müssen vollständig in die internationale Friedensförderung umgeleitet werden. Durch die Abschaffung der Armee setzt die Schweiz zudem ein globales Zeichen, das ihr eine glaubwürdige internationale Friedenspolitik erleichtert.

Dafür steht die SP ein:

1. Die SP setzt sich ein für eine aktive, friedensorientierte Aussenpolitik und die Bereitstellung der dafür notwendigen Gelder und Ressourcen.
2. Die SP setzt sich ein für ein striktes Verbot von Waffenexporten.
3. Die SP setzt sich dafür ein, dass Schweizer Unternehmen keine kriegsfördernden Geschäfte mit Diktaturen und Unrechtsregimes betreiben.
4. Die Schweiz muss sich für die Durchsetzung der Menschenrechte weltweit einsetzen. Dabei distanziert sie sich von jenen Staaten und Organisationen welche mit militärischer Gewalt humanitären Interventionismus betreiben. Dahinter verstecken sich in Wahrheit lediglich wirtschaftliche und strategische Eigeninteressen die mit Waffengewalt durchzusetzen versucht werden.
5. Die SP setzt sich für die Abschaffung der Armee ein.
6. Solange eine Armee existiert fordert die SP die Aufhebung der Wehrpflicht.
7. Der Zivildienst soll auch nach Abschaffung der Armee in freiwilliger Form fortgeführt werden.
8. Die Katastrophenvorsorge und -bewältigung müssen umfassend modernisiert und die Prävention gegenüber der Nachsorge gestärkt werden. Ein modernisierter Bevölkerungsschutz beruht auf der verstärkten Kooperation ziviler Institutionen. Der Schutz der Bevölkerung ist zu wichtig, als dass er als Betätigungsfeld einer sinnentleerten Armee missbraucht werden darf.
9. Die kantonalen Polizeikorps gewährleisten die Sicherheit und Ordnung im Innern. Die Übertragung hoheitlicher Polizeiaufgaben an private Sicherheitsdienste oder an die Armee muss ausgeschlossen werden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-271 bis A-282 (A-275 bis A-282 = alt-A-713 bis alt-A-721): Ablehnen.

Begründung: **A-271 bis A-282** fordern, Ziffer 5 über den massiven Ab- und Umbau der Armee zu streichen und durch die Forderung für die Abschaffung der Armee zu ersetzen. Die Geschäftsleitung bittet darum, diese Anträge abzulehnen.

Die Geschäftsleitung hat diese Anträge teilweise bereits erfüllt, indem sie die Forderung nach der Abschaffung der Armeen im zweiten Programmentwurf ins Visionenkapitel III, 4 „Eine gerechte und friedliche Weltordnung“ aufgenommen hat. Die Geschäftsleitung ist der festen Überzeugung, dass die vollständige und umfassende Abrüstung eng mit der Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit zusammenhängt. Dieses gibt es bisher erst in Ansätzen. Deshalb ist diese Forderung in Kapitel III besser aufgehoben als hier.

Im Kapitel IV „Unser Weg“ sollten wir aber keine Abschaffungsforderung integrieren. Mit Blick auf die katastrophale Departementsführung durch Bundesrat Ueli Maurer ist es wichtig, dass sich die SP ihre militärpolitische Handlungsfähigkeit bewahrt. Es ist nicht gleichgültig, ob sich die Schweiz weiterhin an ein Massenheer klammert, dass in die innere Sicherheit drängelt und sich auf den fiktiv gewordenen vaterländischen Krieg vorbereitet, wie dies das VBS, das seit über zehn Jahren von der SVP geleitet wird, mit unglaublicher Hart-

näckigkeit durchsetzen will. Oder ob die Armee, wie dies die SP will, massiv ab- und umgebaut wird und die Wehrpflicht aufhebt. Würde sich die SP mit der Abschaffungsforderungen begnügen, so könnte sie kaum mehr glaubwürdig auf die zukünftige Ausgestaltung der Armee Einfluss nehmen.

Nur mit einer ab- und umgerüsteten Armee kann die Schweiz zudem einen solidarischen Beitrag zur Vision eines kollektiven Sicherheitssystems unter Führung der UNO leisten, wie dies auch **A-274** und **A-280 (= alt-A-719)** klarstellen. Neben der Geissel des Krieges gibt es auch die Geissel von Auschwitz und Srebrenica. Der Schutz bedrohter Menschen darf der Schweiz nicht weiterhin gleichgültig sein. Für sich ganz allein könnte sich die Schweiz im Moment die Abschaffung der Armee wohl ohne grossen Verlust leisten. Geht uns der Völkermord in Darfur und die Massenvergewaltigungen im Westen des Kongo tatsächlich nichts an? Die Schweiz darf den militärischen Schutz der geschundenen Zivilbevölkerung in zerfallenden Staaten nicht einfach irgend welchen anderen Staaten überlassen, die teilweise ihre eigene Agenda verfolgen. Die Schweiz ist nicht allein auf dieser Welt und soll ihren solidarischen Beitrag zur Einhegung und Eindämmung von exzessiven Gewalttaten leisten. Und was ist in Europa, wenn sich langfristig das System Orbán, Berlusconi und Sarkozy durchsetzen sollte und wieder Schwarzhemden Jagd auf Roma machen?

Damit verbindet die Geschäftsleitung keine Distanzierung vom fundamentalpazifistischen Flügel, den es in der SP seit jeher gab. Die SP hat Grund, auf diesen stolz zu sein. Die Katastrophen des 20. Jahrhunderts haben jedenfalls mehr mit der Radikalisierung des Militarismus als mit der Radikalisierung des Pazifismus zu tun. Dennoch müssen auch wir sehen, dass die Welt des fortgeschrittenen 21. Jahrhunderts nicht mehr mit den Rezepten der heissen und kalten Kriege des 20. Jahrhunderts gelöst werden können. Die UNO hat in den letzten 20 Jahren enorm viel erreicht, wie auch aus der Stellungnahme der Geschäftsleitung zu **A-128** oder – noch ausführlicher – aus **A-302** hervorgeht. Die Schweiz muss hier ihren Beitrag leisten. Dafür braucht sie eine Armee, die sehr viel kleiner und ganz anders ausgerichtet ist als die heutige.

A-302 formuliert es so: „Die SP wehrt sich auch gegen eine ideologische Diskussion pro und kontra Armee. Dies zu einer Bekenntnisfrage hochzustilisieren, nützt nur jenen, die geistig immer noch im Kalten Krieg verhaftet sind. Wir wollen sachliche Diskussionen führen, wie die Schweiz zu einer friedlicheren Welt beitragen kann.“

Die Geschäftsleitung bittet deshalb darum, **A-271 bis A-282** abzulehnen.

Anträge zu 6. Ersatz der Wehrpflicht durch ein freiwilliges Rekrutierungssystem – oder bildet die Allgemeine Dienstpflicht eine Alternative?

A-283 Michael Müller SP Bern Altstadt, (Eventualantrag, falls **alt-A-713** für die Abschaffung der Armee abgelehnt wird): Für Beibehaltung der Wehrpflicht und ersatzloses Streichen von Punkt 6 zur Freiwilligen-Miliz, S. 41.

Begründung zum Eventualantrag: Die Freiwilligen-Miliz ist ein Schritt in die falsche Richtung. Das Resultat sieht man in den USA, wo die Armee ohne Dienstpflicht zur letzten Anlaufstelle der Unterschicht wurde und so soziale Missstände zementiert. (Von der Gefahr einer Rambotruppe-Problem ganz zu schweigen). Das Problem der überdimensionierten Armee ist auf einem anderen Weg zu lösen.

A-284 Mathys Samuel, SP Stadt Solothurn, . IV, 4,c, Punkt 6, Seite 41, für allgemeine Dienstpflicht

Die Forderung 6 sei wie folgt zu ändern:

„Die allgemeine Wehrpflicht ist überholt und führt zu einer personell massiv überholten Armee. *Sie ist durch eine allgemeine Dienstpflicht zu ersetzen (Sozialdienst, Einsätze in der Entwicklungszusammenarbeit, Feuerwehrpflicht, etc.).* Die Armee muss ab- und umgebaut werden und vorab zum Schutz der Zivilbevölkerung und der internationalen Friedensförderung beitragen.

Begründung: Die SP der Stadt Solothurn teilt zwar die Meinung, dass die Wehrpflicht in ihrer heutigen Form nicht mehr zeitgemäss und deshalb abzuschaffen ist. Die SP der Stadt Solothurn ist aber einstimmig der Auffassung, dass trotzdem jeder Schweizer und jede Schweizerin seinen oder ihren Beitrag für die Allgemeinheit leisten sollte, wofür es heute genug potentielle Betätigungsfelder gibt.

A-285 (= alt-A-727) : SP Bucheggberg, allgemeine Dienstpflicht für Männer

Die Folgen von Ziffern 4 bis 6 sind zu überdenken und die Ziele entsprechend zu überarbeiten. Wir glauben, dass die heute gestellten Aufgaben nicht auf freiwilliger Basis zeitgerecht und in der nötigen Quantität und Qualität bewältigt werden können. Wir glauben aber auch, dass die Kriegsszenarien überholt sind. Anstelle der allgemeinen Wehrpflicht könnte für die männliche Bevölkerung die Verpflichtung zu einem frei zu wählenden Wehrdienst **oder** Ersatzdienst treten.

A-286 (= alt-A-728) : SP Bezirk Meilen, allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen

Die Wehrpflicht ist nicht ersatzlos abzuschaffen, sondern durch einen obligatorischen Sozialdienst für junge Erwachsene beiderlei Geschlechtes zu ersetzen.

Begründung: Wir teilen die Ansicht, dass der Zwang zum Militärdienst überholt ist. Allerdings würden wir es begrüßen, wenn die positiven Aspekte des obligatorischen Militärdienstes – Einsatz für das Allgemeinwohl, Tätigkeit in einer anderen Landesgegend der Schweiz – in einer anderen, sozialeren Form erhalten bleiben könnte. Darum fänden wir die Einführung eines obligatorischen Sozialdienstes für begrüssenswert.

A-287 (= alt-A-729) : SP Thun und SP Blumenstein, allgemeine Dienstpflicht

Dieser Punkt ist wie folgt zu ändern: *Die allgemeine Wehrpflicht ist durch die Dienstpflicht zu ersetzen.* Darin ist auch der Zivildienst und der Zivilschutz enthalten. Es darf kein freiwilliges Rekrutierungssystem geben!!!

A-288 (= alt-A-730) : SP Olten, Punkt 4 und 5, allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen

Der Zivildienst soll für alle obligatorisch werden (Frauen und Männer). Bei Punkt 4 dritten Satz an den Anfang stellen (das ist ja eigentlich das Wichtige)

Zur Abschaffung der Wehrpflicht machen wir ein Fragezeichen. Was ist die Folge? Es besteht die Gefahr, dass die Armee noch mehr ein Eigenleben führt, vor allem aus Unterprivilegierten oder Mochtegernrambos besteht, die nationale integrierende Funktion über

sprach- und Standesgrenzen hinweg fällt zunehmend weg. Zudem besteht durch so eine Armee ein erhöhtes Risiko bei allfälligen Einsätzen im Inland, die nach wie vor möglich sind. Die Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht ist nicht zu Ende gedacht und bedarf noch eingehender Diskussion.

A-289 (= alt-A-731) : SP Zürich 6, Ausweitung der Dienstpflicht auf Männer, Frauen und MigrantInnen

Als Pendant zur Grundforderung des neuen Parteiprogramms der Ausweitung der demokratischen Rechte ist eine obligatorische "Sozialzeit" für alle zu schaffen.

Begründung: Im Parteiprogramm wird die Ablösung der obligatorischen Wehr- und Zivildienstpflicht durch freiwillige Dienste gefordert. Dies scheint vernünftig, denn es ist nicht einzusehen, warum nur ein Teil der jungen Schweizer Männer einen obligatorischen Dienst an der Gemeinschaft zu absolvieren hat, der Rest der Bevölkerung aber von dieser Dienstpflicht weitgehend befreit ist. Allerdings wird mit der Pflicht auch die Verpflichtung abgeschafft, sich mindestens zeitweise für die Gemeinschaft und den Staat einzusetzen. Unter dem Motto "Keine Pflichten ohne Mitsprache – keine Mitsprache ohne Pflichten" stellen wir statt einer Abschaffung eine Ausweitung der Dienstpflicht zur Diskussion. Nicht mehr nur die jungen Männer, sondern möglichst alle Teile der Bevölkerung sollen jährlich eine gewisse Anzahl Stunden Dienst an der Gemeinschaft leisten müssen. Würden Reiche und Arme, Junge und Alte, Frauen und Männer, Romands, Tessiner und Deutschschweizer, Migranten und Einheimische zusammen für ein gemeinsames Ziel arbeiten, so könnte dies das Verständnis für den anderen und den Zusammenhalt der Gemeinschaft fördern. Daneben hätte eine solche Dienstpflicht noch verschiedene weitere Vorteile: Mit der Einführung einer solchen Dienstpflicht sind die demokratischen Rechte auszuweiten: auf die Wirtschaft, auf alle Bevölkerungsgruppen und eventuell auf internationale Organisationen.

A-290 (= alt-A-732) : Section de Pully, Paudex, Belmont, service national obligatoire remarques/propositions. Une « armée... réduite et transformée » cela semble une évidence. Le maintien du service civil également. Mais nous ne pouvons nous rallier à l'idée que « la protection civile à fait son temps. » Cette phrase doit être supprimée. Le rédacteur semble ignorer que celle-ci a déjà fondamentalement changé. En regroupant nos remarques au sujet de ces trois convictions, nous soumettons l'idée d'introduire la notion de « service national obligatoire » dans le programme. Ce service engloberait les trois « services » mentionnés plus haut et pourrait contribuer au renforcement des liens entre confédérés.

A-291 (= alt-A-733) : SP Deitingen, allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen

neu: Die Armee muss ab- und umgebaut werden und vorab zum Schutz der Zivilbevölkerung und der internationalen Friedensförderung beitragen. Der Zivildienst hat in unserer Gesellschaft wichtige Aufgaben übernommen. Es besteht eine allgemeine Pflicht für Männer und Frauen zum **Dienst am Gemeinwohl**. Aus diesem Dienst am Gemeinwohl werden Personen für militärische, soziale und zivildienstliche Aufgaben rekrutiert.

A-292 (= alt-A-734) : SP Zürich 1, allgemeine Dienstpflicht

S. 40 Punkte (4+5) streichen und ersetzen Änderung: Die allgemeine Wehrpflicht ist überholt und führt zu einer personell massiv überdotierten Armee. Sie ist durch ein freiwilliges Rekrutierungssystem zu ersetzen. Die Armee ... freiwilliger Zivildienst fortgeführt werden.

Sie soll ersetzt werden durch eine allgemeine Dienstpflicht, die sich auf die Bereiche Armee und Sozialdienst bezieht. Insbesondere sind Leistungen fürs Gemeinwohl zu erbringen.

Begründung: Wir wehren uns gegen die Einführung einer „freiwilligen“ oder Berufsarmee. Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass die freiwillige Wahl oft ganz und gar nicht freiwillig ist, sondern die letzte oder einzigen Chance für Leute ohne Ausbildung und Aussicht auf ein Erwerbsleben. Das ist sehr ungerecht.

Zur allgemeinen Dienstpflicht: Es wären flexible, verhältnismässige Dienste für die Allgemeinheit zu leisten. In Island ist es wegen der geringen Bevölkerungszahl schon lange üblich, dass alle, (selbst Kinder! – das wollen wir allerdings nicht!) ihren Beitrag leisten müssen. Angesichts der vielen Herausforderungen, die sich uns als Gesellschaft im Care und im Umweltbereich stellen, ist eine solche Pflicht eine mögliche Lösung.

A-293 (= alt-A-735) : SP Rheinfelden, obligatorische Sozialzeit für Frauen und Männer
Zivildienst für alle, unabhängig von Geschlecht, ein definierte Sozialzeit für alle in der Schweiz zwischen dem 16. und dem 30. Altersjahr. Obwohl die Dauer diskutiert werden kann, haben wir unter dem Stichwort Sozialjahr diskutiert. Dies soll die Wehrpflicht und den Zivildienst ersetzen. Aufgaben anderer Organisation wie Zivilschutz und Feuerwehr könnten ebenfalls berücksichtigt werden oder an das entsprechende Engagement bei der Sozialzeit angerechnet werden. Die Sozialzeit soll aber generell nicht nur Männer betreffen.

A-294 (= alt-A-879) : SP Bern Altstadt, IV, 5, c, neuer Punkt 9, Sozialzeit

„Auch ist eine obligatorische Sozialzeit einzuführen“.

A-295 (= alt-A-736) : SP Goldach, obligatorische Sozialzeit für Frauen und Männer

Die gemeinschaftsbezogene Freiwilligenarbeit muss mit der Militärdienstpflicht in Verbindung gebracht und zur Sozialzeitpflicht für alle umgebaut werden (siehe auch die Ausführungen zur Freiwilligenarbeit in IV, 1, b, Punkt 5 und zum freiwilligen Zivildienst, S. 40).

A-296 (= alt-A-737) : PS Vaud: Obligation de servir dans la "sécurité civile"

Remplacer les ponts 5 et 6 par un nouveau point rédigé comme suit :

6. La protection civile, les sapeurs-pompiers, les services de secours sanitaires, y compris les troupes sanitaires, de sauvetage et de génie de l'armée doivent être inclus dans le cadre d'une nouvelle entité de « sécurité civile » structurée au sein de grandes régions. Son fonctionnement sera entièrement civil et il remplacera également le service civil.

Motif : la sécurité civile sera l'organe de la protection de la population face aux catastrophes naturelles (incendies, accidents, tremblement de terre, avalanches, catastrophes écologiques, etc). Cette entité recouvre donc les divers corps d'interventions et permettra une synergie entre ces corps aux niveaux fédéral, cantonal et communal. Le fonctionnement militaire sera aboli de toutes ces structures. La collaboration avec les professionnel-le-s locaux-ales sera d'autant plus facilitée.

A-297 (= alt-A-738) : PS Ticino (Bellinzona), integrare del servizio civile nella protezione della popolazione

Il PS ticinese chiede di introdurre nel documento i concetti di abolizione dell'esercito, di opposizione alla leva obbligatoria, di opposizione a un esercito professionista. I corollari di

questi concetti verso l'estero sono l'aiuto per la creazione di strutture democratiche e l'opposizione alle operazioni militari di pace. Il servizio civile va integrato nella protezione della popolazione.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-283 bis A-297 (= alt-A-727 bis alt-A-738 und alt-A-879) : Ablehnen.

Begründung: **A-284 bis A-296** fordern in verschiedenen Varianten eine allgemeine Dienstpflicht, teils „nur“ für Schweizer Männer, teils auch für Schweizer Frauen, teils für sämtliche Männer und Frauen in der Schweiz, d.h. unter Einschluss der hier niedergelassenen Ausländer und Ausländerinnen. **A-283** fordert als Variante die Beibehaltung der heutigen Wehrpflicht für Schweizer Männer und **A-297** die Integration des Zivildienstes in den Zivilschutz, wobei nicht ganz klar wird, ob dieser weiterhin in Form einer Dienstpflicht ausgestaltet werden soll oder nicht.

Die Geschäftsleitung betrachtet die verschiedenen Formen von Dienstpflicht nicht mehr als zeitgemäss, ob diese nun unter dem Titel „Wehrpflicht“, „allgemeine Dienstpflicht“ oder „obligatorische Sozialzeit für alle“ daher kommen. Sie bittet deshalb, **A-283 bis A-297** abzulehnen und damit einem umfassenden Freiwilligenkonzept zuzustimmen.

Wie die Geschäftsleitung in ihrem Konzeptpapier „Freiwilliger Zivildienst – eine Zukunftsperspektive“ vom 11. August 2006 festgestellt hat, trägt die Idee eines von allen Mitgliedern der Gesellschaft geleisteten, obligatorischen Gemeinschaftsdienstes zwar wünschenswerte Elemente einer solidarischen Gesellschaft in sich, ist aber nicht umsetzbar. Dieses Obligatorium würde das völkerrechtliche Zwangsarbeitsverbot verletzen. Mit Ausnahme der Wehrpflicht kommen staatliche Dienstverpflichtungen in völkerrechtlicher Hinsicht nur für ausserordentliche, die staatliche Existenz bedrohende Notlagen in Frage, zu deren Bewältigung ordentliche Mittel und der Markt nicht ausreichen. Davon ist die Schweiz weit entfernt. Zu diesem Befund gelangte im Jahr 2004 auch eine Abklärung der Direktion für Völkerrecht: Unter den aktuellen Umständen, so wurde festgehalten, wäre eine allgemeine Dienstpflicht völkerrechtswidrig und verstiesse gegen die Grund- und Menschenrechte im Allgemeinen und die Praxis der Strassburger Organe gemäss Art. 4 der Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK im Besonderen (Verbot der Zwangsarbeit). Zudem würde ein solches Obligatorium dem Arbeitsmarkt jedes Jahr Zehntausende von Zwangsverpflichteten zuführen und hätte damit ein unerwünschtes Lohndumping zur Folge.

Die Geschäftsleitung ersucht auch um Ablehnung von **A-283**, welcher Rückkommen auf eine seit neun Jahren bestehende Beschlusslage in der SP beantragt. Bekanntlich fordert die SP seit der Winterthurer Delegiertenversammlung von 2001 den Verzicht auf die Wehrpflicht und den Übergang zu einem Rekrutierungssystem auf der Grundlage der Freiwilligkeit. Die SP hat diesen Entscheid seither vielfach bekräftigt, parlamentarische Vorstösse eingereicht, Tagungen durchgeführt und umfangreiche Konzeptpapiere diskutiert und verabschiedet. **A-283** möchte nun darauf zurückkommen, weil er eine Wehrpflichtarmee sozusagen als ein geringeres Übel als eine Freiwilligenarmee betrachtet.

Zunächst sei darauf hingewiesen, dass auch eine Wehrpflichtarmee keine Garantie gegen deren Missbrauch darstellt. Die Schweizer Armee beruht auf der Wehrpflicht und wurde doch Ende 19./Anfang 20. Jahrhundert hundertfach gegen die Arbeiterbewegung eingesetzt und 1932 gegen Antifaschisten mit tödlichen Folgen. Alle grossen Menschheitsverbrechen des 20. Jahrhunderts wurden mit Wehrpflichtarmeen begangen, allen voran die Entfesselung des 2. Weltkrieges durch die deutsche Wehrmacht, die Verbrechen der Roten Armee (sowjetisches Wehrpflichtgesetz 1925) und die Errichtung scheusslicher Militärdiktaturen wie jene von 1973 in Chile, 1976 in Argentinien oder 1979 in El Salvador.

Selbstverständlich besteht auch bei einer Freiwilligenarmee das Risiko, dass sie Verbrechen begeht oder zu einer gefährlichen Rambo-Armee wird. Die SP-Fraktion hat deshalb in ihrem Armee-Konzept von 2008 einen längeren Abschnitt eingefügt, wie eine negative Selektion hin zu einer Rambo-Armee vermieden werden kann: Bei der Rekrutierung müssen Personen, die zuvor durch hohe Gewaltbereitschaft aufgefallen sind, zurückgewiesen werden. Zentral ist zudem eine wirksame politische Kontrolle über die Streitkräfte, eine markante Stärkung der inneren Führung und gezielte Beförderungsstrategien. Die militärische Ausbildung ist so auszugestalten, dass das Diversitätsprinzip durchgesetzt und jede Form von Extremismus und Diskriminierung im Keim erstickt wird. All dies sind freilich Anforderungen, die auch an eine Wehrpflichtarmee zu stellen sind. Die aktuelle Armee ist davon weiter entfernt denn je. Von sozialer Durchmischung kann keine Rede sein. Weniger als 50% der Wehrpflichtigen leisten noch Militärdienst und sind wir – die Sozialdemokraten – sind in VBS und Offizierskorps krass unterrepräsentiert. Die von **A-283** beschriebenen negativen Entwicklungen gehören in der aktuellen Wehrpflichtarmee der Schweiz längst zum Alltag. Kurz: Die Geschäftsleitung teilt die Einschätzung von **A-283** nicht, dass eine Wehrpflicht-Armee das kleinere Übel darstelle und automatisch für soziale Durchmischung und Fernhaltung von Rambo-Mentalitäten garantiere. Sie ersucht deshalb, **A-283** abzulehnen.

A-298 Manuele Bertoli, PS Sezione ticinese del PSS, , IV, 4, modifiche dei punti 5

5. (nuova versione) L'esercito va abolito.

Completare: È da prevedere un adeguato periodo di tempo per il suo smantellamento, per permettere una transizione graduale nelle regioni che dipendono economicamente dalla presenza dell'esercito.

La protezione della popolazione è delegata alla protezione civile per le catastrofi naturali e a un corpo di polizia intercantonale per gli altri aspetti della sicurezza.

A-299 Manuele Bertoli, PS Sezione ticinese del PSS, IV, 4, modifiche dei punti 6

6. (nuova versione)

Completare: "Per la promozione internazionale della pace si farà capo a corpi di volontari."

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-298 und A-299: Annehmen.

Begründung: **A-298** verlangt, dass der Ab- und Umbau der Armee zu einer kleineren Armee ohne Wehrpflicht *sozialverträglich* ausgestaltet wird und namentlich *auf die Bedürfnisse von Randregionen Rücksicht genommen wird*, die heute von der Präsenz der Armee in wirtschaftlicher Hinsicht profitieren. Zudem soll *der Bevölkerungsschutz erneuert* und *die interkantonal organisierte Polizei für die übrigen Aspekte der Sicherheit zuständig* sein. Das erste Anliegen kann und soll bei IV, 4, c, Ziffer 4 ergänzt werden und das zweite im anschliessenden Kapitel IV, 4, d, Ziffern 4 und 5.

A-299 will IV, 4, c, Ziffer 4 dahingehend ergänzen, dass auch *Einsätze zur Friedensförderung im Ausland auf freiwilliger Basis* organisiert werden sollen. Auch dies kann ohne weiteres so aufgenommen werden.

Anträge zu 7. Zivildienst

A-300 (= alt-A-741) : SP Deitingen, IV, 4, c, Punkt 7

Punkt 7 wird gestrichen.

A-301 Manuele Bertoli, PS Sezione ticinese del PSS, IV, 4, modifichie dei punti 7

7. (piccola modifica) « ... après [cancellare: la suspension ou] la suppression du service militaire obligatoire. »

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-300 und A-301 (= alt-A-741): Ablehnen.

Begründung: **A-300 (= alt-A-741)** will nichts von einem freiwilligen Zivildienst wissen. Die zahlreichen Anträge, welche zur Frage der Sozialzeit oder eines anderen Dienstes an der Gemeinschaft gestellt wurden, zeigt aber, dass die SP gut beraten ist, innovative und in anderen Ländern erfolgreich erprobte Konzepte für den Ausbau freiwilliger Dienstleistungsmöglichkeiten vorzuschlagen.

A-301 will die Sistierung der Wehrpflicht ausschliessen und allein deren Aufhebung vorsehen. Die Geschäftsleitung schlägt vor, an der jetzigen Formulierung („Sistierung oder Abschaffung der Wehrpflicht“) festzuhalten. In Ziffer 7 geht es ja um die Einführung eines freiwilligen Zivildienstes. Dieser soll in beiden Fällen – Sistierung oder Abschaffung – eingeführt werden können. Ein Blick ins Ausland zeigt, dass zwar die meisten europäischen Staaten mittlerweile die Wehrpflicht aufgehoben haben. Die dafür verwendete Rechtsform ist aber meist die Sistierung und nicht die Aufhebung. Um ausreichend Freiwillige rekrutieren zu können, haben einige Staaten die Wehrpflicht auf einen einzigen Informationstag eingedampft. Da müssen alle antraben. Ob sie dann dienen wollen oder nicht, ist freiwillig.

A-302 Ruedi Tobler, SP Vorderland

Im Kapitel IV «Unser Weg», Punkt 4 «Für starke staatliche Strukturen in Europa und weltweit» soll der Teil unter Buchstabe c «Für eine solidarische Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz» ersetzt und aufgeteilt werden in zwei Buchstaben. Dafür schlage ich den folgenden Text vor:

c1) Für eine Friedenspolitik im Rahmen kollektiver Sicherheit

Nach den schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges wurde die UNO mit dem Ziel der Friedenssicherung durch kollektive Sicherheit gegründet. In ihrer Charta hat sie den Krieg als Mittel der Politik geächtet. Der Kalte Krieg hat die Umsetzung dieses Zieles weitgehend verhindert und es hat in dieser Zeit das wahnwitzigste Wettrüsten in der Geschichte der Menschheit stattgefunden. Aber es ist nicht zuletzt das Verdienst der UNO, dass dieses Wettrüsten nicht in einen die Lebensgrundlagen der Menschheit zerstörenden globalen Krieg geführt hat.

Seit dem Ende des Kalten Krieges haben die Friedensmissionen der UNO einen starken Aufschwung erlebt und auch an vielen Orten erfolgreich gewirkt. Es hat allerdings auch eigentliche Katastrophen gegeben: Dafür stehen Namen wie Srebrenica, Ruanda, Südsudan oder Demokratische Republik Kongo. Mit vielfältigen Reformen, wie etwa der Schaffung der «Kommission für Friedenskonsolidierung» (Peacebuilding Commission) oder der Sicherheitsratsresolution 1325 zum besonderen Schutz der Frauen in Konflikten und ihrem gleichberechtigten Einbezug in Friedensverhandlungen und Wiederaufbau arbeiten die Verantwortlichen für die Friedenssicherungseinsätze an der Verbesserung ihrer Arbeit. Dies hat zur Weiterentwicklung der ursprünglich rein militärischen Einsätze zu immer komplexeren Missionen mit unterschiedlichen Akteuren geführt. Aber noch immer bleibt der grundsätzliche Mangel, dass Vetomächte einseitig UNO-Friedensmissionen blockieren können.

Die ursprüngliche ganz auf die (zwischen-)staatliche Ebene ausgerichtete kollektive Sicherheit ist inzwischen auch ausgeweitet worden zum Konzept der menschlichen Sicherheit, das den Schutz des einzelnen Menschen und der Gemeinschaft ins Zentrum stellt – eine Arbeit, an der auch die Schweiz mit dem unter sozialdemokratischer Führung stehenden EDA aktiv mitgewirkt hat.

Dieser Perspektivenwechsel hat auch befruchtend auf die Abrüstungsdiskussionen im Rahmen der UNO gewirkt und die Kontrolle und Beschränkung der «kleinen und leichten Waffen» (small arms and light weapons) zu einem neuen Schwerpunkt werden lassen, bei dem sich die Schweiz besonders aktiv engagiert.

Das Beispiel der Europäischen Union zeigt beispielhaft, dass zivile Friedensförderung sehr wirksam ist und zu positiven Entwicklungen führt, wenn sie in verbindlichem und längerfristigem Engagement besteht – gerade auch mit ihrer Osterweiterung. Allerdings haben der Zerfall von Jugoslawien und dort entfesselten Kriege auch drastisch aufgezeigt, dass zivile Friedensförderung keine Garantie gegen gewaltsame Entwicklungen bieten kann – und dass es darum ein funktionierendes System der kollektiven Sicherheit braucht, das dort allerdings gefehlt hat.

Der Kalte Krieg hat es der Schweiz ermöglicht, der UNO fernzubleiben und die Neutralität zum „heiligen Prinzip“ hochzustilisieren, mit dem der Aufbau der wahnwitzigen Gesamtverteidigung gerechtfertigt werden konnte, mit verheerenden finanziellen und gesellschaftlichen Folgen – mit der Illusion, dank Verbunkerung der Schweiz einen Atomkrieg überlebbarmachen zu können, aber auch mit jahrzehntelanger Verschleppung der Einführung eines Zivildienstes und massenhafter Fälschung politisch Missliebiger. Die damit verbundene geistige Blockade hat Langzeitwirkungen. Noch immer steht hierzulande die Neutralität höher im Kurs als die kollektive Sicherheit, obwohl die Neutralität ihre Begründung aus dem Recht der Staaten ableitet, Krieg als legitimes Mittel für politische Zwecke einsetzen zu dürfen. Genau das aber verbietet jedoch die UNO-Charta.

Dafür steht die SP ein:

1. Die SP hat sich schon seit deren Gründung für den Beitritt der Schweiz zur UNO eingesetzt, ohne Vorbehalte. Darum steht die SP auch zum Prinzip der kollektiven Sicherheit gemäss UNO-Charta und will, dass sich die Schweiz voll und ganz für dessen Verwirklichung und Umsetzung einsetzt, mit einer entsprechenden Reform des Sicherheitsrates. Selbstverständlich stehen dabei gewaltfreie Konfliktlösungen im Vordergrund.
2. Die weltweiten Rüstungsarsenale stellen nach wie vor eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit dar, die häufig unterschätzt wird. Deshalb will die SP, dass sich die Schweiz noch stärker als bisher für Rüstungskontrolle und Abrüstung einsetzt. Ziel bleibt die allgemeine und kontrollierte Abrüstung. Wo dies sinnvoll ist, muss die Schweiz auch zu einseitigen Abrüstungsschritten bereit sein. Kriegsfördernde Aktivitäten wie Kriegsmaterialexporte und deren Finanzierung von der Schweiz aus sind zu unterbinden.
3. Die SP will auch, dass sich die Schweiz viel stärker an UNO-Friedensmissionen beteiligt. Die Neutralität ist kein Hindernis dagegen; im Gegenteil, jene Kreise, die dem die Neutralität entgegenhalten, sprechen damit den Mittel- und Grossmächten das Recht zu, nach eigenem Belieben Krieg führen zu dürfen.
4. Für die SP hat grundsätzlich zivile Friedensförderung als präventives Handeln Vorrang vor Friedenssicherungseinsätzen, die ja erst dann beschlossen werden, wenn Konflikte bereits kriegerisch geworden sind. Darum braucht es auch kein Verteidigungs- oder Militärdepartement mehr; dessen verbleibende Aufgaben werden sinnvollerweise dem EDA angegliedert.
5. Die SP will auch, dass sich die Schweiz im Rahmen von UNO und OSZE aktiv für die Bildung einer Staatengruppe für kollektive Sicherheit einsetzt. Dies ist für uns auch die wirksamste Massnahme gegen allfällige Gelüste, die Schweiz längerfristig einem Militärbündnis anzuschliessen – denn eine „autonome Landesverteidigung“ ist schon lange eine Illusion.
6. Die allgemeine Wehrpflicht ist überholt und führt zu einer personell massiv überdotierten Armee. Sie ist durch ein freiwilliges Rekrutierungssystem zu ersetzen. Rückgrat sollen Freiwillige werden, die nach einer militärischen Grundausbildung hauptberuflich einen zivilen Beruf ausüben und nur bei Bedarf oder für Auffrischkurse einberufen werden (Freiwilligenmiliz).

7. Der Zivildienst erfüllt in unserer Gesellschaft wichtige Aufgaben. Er soll nach Sistierung oder Abschaffung der Wehrpflicht als ein freiwilliger Dienst, der allen offen steht, fortgeführt werden. Die SP setzt sich dafür ein, dass dabei nicht ein Zweiklassensystem von Freiwilligenarbeit entsteht, eine organisierte, die entschädigt und sozial abgesichert wird, und eine individuelle – traditionell vor allem von Frauen geleistete –, die kaum Anerkennung findet.
8. Die SP wehrt sich auch gegen eine ideologische Diskussion pro und kontra Armee. Dies zu einer Bekenntnisfrage hochzustilisieren, nützt nur jenen, die geistig immer noch im Kalten Krieg verhaftet sind. Wir wollen sachliche Diskussionen führen, wie die Schweiz zu einer friedlicheren Welt beitragen kann.
9. Darum setzt sich die SP auch für eine aktive, friedensorientierte Aussenpolitik ein, der sich die Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz ebenfalls unterzuordnen hat.

c2) Eine menschliche Gesellschaft kann es nur mit der Verwirklichung der Menschenrechte geben

Es brauchte die Erfahrung der von Europa ausgehenden Menschheitskatastrophen von Holocaust und totalem Krieg im 20. Jahrhundert, um den Menschenrechten als Abwehr gegen jegliche Heilslehren zum Durchbruch zu verhelfen. Mit der Verabschiedung der «Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte» wurde 1948 die Türe zu einem neuen Zeitalter in der Entwicklung der Menschenrechte aufgestossen. Das ist alles andere als selbstverständlich, denn mit dem Aufkommen des Kalten Krieges musste befürchtet werden, dass diese Erklärung das Papier nicht wert sei, auf dem es geschrieben war. Es hat denn auch fast drei Jahrzehnte gedauert, bis 1965 die Antirassismuskonvention und 1966 die beiden UNO-Pakte von der UNO-Generalversammlung verabschiedet werden konnten – und die Menschenrechte von der hehren Deklaration zu rechtsverbindlichen Vereinbarungen geworden waren. Erstaunlich ist allerdings weniger, dass dies so lange gedauert hat, sondern eher, dass trotz anhaltendem Kaltem Krieg die Verabschiedung dieser drei Menschenrechtsverträge möglich wurde. Ein nicht unwesentlicher Faktor ist dabei die Entkolonialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg. So wurden 1960 – im „Jahr Afrikas“ – nicht weniger als 16 afrikanische Staaten unabhängig und gleich Mitglied der UNO. Bis 1965 wurden weitere elf afrikanische Staaten unabhängig – eine Umwälzung, die mindestens so erschütternd war wie der Zusammenbruch des Ostblocks. Es fällt auf, dass die ehemaligen Kolonialländer nicht zögerten, im Gegensatz zur Schweiz Mitglied der UNO zu werden – und sie damit erst richtig zur Weltorganisation gemacht haben.

Dass die Schweiz bei der UNO abseits stand – im Gegensatz zum Völkerbund nach dem Ersten Weltkrieg – hat seinen Grund in ihrer Rolle im Zweiten Weltkrieg, für die ihre politische Führung – noch unter Ausschluss der Sozialdemokratie – nicht zur Rechenschaft gezogen werden wollte. Um dies nach innen und aussen rechtfertigen zu können, musste sie ihren Sonderfall beschwören. Und zugleich musste sie die Menschenrechte als bedeutungslos für die Schweiz abqualifizieren. Das galt gleichermassen gegenüber dem Europarat wie in Bezug auf die UNO, ja anfangs sogar noch stärker, datiert die Europäische Menschenrechtskonvention – mit dem Klagerecht beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof – doch von 1950. Statt die phänomenale Errungenschaft zu würdigen, dass eine Einzelperson einen Staat wegen der Verletzung ihrer Rechte einklagen kann, wurde in der Schweiz das Klischee von den „fremden Richtern“ beschworen, das bis heute nachwirkt.

Es macht bis heute den grossen Unterschied zwischen den Menschenrechten und anderen Bereichen innerstaatlicher Regelungen aus, dass sich die Staaten nicht mehr legitimerweise auf ihre Souveränität berufen können wenn es um Menschenrechtsverletzungen geht. Dass in den letzten Jahren etliche autoritäre Staaten aus anderen Kontinenten versuchen, die Menschenrechte als „europäisch“ abzuqualifizieren (in Analogie zum Schweizer Bild der „fremden Richter“), hat nichts mit (verletzten) kulturellen Werten zu tun, sondern ist schlicht auf die Nichtbereitschaft zurückzuführen, die Menschenrechte in ihrem Land respektieren zu wollen. Da gibt es erschreckende Parallelen zwischen der Politik der SVP und jener Potentaten.

Was in Bezug auf die Menschenrechte in der Schweiz auch immer noch nachwirkt, ist das Wunschbild, dass die Verhältnisse in unserem Land weit über die Menschenrechtsnormen erhaben

seien, dass Menschenrechte sowieso nur etwas „für das Ausland“ seien. Das ist auch von der offiziellen Schweiz so lange beschworen worden, dass es noch bis heute in offizielle Verlautbarungen durchschlägt, beispielsweise wenn der Bundesrat in der Legislaturplanung 2007–2011 zur UNO-Behindertenkonvention schreibt: «Die Konvention schafft keine neuen Verpflichtungen, sondern bestätigt grundsätzlich die bisherige Politik und Gesetzgebung der Schweiz im Bereich der Gleichstellung von Behinderten.»

Dafür steht die SP ein:

1. Die SP versteht sich als Menschenrechtspartei. Die in den verschiedenen Menschenrechtsvereinbarungen kodifizierten Rechte sind deshalb eine Richtschnur für unsere Politik. Die Menschenrechte sind universell, unveräusserlich, unteilbar und bedingen sich gegenseitig. Sie haben sowohl in der Schweiz wie in allen anderen Ländern zu gelten und dafür setzen wir uns innenpolitisch und weltweit ein.
2. Die SP setzt sich dafür ein, dass die Schweiz allen bedeutsamen Menschenrechtsvereinbarungen beitrifft – sei es im Rahmen von UNO, UNESCO, ILO wie Europarat und OSZE –, die Vorbehalte zu ratifizierten Abkommen zurückzieht und Individualbeschwerdeverfahren zulässt, wo es solche gibt.
3. Die SP setzt sich ein für die innerstaatliche Umsetzung der Menschenrechte, die Schaffung der diesbezüglichen Institutionen und den Erlass bzw. die menschenrechtskonforme Ausgestaltung der entsprechenden rechtlichen Bestimmungen auf allen Ebenen.
4. Die Entwicklung der Menschenrechte ist nicht abgeschlossen. Die SP setzt sich deshalb auch dafür ein, dass die Schweiz aktiv an der Ausarbeitung neuer Menschenrechtsvereinbarungen mitarbeitet, dass die Menschenrechte auch für internationale Wirtschaftsunternehmen verbindlich werden und dass das Vertragssystem der Welthandelsorganisation (WTO) den Menschenrechten untergeordnet wird.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-302: Modifiziert annehmen.

Begründung: **A-302** ist sorgfältig formuliert und die Geschäftsleitung kann den darin zum Ausdruck kommenden Analysen und Forderungen ohne Vorbehalt zustimmen. Dennoch sieht sie keine Möglichkeit, **A-302** integral zur Annahme zu empfehlen. Die Texte sind für ein Parteiprogramm viel zu lang geraten. Die Geschäftsleitung schlägt aber gerne vor, aus **A-302** noch folgende drei wichtigen Gedanken aufzugreifen und ins Parteiprogramm einzufügen:

Kapitel IV, 4, c (Friedenspolitik), Ziffer 2 zum Verbot von Kriegsmaterialexportverbot wird einleitend wie folgt ergänzt: „Die weltweiten Rüstungsarsenale stellen nach wie vor eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit dar, die häufig unterschätzt wird. Deshalb will die SP, dass sich die Schweiz noch stärker als bisher für Rüstungskontrolle und Abrüstung einsetzt. Ziel bleibt die allgemeine und kontrollierte Abrüstung. Dies setzt einseitige Abrüstungsschritte zur Vertrauensbildung voraus.“

Kapitel IV, 4, c (Friedenspolitik), Ziffer 3 zur Menschenrechtspolitik wird wie folgt ergänzt: „Die SP versteht sich als Menschenrechtspartei. Die Menschenrechte sind der Kern Strafgerichtshof stärken. Die SP setzt sich auch für die innerstaatliche Umsetzung der Menschenrechte ein, indem eine starke Menschenrechtsinstitution geschaffen und alle Gesetze auf ihre Übereinstimmung mit den Menschenrechten überprüft werden.“

Kapitel IV, 4, c (Friedenspolitik), Einschub in Ziffer 4: „... unter Führung der UNO ein. Die Schweiz soll sich im Rahmen von UNO und OSZE aktiv für die Bildung einer Staatengruppe für kollektive Sicherheit einsetzen. Dies ist für uns auch die wirksamste Massnahme gegen allfällige Gelüste, die Schweiz längerfristig einem Militärbündnis anzuschliessen – denn eine ‚autonome Landesverteidigung‘ ist schon lange eine Illusion. Eine Beitritt ...“

d. Anträge zu „d. Öffentliche Sicherheit für alle“

A-303 PS Vaud : Note pour la traduction

Notre voie, sous-chapitre 4d, page 42, d), deuxième ligne

Remplacer « la sécurité quotidienne » par « la sécurité dans la vie de tous les jours ».

Anträge zu 1. Vorrang von präventiven vor repressiven Massnahmen

A-304 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 3, d, Punkt 1, Seite 41

Streichen: Gesamte Forderung 1.

Begründung: Solche Allgemeinplätze sollten wir nicht als Forderung aufführen.

Anträge zu 2. Unteilbarkeit von Sicherheit – gegen Ausgrenzung

A-305 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 3, d, Punkt 2, Seite 42

Streichen: Gesamte Forderung 2.

Begründung: Solche Allgemeinplätze sollten wir nicht als Forderung aufführen.

Anträge zu 3. Schutz vor Waffengewalt

A-306 Esther Burkhalter, SP Affoltern am Albis IV, 3, d, Punkt 3, Seite 43

Punkt 3 ersatzlos streichen: eine Tagesaktualität gehört nicht ins Parteiprogramm

Anträge zu 4. Kantonale Polizeihohheit

A-307 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 3, d, Punkt 4, Seite 42

Ergänzen: 4. „Im Innern .. ausgeschlossen werden. *Dies muss auch für den Öffentlichen Verkehr gelten. Die Sicherheitsaufgaben im öffentlichen Verkehr dürfen nur durch gut ausgebildete und vereidigte Polizisten, die eng mit den Kantonspolizeien zusammenarbeiten wahrgenommen werden.*“

A-308 Linda Bär, SP Zürich 11, IV, 4. d. Punkt 4, Seite 42

In Punkt 4 folgende zwei Worte ergänzen:

„Im Innern gewährleisten die kantonalen und kommunalen Polizeikörps die Sicherheit und Ordnung.“

Begründung: Die bestehende Formulierung, in der nur die kantonalen Polizeikörps erwähnt werden, wird der Situation der grossen Schweizer Städte nicht gerecht, die unbedingt auch kommunale Polizeikörps haben müssen. Es ist wichtig, dass die SP auf kommunalen und kantonalen Polizeikörps besteht, denn nur gegen die kantonalen und kommunalen Polizeigesetze kann vor Bundesgericht wegen Verletzung der Verfassung geklagt werden. Bei einer Bundespolizei wäre das nicht möglich, weil die Schweiz noch keine Verfassungsgerichtsbarkeit hat.

Anträge zu 5. Zivilschutz

A-309 Monika Simmler, JUSO Schweiz, , IV, 3, d, Punkt 5, Seite 42

Erster Satz unverändert belassen.

Streichen: „Der an veralteten Kriegsszenarien ausgerichtete Zivilschutz hat sich überlebt; die Zivilschutzdienstpflicht und die Schutzraumbaupflicht sind unnötig und ineffizient. Es braucht einen modernisierten Bevölkerungsschutz, der in enger Kooperation mit den Blaulichtorganisationen ein qualitativ hohes Ausbildungsniveau sicherstellt und in Grossregionen zusammengefasst wird.“

Ersetzen mit: „Dem sich im Wandel befindenden Zivilschutz müssen die nötigen Finanziellen Mittel zu Verfügung gestellt werden, damit er als effizienter und gut ausgebildeter Bevölkerungsschutz, die Blaulichtorganisationen unterstützen kann.“

Begründung: Der Zivilschutz muss an die neuen Herausforderungen angepasst und modernisiert werden.

A-310 Eric Voruz, PS Vaudois, IV, 4, d, p. 42, sécurité publique, engagement 5

Reformulation de la proposition 5 : « La protection civile, les sapeurs-pompiers, les services de secours sanitaires, y compris les troupes sanitaires, de sauvetage et de génie de l'armée doivent être inclus dans le cadre d'une nouvelle entité de « sécurité civile » structurée au sein de grandes régions. Son fonctionnement sera entièrement civil. »

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

- **Antrag A-303: Annehmen.**

Begründung: **A-303** betrifft nur die Übersetzung ins Französische und wird von der Geschäftsleitung gerne zur Annahme empfohlen.

- **Anträge A-304 bis A-306: Ablehnen.**

Begründung: **A-304 und A-305** wollen die Ziffern 1 und 2 ersatzlos streichen. Dort geht es um den Vorrang präventiver Mittel vor repressiven Mitteln, den unverzichtbaren Schutz der Freiheit – auch wo es um Sicherheit geht – und um das sozialdemokratische Grundprinzip, dass Sicherheit nicht durch Ausgrenzung, Ausweisung und Wegweisung, sondern durch Integration geschaffen wird. Die Geschäftsleitung betrachtet diese Anliegen als wichtig und bittet darum, **A-304 und A-305** abzulehnen.

A-306 will die Ziffer über den Schutz vor Waffengewalt streichen. Diese Forderung bleibt aber auch nach Annahme unserer wichtigen, gleichlautenden Initiative höchst aktuell. Leider zeigt die Erfahrung, dass ein neuer Verfassungsartikel keine Garantie bietet, dass ein politisches Anliegen tatsächlich umgesetzt wird, gegen das sich die bürgerliche Mehrheit von Bundesrat und Parlament mit Vehemenz gewehrt hat. Die SP wird auch nach einer erfolgreichen Abstimmung für die Durchsetzung des Schutzes vor Waffengewalt kämpfen müssen – wenn auch mit einer weit besseren Grundlage als dies heute der Fall ist.

- **Antrag A-307: Modifiziert annehmen.**

Begründung: Zwar ist das Anliegen von **A-307** dank der hervorragenden Arbeit der SP-Delegation in der Verkehrskommission des Nationalrates gesetzlich umgesetzt. Die Privatisierung der Bahnpolizei ist vom Tisch. Die Geschäftsleitung nagelt diese Forderung aber gerne zusätzlich im Parteiprogramm und fügt sie bei Ziffer 4 an.

- **Antrag A-308: Annehmen.**

Begründung: **A-308** will auch die *kommunalen* Polizeikorps explizit erwähnen, was die Geschäftsleitung gerne zur Annahme empfiehlt.

- **Antrag A-309: Ablehnen.**

- **Antrag A-310: Modifiziert annehmen.**

Begründung: **A-309** wird zur Ablehnung empfohlen. Die Geschäftsleitung ist erstaunt, dass sich die Juso für die Aufrechterhaltung der sinnlos gewordenen Zivilschutzdienstpflicht und Schutzraumbaupflicht stark machen. Die Geschäftsleitung hält diese für überholt und setzt sich – wie dies auch **A-310** anmahnt – für einen modernisierten und breit vernetzten Bevölkerungsschutz ohne Dienstpflicht und ohne Bunkerbaupflicht ein. Die Geschäftsleitung regt an, **A-310** im Sinne einer Ergänzung in Ziffer 5 zu integrieren.

Anträge zu "5. Für eine zukunftsfähige Wirtschaft im Dienste aller Menschen"

Anträge zu "a. Für soziale und ökologische Leitplanken der Marktwirtschaft"

A-311 Romain Felli, PS Vaudois, IV, 5, a, p. 43-44

Reformuler le titre et l'introduction de la manière suivante:

A. Un marché qui permette la démocratie économique

Dans la démocratie économique que nous voulons instituer il existera, comme aujourd'hui, différentes manières de coordonner les activités économiques et d'organiser l'allocation des ressources et des biens. Aujourd'hui, cette allocation se fait essentiellement par le biais du marché, c'est-à-dire par un mécanisme de prix. Ce mécanisme dépend d'institutions sociales, culturelles et légales très importantes: le marché est toujours encadré dans une société particulière, qui, par exemple, définit des titres de propriété et choisit quels objets sont "marchandisables" et il n'est jamais le seul mécanisme existant. Le problème du marché est que l'accès à la satisfaction des besoins sociaux y est subordonné aux ressources économiques dont disposent les individus, autrement dit c'est l'argent qui détermine ce que chacun peut obtenir. Il est donc inégalitaire et aveugle à la satisfaction des besoins sociaux.

Il existe également d'autres mécanismes d'allocation des biens et des ressources, par exemple le droit ou la gratuité (qui est au fondement de la plupart des services publics), les permis administratifs, ou encore la planification économique organisée de manière démocratique (comme la plupart des services publics). Par ailleurs, dans les dites économies de "marché", qui sont en fait des économies capitalistes, les entreprises elles-mêmes ne sont pas coordonnées selon les principes du marché mais selon une logique hiérarchique et autoritaire.

Dès lors, nous voulons créer un marché qui corresponde à notre conception de la démocratie économique, nous voulons une conversion sociale, écologique et démocratique des marchés existants. Dans le cadre de son fonctionnement, la propriété privée trouvera ses limites dans les objectifs sociaux et écologiques qui auront été décidés démocratiquement, afin d'assurer à chacun la satisfaction de ses besoins fondamentaux. Il s'agira également de démocratiser les entités en concurrence sur les marchés, à commencer par les entreprises privées.

En ce sens, le PS est favorable à une démocratie économique incluant le marché comme mécanisme, mais qui le subordonne aux objectifs sociaux et écologiques."

Motif: la formulation actuelle est insatisfaisante car elle est incohérente avec le concept de démocratie économique adopté plus haut.

A-312 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 5, a,

Streichen: Von „In dieser neuen Wirtschaftsordnung...“ bis „... du dieser untergeordnet ist“.

Ersetzen: **Für eine solidarische und ökologische Wirtschaft**

Die Neoliberalen haben es in den vergangenen Jahrzehnten geschafft, den Allgemeinverstand umzukrempeln. Ihre Ideologen und „Experten“ bestimmen heute, was für Fragen überhaupt gestellt werden dürfen und welche Antworten gegeben werden können. Im Zentrum dieser ideologischen Konstruktion steht eine Fixierung auf die abstrakte Idee von einem „Markt“. Alle Lebensbereiche sollen dem Prinzip der Konkurrenz und den „Marktgesetzen“ unterworfen werden. Alles andere wird als Gutmenschentum, ineffizient oder konservativ abgetan. Damit soll vor allem die Idee, es könnte auch etwas wie soziale Gerechtigkeit geben, diskreditiert werden. Nicht nur gibt es nicht den geringsten empirischen Beweis für die ökonomische Überlegenheit einer Marktwirtschaft gegenüber der demokratischen. Vielmehr noch geht es bei dieser Marktobsession gerade darum, die Demokratie in Politik, Wirtschaft und Alltag anzugreifen. Die Neoliberalen sprechen von Privatisierung und meinen die Enteignung von Volksvermögen. Sie sprechen von Liberalisierung und Deregulierung und meinen die Abschaffung der Arbeitsschutzgesetze, die Zerschlagung des Interventionsstaates und das Ende der demokratischen Kontrolle über den Service public.

Wir sind uns bewusst, dass der Weg zur Demokratisierung der Wirtschaft ein langer ist. Aber jeder Weg, braucht einen Anfang. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, jetzt Reformen vorzuschlagen, die über Korrekturen am Kapitalismus hinausgehen. Namentlich setzen wir uns ein für die Mobilisierung der Volksvermögen zur Steuerung des sozial-ökologischen Umbaus der Wirtschaft. Konkret sollen die angesparten Vermögen aus der 1. und 2. Säule (AHV-Fonds und Pensionskassen) eingesetzt werden und Unternehmen und Branchen schrittweise der kapitalistischen Produktion entzogen und in demokratische Verwaltung im gemeinsamen Besitz der Werk tätigen, der öffentlichen Hand und der KonsumentInnen überführt werden. Diese Reform alleine bringt den Kapitalismus zwar noch nicht zu Fall, aber sie ist ein Schritt in die richtige Richtung.

A-313 Willy Spieler, SP Zürich 2, IV, 5, a,

Wirtschaftsdemokratie und ökologischer Umbau der Wirtschaft bedingen sich wechselseitig. Die in der Wirtschaft tätigen Menschen können ihre Verantwortung für eine zukunftsfähige Ökonomie nur wahrnehmen, wenn ihnen ein wirtschaftliches Mitentscheidungsrecht eingeräumt wird, das dieser Verantwortung entspricht. Auf der staatlichen Ebene ist ein vom Volk gewählter Zukunftsrat für den ökologischen Umbau der Wirtschaft zuständig.

Begründung: Es genügt nicht, die wechselseitige Abhängigkeit von Wirtschaftsdemokratie und ökologischem Umbau der Wirtschaft zu behaupten. Es braucht auch eine Begründung, die vom Grundsatz der Verantwortung aller in der Wirtschaft Tätigen für eine zukunftsfähige Ökonomie ausgeht, der ein wirtschaftliches Mitentscheidungsrecht einschliesst, das dieser Verantwortung entspricht. Es braucht aber auch demokratisch abgestützte Instrumentarien der Umsetzung auf der staatlichen Ebene. Darum sollte ein vom Volk gewählter „Ökologischer Rat“ (Hans Christoph Binswanger), hier Zukunftsrat genannt, den ökologischen Umbau der Wirtschaft koordinieren oder den Eidgenössischen Räten wenigstens beratend zur Seite stehen.

A-314 Renatus Beck, SP Bümpliz/Bethlehem, IV, 5, a, Absatz 1, 3. Satz, Seite 42

Wir schlagen die **Streichung** dieses Satzes vor.

Begründung: Der Verweis auf die „Erfolgsgeschichte“ der Sozialdemokratie im Kampf gegen den ungebundenen Wirtschaftsliberalismus ist nicht sehr glaubwürdig, wenn wir sonst überall im ganzen Programm – zu Recht – schildern, welche Auswirkungen der entfesselte Kapitalismus, die neoliberale Konterrevolution haben. In den letzten dreissig Jahren haben

wir uns „Manchester“ wieder mehr angenähert, als uns lieb sein kann, ohne dass wir dagegen eine Menge auszurichten vermochten.

A-315 Renatus Beck, SP Bümpliz/Bethlehem, IV, 5, a, Absatz 2, 3. Satz, Seite 42

Wir machen darauf aufmerksam, dass hier ein Tipp-/Druckfehler vorliegt: Es muss heissen „... am richtig~~en~~ Ort spielen können“.

A-316 (= alt-A-774) : SP Ittigen, Titel

Unteruntertitel „a.“ *streichen!*

A-317 (= alt-A-775) : PS Vaud: IV Notre voie, chapitre 4, page 41, lettre a, titre

Remplacer le titre par : a. Pour une économie démocratisée

Motif : notre projet n'est pas de simplement poser des garde-fous mais de transformer l'économie en un espace démocratique.

A-318 (= alt-A-776) : PS Lausanne: changer titre en « Démocratiser l'économie»

motif : l'image de « garde-fous » n'est pas adaptée. L'économie de marché ne doit pouvoir se déployer que dans un cadre fixé politiquement, c'est-à-dire démocratiquement, en cohérence avec le concept adopté au chapitre III.

A-319 (= alt-A-777) : SP Kanton Graubünden

Streichung der Begrifflichkeit der "sozialen Marktwirtschaft"

Begründung: Die Analyse, dass die Marktwirtschaft viele Gesichter haben kann, teilen wir. Allerdings lehnen wir die Zielformulierung einer "Sozialen Marktwirtschaft" aus sozialdemokratischer Sicht ab. Erstens möchten wir Anmerken, dass die soziale Marktwirtschaft kein linkes Projekt ist. Im Gegenteil: deren Architekt war Ludwig Erhard, ein konservativer Politiker und Ökonom. Auch wird "Marktwirtschaft" als Begriff im deutschen Sprachgebrauch synonym mit Kapitalismus verwendet, nur besser konnotiert. Untermalt wird dies durch folgendes Zitat von Ludwig Erhard "Je freier die Wirtschaft, umso sozialer ist sie auch." Dass hier nicht die Freiheit im positiven Sinne, also im sozialdemokratischen Sinne gemeint ist, scheint klar. – Den Markt als reiner Verteilungsmechanismus von wirtschaftlichen Gütern erachten wir als effizient und richtig. Allerdings erachten wir eine Ausrichtung der Produktion der Güter und Dienstleistungen, ausgerichtet auf den Markt, verfehlt. Dies impliziert aber die soziale Marktwirtschaft.

A-320 (= alt-A-778) : SP Zürich 3, IV, 4, a, 3. Absatz

Der Markt ist ~~zwar ökonomisch effizient, aber~~ ökologisch und sozial blind.

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

- **Anträge A-311 und A-312: Modifiziert annehmen.**

Begründung: Die Anträge **A-311 und A-312** üben eine berechtigte Kritik am neoliberalen Marktconcept. Die Geschäftsleitung anerkennt, dass diese Kritik im aktuellen Programm-entwurf noch zu wenig klar formuliert ist. Aus diesem Grund möchte die Geschäftsleitung den aktuellen Text entsprechend ergänzen. – Zusätzlich ist die Geschäftsleitung gerne be-

reit, auch das Kernanliegen im zweiten Absatz von **A-312** aufzugreifen – allerdings nicht an dieser Stelle, sondern in Teil III, Visionen. Dort schlug die Geschäftsleitung im Rahmen der Behandlung von **A-109** als Ergänzung zu Ziffer 5 über die Nutzung der 1. und 2. Säule für die Zielsetzungen der Wirtschaftsdemokratie vor, deren Gelder einem *Industriefonds* anzuvertrauen, *der für den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft und deren Demokratisierung sorgt*. Damit wird auch dem wichtigsten Anliegen des 2. Absatzes von **A-312** entsprochen. Von einer integralen Aufnahme der beiden Anträge ins Parteiprogramm möchte die Geschäftsleitung absehen, weil sie umfangmässig zu lang sind und teilweise etwas apodiktisch formuliert sind.

- **A-313 und A-314: Ablehnen.**

Begründung: **A-313** beantragt indirekt Rückkommen auf die von der Geschäftsleitung in der ersten Runde angenommenen und folglich abgeschriebenen Anträge **alt-A-605 bis alt-A-610**, die sich dezidiert gegen das Konzept von Zukunftsräten ausgesprochen haben. Sie argumentierten, es sei nicht sinnvoll, die bestehenden Parlamente durch Parallelstrukturen von ebenfalls gewählten Vertretern und Vertreterinnen in so genannten Zukunftsräten zu konkurrenzieren. Vielmehr gehöre es zu den ureigensten Aufgaben der bestehenden Parlamente, ihrerseits in die Zukunft zu denken und – nebst anderem – für den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft und ihre Demokratisierung zu sorgen. **A-313** geht offenbar davon aus, dass allein die Tatsache, dass das Volk „Zukunftsräte“ wählt, diese den Umbau und die Demokratisierung der Wirtschaft zügiger an die Hand nehmen würden als die heutigen Parlamente. Die Geschäftsleitung kann diesen nicht weiter begründeten Optimismus nicht teilen. Vielmehr glaubt sie, dass kein Weg daran vorbeiführt, dass die Sozialdemokratie auf allen Ebenen stärker wird, damit sie über die bestehenden Institutionen – Bundesrat, Kantonsregierungen und Parlamente auf allen Ebenen – unterstützt von starken sozialen Bewegungen – allen voran den Gewerkschaften – den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft und ihre Demokratisierung tatsächlich durchsetzen kann. Sie bittet deshalb darum, **A-313** abzulehnen.

A-314 bestreitet, dass es zu den grossen historischen Leistungen der Arbeiterbewegung gehört, nach der industriellen Revolution den damaligen Manchesterliberalismus in die Schranken gewiesen zu haben. Für die Geschäftsleitung gehört dies zu den unbestrittenen historischen Feststellungen und ersucht darum, den Streichungsantrag zu verwerfen.

- **Antrag A-315: Annehmen.**

Begründung: **A-315** wird gerne aufgenommen – danke für den Hinweis auf den Tippfehler.

- **Anträge A-316 bis A-320 (=alt-A-774 bis alt-A-778): Ablehnen.**

Begründung: Der Verzicht auf einen Untertitel (**A-316 = alt-A-774**) ginge zu Lasten der Verständlichkeit. **A-317 und A-318 (= alt-A-775 und alt-A-776)** wollen die Wirtschaftsdemokratie im Titel. Dieser Titel wird aber schon im Visionenkapitel III, 1 verwendet, wo dann auch tatsächlich im umfassenden Sinn von der Wirtschaftsdemokratie die Rede ist und nicht allein von Teilaspekten wie hier im Unterkapitel IV, 5, a. **A-319 (= alt-A-777)** unterstützt den Markt als Verteilungsmechanismus von wirtschaftlichen Gütern, will aber den Begriff vermeiden. Die Geschäftsleitung schlägt demgegenüber vor, den Begriff mit unseren Inhalten zu besetzen. **A-320 (= alt-A-778)** wird zur Ablehnung empfohlen, weil die Geschäftsleitung den Markt nicht gänzlich durch einen anderen Allokationsmechanismus ersetzen will, sondern in Teilbereichen dessen Effizienz anerkennt. Der Programmtext ordnet den Markt klar grundlegenden gesellschaftlichen Zielen unter und macht ihn damit zu einem Instrument unter anderen.

Anträge zu 2. Sozial-ökologische Marktwirtschaft

A-321 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, IV, 5, a, point 2, p. 45

Reformuler l'engagement comme suit : « Une démocratisation du marché dans un but social et écologique doit permettre à chacun de vivre dans des conditions dignes et d'assurer une utilisation durable des ressources naturelles. Ce n'est que par la garantie de ces standards sociaux et écologiques sur le plan légal que nous pourrions améliorer la qualité de vie. Le renforcement de la position de négociation des salarié-e-s et du pouvoir des consommatrices et consommateurs contribueront également à cette démocratisation ».

Motif : le PS n'a pas à soutenir cet ordre libéral d'économie sociale et écologique qui oublie complètement notre perspective de démocratisation de l'économie.

Anträge zu 3. Soziale KMU stärken

A-322 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, IV, 5, a, point 3, p. 45

Reformuler le point comme suit : « Les PME peuvent constituer le fondement de la transformation sociale et écologique de l'économie à laquelle nous aspirons car leur taille rend leur démocratisation plus facile et rapide. Elles seront d'autant plus promptes à assumer leur responsabilité sociale et écologique. »

Motif : il faut faire le lien entre la démocratisation de l'économie et ces PME.

Anträge zu 4 Steuerpolitik

A-323 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, IV, 5, a, point 4, p. 45

Transférer le point 4 sous le chapitre 4.1 b) redistribution des richesses.

Motif : ce chapitre concerne la redistribution des richesses et doit être traité à notre avis dans le chapitre approprié.

A-324 Samuel Bendahan, PS Vaudois, IV, 5, a, p. 45, point 4

Ajouter à la fin de la première phrase : « Ces produits dérivés ne doivent pas pouvoir être utilisés à des fins spéculatives. »

Motif : cette précision est nécessaire.

Anträge zu 5. Regulierung der Finanzmärkte

A-325 Michael Müller SP Bern Altstadt, IV, 5, a, Punkt 5, Seite 44

Einfügen zwischen erstem und zweitem Satz: „ Grossbanken, die aufgrund ihrer Bedeutung in der Realwirtschaft eine faktische Staatsgarantie haben, müssen so aufgeteilt werden, dass risikoreichere Geschäftsbereiche wie das Investment Banking das normale Kreditgeschäft und den Zahlungsverkehr nicht gefährden.“

Begründung: Die spezielle Rolle der Grossbanken mit der gesamten „Too big to fail“-Problematik muss gesondert erwähnt werden.

Anträge zu 6. Too big to fail Problematik**A-326 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, IV, 5, a, point 6, p. 45**

Biffer la première phrase du point 6 « Une économie sociale de marché... ».

Motif : Cette phrase est en contradiction complète avec notre concept de démocratisation de l'économie. Si l'économie est démocratisée, le management n'est plus l'unique responsable de la gestion... C'est exactement le contraire.

Stellungnahme der Geschäftsleitung

- **Anträge A-321 bis A-323 und A-325: Annehmen.**

Begründung: **A-321 und A-322** formulieren das bereits vorhandene besser und verknüpfen dieses stärker als im vorliegenden Text mit der Vision der Wirtschaftsdemokratie. Die Geschäftsleitung bittet deshalb, ihnen zuzustimmen. Dies gilt auch für den Verschiebungsvorschlag **A-323**, Die Rolle der Steuerpolitik zur sozialen Umverteilung ist in der Tat in Kapitel IV, 1, b besser placiert. Auch **A-325** empfiehlt die Geschäftsleitung zur Annahme. Er fordert die Abspaltung besonders risikoreicher Geschäftsbereiche von den Grossbanken.

- **Antrag A-324: Ablehnen.**

Begründung: **A-324** wird zur Ablehnung empfohlen, weil der Begriff der „Spekulation“ rechtlich kaum definierbar ist. Auch ist nicht einzusehen, weshalb bestimmte Kategorien von Geldanlagen weiterhin freie Hand zur „Spekulation“ erhalten sollen und die im Antrag erwähnten Kategorien nicht.

- **Antrag A-326: Modifiziert annehmen.**

Begründung: **A-326** will den ersten Satz von Ziffer 6 streichen, weil er widersprüchlich formuliert sei. Die Geschäftsleitung hält an der Grundaussage dieses Satzes fest, weil es für uns wichtig ist, laut und deutlich zu sagen, dass wir die Verantwortlichkeit von Leuten wie Peter Wuffli, Marcel Ospel, Peter Kurer & Co. konsequenter ausgestalten wollen, als dies heute der Fall ist: Unternehmensleitungen, die gravierende Fehler begehen, sollen dafür haftbar gemacht werden können. Auch in der Wirtschaftsdemokratie wird das nicht anders sein. Die Geschäftsleitung will aber mögliche Widersprüchlichkeiten ausräumen und schlägt vor, den Einleitungssatz neu wie folgt zu formulieren:

„Solange Kapitaleigner und Management die alleinigen Entscheide fällen, sollen sie für eingegangene Risiken und Fehlverhalten auch die volle Verantwortung übernehmen und für eingetretene Schäden haften.“

Anträge zu 7. Landwirtschaftspolitik**A-327 Romain Felli, PS Vaudois, IV, 5, a, p. 45, point 6, deux dernières phrases**

Modifier la fin du paragraphe de la manière suivante: “Sur le plan international, le PS s'engage en faveur d'une agriculture de proximité et vivrière qui permette de réaliser la souveraineté alimentaire, c'est-à-dire la capacité d'un peuple à choisir ses politiques agricoles et alimentaires. Les subventions à l'exportation doivent disparaître au profit d'une agriculture qui respecte l'environnement, qui se fasse dans de bonnes conditions sociales (notamment eu égard aux conditions de travail des travailleurs agricoles) et qui permette de satisfaire les besoins sociaux.”

Motif: préciser notre position vis-à-vis de l'agriculture et du commerce international. Pour garantir une agriculture sociale et écologique, il convient de favoriser la production de proximité.

A-328 (= alt-A-800) : PS Lausanne: Pt. 6. Avant-dernière phrase

Remplacer « sécurité alimentaire » par « souveraineté alimentaire ».

Motif : la souveraineté alimentaire est la capacité pour un peuple de décider démocratiquement de son mode d'approvisionnement alimentaire. C'est ceci que doit défendre le PS plutôt que le concept humanitaire de « sécurité alimentaire ».

A-329 (= alt-A-801) : PS Vaud: *IV Notre voie, chapitre 4, page 44, lettre a, point 6*

Ajout 5 ligne avant la fin du paragraphe 6 :

Le PS s'engage pour le principe de la souveraineté alimentaire et soutient l'agriculture vivrière. Sur le plan international, il s'engage pour la suppression des mesures de soutien aux exportations. Il exige...

Motif : Le PSV propose d'utiliser un concept clair : la souveraineté alimentaire qui, en plus d'évoquer le contrôle démocratique, a des vertus écologiques (proximité).

A-330 (= alt-A-802) : Carlo Sommaruga CN GE

Il est proposé un amendement remplaçant le point 6 : "6. En matière de politique agricole, le PS s'engage à la mise en œuvre au niveau international et national du alimentaire et la souveraineté alimentaire du Rapport sur l'agriculture mondiale de 2009 du Conseil mondial de l'agriculture de l'ONU, dans la perspective de mettre un terme à l'hégémonie de l'agro-industrie, de garantir une agriculture respectueuse de l'environnement, d'assurer la sécurité d'approvisionnement et la souveraineté alimentaire. La souveraineté alimentaire, ce n'est pas seulement gagner un degré supérieur, le plus élevé possible, de l'auto approvisionnement alimentaire d'un pays, mais cela veut dire que chaque pays détermine d'une façon démocratique la forme la plus adaptée de son agriculture sans devoir accepter une dépendance irrévocable par des accords internationaux."

A-331 (= alt-A-803) : SP Oftringen, S. 43, Zur Landwirtschaftspolitik:

Der Glaube an gerechte Preise bei gleichzeitig mehr Konkurrenz (EU Beitritt) oder die Vision mehr Qualität und Export ist utopisch, naiv und sehr unglaubwürdig. Die absolute Förderung von Bio und Extensivierung ist aus Sicht der energetischen Effizienz nachteilig und wird zum vermehrten Import von Nahrung aus Hungerländern führen. Sobald die fossilen Energieträger ausgehen, wird diesem Aspekt grosse Bedeutung zukommen. Wenn die SP auf erneuerbare Energien setzt, so muss sie zwangsläufig auf eine energieeffiziente Landwirtschaft setzen. Das gilt auch für den Wald. Im Parteiprogramm könnte für Forst und Landwirtschaft darauf hingewiesen werden, dass deren Rohstoffe in Zukunft von existenzieller Bedeutung für unser Land sein könnten. Deshalb ist bei der Landwirtschaft der Energieeffizienz mehr Beachtung zukommen zu lassen und dem Forst darf die Erholungs- und Naturschutzfunktion gegenüber der Nutzung des Rohstoffs Holz nicht überbewertet werden. Aus Sicht der energetischen Effizienz müsste die SP auch die andauernde Ausdehnung der Tierhaltung gegenüber dem Ackerbau fordern. Allenfalls könnte hier auch ein Hinweis stehen, dass die SP die in der Bundesverfassung definierten Ziele und Massnahmen (BV Art. 104) als richtig ansieht und weiterhin unterstützt.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-114, A-327 bis A-331 (A-328 bis A-331 = alt-A-800 bis alt-A-803): Ablehnen.

Begründung: **A-114 und A-327 bis A-330** wollen den Begriff der „Ernährungssicherheit“ durch den Begriff der „Ernährungssouveränität“ ersetzen. Dieser relativ neue Begriff wird jedoch länderspezifisch unterschiedlich verstanden und interpretiert. Er beinhaltet daher das Risiko, als Vorwand für unerwünschte Massnahmen missbraucht zu werden. Auch in der Schweiz gibt es einige Bauernorganisationen, welche die von „Ernährungssouveränität“ sprechen, aber die alte protektionistische, für den Staat und die KonsumentInnen extrem teure und nicht ökologische Landwirtschaftspolitik meinen. Auch wenn etwa **A-327 und A-328** nun eine andere Definition von „Ernährungssouveränität“ einführen, möchte die Geschäftsleitung diesen etwas schillernden und missverständlichen Begriff im Parteiprogramm dennoch vermeiden. Die übrigen Gedanken von **A-327** sind im Programmentwurf bereits enthalten und die Geschäftsleitung vertritt die Ansicht, dass ihre Formulierungen präziser sind und nicht ersetzt werden müssen. **A-330** bringt zu viele Details. Solche konkreten und zeitgebundenen Einzelheiten wie der Hinweis auf einen UNO-Bericht von 2009 gehören nicht in ein Parteiprogramm.

A-331 lehnt das Konzept der biologischen Landwirtschaft mit qualitativ hochwertigen Produkten im Dienste der Konsumenten und der Konsumentinnen ab und will an der heutigen protektionistischen Landwirtschaftspolitik festhalten. Die Geschäftsleitung sieht das anders und empfiehlt deshalb **A-331** zur Ablehnung. **A-331** argumentiert, die Förderung der biologischen Landwirtschaft sei energetisch nachteilig. Die Geschäftsleitung ist vom Gegenteil überzeugt. Es ist möglich und es wird unter dem Druck immer stärker sensibilisierter KonsumentInnen namentlich von den Schweizer Grossverteilern auch so gemacht, dass allfällige Transporte überwiegend auf dem Schiff und der Bahn durchgeführt werden. Der Energieverbrauch ist so praktisch vernachlässigbar. Etwas anderes fällt beim biologischen Landbau viel stärker ins Gewicht. Nach wie vor lässt sich die Energiebilanz substanziell verbessern, indem die meist äusserst energieintensiv hergestellten Kunstdünger durch biologische Dünger ersetzt werden. Die Geschäftsleitung empfiehlt aus all diesen Überlegungen, **A-114, A-327 bis A-331** abzulehnen.

Anträge zu 8. Nationalbankpolitik**A-332 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 5, a, Ziffer 8**

Neu formulieren: Eine der grossen Illusionen der neoliberalen Monetaristen ist die Geldneutralität. Unter diesem Vorwand haben sie die „Unabhängigkeit“ der Zentralbanken weltweit durchgesetzt. Die Zentralbanken kennen heute offensichtlich nur noch das Ziel stabiler Preise. Faktisch dient diese Politik allerdings nur den Interessen von grossen Kapitalinvestoren. Wir fordern, dass die Geldpolitik wieder als antizyklisches Instrument eingesetzt wird. Deshalb kämpfen wir für die Abschaffung der Unabhängigkeit der Zentralbank.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-332: Ablehnen.

Begründung: Ziffer 8 des Programmentwurfs formuliert unsere Forderung bereits sehr deutlich, dass die Geldpolitik der Nationalbank nebst der Preisstabilität auch die konjunkturelle Entwicklung berücksichtigen muss und im Interesse des Arbeitsplatzes eine aktive Wechselkurspolitik betreiben soll. Diese Forderung von **A-332** ist damit bereits erfüllt. Die Geschäftsleitung empfiehlt **A-332** aus zwei weiteren Gründen zur Ablehnung. Erstens trifft die darin geübte Kritik heute nur noch auf die wenigsten Zentralbanken zu. Die meisten

messen spätestens seit der Finanzkrise 2007 dem Ziel der Inflationsbekämpfung höchstens noch zweit- oder dritrangige Bedeutung zu. Zweitens hält die Geschäftsleitung daran fest, dass die Schweizerische Nationalbank politisch unabhängig sein muss, wenn sie nicht zum Spielball des Kapitals und der bürgerlichen Mehrheit im Bundesrat werden soll. Die Nationalbank entspricht unseren Interessen dann am besten, wenn der Auftrag an sie gemäss Ziffer 8 des Programmentwurfs gestaltet wird, aber nicht, wenn sie ihre Unabhängigkeit verliert und dem politischen Kräftespiel ausgesetzt wird.

Anträge für neuen Punkt

A-333 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, IV, 5, a, p. 45, nouvel engagement

Ajouter un nouveau point : « Les banques cantonales et les banques coopératives doivent jouer un rôle central dans le soutien à l'économie de proximité et à la conversion sociale et écologique de notre économie ».

A-334 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 5, a, Neuer Punkt

Neue Forderung: Die Vermögen aus AHV und Pensionskassen sollen einem demokratisch verwalteten Fonds zufließen (resp. Nach der Einführung der Volkspension die Vermögen derselben), der gezielt und den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft investiert.

A-335 (= alt-A-814) : Carlo Sommaruga CN GE, nouveau point

7. Vu l'échec du Cycle de Doha patent en matière agricole, le PS estime que dans la perspective de la mise en œuvre des recommandations du Rapport sur l'agriculture mondiale, le retrait de l'agriculture du domaine de compétence de l'OMC et du libre-échange s'impose. Le dossier de l'agriculture doit être attribué à un organisme non libre-échangiste permettant de mettre en œuvre multilatéralement du Rapport (→7 devient 8).

Stellungnahme der Geschäftsleitung

- **Antrag A-333: Annehmen.**

Begründung: **A-333** will eine neue Ziffer einfügen, in welchen *den Kantonalbanken und den Genossenschaften eine besondere Rolle im sozialen und ökologischen Umbau unserer Wirtschaft zugewiesen* wird. Die Geschäftsleitung empfiehlt Zustimmung.

- **Antrag A-334: Modifiziert annehmen.**

Begründung: **A-334** greift den bereits in **A-109** und **A-312** vorgetragenen Gedanken auf, die angesparten Vermögen aus der 1. und 2. Säule für den sozio-ökologischen Umbau der Wirtschaft und deren Demokratisierung einzusetzen. Diese Anregung wird durch die Annahme von **A-109** erfüllt, womit auch die Forderung von **A-334** erfüllt ist (siehe auch die Stellungnahmen der Geschäftsleitung zu **A-109** und **A-312**).

- **Antrag A-335 (= alt-A-814): Ablehnen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung rät davon ab, die Landwirtschaftspolitik der WTO generell abzulehnen. Das von der WTO angestrebte Verbot von Exportsubventionen wird auch von der SP unterstützt, ebenso die WTO-Forderung, dass die USA ihren Markt für Baumwollproduzenten aus Afrika öffnen und auf ihre exzessiven Agrarsubventionen verzichten sollen. Heute gibt es zur WTO keine Alternative, welche die verfehlte US-Landwirtschaftspolitik tatsächlich in die Schranken weisen kann.

Anträge zu "b. Für einen starken Service public"

A-336 Vittoria Romano, PS Ville de Genève, IV, 5, b, dernière paragraphe de l'introduction

« Standortvorteil » est traduit par « avantage concurrentiel » :

Changer la traduction car ne reflète pas bien le mot en allemand.

A-337 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, IV, 5, b, p. 47, engagement 1, ajout

Ajouter à la fin de la proposition : « Le maintien d'un monopole public sur les prestations essentielles est le meilleur garant de l'avenir du service public. »

Motif : la propriété publique du service public est une chose. L'autre élément pour garantir sa qualité est de lui confier le monopole de certaines prestations essentielles, sinon les régions périphériques se retrouvent rapidement prétéritées.

A-338 Romain Felli, PS Vaudois, IV, 5, b, p. 47, engagement 2, dernière phrase

Compléter comme suit : « En particulier tous les êtres humains devraient avoir un accès à l'eau potable, organisé par un service public en main des collectivités locales. »

Motif: un des graves problèmes dans les pays du Sud est la privatisation des services publics, en particulier de la distribution d'eau.

A-339 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 5, b, Neuer Punkt

Neuer Punkt: 4. Der Service public soll weiterentwickelt und vor allem grundlegend demokratisiert werden. Es reicht nicht, dass das Parlament und der Bundesrat für die de facto privatwirtschaftlich funktionierenden Unternehmen wie z.B. die Swisscom, SBB oder die Post Rahmenbedingungen erlassen. Die öffentliche Hand, die ArbeitnehmerInnen und die KonsumentInnen sollen in die tatsächliche Entscheidungsfindung eingebunden werden.

A-340 Graziano Pestoni, au nom des sections de Monte Carasso e de Lumino punto 4 (nuovo): (pagina 47 versione francese):

Il PS ritiene che solo un servizio pubblico controllato democraticamente – non solo dal punto di vista strategico ma anche operativo- può garantire prestazioni adeguate alla popolazione. In quest'ottica il PS chiede che le Swisscom siano ri-nazionalizzate e che Posta e Ferrovie siano sottoposte di nuovo al controllo diretto della Confederazione.

A-341 (= alt-A-834) : PS Lausanne: Fin deuxième paragraphe. Biffer la dernière phrase (qui commence par « Il est, de plus,... »)

Motif : nous n'avons pas à justifier le service public par son avantage concurrentiel. Il est un bien commun défendu en tant que tel, et nous le défendrons même s'il constituait un désavantage compétitif.

A-342 (= alt-A-835) : PS Ville de Genève : page 45 (premier paragraphe)

Remplacer « – [le service public] représente un avantage concurrentiel décisif dans la compétition internationale » par « [le service public] est, de plus, d'une importance essen-

tielle sur le plan économique car la présence d'infrastructures de qualité – combinée avec une sécurité élevée de l'approvisionnement – est indispensable pour tout le monde. »

A-343 (= alt-A-836) : SP Heimberg, IV, 4, b, S. 44, Punkt 1

Vorschlag Formulierung: Die SP steht für eine gute Grundversorgung der Bevölkerung und damit für einen gut funktionierenden Service public ein. Sie wehrt sich gegen die Privatisierung, Liberalisierung und der damit einhergehenden Demontage. Die Angebote...

A-344 (= alt-A-837) : SP Winterthur-Töss, IV, 4, b, S. 45, Punkt 3

Teilsatz ersatzlos streichen: *Er soll der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dynamik folgen, [heute eben gerade nicht!] seine Leistungen regelmässig überprüfen und anpassen,*

A-345 (= alt-A-838) : PS Ville de Genève, IV, 4, b, ajouter nouvelles convictions:

« 4. Par le contrôle des loyers et une politique de construction forte de logements avec parfois des partenariats public-privé, il faut mettre en place un service public efficace dans le domaine du logement. »

A-346 (= alt-A-839) : PS Ticino (Bellinzona), Nouvo paragrafo 4 Servizio pubblico

Chiediamo che in materia di servizio pubblico venga specificato che esso va gestito da aziende monopoliste statali, non delegato a imprese private, salvo per quelle no profit. Sempre a proposito di servizio pubblico va introdotto anche il tema della difesa della scuola pubblica e della gestione pubblica delle assicurazioni sociali obbligatorie.

Stellungnahme der Geschäftsleitung

• **Anträge A-336 bis A-339: Annehmen.**

Begründung: **A-336** betrifft nur die Übersetzung ins Französische. Die Geschäftsleitung regt an, « *avantage concurrentiel* » mit « *un facteur de localisation important* » zu ersetzen.

A-337 will in Ziffer 1 den Satz anfügen, dass *die Aufrechterhaltung öffentlicher Monopole zur Erbringung grundlegender Leistungen die beste Garantie für die Zukunft des Service public* bildet. Die Geschäftsleitung kann diese Ergänzung zur Annahme empfehlen.

Dies gilt auch für **A-338**, der in Ziffer 2 den letzten Satz dahingehend präzisieren will, dass alle Menschen Zugang zu Trinkwasser haben sollen, das *als Service public durch die lokalen Gemeinden bereitgestellt* wird.

A-339 regt an, *auch im Bereich des Service public die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft ernst zu nehmen*. Auch diese neue Ziffer empfiehlt die Geschäftsleitung anzunehmen. Sie verweist im Übrigen darauf, dass dieser Gedanke auch im Visionenkapitel mit Annahme von **A-99 und A-101** verdeutlicht wurde.

• **Anträge A-340 bis A-346 (A-341 bis A-346 = alt-A-834 bis alt-A-839): Ablehnen.**

Begründung: Die Forderung von **A-340**, im Parteiprogramm die Verstaatlichung der Swisscom zu fordern, betrachtet die Geschäftsleitung als zu wenig ausgereift. Eine derart weit reichende Forderung müsste besser vorbereitet werden als in dieser Form. So müsste klarer begründet werden, welche Verbesserungen wir uns von diesem Schritt versprechen würden und weshalb Sunrise, Orange, Cablecom und die anderen Swisscom-Konkurrenten nicht verstaatlicht würden. Die Benennung des Standortvorteils, den ein guter Service public bietet, soll nicht gestrichen werden, wie dies **A-341 und A-342 (= alt-A-834 und alt-A-835)** anregen. Auch sei darauf hingewiesen, dass mit der Annahme von **A-336** eine bessere Übersetzung ins Französische gefunden werden konnte.

Die rigorosen Formulierungen von **A-343 und A-344 (= alt-A-836 und alt-A-837)** lassen zu wenig Spielraum für dereinst möglicherweise notwendig werdende Fortentwicklungen und Verbesserungen des Service public. Das Wohnungswesen **A-345 (= alt-A-838)** kommt im neuen Kapitel IV, 6, d zur Sprache und die Sozialversicherungen **A-346 (= alt-A-839)** in Kapitel IV, 1, b und im neuen Kapitel IV, 1, c. Diese Politikbereiche können dort präziser, als dies im Service public Kapitel möglich wäre, thematisiert werden. Die grundsätzliche Bedeutung der Sozialversicherungen für den Service public wurde zudem im Visionenkapitel durch die Annahme des neuen Antrags **A-99** und hier in „Unser Weg“ durch die Annahme von **A-109** ergänzt und verdeutlicht. Damit wurde dem Anliegen von **A-346** weitestgehend Rechnung getragen.

Anträge zu "c. Gerechte Arbeitsbedingungen in verändertem Umfeld durchsetzen"

A-347 Romain Felli, PS Vaudois, IV, 5, c, p. 47, titre

Biffer : « Imposer le travail décent dans un environnement dynamique »

Modifier le titre en « Réaliser le droit au travail décent »

Motif: la notion de travail décent est sujette à interprétation. Ce que veulent les socialistes c'est la réalisation du droit au travail.

A-348 Romain Felli, PS Vaudois, IV, 5, c, p. 47, fin du premier paragraphe, rajouter:

“Or, ce droit au travail n'est actuellement pas réalisé en raison de la persistance du chômage, et d'un marché du travail dans lequel les aspirations des individus ne sont pas toujours satisfaites”.

Motif: il faut montrer qu'il s'agit d'un problème structurel.

A-349 Renatus Beck, SP Bümpliz/Bethlehem, IV, 5, c, Absatz 2, 1. Satz, Seite 46

Wir schlagen folgende Umformulierung vor: „Die Sozialdemokratie hat sich ... verstanden und *wird dies auch weiterhin tun*“.

Begründung: Die Formulierung „und tut es noch“ kann als „...tut es jetzt noch, aber später vielleicht nicht mehr“ missverstanden werden, was wir ja sicher nicht meinen!

A-350 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 5, c, Absatz 1, Seite 46

Streichen: Allen Veränderungen und einfordern.

Ersetzen: *Lohnarbeit ist im Kapitalismus für die grosse Mehrheit der Menschen die einzige Möglichkeit, ihre Existenz zu sichern. Sie ist Dreh- und Angelpunkt für die gesellschaftliche Integration unter kapitalistischen Bedingungen. Neben der bereits stark entfremdeten Lohnarbeit gibt es eine ganze Reihe gesellschaftlich wichtiger und wertvoller Arbeit, die in der heutigen Lohnarbeitsgesellschaft nicht gewürdigt wird. Namentlich auch die Sorgearbeit in Familie, Pflege und als freiwillige Gemeinwohlarbeit in Vereinen oder Parteien gibt vielen Menschen einen Lebenssinn. Sie Sozialdemokratie kämpft für die Überwindung ökonomischer Ausbeutung und Zwänge und deshalb auch für die Überwindung der Lohnarbeit. Unter kapitalistischen Produktionsbedingungen muss allerdings mindestens das Recht auf Arbeit gewährleistet sein. Daraus ergibt sich das Grundrecht auf Arbeit, das wir verteidigen und einfordern.*

A-351 (= alt-A-848) : SP Kanton St. Gallen, IV, 4. c, 1. Absatz, S. 45, Gemeinwohlarbeit
Streichungsantrag Absatz 1: in Vereinen, Parteien oder religiösen Gemeinschaften

A-352 (= alt-A-849) : PS Ville de Genève, IV, 4. c, page 45, Gemeinwohlarbeit

supprimer « ou encore de bénévolat dans des associations, des partis ou des communautés religieuses ».

Commentaire : Le terme «bénévolat» dans la phrase «ou encore de bénévolat dans des associations, des partis ou des communautés religieuses. Le travail correctement rémunéré ... » n'est pas approprié car par définition le bénévolat n'est pas rémunéré (cf. Dictionnaire Robert: «qui fait qqch. sans obligation et gratuitement»).

A-353 (= alt-A-850) : PS Ville de Genève, IV, 4, c, premier paragraphe, Gemeinwohlarbeit

Ajouter « Les socialistes n'encouragent pas le bénévolat lorsqu'il s'agit de fournir des prestations de service public » et supprimer « car cela conduit invariablement à une société caritative. Le bénévolat doit être réservé aux associations qui luttent pour promouvoir des idées. »

A-354 (= alt-A-851) : SP Allschwil / Schönenbuch, IV, 4, c

die Kernaussage reicht – die Wiederholungen "dafür steht die SP ein" blasen das ganze Werk eher auf!

A-355 (= alt-A-852) : PS Ville de Genève, IV, 4, c, premier paragraphe

Supprimer « Le travail empêche l'exclusion sociale. »

Commentaire : Affirmation trop tranchée qui ne reflète pas la réalité, car cela dépend du type de travail (formel, informel, régulier, irrégulier).

Stellungnahme der Geschäftsleitung

- **Antrag A-347: Modifiziert annehmen.**

Begründung: **A-347** will das „Recht auf Arbeit“ in den Titel aufnehmen. Die Geschäftsleitung kann diesem Anliegen ohne weiteres zustimmen, möchte aber deswegen den Rest des Titels nicht streichen. Sie schlägt als neuen Titel vor:

„Recht auf würdige Arbeit in verändertem Umfeld durchsetzen“

« Réaliser le droit au travail décent dans un environnement dynamique »

- **Anträge A-348 und A-349: Annehmen.**

Begründung: **A-348** will den ersten Abschnitt um folgenden Satz ergänzen: *„Dieses Recht auf Arbeit ist heute angesichts einer hartnäckigen Arbeitslosigkeit und unerfüllten Erwartungen der Menschen am Arbeitsmarkt nicht verwirklicht.“* Die Geschäftsleitung kann diesem Zusatz ohne Weiteres zustimmen. Er verdeutlicht den strukturellen Hintergrund der Problematik.

A-349 schlägt eine sinnvolle kleine sprachliche Verbesserung vor. Sie wird aufgenommen.

- **Anträge A-350 bis A-355 (A-351 bis A-355 = alt-A-848 bis alt-A-852): Ablehnen.**

Begründung: **A-350** wirft eine sehr grundsätzliche Frage auf. Wie wollen wir die Arbeit bewerten? Was bedeutet Arbeit für die Menschen? Der Programmentwurf formuliert: „Arbeit ist für die meisten erwachsenen Menschen der wichtigste Lebensinhalt geblieben, weil sie

die materielle Existenzgrundlage liefert und weil sie ihrem Leben Sinn gibt (...). Arbeit verhindert soziale Ausgrenzung. Anständig bezahlte Arbeit ist zudem das beste Mittel im Kampf gegen die Armut und die entscheidende Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben.“ **A-350** will diese letztlich positive Deutung von Arbeit, woraus der Programmtext das Recht auf Arbeit ableitet, streichen und durch eine negative Deutung ersetzen. Das Recht auf Arbeit würde bloss als Übergangsforderung präsentiert. Das eigentliche Ziel sei vielmehr „die Überwindung ökonomischer Ausbeutung und Zwänge und deshalb auch für die Überwindung der Lohnarbeit.“ Die Geschäftsleitung geht mit **A-350** einig, dass die strukturelle Dimension im Programmtext noch zu kurz kam, weshalb sie den in **A-348** angeregten Zusatz zur Annahme empfiehlt. Im übrigen hält sie aber an ihrer Sicht fest und ersucht deshalb darum, **A-350** abzulehnen.

A-351 bis A-353 (= alt-A-848 bis alt-A-850) wollen keinen Hinweis auf die Freiwilligenarbeit. Die in unserem Land von rund 3 Millionen Menschen geleistete Freiwilligenarbeit ist aber zu wichtig, dass darüber einfach geschwiegen werden könnte. Die Geschäftsleitung hat die Anliegen dieser Anträge im zweiten Programmtext immerhin teilweise berücksichtigen können, indem die verschiedenen Aussagen sprachlich besser voneinander getrennt wurden, um Missverständnisse auszuschliessen. Auch den Straffungsvorschlägen von **A-354 (= alt-A-851)** wurden Rechnung getragen. Er ging der Geschäftsleitung aber zu weit. **A-355 (= alt-A-852)** ist beizupflichten, dass hier allein ein Grundsatz, aber keine Differenzierungen gemacht werden. Für die Geschäftsleitung ist dies aber kein Anlass, aus diesem Grund auf die Formulierung der Grundsätze zu verzichten.

Anträge zu 1. Teilhabe am Produktivitätsfortschritt

A-356 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 5, c, Neuer Punkt, Seite 47

Einsetzen: Die SP Schweiz setzt sich ein für eine Reduktion der gesetzlichen Wochenarbeitszeit auf maximal 35 Stunden.

Begründung: Die Reduktion der Arbeitszeit ist ein wichtiges Instrument um mehr Anteile aus den Produktivitätsgewinnen den ArbeitnehmerInnen zukommen zu lassen und um die Lohnarbeit schrittweise zurück zu drängen. Ausserdem ist die zu hohe Wochenarbeitszeit einer der Gründe für verschiedene Rückstände in der Gleichstellung der Geschlechter.

A-357 (= alt-A-854) : Parti socialiste jurassien (PSJ), IV, 4, c, point 1

Il faut être plus précis. A moyen et à long terme, nous demandons l'introduction de **la semaine de 4 jours**.

A-358 (= alt-A-855) : SP Kanton Graubünden, IV, 4, c, Punkt 1 und 2

Die Punkte 1 und 2 miteinander verbinden und konkret die 35h – Woche zur Erreichung von Vollbeschäftigung im Zusammenhang mit der gerechten Verteilung der Produktivitätsfortschritte fordern.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-356 bis A-358 (A-357 und A-358 = alt-A-854 und alt-A-855): Ablehnen.

Begründung: In gleicher Zeit wird immer mehr produziert. Dies ermöglicht bedeutende Produktivitätsgewinne. Diese betragen in den letzten Jahren durchschnittlich rund 1,4% jährlich. Für die SP ist entscheidend, dass diese Produktivitätsgewinne nicht allein in den

Taschen der Kapitaleigner verschwinden. Vielmehr sollen die Beschäftigten daran vollumfänglich beteiligt werden. Über diesen Grundsatz sind wir uns einig.

Nicht einig sind wir uns in der Frage, in welcher Form die Beschäftigten an diesen Gewinnen beteiligt werden sollen. Der jährliche Produktivitätsgewinn von 1,4% kann ja nur einmal verteilt werden. Der Programmentwurf nennt dafür grundsätzlich drei Möglichkeiten: 1. Lohnerhöhungen, 2. Verkürzung der Lebensarbeitszeit und 3. qualitative Verbesserungen des Arbeitsumfeldes. Beispielsweise können wir die Löhne um 1% erhöhen, die Arbeitszeit um 0,3% verkürzen und 0,1% einsetzen.

Die **A-356 bis A-358** sehen das anders. Sie wollen den gesamten Produktivitätsfortschritt auf viele Jahre hinaus ausschliesslich in Form von Arbeitszeitverkürzung konsumieren. Würde in einer bestimmten Branche die wöchentliche Arbeitszeit beispielsweise von 44 auf 35 Stunden verkürzt, würde es während rund 18 Jahren keine Lohnerhöhungen mehr geben und in einer andern Branche bei einer Verkürzung von 42 auf 35 Stunden gäbe es während rund 14 Jahren keine Lohnerhöhungen mehr. Kurz: Die gesetzliche Einführung der 35-Stunden-Woche würde faktisch die Löhne einer halben Generation einfrieren.

Die Geschäftsleitung schlägt im Programmentwurf etwas Anderes vor, weil die Menschen nicht derart lang auf Lohnerhöhungen verzichten wollen. Es braucht einen Mix aus Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen. Wie dieser Mix genau aussieht, gehört nicht ins Parteiprogramm. Das soll den Verhandlungen der Sozialpartner überlassen werden. Es ist nicht Aufgabe der SP, die Gewerkschaften auf konkrete Zahlen verpflichten zu wollen.

Die Geschäftsleitung bittet deshalb, **A-356 bis A-358** abzulehnen.

Anträge zu 3. Für mehr Sicherheit in einem flexiblen Arbeitsmarkt

A-359 Arnaud Bouverat, PS Vaudois, IV, 5, c, p. 48, engagement 3

Biffer l'engagement 3.

Motif: cette apologie de la flexibilité est en contradiction avec le reste du programme et avec les attentes des salarié-e-s de notre pays. Nous disposons d'un des droits du travail les plus libéraux d'Europe. La flexibilité actuelle mène beaucoup de personnes à la précarité et il ne saurait revenir au volet « assurance-chômage » de la politique sociale préventive d'en assumer seule les conséquences négatives. Le PS a toujours défendu un meilleur droit du travail qui doit faire partie intégrante de notre politique préventive.

A-360 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 5, c, Punkt 3, Seite 47

Streichen: Die SP will die heutige Flexibilität des Arbeitsmarkts in der Schweiz erhalten. Dieser trägt zu einer tieferen Arbeitslosigkeit bei, da Strukturänderungen rasch nachvollzogen werden und Firmen in Aufschwungsphasen schnell wieder Leute einstellen.

Begründung: Wir sind überzeugt, dass es sich hier um einen Fehler im Entwurf handelt. Es kann wohl kaum ernsthaft die Absicht der Geschäftsleitung sein, dass sich die SP für einen ungenügenden Kündigungsschutz und für Massentlassungen ohne Sozialpläne einsetzen soll. Ausserdem widerspricht dieser Punkt der gleich anschliessenden Forderung nach einem besseren Kündigungsschutz für GewerkschafterInnen.

A-361 Felix Birchler, SP St.Gallen, IV, 5, c, Punkt 3, Seite 47

Streichung von „Die SP will die heutige Flexibilität des Arbeitsmarktes in der Schweiz erhal-

ten. Dieser trägt zu einer tiefen Arbeitslosigkeit bei, da Strukturänderungen rasch vollzogen werden und Firmen in Aufschwungsphasen schnell wieder Leute einstellen.“

Ersetzen durch: „Die SP setzt sich ein für eine Verbesserung des Kündigungsschutzes für ArbeitnehmerInnen. Für die Unternehmen ist es heute viel zu einfach beim ersten Anzeichen einer Krise die Leute zu entlassen, die mit ihrer Arbeit zum Unternehmenserfolg beigetragen haben. Um die Profite zu maximieren, werden ganze Familien ihrer Existenzgrundlage beraubt. Dies muss ein Ende haben. Gleichzeitig muss die Arbeitslosenversicherung...“

Begründung: Wenn im SP-Parteiprogramm die Schweiz für die Flexibilität ihres Arbeitsmarktes gelobt wird, dann ist dies ein Schlag ins Gesicht der von Kündigungen Betroffenen. Gerade in diesen Wochen machen Betriebsschliessungen (Cardinal) und Massenentlassungen (Alstom) Schlagzeilen. Der Widerstand der Gewerkschaften und Teilen der Bevölkerung gegen diese Vorhaben ist gross. Dennoch sind die Erfolgchancen des Widerstandes relativ gering. Die multinationalen Grossunternehmen betreiben ihren Stellenabbau heute mit Vorliebe in der Schweiz, eben weil der Kündigungsschutz in der Schweiz schlechter ist als in anderen Ländern. Bei Massenentlassungen ist die Schweiz daher häufig überproportional betroffen. Der Kündigungsschutz in der Schweiz muss darum dringend verbessert werden.

Der Entwurf der GL würde eine neoliberale Arbeitsmarktpolitik ins Parteiprogramm schreiben. Man braucht sich wirklich nicht zu wundern, wenn die SP auch noch die letzten WählerInnen in der Arbeiterschicht verliert.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-359 bis A-361: Modifiziert annehmen.

Begründung: Die Geschäftsleitung geht mit **A-359 bis A-361** einig, dass die Apologie des flexiblen Arbeitsmarktes in den ersten zwei Sätzen von Ziffer 3 überflüssig ist und empfiehlt deshalb, diese (wie von **A-359 bis A-361** angeregt) zu streichen. An den zwei nachfolgenden Sätzen hält die Geschäftsleitung indes fest und schlägt vor, Ziffer 3 wie folgt zu formulieren:

"3. Die Arbeitslosenversicherung muss weiter ausgebaut werden. Sie muss allen Erwerbslosen ein sicheres Netz bieten, das Einkommen sichern und mittels einer aktiven Arbeitsförderungs politik dafür sorgen, dass alle, die das möchten, wieder eine neue würdige Arbeitsstelle finden."

Diese Ziffer 3 ist wichtig, weil die Schweiz heute noch viel zu wenig tut, um Menschen ohne Job zurück ins Berufsleben zu verhelfen. Hier muss massiv mehr investiert werden, damit alle Menschen an der sozialen Sicherheit teilhaben. Die Arbeitslosenversicherung muss gleichzeitig eine hohe Einkommenssicherheit gewährleisten als auch eine umfassende Unterstützung für Weiterbildung und Umschulung bieten, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden und rasch wieder einen guten Job zu finden. Die Geschäftsleitung bittet deshalb, **A-359 bis A-361** in diesem Sinne modifiziert anzunehmen.

Anträge zu 4. Kündigungsschutz

A-362 Renatus Beck, SP Bümpliz/Bethlehem, IV, 5, c, Punkt 4, Seite 47

Wir schlagen vor, den Satz „Der Kündigungsschutz für aktive Gewerkschafter muss gestärkt werden...“ wie folgt zu ergänzen: „Der Kündigungsschutz für *aktive GewerkschafterInnen* (oder alternativ: *„für gewerkschaftliche Vertrauensleute“*) und für Mitglieder von *Personal-/Betriebskommissionen* muss gestärkt werden...“

Begründung: Das ist der aktuelle, allgemein gängige Standard der gewerkschaftlichen Forderungen in Europa, und der Gebrauch der geschlechtsneutralen Formulierung GewerkschafterInnen (oder eben „Vertrauensleute“, was auch sehr gängig ist) versteht sich von selbst.

A-363 Vittoria Romano, PS Ville de Genève, IV, 5, c, point 4, p.48

Biffer : « Il faut renforcer la protection contre le licenciement pour les syndicalistes actifs; cette protection doit répondre aux exigences de l'Organisation internationale du travail (OIT). »

Remplacer par : « La Suisse doit elle-même *traduire dans le droit fédéral les conventions qu'elle a signées*, par exemple la Convention 98 de l'OIT sur la protection des personnes syndiquées.

Motif : Cette proposition est très concrète et doit figurer dans le nouveau programme

Stellungnahme der Geschäftsleitung

- **Antrag A-362: Annehmen.**
- **Anträge A-363: Modifiziert annehmen.**

Begründung: **A-362** schlägt eine wichtige Präzisierung vor, die gerne umgesetzt wird. Damit wird auch dem Anliegen von **A-363** Rechnung getragen. Die Geschäftsleitung möchte aber davon absehen, Nummern und Abkürzungen ins Parteiprogramm aufzunehmen.

Anträge zu 5. Recht auf berufliche Aus- und Weiterbildung

A-364 (= alt-A-862) : PS Lausanne, IV, 5, c, conviction no 3 (= nouveau no 5, p. 48)

Supprimer le point.

Motif : la formulation de ce point est maladroite. Elle semble laisser penser que le chômage est le résultat d'une situation individuelle (le manque de formation) alors qu'il s'agit d'un phénomène macroéconomique qui n'est pas du ressort des individus. Pire, le concept de « formation tout au long de la vie » est un concept néolibéral visant à l'adaptation des travailleuse/eurs en permanence suivant la logique de la flexibilité de l'emploi. Le point précédent (droit au travail garanti) suffit.

A-365 (= alt-A-863: Parti socialiste de la ville de Fribourg, IV, 5, c, conviction no 3 (= nouveau no 5, p. 48)

Supprimer la conviction no 3 « Le risque (...) durant. ».

Motif : le risque de tomber au chômage est inversement proportionnel au niveau de formation, or ceci est statistiquement faux.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-364 und A-365 (= alt-A-862 und alt-A-863: Modifiziert annehmen.

Begründung: **A-364 und A-365 (= alt-A-862 und alt-A-863)** schlagen vor, das Recht auf berufliche Ausbildung und lebenslange Weiterbildung aus dem Parteiprogramm zu streichen. Zudem wird in der Begründung auf Unzulänglichkeiten der Formulierung hingewie-

sen. Diese hat die Geschäftsleitung im neuen Programmtext behoben. Sie empfiehlt deshalb, **A-364 und A-365** modifiziert anzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben.

Anträge zu 6. Personenfreizügigkeit

A-366 (= alt-A-864) : Parti socialiste jurassien (PSJ), IV, 5, c

Il faut exiger, de manière plus explicite, un renforcement des mesures d'accompagnement, notamment en ce qui concerne les faux indépendants.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-366 (= alt-A-863): Annehmen.

Begründung: Das Anliegen ist in IV, 5, c Ziffer 6 umgesetzt.

Anträge zu 7. Prekarisierung

A-367 Renatus Beck, SP Bümppliz/Bethlehem, IV, 5, c, Punkt 7, Seite 47

Wir schlagen vor, die in der Klammer angegebenen Prekarisierungsfaktoren Arbeit auf Abruf, Schwarzarbeit, Temporärarbeit noch mit demjenigen der Scheinselbständigkeit zu ergänzen.

Begründung: Die Bekämpfung der Scheinselbständigkeit ist bei der Durchsetzung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit ebenfalls äusserst wichtig, weil sie immer häufiger vorkommt.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-367: Annehmen.

Anträge zu "6. Der Nachhaltigkeit zum Durchbruch verhelfen"

A-368 (= alt-A-899) : PS Lugano, IV, 6

Vandana Shiva dice che nel mondo esistono 3 problemi fondamentali: l'energia, i cambiamenti climatici e soprattutto l'emergenza agricola. Ritene inoltre che ai diritti umani si debba aggiungere anche il diritto alla "terra madre", perché senza cibo non è possibile la vita. Nel programma del PSS si parla molto di economia e responsabilità sociale, ma pochissimo viene detto in relazione al tema del territorio, dell'agricoltura e dell'alimentazione. Siamo un paese benestante e questi argomenti possono sembrare secondari, ma basta guardare cosa succede nel mondo per capire che anche per la Svizzera questi argomenti non sono trascurabili. A complemento della presa di posizione della sezione ticinese del PSS, formuliamo perciò i seguenti emendamenti al programma:

pto 2. Sviluppo sostenibile: aggiungere: Sviluppo sostenibile significa anche avere diritto a mangiare alimenti sani e prodotti dall'economia locale

pto 4.a.6 : Il PSS deve favorire la produzione bio e sostenere il settore agricolo non solo come importante settore economico di produzione di alimenti sani ma anche come entità

che si adopera per la manutenzione del territorio e salvaguardia delle tradizioni. Produrre localmente permette di mangiare alimenti più sani e preservare il nostro territorio.

Perciò è particolarmente importante sostenere questo settore economico, con nuove forme (sviluppo dell'agriturismo, cooperazione fra agricoltori e enti pubblici nella manutenzione delle aree verdi, valorizzazione produzione bio e vendita diretta), evitando la globalizzazione generalizzata oggi già in atto.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-368 (= alt-A-899): Ablehnen.

Begründung: **A-368 (= alt-A-899)** wird zur Ablehnung empfohlen, weil der Beitrag der lokalen Landwirtschaft für die Ernährung der gesamten Bevölkerung, zu einer nachhaltigen Entwicklung und zur Stützung strukturschwacher Regionen nicht überschätzt werden sollte. Die Grundsätze einer sozialdemokratischen Landwirtschaftspolitik werden im Übrigen im Wirtschaftskapitel formuliert (IV, 5, a, Ziffer 7). In der neuen Formulierung im zweiten Programmentwurf wurden dort wichtige Anliegen von **alt-A-899** berücksichtigt.

Anträge zu "a. Für einen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt"

A-369 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 6, a, Seite 48

Ergänzen: Das heute vorherrschende kapitalistische Produktionsmodell übernutzt die biologische Kapazität der Erde.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-369: Annehmen.

Anträge zu 3. Internalisierung externer Kosten

A-370 Benedikt Knobel, SP Kanton Thurgau, IV, 6, a, Punkt 3, Seite 48

Bei Punkt 3 hinzufügen: „Zudem ist für die SP klar, dass unsere wichtigsten Lebensgrundlagen Wasser, Luft und im weiteren Sinne auch grosse Landflächen (Wälder, Seen, Berge usw.) nicht Teil einer freien Marktwirtschaft sein können. So sind der einzelne Staat und die Staatengemeinschaft für die Bereitstellung, die Art und den Umfang der Nutzung und Gewinnung, sowie für deren Schutz und deren Reinhaltung verantwortlich.“

A-371 (= alt-A-905) : SP Wetzikon, IV, 5, a, Punkt 3

Einer der wichtigsten Gründe für den unverantwortlichen Raubbau an der Natur ist ihre zu billige Verfügbarkeit beziehungsweise zu billige Zerstörbarkeit. Luft, Wasser, Wald, Boden und deren Flora und Fauna sind enorm empfindlich. Diese Lebensgrundlagen wegen kurzfristiger finanzieller Gewinne zu opfern ist sträflich. Umweltzerstörung muss verboten werden. Es geht auch nicht an, unsere Probleme (Sondermüll, Raubbau an Kulturen) in Länder der Dritten Welt zu exportieren.

Begründung: Klarer und aussagekräftiger formulieren!

A-372 (= alt-A-906) : PS Vaud: *IV Notre voie, chapitre 5, lettre a, page 49-50, point 3*

Remplacer dès la troisième ligne du point 3 :

Le PS défend donc le principe de l'internalisation des coûts externes auprès du primo-pollueur et surtout une politique d'incitation et de réorientation écologique de la part du législateur. La destruction de l'environnement doit être interdite démocratiquement et les techniques et modes de comportements qui ménagent l'environnement doivent être activement promus par les pouvoirs publics.

Motif : Une internalisation des coûts externes stricto sensu ne produit pas en tant que telle une révolution écologique... Il faut éviter de frapper la pollution de taxe en bas de la chaîne de production mais plutôt en haut. Et surtout, il faut utiliser l'arsenal légal, soutenir les nouvelles technologies pour obtenir un résultat plus rapide.

A-373 (= alt-A-907) : PS La Chaux-de-Fonds: Page 49 – chiffre 3

Commentaire : Préciser/expliciter « l'internalisation des coûts externes ». Le terme d'internalisation nous semble un peu barbare!

Stellungnahme der Geschäftsleitung

- **A-370: Annehmen.**

Begründung: **A-370** schlägt eine wichtige Ergänzung vor.

- **A-371 bis A-373 (= alt-A-905 bis alt-A-907): Ablehnen.**

Begründung: Verbote sind bei weitem nicht das einzige oder gar wirksamste Mittel, um den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft einzuleiten. „Internalisierung der externen Kosten“ (**alt-A-907**) ist ein definierter Fachbegriff und deshalb schwer zu ersetzen.

Anträge für neuen Punkt**A-374 (= alt-A-912) : PS Engiadina Bassa**

Pt. 6 soll ergänzt werden oder ist ein Pt. 7 zu machen:

Die sog. hochentwickelten Gesellschaften Nordamerikas und Europas werden nicht länger darum herum kommen, Fehlentwicklungen in Überproduktion und Überkonsum nach unten anzupassen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-374 (= alt-A-912): Ablehnen.

Begründung: **A-374 (= alt-A-912)** wirft eine Grundsatzfrage auf: Geht es bei der Nachhaltigkeit um weniger oder um ein anderes Wirtschaften? Die Antwort des Programmentwurfs ist klar: Nachhaltigkeit erfordert in erster Linie ein anderes Wirtschaften und nicht prioritär Verzicht. Deshalb sagt das Visionen-Kapitel III, 5: Wir können beides haben, sowohl Wirtschaftswachstum als auch ein sinkender Ressourcenverbrauch. Dies ist nicht nur möglich, sondern sozial auch notwendig. Die SP setzt nicht auf eine Verzichtsstrategie, sondern auf einen sozial-ökologischen Umbau, der mehr und bessere Arbeitsplätze schafft. Beispielsweise kann und soll im Care-Bereich ein bedeutendes Wirtschaftswachstum erzielt werden, ohne dass zusätzliche Ressourcen verschlissen oder die Umwelt anderweitig geschädigt würde.

Anträge zu "b. Für erneuerbare Energien und eine konsequente Klimapolitik"

A-375 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 6, b, Absatz 1, Seite 49

Streichen: CO2-schluckender

Ersetzen: CO2-umwandelnder

Begründung: Korrektere Ausdrucksweise.

A-376 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 6, b, Punkt 2, Seite 49

Streichen: „Die SP startet eine Cleantech-Offensive mit dem Ziel, den Gesamtenergieverbrauch der Schweiz langfristig ausschliesslich aus erneuerbaren Energien zu decken. Als Zwischenziel soll er ab 2030 mindestens zur Hälfte aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Dies schafft Arbeitsplätze, erhöht die Lebensqualität, holt die Wertschöpfung und Gewinne von den Rohstoffkonzernen zu den Schweizer KMU zurück.“

Begründung: In ein Programm für die „nächste Generation“ gehören nicht einzelne, bereits laufende Initiativprojekte.

A-377 (= alt-A-915) : SP Goldach, IV, 5, b, Punkt 1

Der Begriff Cleantech ist besetzt.

Antrag: ersetzen durch „eine Offensive für saubere Technologie“

Stellungnahme der Geschäftsleitung

- **Anträge A-375: Annehmen.**

Begründung: Die Formulierung von **A-375** ist in der Tat weniger salopp.

- **Anträge A-376 und A-377 (= alt-A-915): Ablehnen.**

Begründung: Die Geschäftsleitung empfiehlt **A-376** zur Ablehnung, weil das Anliegen unserer Volksinitiative auch nach deren Annahme durch das Volk noch während mindestens 20 Jahren höchst aktuell bleibt. Ein Verfassungsartikel ist keine Garantie, dass unsere Cleantech-Ziele dann auch tatsächlich umgesetzt und vor allem auch erreicht werden. Die Geschäftsleitung empfiehlt auch **A-377 (= alt-A-915)** zur Ablehnung. Cleantech hat sich als neuer Begriff eingebürgert. So hat auch die Eidgenossenschaft Mitte August 2010 mit <www.cleantech.admin.ch> eine neue Internetplattform zu Cleantech lanciert. Am 19.10.2010 präsentierte der Bundesrat seinen Cleantech-Masterplan. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen verstehen darunter aber mehr als neue Exportprodukte. Wir streben damit einen grundsätzlichen Umbau der Wirtschaft an. Wir wollen deshalb diesen Begriff nicht einfach den anderen überlassen. Vielmehr wollen wir ihn mit unseren eigenen, vielfältigen Inhalten besetzen.

Anträge zu 4. Gegen heutige Hauptenergieträger Erdöl, Erdgas und Uran

A-378 Michael Müller SP Bern Altstadt, IV, 6, b, Punkt 4 (Ablehnung A-920 PS Ville de Genève)

Ersatz des letzten Satzes, welcher nichts anderes als ein Ja zu Gas-Kraftwerken ist, durch die alte Formulierung im ersten Programm-Entwurf: „ Die SP will eine Energiepolitik, die auf Atom- und Gaskraftwerke verzichtet, zu einer umweltverträglichen CO2-Bilanz führt, die

Abhängigkeit vom Ausland verringert, die Versorgungssicherheit erhöht und das in der Energieeffizienz und den erneuerbaren Energien steckende Beschäftigungspotenzial voll ausschöpft.“

Begründung: Ein Ausstieg aus den Gaskraftwerken würde zuerst den Einstieg in diese veraltete, klimaschädliche Technologie erfordern. Mit der Cleantech-Initiative sagen wir den Menschen, dass ein Ausstieg aus der Kernkraft möglich ist, die Formulierung der PS Ville de Genève suggeriert nun aber, dass man zuerst die Gaskraftwerke als Brückentechnologie nutzen soll.

Im Verfahren muss dies wohl als neuer Antrag behandelt werden, für uns wäre aber auch OK, wenn man am Parteitag einfach den A-920 zur Diskussion stellt.

Der alte erwähnte alt-A-920 hatte folgenden Wortlaut:

alt-A-920 : PS Ville de Genève, IV, 5, b, chiffre 3

Remplacer « Le PS veut une politique énergétique qui renonce aux centrales nucléaires et aux centrales à gaz (...) » par « Le PS veut une politique énergétique qui prioritairement renonce aux centrales nucléaires, et qui en désespoir de cause admet les centrales à gaz qui valorisent la chaleur (chauffage à distance) (...) ».

Commentaire : faute de pouvoir limiter la consommation électrique, il sera probablement nécessaire de faire des choix. Le PSS doit affirmer que la première priorité est le renoncement à l'électricité nucléaire, et que les centrales à gaz à cycle combiné – c-à-d. celles qui valorisent bien la chaleur grâce à des réseaux de chaleur à distance, ne doivent pas nécessairement être bannies: c'est la 2ème priorité.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-378: Annehmen (= Ablehnung alt-A-920).

Begründung: Die Geschäftsleitung erklärt sich mit dem Rückkommensantrag **A-378** einverstanden und ersucht darum, **alt-A-920** abzulehnen. Ein Parteiprogramm soll unsere Grundsätze festhalten und nicht allfällige tagespolitische Kompromisse.

Anträge zu "c. Die Nachhaltigkeit der Mobilität erhöhen"

A-379 Monika Simmler, JUSO Schweiz, IV, 6, c, Seite 50

Neuer Satz am Schluss: Die Überlastung der Strassen lösen wir nur durch eine Reduktion des Individualverkehrs und einen massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs und von Car-Sharing Modelle. Dies bedingt, dass Wohn- und Arbeitsort der Menschen wieder näher zusammerrücken.

A-380 (= alt-A-931) : SP Zürich 6, IV, 5, c, Punkt 3, Ergänzung

Die Verkehrspolitik muss so gestaltet werden ... Verkehrs sowie des Langsamverkehrs erzielt. *Die SP Schweiz setzt sich für einen flächendeckenden öffentlichen Verkehr ein. Die zusätzlichen Angebote sind kurzfristig nicht mittels Hochgeschwindigkeitszügen – die vor allem die Zentren fördern –, sondern durch Senkung der Autobahngeschwindigkeiten auf 80km/h konkurrenzfähig anzubieten.*

Begründung: Die Reisezeit ist keine absolute Grösse sondern immer im Verhältnis von Auto zu ÖV-Verkehr zu betrachten (Markt). Die Geschwindigkeitsbegrenzung des MIV ausserorts auf 80km/h bringt nach neuesten holländischen Berechnungen (siehe:

www.transportenvironment.org der EU , Bulletin no187 4 – 2010) mit mind. 30% CO2 Einsparungen und vor allem auch grossen Reduktionen der Unfallraten und -schwere. Der Bau und Betrieb von Hochgeschwindigkeitstrassen bringt enorme Eingriffe in die Landschaft und entspricht dem technologischen Wunschdenken aus den 80 Jahren mittels sehr teuren Infrastrukturmassnahmen das Mobilitätsproblem zu lösen. Hochgeschwindigkeitszüge widersprechen zudem den raumplanerischen Netzstruktur der CH.

A-381 (= alt-A-932) : PS Vaud. *IV Notre voie, chapitre 5, lettre c, page 52, point 3*

Ajouter à la fin du point 3 : « Il s'agit d'améliorer les prestations dans toutes les régions puis d'augmenter l'attractivité des transports publics en les rendant à terme gratuits afin de garantir le meilleur transfert modal. »

Motif : nous trouvons intéressant à terme de rendre les transports publics financés de manière plus solidaire.

Stellungnahme der Geschäftsleitung:

• **Antrag A-379: Annehmen.**

Begründung: **A-379** schlägt eine wichtige Ergänzung vor. Die Geschäftsleitung empfiehlt Annahme.

• **Anträge A-380 und A-381 (=alt-A-931 und alt-A-932): Ablehnen.**

Begründung: **A-380** fordert, Hochgeschwindigkeitszüge grundsätzlich abzulehnen. Es gibt in der Schweiz aber keine Planungen für neue Eisenbahnlinien im Stile des TGV, ICE oder Talgo mit Geschwindigkeiten von über 300 km/h. Es macht wenig Sinn, etwas abzulehnen, das gar nicht zur Diskussion steht. Es ist jedoch vorgesehen, dass im neuen Gotthardtunnel die zukünftigen Personenzüge mit Geschwindigkeiten bis 250 km/h durch den längsten Eisenbahntunnel der Welt fahren werden. Ist das in den Augen von **A-380** bereits ein Hochgeschwindigkeitszug, den wir ablehnen sollten? Solche Diskussionen würden nach Einschätzung der Geschäftsleitung keinen Sinn machen.

Auch die Forderung nach einer Geschwindigkeitsbeschränkung von 80 km/h auf Autobahnen ist nicht spruchreif und würde von vielen, die wir für uns gewinnen wollen, nicht verstanden. Ebenso lehnt es die Geschäftsleitung ab, den gesamten öffentlichen Verkehr kostenfrei anzubieten, wie dies **A-381 (=alt-A-932)** anregt. Die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs gegenüber dem motorisierten Individualverkehr muss gesteigert werden, ohne Fehlanreize für ökologisch unerwünschten Mehrverkehr zu schaffen. Dies soll mit Annahme des neuen Antrages **A-379** auch im Parteiprogramm klar festgehalten werden, womit den Anliegen von **A-381** zumindest teilweise Rechnung getragen werden kann.

Anträge zu "d. Für eine nachhaltige Raumplanung und ein Recht auf Wohnen"

A-382 : Ueli Häfeli, SP Küsnacht (ZH), IV, 6, d, Punkt 6, Ergänzung

...ausreichend kostengünstigen Wohn- und *Gewerberaum* zur Verfügung stellen und ...

Begründung: Gute Wohnquartiere zeichnen sich aus durch genügend kostengünstigen Raum für Kleingewerbe und Läden für den täglichen Bedarf. Wo die Mieten unbezahlbar werden, verschwindet auch das Kleingewerbe aus den Quartieren.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-382: Annehmen.**Anträge zu "7. Mit der Gleichstellung von Frau und Mann eine gerechte und soziale Gesellschaft verwirklichen"****A-383 Barbara Berger, SP Frauen Schweiz**

In der Kapitelgliederung in „Unser Weg“ ist die Logik der Reihenfolge nicht erkennbar und nicht nachvollziehbar, weshalb das Unter-Kapitel Gleichstellung am Schluss steht. Die SP Frauen Schweiz beantragen das Unterkapitel zur Gleichstellung als erstes zu platzieren. Denn die Gleichstellung ist nicht nur ein zu verwaltendes Schlagwort für die SP, sondern ein jahrzehntelanges, hartnäckiges Engagement, das Früchte trägt. Die SP hat die Gleichstellung von Frau und Mann zu ihrer Politik gemacht, in der Überzeugung, dass erst mit der verwirklichten Gleichstellung der Geschlechter eine soziale, solidarische und gerechte Gesellschaft möglich ist. Die Gleichstellungspolitik ist somit ein bedeutender Wert für die SP. Dies soll mit der entsprechenden Platzierung zum Ausdruck kommen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-383: Ablehnen.

Begründung: Es gibt durchaus eine Logik, welche der vorgeschlagenen Reihenfolge der Kapitel zugrunde liegt. Im Zentrum unserer Vision steht die Wirtschaftsdemokratie. Es liegt deshalb nahe, die wirtschafts- und demokratiebezogenen Kapitel an erster Stelle zu nehmen. Diese wurden im Übrigen nach den Grundsätzen des *Gender Mainstreaming* verfasst, d.h. dem Geschlechteraspekt wurde stets Rechnung getragen. Die Geschlechterfrage ist im gesamten Parteiprogramm von der ersten bis zur letzten Seite präsent und integriert. Nun war es aber der Vorschlag der SP Frauen in der ersten Runde, alle eher gleichstellungsbezogenen Fragen zusammenfassend nochmals zu präsentieren. Die Geschäftsleitung hat diesem Anliegen im Programmmentwurf der zweiten Runde Rechnung getragen. Nach Auffassung der Geschäftsleitung gehört eine solche Zusammenfassung an den Schluss und nicht an den Anfang des Parteiprogramms. Sie ersucht deshalb, **A-383** abzulehnen.

Anträge zu "c. Den Sexismus überwinden – auch im Kopf"**A-384 Margret Kiener Nellen, Co-Präsidentin SP-Fachkommission "Sexuelle Orientierung und Identität", IV, 7, c, Ergänzungsvorschlag**

a) Den ersten Satz wie folgt ergänzen: „Die *totale* Fixierung auf den sexualisierten Körper und ~~namentlich~~ *insbesondere* den sexualisierten Frauenkörper gehört zum Alltag. *Frauenkörper werden dabei immer noch auf ihre Rolle als Sex-Objekt reduziert.*“

b) Streichen: „Die Fixierung auf den sexualisierten Körper, namentlich auf den sexualisierten Frauenkörper, gehört zum Alltag.“

Ersetzen durch: „„Politikerinnen werden auf Bildern dargestellt und nach ihrem Aussehen beurteilt, die Aussagen aber machen die Politiker.“

c) Satz ändern: „Sexismus ist immer dann ~~im Spiel~~ *die Rede*, wenn die Dimension Geschlecht trennend auftaucht oder *ohne, dass sie sich aus einem natürlichen Zusammenhang heraus aufdrängen würde*, thematisiert wird, ~~ohne dass sich dies im gegebenen Fall aufdrängen würde~~.

d) Streichen: „Folge ist die systematische Benachteiligung des Individuums aufgrund seines Geschlechts.“

Ersetzen durch: „Oder wenn ein Individuum aufgrund seines Geschlechts systematisch benachteiligt wird.“

e) Einfügen: „Heterosexualität und die Zwei-Geschlechter-Ordnung (also männlich-weiblich) werden immer noch als normal und natürlich erachtet. Unser Rechtssystem kennt nur zwei Geschlechter (männlich-weiblich) und negiert damit die Existenz von Menschen, die nicht in diese Ordnung passen. In diesem Sinne werden Transidentitäten und Intersexualität weiterhin pathologisiert und entrechtet. Intersexuelle werden ohne ihre Zustimmung im Kindesalter zwangsoperiert was in einem grossen Teil der Fälle zu einem unglaublichen Leidensweg führt. Homo- und Bisexuelle Menschen haben bis heute nicht die gleichen Rechte – so wird ihnen beispielsweise die Adoption verweigert.“

f) In Ziffer 1 einfügen: „...geschlechtlicher Identität (*Transidentitäten, Intersexualität*) einschliessen.“

g) Streichen (Ziffer 2): „Mit einer geschlechtergerechten Sprache sollen Frauen und Männer jeweils gleichermaßen explizit erwähnt werden.“

h) In Ziffer 4 einfügen: „geprägt, *indem Männer vor allem aus Technik und Wissenschaft und Frauen vor allem aus Sozialem und Dienstleistungsberufen auswählen*. Die...“

i) In Ziffer 5 streichen: „... der Familie zur Betreuungs- und Pflegearbeit beitragen und ...“

Ersetzen durch: „... der Familie in dieser mitwirken und ...“

j) In Ziffer 7 streichen: „Ausserdem muss allen Geschlechtern der gleiche Raum gewährt werden.“

k) Als neue Ziffern 8 bis 10 aufnehmen:

„8. Die Entpathologisierung von Intersexualität und Transidentitäten.

9. Adoptionsrecht/ Zugang zur Reproduktionsmedizin für gleichgeschlechtliche Paare.

10. Sichtbarkeit von differenzierten Lebens- und Geschlechterformen in allen Bereichen.“

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-384: Modifiziert annehmen.

Begründung: Die Stossrichtung von **A-384** entspricht voll und ganz dem Kapitel IV, 7, c, das auf Antrag der SP Frauen neu in den zweiten Programmentwurf aufgenommen wurde. Die Geschäftsleitung kann deshalb **A-384** grundsätzlich zustimmen. Im Einzelnen regt die Geschäftsleitung an, Buchstabe j) neu im Parteiprogramm zu berücksichtigen, weil staatliche Vorschriften für redaktionelle Fragen mit der Medienfreiheit unvereinbar sind, und die Anregung von k) wie folgt umzusetzen:

Neue Ziffer 7 (7 wird 8). *„Gleichgeschlechtliche Paare sollen im Adoptionsrecht und im Zugang zur Reproduktionsmedizin den heterosexuellen Paaren gleichgestellt werden.“*

Die übrigen Anregungen von **A-384** betrachtet die Geschäftsleitung als erfüllt.

Anträge zu "Schlusswort"

A-385 Arnaud Bouverat et Romain Felli, PS Vaudois,

Ajout d'une nouvelle partie avant ou après la conclusion rédigée comme suit :

Le mode d'action du PS

Pour réaliser son programme, le PS développe un mode d'action qui lui est propre, tant dans son action parlementaire, gouvernementale que dans ses propres activités.

En tant que force électorale, le PS conçoit la participation aux élections comme un moyen d'action politique prioritaire mais aucunement comme un but en soi. En s'engageant sur une liste, les candidat-e-s du PS s'engagent sur un projet de société et ne le font pas dans un intérêt personnel, pécunier ou non. Ils répondent de leurs actes à la population et aux membres du PS.

Sur les listes électorales, le PS vise la parité entre homme et femmes afin de réaliser une société plus égalitaire et veille à intégrer les personnes de nationalité étrangère. Il garantit au mieux l'accès à la candidature pour les plus jeunes en limitant la durée des mandats. Le PS cultive des campagnes en équipe afin de garantir une égalité entre les candidat-e-s et renforcer l'impact de leur projet commun.

Les élu-e-s ont un devoir d'exemplarité et sont en quelque sorte les porte-paroles du PS, c'est pourquoi ils connaissent les positions adoptées par le PS, les défendent et les expliquent à la population. Une fois élu-e-s, ils et elles entretiennent des relations étroites avec le parti. Ils s'acquittent de manière exemplaire de leurs engagements financiers à l'égard du parti. Lorsque l'élu-e socialiste est minoritaire dans une autorité et est amené à faire des compromis, la position socialiste doit être clairement exprimée.

L'action du PS dépasse largement le périmètre des parlements et exécutifs. Il est la principale force de progrès et de proposition de Suisse et il est historiquement et actuellement le parti de la démocratie directe. Il utilise de manière régulière les outils de la démocratie directe que sont le droit d'initiative et de référendum pour réaliser son programme. Il développe constamment sa capacité militante en recrutant de nouveaux membres.

En plus de s'impliquer dans les élections et votations, le PS entretient des liens réguliers avec la population et construit des alliances avec des mouvements associatifs pour réaliser son objectif. Le PS considère les syndicats comme ses premiers alliés pour la réalisation d'une démocratie économique. Afin de faire avancer son projet, le PS Suisse forge en plus des alliances avec des associations actives dans les différents domaines (environnement, santé, paix, solidarité internationale, défense des locataires, féminisme, handicap, culture, etc...). Il reste attentif aux nouvelles revendications sociales et poursuit son activité de fédération des luttes sociales.

Le PS Suisse mise sur sa démocratie interne pour renforcer son mouvement. Il organise des Congrès et des assemblées des délégué-e-s de manière régulière afin de permettre à ses membres de définir les activités et positions du parti. Ses positions doivent toujours être définies par les organes adéquats et permettre aux membres et délégué-e-s du parti de s'exprimer.

Le PS Suisse est indépendant financièrement et refuse pour cela tous les dons de personnes morales, entreprises ou groupes de pression. Il n'est financé que par les cotisations de ses membres et sympathisant-e-s, les contributions de ses élu-e-s ainsi que les dons de personnes physiques. Il fait acte de transparence sur son fonctionnement et son financement.

Au sein de ses structures et de son secrétariat, le PS Suisse veille à une représentation paritaire des hommes et des femmes et à une bonne représentation des minorités linguistiques.

Il soutient activement la jeunesse socialiste et les femmes socialistes suisses. Il développe ses activités avec le parti socialiste européen et l'Internationale socialiste pour faire valoir ses priorités programmatiques.

Motif : la conclusion dans sa forme actuelle ne reprend aucun élément alors que cet amendement avait été accepté avec modification par le Comité directeur. Le PSV estime capital de disposer d'un tel chapitre tel que le propose notre amendement ou inspiré du programme de 1982.

Stellungnahme der Geschäftsleitung zu A-385: Modifiziert annehmen.

Begründung: Das Schlusswort des Programmentwurfs ist in der Tat verbesserungsfähig. Die Geschäftsleitung schlägt vor, dieses durch nachfolgenden Text zu ersetzen. Er entspricht weitestgehend jenem von **A-385**:

„Schlusswort: Die Vorgehensweise der SP

Zur Umsetzung ihres Programms hat die SP in den Parlamenten, Regierungen und sozialen Bewegungen eine eigene Vorgehensweise entwickelt.

Als Partei betrachtet die SP die Beteiligung an Wahlen als prioritäres Mittel, um politisch vorzugehen, aber nicht als Ziel an sich. Indem sich Kandidaten und Kandidatinnen auf einer Wahlliste der SP zur Verfügung stellen, setzen sie sich für ein gemeinsames gesellschaftliches Projekt ein und verfolgen damit keine persönliche finanzielle oder andere Interessen. Vielmehr antworten sie damit auf Anliegen der Bevölkerung und der SP-Mitglieder.

Die SP achtet in ihren Wahllisten auf die Gleichstellung von Mann und Frau, um so auch in der Gesellschaft mehr Gleichstellung durchzusetzen, und sorgt für die Integration von Personen ausländischer Nationalität. Indem sie die Amtszeit beschränkt, sorgt die SP dafür, dass auch Jüngere mit Erfolgsaussichten kandidieren können. Die SP fördert gemeinsame Wahlkampagnen ihrer KandidatInnen, damit diese gleiche Chancen haben und die Wirkung ihres gemeinsamen Projektes erhöht wird.

Die Gewählten haben die Aufgabe, die Werte der SP beispielhaft zu vertreten; insofern sind sie wie SprecherInnen der SP. Sie kennen deshalb die von der SP beschlossenen Positionen und verteidigen und erklären diese der Bevölkerung. Einmal gewählt, unterhalten sie zur Partei enge Beziehungen und erfüllen in vorbildlicher Weise ihre finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Partei. Wird der oder die sozialdemokratische Gewählte in einer Behörde in einer zentralen Frage in die Minderheit versetzt oder muss dort Kompromisse eingehen, soll der sozialdemokratische Standpunkt in der Öffentlichkeit dennoch klar zum Ausdruck kommen.

Die Wirkung der SP geht weit über den Rahmen der Parlamente und Exekutiven hinaus. Sie ist die wichtigste Kraft für Fortschritt und zukunftsweisende Vorschläge in der Schweiz. Die SP ist historisch und heute die Partei der direkten Demokratie. Sie nutzt die Instrumente der direkten Demokratie – das Initiativ- und Referendumsrecht – regelmässig, um ihr Programm umzusetzen. Die SP erhöht ihre Durchsetzungskraft, indem sie neue Mitglieder wirbt.

Über die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen hinaus unterhält die SP mit der Bevölkerung enge Beziehungen und geht zur Durchsetzung ihrer Ziele mit befreundeten Bewegungen Bündnisse ein. Die SP betrachtet die Gewerkschaften als zentrale Verbündete zur Demokratisierung der Wirtschaft. Um ihre Projekte voranzutreiben, geht die SP in verschiedensten Bereichen Bündnisse mit Verbänden und Gruppierungen ein (Umwelt, Gesundheit, Frieden, internationale Solidarität, Frauen, Mieterschutz, Behinderte, Kultur, usw.). Die SP bleibt gegenüber neuen sozialen Herausforderungen aufmerksam und fährt fort, sich als Teil der sozialen Auseinandersetzungen zu verstehen und sich wirksam einzubringen.

Die SP Schweiz setzt zur Stärkung der sozialdemokratischen Bewegung auf ihre interne Demokratie. Sie organisiert regelmässig Parteitage und Delegiertenversammlungen, um ihren Mitgliedern Gelegenheit zu geben, die Aktivitäten und Positionen der Partei zu bestimmen. Ihre Stellungnahmen werden stets durch ein angemessenes Organ festgelegt; Mitglieder und Delegierte der Partei sollen sich äussern können.

Die SP Schweiz ist finanziell unabhängig. Sie nimmt keine Grossspenden an, die geeignet wären, politisch Einfluss zu nehmen und die Unabhängigkeit der SP in Frage zu stellen. Die SP finanziert sich durch Beiträge von ihren Mitgliedern und SympathisantInnen, Beiträgen von ihren Gewählten sowie Spenden und Zuwendungen. Die SP legt ihre Finanzen und Tätigkeiten offen und stellt diese zur Diskussion.

In ihren Strukturen und ihrem Sekretariat wacht die SP Schweiz über eine gleichberechtigte Vertretung von Männern und Frauen und eine angemessene Vertretung der sprachlichen Minderheiten.

Sie unterstützt aktiv die JungsozialistInnen und die SP Frauen Schweiz. Die SP Schweiz entwickelt ihre Aktivitäten zur Durchsetzung ihrer programmatischen Prioritäten gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei Europas und der Sozialistischen Internationale.“